

Marcel Huber

Zäsuren

Was nach Inkrafttreten der Kapitulation
des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945
im Laufe von 81 Jahren für Aufsehen sorgte

Eine Chronik in fünf Bänden
Zweiter Band: 1960 bis 1979

Vorbemerkungen

- Dieses Nachschlagewerk listet markante Ereignisse vom 8. Mai 1945 bis 8. Mai 2026 auf.
- Der Rückblick dient als Gedankenstütze im wertfreien Nachrichtenstil.
- Als Quellen dienten hauptsächlich Tageszeitungen.
- Massgebend ist die Ortszeit des Ereignisses.
- Als Orientierungshilfe dienen die einleitenden Stichwörter.
- Empfohlen wird die Benutzung der Suchfelder.
- Schreibweisen und Akzente: Die Akzente in Fremdsprachen – französisch, italienisch, spanisch, portugiesisch, serbo-kroatisch, polnisch, ungarisch, rumänisch, tschechisch, slowakisch, türkisch, isländisch usw. – werden so weit wie möglich berücksichtigt.
Beispiel: Milošević (*Milosevic*).
- In Suchfeldern werden Eintragungen ohne Akzente empfohlen. Beispiel Milosevic statt Milošević.
- Bei japanischen Namen steht der Familienname an erster Stelle. Beispiel: Abe Shinzo

Der Chronist: Marcel Huber*

14.05.2026

* Marcel Huber, geboren 1945, war von 1979 bis 2010
Auslandredaktor der «Berner Zeitung».

1960

Kamerun/Frankreich

Französisch-Kamerun wird unabhängig (**1.1.1960**). Erster Präsident der Republik Kamerun wird Ahmadou Ahidjo.

Efta

Dänemark, Grossbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und die Schweiz gründen die Europäische Freihandelsassoziation: Efta (**4.1.1960**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Schriftsteller Albert Camus stirbt im Alter von 46 Jahren (**4.1.1960**).

Kolumbien

In Kolumbien beginnt mit der Ermordung des Kommunistenführers Jacobo Prías Álape (Prias Alape) – auch Charro Negro genannt – ein über Jahrzehnte dauernder bewaffneter Konflikt (**11.1.1960**).

USA/Japan

Die USA und Japan unterzeichnen einen Vertrag über gegenseitige Kooperation und Sicherheit (**19.1.1960**). Das neue Sicherheitsabkommen legt fest, dass die USA im Falle eines Angriffs auf Japan militärischen Beistand leisten. Als Gegenleistung gewährt Japan den USA ein Truppenstationierungsrecht. Das Abkommen löst heftige antiamerikanische Proteste aus. Ein geplanter Besuch von US-Präsident Dwight D. Eisenhower wird abgesagt.

Südafrika

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Über 400 Bergarbeiter kommen im Coalbrook-Kohlebergwerk in Südafrika ums Leben (**21.1.1960**).

Kuba/Sowjetunion

Annäherung Kuba-Sowjetunion. Der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Anastas Mikojan besucht Kuba und unterzeichnet ein Handelsabkommen. (**5.2.1960**). Die Sowjetunion verpflichtet sich fünf Jahre lang mindestens eine Million Tonnen Zucker in Kuba zu kaufen und Kuba kostengünstig mit Erdöl zu versorgen. Wenige Wochen später nehmen die Sowjetunion und Kuba diplomatische Beziehungen auf (8.5.1960)

Frankreich/Atomwaffen

Frankreich führt in der algerischen Wüste den ersten Atomwaffentest durch (**13.2.1960**).

Lateinamerikanische Freihandelsassoziation (Alalc/Lafta)

Mit dem Vertrag von Montevideo gründen Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Paraguay, Peru und Uruguay die Lateinamerikanische Freihandelsassoziation: Asociación Latinoamericana de Libre Comercio/Alalc – Latin American Free Trade Association/Lafta (**18.2.1960**).

USA

Olympische Spiele

In Squaw Valley (US-Staat Kalifornien – 2021 umbenannt in Olympic Valley) finden die VIII. Olympischen Winterspiele statt (**18.2.1960**).

Dänemark

Der dänische Ministerpräsident Hans Christian Hansen stirbt im Alter von 53 Jahren (**19.2.1960**). Sein Nachfolger wird Viggo Kampmann, ein Sozialdemokrat wie sein Vorgänger

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Katastrophen/Bergbaukatastrophen

Bei einem Grubenunglück im Steinkohlebergwerk Karl Marx in Zwickau (DDR) kommen 123 Arbeiter ums Leben (**22.2.1960**).

Marokko

Katastrophen/Erdbeben

Die marokkanische Hafenstadt Agadir wird durch ein Erdbeben verwüstet. Dabei kommen rund 15 000 Menschen ums Leben (**29.2.1960**).

Südafrika

Massaker in Südafrika: In Sharpville, rund 50 Kilometer südlich von Johannesburg, werden bei Protesten der schwarzen Bevölkerung gegen die Passgesetze 69 Menschen von der Polizei erschossen (**21.3.1960**). Die Regierung verhängt nach weiteren Protesten den Ausnahmezustand (30.3.1960) und verbietet die Anti-Apartheid-Organisationen African National Congress (ANC) und Pan Afrikanist Congress (PAC). Die UNO deklariert sechs Jahre später den 21. März zum „Internationalen Tag zur Überwindung von Rassendiskriminierung“.

Kambodscha

Der kambodschanische König Norodom Suramarit stirbt im Alter von 64 Jahren (**3.4.1960**). Sein Sohn Norodom Sihanouk übernimmt das Amt des Staatsoberhauptes ohne Königstitel.

Schweiz

Die Schweiz trauert um General Henri Guisan. Er stirbt im Alter von 85 Jahren (**7.4.1960**). Henri Guisan war während des Zweiten Weltkrieges Oberbefehlshaber der Schweizer Armee.

Venezuela/Kuba

In Venezuela wird die marxistische Untergrundbewegung Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MRI) gegründet (**9.4.1960**). Im Jahr darauf ruft der Partido Comunista de Venezuela zum bewaffneten Widerstand auf und gründet 1962 die Guerillaorganisation Fuerzas Armadas de Liberación Nacional. Unterstützung erhält der linksradikale Widerstand von Kuba.

Korea (Südkorea)

In der südkoreanischen Hauptstadt Seoul demonstrieren schätzungsweise 30 000 Studenten gegen das Regime von Machthaber Syngman Rhee und gegen manipulierte Präsidentschaftswahlen. Die Polizei eröffnet das Feuer auf unbewaffnete Demonstranten, wobei 130 Menschen getötet und über 1000 verletzt werden (**19.4.1960**). Die „April-Revolution“ läutet das Ende der Ersten Republik ein. Syngman Rhee, der erste Präsident der Republik Korea, tritt zurück (26.4.1960). Zu seinem Nachfolger wird Yun Posin von der Demokratischen Partei gewählt (12.8.1960).

Brasilien

Brasilien erhält eine neue Hauptstadt: Brasília übernimmt die Stellung als Hauptstadt von Rio de Janeiro (**21.4.1960**). Gestalter der futuristischen Stadt im Landesinnern sind der Stadtplaner Lúcio Costa und der Architekt Oscar Niemeyer.

Togo/Frankreich

Französisch-Togo, bisher UNO-Treuhandgebiet unter französischer Verwaltung, wird unabhängig (**26.4.1960**). An der Spitze der unabhängigen Republik Togo steht der bisherige Premierminister Sylvanus Olympio.

Ghana

Ghana wird eine Republik. Die Bevölkerung stimmt der neuen Verfassung zu und wählt den bisherigen Premierminister Kwame Nkrumah zum Staatsoberhaupt (**27.4.1960**). Nkrumah verfolgt einen sozialistischen Kurs. Er gehört zu den wichtigsten Vertretern des Panafrikanismus und der Blockfreien-Bewegung.

Sowjetunion/USA

Über der Sowjetunion wird ein US-Spionageflugzeug vom Typ U-2 abgeschossen (**1.5.1960**). Der Pilot, Garry Powers, überlebt den Absturz. Wegen des Abschusses scheitert zwei Wochen später die geplante Vier-Mächte-Gipfelkonferenz in Paris. Powers wird zu sieben Jahren Straflager verurteilt.

Sowjetunion

Leonid Breschnew wird anstelle von Kliment Woroschilow neuer Vorsitzender des Obersten Sowjets der Sowjetunion und damit Staatsoberhaupt (**7.5.1960**).

China (Volksrepublik China)

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

682 Tote fordert eine Katastrophe im Laobaidong-Steinkohlebergwerk in der chinesischen Provinz Shanxi (**9.5.1960**).

Israel/Deutschland/Argentinien

Der frühere deutsche SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, einer der Hauptorganisatoren des Holocaust, wird von Agenten des israelischen Geheimdienstes in Buenos Aires festgenommen (**11.5.1960**) und nach Israel entführt.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In Leipzig kommen bei einer Zugkollision über 50 Menschen ums Leben (**15.5.1960**).

Vier-Mächte-Konferenz

USA/Sowjetunion/Grossbritannien/Frankreich

Die Vier-Mächte-Gipfelkonferenz in Paris scheitert wegen des Abschusses eines US-Spionageflugzeuges über der Sowjetunion (**16.5.1960**). Der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow fordert von US-Präsident Dwight D. Eisenhower eine Entschuldigung, was dieser jedoch ablehnt.

Marokko

Der marokkanische König Mohammed V. setzt seinen Premierminister Abdallah Ibrahim ab und übernimmt selbst die Führung der Regierungsgeschäfte (**21.5.1960**).

Chile

Katastrophen/Erdbeben

Ein verheerendes Erdbeben erschüttert die südchilenische Stadt Valdivia und löst im Pazifik einen Tsunami aus. Mit einer Stärke von 9,5 auf der Momenten-Magnituden-Skala handelt es sich weltweit um das stärkste je gemessene Erdbeben. 1600 Menschen kommen ums Leben; Hunderttausende werden obdachlos (**22.5.1960**).

Türkei

Staatsstreich in der Türkei: Adnan Menderes, der erste aus freien Wahlen hervorgegangene türkische Ministerpräsident, wird von der Armee gestürzt (**27.5.1960**). Auch Staatspräsident Celâl Bayar wird abgesetzt. Das Komitee der nationalen Einheit unter Führung von General Cemal Gürsel übernimmt die Macht. Die Demokratische Partei wird verboten. Die Putschisten werfen Menderes moslemische Restaurationsversuche und damit eine Gefährdung der laizistischen Grundlagen des von Kemal Atatürk geprägten Staates vor. Ausserdem werden Menderes die Unterdrückung der Opposition und zunehmende wirtschaftliche Probleme zur Last gelegt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der russische (sowjetische) Schriftsteller Boris Pasternak stirbt im Alter von 70 Jahren (**30.5.1960**).

Bolivien

Victor Paz Estenssoro vom Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) wird zum zweiten Mal nach 1951 zum Staatschef von Bolivien gewählt (**5.6.1960**). Er erhält 76 Prozent der Stimmen. Vizepräsident wird der mächtige Bergarbeiterführer Juan Lechín Oquendo (*Lechin Oquendo*).

Ecuador

Zum vierten Mal wird José María Velasco Ibarra Präsident von Ecuador. Er gewinnt die Präsidentenwahl als Kandidat der konservativ-nationalistischen Federación Nacional Velasquista mit einem Stimmenanteil von 48,16 Prozent (**5.6.1960**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Unternehmer und Politiker Gottlieb Duttweiler stirbt im Alter von 73 Jahren (**8.6.1962**). Duttweiler gründete das Unternehmen Migros und die Partei Landesring der Unabhängigen (LdU).

Mali-Föderation/

Die von der République Soudanaise (Sudanesische Republik – früher Französisch-Sudan) und Senegal gebildete Mali-Föderation erklärt sich für unabhängig (**20.6.1960**). Beide Länder hatten am 4. April 1960 mit Frankreich ein entsprechendes Abkommen vereinbart. Die Fédération du Mali bricht bereits zwei Monate nach der Unabhängigkeitserklärung (20.8.1960) auseinander.

Venezuela/Dominikanische Republik

Auf den venezolanischen Präsidenten Rómulo Betancourt wird während einer Parade in Caracas ein Attentat verübt. Betancourt wird schwer verletzt, überlebt aber den Anschlag (**24.6.1960**). Als Drahtzieher gilt Rafael Trujillo, der Machthaber der Dominikanischen Republik. Betancourt gehört seit langem zu dessen heftigsten Kritikern.

Madagaskar/Frankreich

Das französische Überseegebiet Madagaskar erlangt seine Unabhängigkeit. Erster Staatschef wird Philibert Tsiranana (**26.6.1960**).

Britisch-Somaliland/Grossbritannien/Somalia

Britisch-Somaliland wird unabhängig (**26.6.1960**). Zusammen mit dem italienischen UNO-Treuhandgebiet Somalia (früher Italienisch-Somaliland) entsteht der unabhängige Staat Somalia. Erster Präsident Somalias wird Aden Abdullah Osman Daar.

Korea (Südkorea)

Erstmals finden in Südkorea relativ freie Parlamentswahlen statt (**29.6.1960**). Die Demokratische Partei gewinnt 175 der 233 Mandate. Die Liberale Partei des früheren Machthabers Syngman Rhee verliert 124 Sitze und entsendet nur noch zwei Abgeordnete.

USA/Kuba

Als Reaktion auf die Verstaatlichung der US-Erdölraffinerien in Kuba stellen die USA die Erdöllieferungen nach Kuba ein (**29.6.1960**).

Belgisch-Kongo/Kongo-Léopoldville/Belgien

Belgisch-Kongo wird unabhängig. König Baudouin proklamiert in Léopoldville die République du Congo, auch Kongo-Léopoldville genannt (**30.6.1960**). Erster Staatspräsident ist Joseph Kasavubu; erster Regierungschef Patrice Lumumba, dessen linksnationalistisches Mouvement National Congolais (MC) als stärkste Partei aus den Parlamentswahlen (25.5.1960) hervorgegangen war. Lumumba prangert in seiner Rede zum Unabhängigkeitstag das Kolonialsystem an. «Wir haben erleben müssen, dass man uns verhöhnte, beleidigte, schlug, tagaus, tagein, von morgens bis abends, nur weil wir Neger waren.» Und: „Wir haben erleben müssen, dass man unser Land raubte, aufgrund irgendwelcher Texte, die sich Gesetze nannten, aber in Wahrheit nur das Recht des Stärkeren verbiefen.“

Anmerkung: 1960 wurden zwei kongolesische Staaten in die Unabhängigkeit entlassen: Belgisch-Kongo und die ehemalige französische Kolonie Moyen Congo. Beide erhielten den Staatsnamen République du Congo. Ab 1964 wurde die ehemalige belgische Kolonie in République démocratique du Congo umbenannt. Der Einfachheit halber werden hier die Bezeichnungen Kongo-Léopoldville – ab 1966 Kongo-Kinshasa – für die ehemalige belgische Kolonie und Kongo-Brazzaville für die frühere französische Kolonie verwendet. 1971 wird die République démocratique du Congo bis 1997 in Zaïre umbenannt.

Italienisch-Somaliland/Italien/Somalia

Das italienische UNO-Treuhandgebiet Somalia (früher Italienisch-Somaliland) wird unabhängig (**1.7.1960**). Zusammen mit dem ehemaligen Britisch-Somaliland entsteht der unabhängige Staat Somalia. Erster Präsident Somalias wird Aden Abdullah Osman Daar.

Kongo-Krise/Kongo-Wirren

Kongo-Léopoldville/Belgien

Wenige Tage nach der Unabhängigkeit brechen Kongo-Léopoldville Chaos und Gewalt aus. Kongolesische Soldaten der Force Publique meutern gegen ihre belgischen Offiziere (**5.7.1960**). Europäer verlassen massenweise das Land. Die frühere Kolonialmacht Belgien verstärkt die Militärpräsenz zum Schutz seiner Staatsbürger; belgische Truppen intervenieren in mehreren Städten (ab 10.7.1960).

Kanada/Quebec

Jean Lesage vom Parti libéral du Québec wird neuer Premierminister der mehrheitlich französischsprachigen kanadischen Provinz Quebec (**5.7.1960**). Er führt Quebec in eine Ära der Modernisierung. Sein Reformprogramm wird als Révolution tranquille bezeichnet. Zur gleichen Zeit werden die Rufe nach Unabhängigkeit immer lauter. Zwei Monate danach wird das Rassemblement pour l'indépendance nationale (RIN) gegründet.

Kuba/USA

Die USA reduzieren drastisch die Importquote für kubanischen Zucker (**6.7.1960**).

Kongo-Krise/Kongo-Wirren

Kongo-Léopoldville/Katanga/Belgien/Sowjetunion/UNO

Unter Führung von Moïse Tshombé erklärt sich die an Bodenschätzen reiche kongolesische Provinz Katanga für unabhängig (**11.7.1960**). Die Abspaltung von Katanga wird von Belgien bzw. der Bergbaugesellschaft Union minière du Haut Katanga unterstützt. Staatspräsident Joseph Kasavubu und Regierungschef Patrice Lumumba ersuchen die UNO um Hilfe gegen die „Aggression von aussen“ (12.7.1960). Auch die Sowjetunion wird um Unterstützung ersucht. Moskau reagiert zustimmend. In einer Resolution ruft der UNO-Sicherheitsrat Belgien zum Truppenrückzug auf, ermächtigt den Generalsekretär der Vereinten Nationen, die notwendigen Massnahmen für ein militärisches Eingreifen der UNO zu ergreifen und ebnet damit den Weg für den Einsatz einer UNO-Truppe in der Republik Kongo (14.7.1960). An der Opération des Nations Unies au Congo (Onuc) beteiligen sich 30 Staaten mit maximal 20 000 militärischen und zivilen Angehörigen. Zum Missfallen von Ministerpräsident Lumumba unternimmt sie vorerst nichts gegen die Sezession in Katanga.

China (Volksrepublik China)/Sowjetunion

Chinesisch-sowjetisches Zerwürfnis: Die Sowjetunion verfügt den Rückzug ihrer Experten aus der Volksrepublik China (**16.7.1960**).

Der ideologische Streit zwischen beiden kommunistischen Grossmächten wird immer offener ausgetragen.

Japan

Wechsel an der Spitze der japanischen Regierung (**19.7.1960**): Ikeda Hayato wird neuer Ministerpräsident und Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei. Sein Vorgänger Kishi Nobusuke erklärte unter dem Druck massiver Proteste gegen das Sicherheitsabkommen mit den USA seinen Rücktritt.

Ceylon (Sri Lanka)

Sirimavo Bandaranaike, Witwe des 1959 ermordeten ceylonesischen Regierungschefs Solomon West Ridgeway Dias (S.W.R.D.) Bandaranaike, wird nach dem Wahlsieg der Sri Lanka Freedom Party Premierministerin des Inselstaates (**21.7.1960**). Sie ist weltweit die erste Regierungschefin.

Zypern/Grossbritannien

Zwei Wochen vor dem Ende der britischen Herrschaft auf der Mittelmeerinsel Zypern finden Parlamentswahlen statt (**31.7.1960**). Von den 35 Sitzen der griechisch-zyprischen Volksgruppe entfallen 30 auf die Patriotische Front von Glafkos Klerides. Die für die Türkisch-Zyprer reservierten 15 Sitze gehen an die Nationale Union von Fazıl Küçük. Erst 1970 finden wieder Parlamentswahlen statt.

Dahomey/Frankreich

Frankreich entlässt Dahomey in die Unabhängigkeit (**1.8.1960**). Erster Staatspräsident wird Coutoucou Hubert Maga.

Dominikanische Republik/Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

In der Dominikanischen Republik gerät das Regime von Machthaber Rafael Trujillo zunehmend unter Druck. Staatspräsident Héctor Trujillo, Bruder von Rafael Trujillo, muss sein Amt abgeben und dem Stellvertreter Joaquín

Balaguer überlassen (**2.8.1960**). Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verhängt wegen der Verletzung von Menschenrechten Sanktionen gegen die Dominikanische Republik (19.8.1960).

Niger/Frankreich

Die frühere französische Kolonie Niger wird unabhängig (**3.8.1960**). Erster Staatschef wird Hamani Diori. Meilensteine in der Entwicklung des Landes sind die Entdeckung von Uran im Jahr 1957 und der Abbau unter französischer Federführung ab den 70er Jahren. Niger wird zum viertgrössten Uranproduzenten. Umwelt- und Gesundheitsfolgen des Uranabbaus sorgen für Schattenseiten.

Obervolta/Frankreich

Frankreich entlässt Obervolta in die Unabhängigkeit (**5.8.1960**). Staatspräsident wird Maurice Yaméogo.

Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste)/Frankreich

Frankreich entlässt die Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire) in die Unabhängigkeit (**7.8.1960**). Erster Staatspräsident wird Félix Houphouët-Boigny (*Houphouet-Boigny*).

Kongo-Krise/Kongo-Wirren

Kongo-Léopoldville/Süd-Kasai

Die kongolesische Bergbauprovinz Kasai erklärt sich unter Führung von Albert Kalondji als Süd-Kasai für unabhängig (**8.8.1960**). Die Sezession endet im Dezember 1961.

Tschad/Frankreich

Tschad, bis 1958 Teil von Französisch-Äquatorialafrika, wird unabhängig (**11.8.1960**). Erster Staatspräsident wird François Tombalbaye.

Korea (Südkorea)

Yun Posin von der Demokratischen Partei wird zum Nachfolger des gestürzten südkoreanischen Präsidenten Syngman Rhee gewählt (**12.8.1960**).

Zentralafrikanische Republik/Frankreich

Frankreich entlässt die autonome Zentralafrikanische Republik – das frühere Überseeterritorium Ubangi-Shari (Oubangui Chari) – in die Unabhängigkeit (**13.8.1960**). Erstes Staatsoberhaupt wird David Dacko.

Kongo-Brazzaville/Frankreich

Die ehemalige französische Kolonie Moyen Congo (Mittelkongo) wird unabhängig (**15.8.1960**). Erster Staatspräsident der République du Congo (auch Kongo-Brazzaville) wird Abbé Fulbert Youlou, ein ehemaliger katholischer Priester.

Zypern/Grossbritannien/Griechenland/Türkei

Die bisherige britische Kronkolonie Zypern wird auf der Grundlage der Zürcher und Londoner Vereinbarungen von 1959 unabhängig (**16.8.1960**). Staatschef ist Erzbischof Makarios III; Vizepräsident ist Fazıl Küçük. Laut Verfassung ist der Staatspräsident ein Griechisch- und der Vizepräsident ein Türkisch-Zyprer, der die Interessen des türkisch-zyprischen Bevölkerungsanteils von 18 Prozent vertritt. Im Londoner Garantievertrag fungieren Grossbritannien, Griechenland und die Türkei als Schutzmächte mit Interventionsrecht. Die britischen Stützpunkte Akrotiri und Dekelia bleiben unter Londoner Souveränität.

Gabun (Gabon)/Frankreich

Gabun (Gabon), bis 1958 Teil von Französisch-Äquatorialafrika, wird unabhängig (**17.8.1960**). An der Spitze des Staates steht Premierminister Léon M'ba. Ein halbes Jahr später (12.2.1961) wird er vom Volk zum Staatspräsidenten gewählt.

Mali-Föderation/République Soudanaise (Sudanesische Republik)/Senegal

Zwei Monate nach ihrer Gründung bricht die Mali-Föderation – bestehend aus Senegal und der République Soudanaise (Sudanesische Republik) – auseinander (**20.8.1960**).

Senegal ruft seine eigene Unabhängigkeit aus (20.8.1960). Erster Staatspräsident Senegals wird Léopold Sédar Senghor.

Italien

Olympische Spiele

In Rom finden die XVII. Olympischen Sommerspiele statt (**25.8.1960**).

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam/Nordvietnam)

Ho Chi Minh übergibt die Führung der Kommunistischen Partei an Le Duan, bleibt aber Staatsoberhaupt der Demokratischen Republik Vietnam bis zu seinem Tod im Jahr 1969 (**10.9.1960**).

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Walter Ulbricht, Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), wird zum Staatsratsvorsitzenden der DDR gewählt. Er ist somit Staats- und Parteichef (**12.9.1960**).

Opec

Irak/Iran/Kuwait/Saudiarabien/Venezuela

In Bagdad wird die Organisation erdölexportierender Staaten (Organization of the Petroleum Exporting Countries/Opec) gegründet (**14.9.1960**). Vertreten sind der Irak, Iran, Kuwait, Saudiarabien und Venezuela. Venezuela hat weltweit die grössten Erdölreserven. Die Erdöleinnahmen bilden das Rückgrat der Wirtschaft Venezuelas.

Kongo-Krise/Kongo-Wirren

Kongo-Léopoldville/USA

In Kongo-Léopoldville übernimmt Oberst Joseph Désiré Mobutu die Macht, dies mit Unterstützung des US-Geheimdienstes CIA (**14.9.1960**). Ministerpräsident Patrice Lumumba, von westlichen Regierungen als kommunistisches Sicherheitsrisiko eingestuft, wird unter Hausarrest gestellt. CIA-Chef Allan Dulles bezeichnet in einem Telegramm an seinen Vertreter in Léopoldville Lumumbas „Beseitigung“ als „dringendes und vorrangiges Ziel“ (26.8.1960). Dem Putsch Mobutus ging ein Machtgerangel voraus: Staatschef Joseph Kasavubu enthob den Regierungschef seines Amtes (5.9.1960) und Ministerpräsident Lumumba erklärte den Staatspräsidenten für abgesetzt.

Mobutu setzt nach seiner Machtergreifung anstelle der Regierung ein College des Commissaires ein. Joseph Kasavubu bleibt formell Staatspräsident.

Schweden

Bei der Reichstagswahl in Schweden gewinnen die Sozialdemokraten 114 (minus 3) der 232 Mandate. Die Volkspartei wird zweitstärkste Kraft mit 40 (plus 2) Mandaten. Knapp dahinter liegt die Högerpartiet (Rechtspartei) ist mit 39 (minus 6) Abgeordneten. Die Zentrumspariet entsendet 34 (plus 2) Abgeordnete (**18.9.1960**).

Mali/République Soudanaise /Mali-Föderation

Nach dem Auseinanderbrechen der Mali-Föderation (Senegal und République Soudanaise) erklärt die République Soudanaise formell ihre Unabhängigkeit unter dem Namen Republik Mali (**22.9.1960**). Erster Staatspräsident von Mali wird Modibo Keita (Keita).

Nigeria/Grossbritannien

Die britische Kolonie Nigeria wird unter Führung von Premierminister Abubakar Tafawa Balewa in die Unabhängigkeit entlassen (**1.10.1960**).

Brasilien

In Brasilien wird Jânio da Silva Quadros vom Partido Trabalhista Nacional (PTN) mit einem Stimmenanteil von 48,3 Prozent zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**3.10.1960**). Es handelt sich um die letzte direkte und freie Präsidentenwahl in Brasilien bis 1989.

Südafrika/Grossbritannien

Der Status der Südafrikanischen Union als unabhängiges Dominion innerhalb des britischen Commonwealth soll beendet werden: Die weisse Bevölkerung Südafrikas spricht sich mit 52,3 Prozent Ja-Stimmen für eine Umwandlung in eine Republik aus (**5.10.1960**).

USA/Kuba

Nach der Verstaatlichung sämtlicher US-Firmen und Besitztümer in Kuba verhängen die USA ein Exportverbot gegen Kuba. Ausgenommen sind Medikament und einige Nahrungsmittel (**19.10.1960**).

El Salvador

In El Salvador wird Staatspräsident José María Lemus abgesetzt (**26.10.1960**). Eine Junta aus drei Militärs und drei Zivilisten übernimmt die Macht.

Italien/Südtirol/Österreich/UNO

Die UNO-Vollversammlung fordert Österreich und Italien auf, wieder Verhandlungen über die Durchführung des Pariser Südtirol-Abkommens von 1946 (vgl. 5.9.1946) aufzunehmen (**31.10.1960**). Die zögernde Umsetzung des Abkommens sorgt in der Südtiroler Bevölkerung für Unmut, die auch in Gewalt umschlägt. Ab 1956 werden Attentate verübt.

USA

John F. Kennedy, demokratischer Senator aus Massachusetts, wird zum neuen US-Präsidenten gewählt (**8.11.1960**). Er erhält 303, sein republikanischer Herausforderer Richard Nixon 219 Elektorenstimmen. Bei den Wählerstimmen fällt das Ergebnis knapp aus: 49,7 Prozent für Kennedy und 49,6 Prozent für Nixon. Mit 43 Jahren ist John F. Kennedy der jüngste ins Amt gewählte Präsident der Vereinigten Staaten. Lyndon B. Johnson wird Vizepräsident. Bei den Kongresswahlen verteidigen die Demokraten in beiden Kammern ihre Mehrheit. Im Senat, der neu 100 Mitglieder zählt (plus zwei Sitze für Hawaii), haben die Demokraten 64 Sitze (unv.) und die Republikaner 36 Mandate (plus 2). Nach dem Tod eines Senators verlieren die Republikaner einen Sitz an die Demokraten und die neue Sitzverteilung lautet: 65 zu 35. Im Repräsentantenhaus, das 437 Mitglieder zählt (plus 1 Sitz für Hawaii), sind die Demokraten mit 264 (minus 19) und die Republikaner mit 173 (plus 20) Abgeordneten vertreten.

Guatemala

In Guatemala rebellieren junge Offiziere gegen den Machthaber General Miguel Ydígoras Fuentes (*Ydígoras Fuentes*). Sie fordern Achtung der Menschenrechte und Kampf gegen Korruption (**13.11.1960**). Der Aufstand scheitert, doch der Unmut bleibt. Die Rebellion gilt als Beginn eines von Terror und Gewalt begleiteten Bürgerkrieges, der erst nach 36 Jahren endet. 1962 entstehen das Movimiento Revolucionario 13 de Noviembre (MR-13) und die Fuerzas Armadas Rebeldes.

Tschechoslowakei

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Bei einer Zugkollision im Bahnhof der tschechoslowakischen Gemeinde Stéblová kommen 118 Menschen ums Leben (**14.11.1960**).

Neuseeland

In Neuseeland muss die Labour-Party nach nur dreijähriger Amtszeit die Macht an die National Party abgeben. Bei der Parlamentswahl gewinnt die National Party 46 (plus 7) der 80 Mandate (**26.11.1960**).

Mauretanien/Frankreich

Das französische Überseeterritorium Mauretanien wird unabhängig (**28.11.1960**). Machthaber ist Premierminister Moktar Ould Daddah. Im folgenden Jahr (20.8.1961) wird er zum Staatsoberhaupt gewählt

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die rumänisch-schweizerische Pianistin Clara Haskil stirbt im Alter von 65 Jahren (**7.12.1960**).

Literaturnobelpreis

Frankreich

Der französische Dichter und Diplomat Saint-John Perse wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1960**).

Neuseeland

Keith Holyoak von der National Party wird neuer neuseeländischer Premierminister (**12.12.1960**).

Kongo-Krise/Kongo-Wirren

Kongo-Léopoldville

Anhänger des entmachteten kongolesischen Premierministers Patrice Lumumba bilden in Stanleyville unter Führung von Antoine Gizenga eine Gegenregierung (**13.12.1960**). Damit gibt es vier Regierungen in der ehemaligen Kolonie Belgisch-Kongo: in Léopoldville, in Stanleyville, in Katanga und in Süd-Kasai. Gizengas Gegenregierung in Stanleyville ist kurzlebig und löst sich im August 1961 auf. Die Sezession von Süd-Kasai endet im Dezember 1961 und jene von Katanga im Januar 1963.

OECD

Gründung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – OECD (**14.12.1960**). Sie ist Nachfolgerin der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit – OEEC. Zu den 20 Gründerstaaten der OECD gehören neben 18 europäischen Ländern (darunter die Schweiz) auch die USA und Kanada.

Nepal

Der nepalesische König Mahendra beendet die Demokratisierungsbemühungen der Regierung abrupt mit der Ausrufung des Notstands, der Verhaftung von Ministerpräsident Bishweshwar Prasad Koirala und der Auflösung des Parlaments (**15.12.1960**). Danach verbietet er alle Parteien und führt ein neues System der lokalen Selbstverwaltung – Panchayat – ein. Erst rund 30 Jahre später finden wieder freie Wahlen statt.

Deutschland

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

In der Innenstadt von München stürzt ein Transportflugzeug der US Air Force auf eine Strassenbahn. 52 Menschen kommen dabei ums Leben (**17.12.1960**).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam/Nordvietnam)

In Südvietnam schliessen sich mehrere Widerstandsgruppen zur Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams (kurz: Front National de Libération/FNL – National Liberation Front/ NLF) zusammen (**20.12.1960**). Der bewaffnete Arm nennt sich People's Liberation Armed Forces (PLAF). Deren Kämpfer werden als Vietcong bezeichnet. Vietcong ist die Abkürzung für Viet Nam Cong San – Vietnamesische Kommunisten. Nordvietnam unterstützt die Guerillakämpfer mit Nachschub über den Ho-Chi-Minh-Pfad.

1961

USA/Kuba

Die USA brechen die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab (**3.1.1961**).

Frankreich/Algerien

Die französischen Stimmbürger heissen mit 74,99 Prozent Ja-Stimmen das Selbstbestimmungsrecht für Algerien gut (**8.1.1961**). Kurz darauf (11.2.1961) gründen radikale Algerienfranzosen die Organisation de l'armée secrète (OAS), um ein unabhängiges Algerien zu verhindern „L'Algérie est française et le restera“ lautet ihr Kampfgruß. Die Terrorbewegung OAS verübt in den folgenden Monaten Dutzende von Anschlägen sowohl in Algerien als auch in Frankreich. Hunderte Menschen werden ermordet.

Kongo-Krise/Kongo-Wirren

Kongo-Léopoldville/Katanga

Patrice Lumumba, der erste Premierminister nach der Entlassung von Belgisch-Kongo in die Unabhängigkeit, wird ermordet (**17.1.1961**). Lumumba, in Afrika eine Symbolfigur des Unabhängigkeitskampfes, in westlichen Staaten jedoch als Kommunist verunglimpft, war am 1. Dezember 1960 verhaftet und danach an seine Widersacher in Katanga ausgeliefert worden.

USA

Dean Rusk wird neuer US-Aussenminister (**21.1.1961**). Nach seinem Rücktritt im Januar 1969 kann er auf die zweitlängste Amtszeit eines Aussenministers der USA zurückblicken.

USA

Die USA entgehen nur knapp einer selbstverschuldeten Atomkatastrophe. Ein B-52-Bomber stürzt mit zwei Wasserstoffbomben an Bord nahe der Stadt Goldsboro (North Carolina) ab (**23.1.1961**). Nur das Versagen eines Kontrollschalters verhinderte die Katastrophe, meldet 52 Jahre später (21.9.2013) der britische „Guardian“ und beruft sich dabei auf gemeine Dokumente.

Ruanda

Der ruandische König Kigali V. – ein Tutsi – wird abgesetzt (**28.1.1961**).

Kongo-Krise/Kongo-Wirren

Kongo-Léopoldville

Der kongolesische Staatspräsident Joseph Kasavubu entlässt das nach dem Putsch vom September 1960 von Joseph Désiré Mobutu eingesetzte College des Commissaires und setzt eine neue Regierung ein (**9.2.1961**).

Britisch-Kamerun (British Cameroons)/Grossbritannien

Volksabstimmung über die Zukunft von Britisch-Kamerun – British-Cameroons (**11.2.1961**). Der Nordteil (Northern Cameroons) entscheidet sich für den Anschluss an Nigeria, der Südteil (Southern Cameroons) für den Anschluss an die Republik Kamerun (früher Französisch-Kamerun).

Kongo-Krise/Kongo-Wirren

Kongo-Léopoldville

UNO

Die Uno-Truppen in Kongo-Léopoldville (ONUC) erhalten vom UNO-Sicherheitsrat ein robusteres Mandat. Sie werden ermächtigt, auch Gewalt anzuwenden (**21.2.1961**).

Marokko

Der marokkanische König Mohammed V. stirbt im Alter von 51 Jahren (**26.2.1961**). Nachfolger wird sein Sohn: Hassan II.

USA

US-Präsident John F. Kennedy gibt die Schaffung eines Friedenskorpas bekannt (**1.3.1961**). Die Angehörigen des Peace corps sollen die Entwicklungsländer in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Naturschutz und Landwirtschaft unterstützen.

Schweiz

Der langjährige Schweizer Aussenminister, Bundesrat Max Petitpierre, seit seinem Amtsantritt im Januar 1945 Vorsteher des Politischen Departements, kündigt seinen Rücktritt an (**7.3.1961**).

USA/Lateinamerika

US-Präsident John F. Kennedy lanciert die Alianza para el progreso – Allianz für den Fortschritt (**13.3.1961**), ein Entwicklungshilfeprogramm für Lateinamerika, das fünf Monate später in der Charta von Punta del Este (17.8.1961) verankert wird.

Belgien

Bei den Parlamentswahlen in Belgien bleiben die Christdemokraten – Christelijke Volkspartij (CVP) bzw. Parti Social Chrétien (PSC) – trotz Sitzverlusten mit 96 (minus 8) Mandaten stärkste Kraft in der Abgeordnetenkammer. Die Sozialisten – Belgische Socialistische Partij (BSP) bzw. Parti Socialiste Belge (PSB) – gewinnen 84 (plus 4) der insgesamt 212 Sitze. Die Liberale Partij (Parti libéral) ist wie bisher mit 20 Abgeordneten vertreten (**26.3.1961**). Der Christdemokrat Théo Lefèvre wird neuer Premierminister (25.4.1961).

Finnland/Efta

Finnland wird assoziiertes Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation Efta (**27.3.1961**). Die Vollmitgliedschaft erfolgt 1986.

Anti-Drogen-Drogen/UNO

Die UNO beschliesst eine Anti-Drogen-Konvention (**30.3.1961**). Das Übereinkommen über Betäubungsmittel (Single Convention on Narcotic Drugs) tritt im Dezember 1964 in Kraft und wird später durch weitere Vereinbarungen ergänzt.

Niederländisch-Neuguinea/Niederlande

Die Niederlande wollen ihr Überseegebiet Niederländisch-Neuguinea schrittweise in die Unabhängigkeit führen. Ein erster Schritt zur Selbstbestimmung ist die Wahl und Einsetzung des Neuguinea-Rates (**5.4.1961**).

Togo

Erstmals seit der Unabhängigkeit finden in Togo Wahlen statt (**9.4.1961**). Der amtierende Staatschef Sylvanus Olympio gewinnt die Präsidentenwahl. Einen Gegenkandidaten gibt es nicht. Im Parlament gewinnt der Parti de l'unité togolaise (PUT) sämtliche 52 Sitze.

Österreich

Wechsel an der Spitze der österreichischen Regierung: Bundeskanzler Julius Raab (Österreichische Volkspartei/ÖVP) tritt zurück (**11.4.1961**). Sein Nachfolger wird Alfons Gorbach (ebenfalls ÖVP).

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

Sowjetunion

Erneut gelingt der Sowjetunion eine Pionierleistung in der Raumfahrt: An Bord des Raumschiffs Wostok 1 umkreist der Luftwaffenoffizier Juri Gagarin die Erde. Der Flug dauert 108 Minuten. Juri Gagarin ist der erste Mensch im Weltraum (**12.4.1961**). Mit Gagarins Erdumkreisung beginnt die bemannte Raumfahrt.

Kuba/USA

Mit Hilfe des US-Geheimdienstes CIA landet eine Söldnertruppe von etwa 1300 Exilkubanern in der Schweinebucht im Süden Kubas (**17.4.1961**). Ihr Ziel ist der Sturz des Regimes von Fidel Castro. Doch die Invasion scheitert nach drei Tagen. Über 1000 Kämpfer geraten in Gefangenschaft. Der von den Planern erhoffte Aufstand der kubanischen Bevölkerung bleibt aus.

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

Thailand/USA

Thailand stellt den USA ab 1961 Stützpunkte zur Verfügung (**20.4.1961**). Thailand wird für die USA zum wichtigsten Luftwaffenstützpunkt für den Indochinakrieg. Auf dem Höhepunkt des Indochinakrieges sind bis zu 50 000 US-Armeeangehörige in Thailand stationiert. Für die US-Soldaten werden West- und Recreationcamps eingerichtet, in denen sie sich zwischen den Einsätzen erholen können. 1975 endet mit dem Ende des Vietnamkrieges auch die US-Militärpräsenz in Thailand.

Nato

Niederlande

Der frühere niederländische Außenminister Dirk Stikker wird neuer Nato-Generalsekretär (**21.4.1961**).

Frankreich/Algerien

In Algerien putschen vier in den Ruhestand versetzte, der Terrorbewegung Organisation de l'armée secrète (OAS) nahestehende französische Generäle – Maurice Challe, Raoul Salan, Edmond Jouhaud und André Zeller – gegen Staatspräsident Charles de Gaulle (**22.4.1961**). Sie werfen ihm Verrat vor. Der Aufstand scheitert nach vier Tagen an mangelnder Unterstützung. In Frankreich wird der Ausnahmezustand ausgerufen.

Sierra Leone/Grossbritannien

Die britische Kronkolonie Sierra Leone wird unter Führung von Premierminister Milton Margai unabhängig (**24.4.1961**).

Kuba

Revolutionsführer Fidel Castro erklärt Kuba zum sozialistischen Staat (**1.5.1961**).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

USA

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

US-Präsident John F. Kennedy beschliesst, die militärische Präsenz der USA in Südvietnam durch weitere Militärberater sowie Angehörige der Special Forces zu verstärken (**11.5.1961**). Schrittweise wird die Zahl der US-Militärs (Berater, Ausbilder, Spezialisten etc.) von 700 auf über 16 000 bis Ende 1963 erhöht.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler Gary Cooper stirbt im Alter von 60 Jahren (**13.5.1961**).

Korea (Südkorea)

In Südkorea ergreift die Armee unter Führung von General Park Chung Hee die Macht (**16.5.1961**). Park Chung Hee regiert das Land mit eiserner Hand, schüchtert die Bevölkerung mit Säuberungskampagnen und einem mächtigen und berüchtigten Geheimdienst (KCIA) ein. Gleichzeitig sorgt er für einen exportorientierten wirtschaftlichen Aufschwung mit zweistelligen jährlichen Wachstumsraten. Eine dominierende Rolle spielen die familiengeführten Industriekonzerne, die Chaebols.

Amnesty International

In London entsteht die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (**28.5.1961**).

Dominikanische Republik/Haiti

Rafael Trujillo, der seit 1930 herrschende Diktator in der Dominikanischen Republik, wird erschossen (**30.5.1961**).

Der Trujillo-Clan muss nach einer Militärrevolte im November 1961 das Land verlassen.

Personenkult und Terror kennzeichnen die Trujillo-Diktatur. Rafael Trujillo liess im Oktober 1937 schätzungsweise 20 000 Zuckerarbeiter aus Haiti ermorden (masacre de perejil).

Südafrika

Die Südafrikanische Union wird Republik und verlässt das britische Commonwealth (**31.5.1961**).

USA/Sowjetunion

US-Präsident John F. Kennedy trifft sich in Wien mit dem sowjetischen Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow (**3.6.1961**). Das Gipfeltreffen führt zu keiner Aufweichung der gegensätzlichen Standpunkte.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Psychoanalytiker Carl Gustav Jung stirbt im Alter vom 85 Jahren (**6.6.1961**).

Italien/Südtirol

Südtiroler Autonomisten sprengen während der sogenannten „Feuernacht“ 37 Hochspannungsmasten (**12.6.1961**).

Der „Befreiungsausschuss für Südtirol“ (BAS) bekennt sich zu den Anschlägen und begründet diese mit der restriktiven Politik Italiens gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols. Auf Flugblättern heisst es „Wir fordern für Südtirol das Selbstbestimmungsrecht“. Die italienische Regierung reagiert auf die Attentate mit der Entsendung Tausender Soldaten und mit einer Verhaftungswelle. Zwischen 1956 und 1988 verüben Südtiroler Separatisten rund 360 Anschläge. Dabei kommen 21 Menschen ums Leben.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Aargauer Hans Schaffner von der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) in den Bundesrat (**15.6.1961**). Schaffner war Direktor der Eidgenössischen Handelsabteilung und Mitinitiant der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta). Er wird Nachfolger von Bundesrat Max Petitpierre.

Frankreich

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Organisation de l'armée secrète (OAS)

Bei einem Bombenanschlag auf den Schnellzug Paris-Strassburg in Vitry-le-François kommen 28 Menschen ums Leben und über 100 Personen werden verletzt (**18.6.1961**). Als Urheber des Anschlags wird die Terrorbewegung Organisation de l'armée secrète (OAS) vermutet

Kuwait/Grossbritannien

Das britische Protektorat Kuwait wird unabhängig (**19.6.1961**). Erstes Staatsoberhaupt ist der Emir von Kuwait, Scheich Abdullah al-Salim al-Sabah (Abdullah III.).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schriftsteller US-amerikanische Ernest Hemingway stirbt im Alter von 61 Jahren (**2.7.1961**).

Türkei

Die Türkei erhält eine neue Verfassung. In einer Volksabstimmung wird das neue Grundgesetz mit 61,7 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**9.7.1961**). Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung beginnt für die Türkei die „Zweite Republik“.

Tunesien/Frankreich

Kriegerische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Tunesien um den französischen Stützpunkt von Bizerte (19.7. bis 22.7.1961). Auf die Verlängerung der Landebahn der Luftwaffenbasis reagieren tunesische Militärs mit Blockaden, die von französischen Streitkräften gewaltsam geräumt werden. Die militärischen Auseinandersetzungen fordern auf tunesischer Seite über 660 Tote. Unter Mitwirkung der UNO wird der Konflikt beigelegt. 1963 zieht sich die französische Armee aus Bizerte zurück und beendet ihre militärische Präsenz in Tunesien (15.10.1963).

Nicaragua

In Nicaragua wird die Nationale Befreiungsfront – Frente de Liberación Nacional (FLN) – gegründet (23.7.1961). Der Frente setzt sich zum Ziel, das seit 1937 herrschende Somoza-Regime zu stürzen. Gründungsmitglieder sind Carlos Fonseca, Silvio Mayorga und Tomás Borge. Aus der FLN wird ein Jahr später der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN).

Der FSLN beruft sich auf den Guerillaführer Augusto César Sandino, der gegen die US-Militärpräsenz in Nicaragua kämpfte und 1934 auf Befehl des Kommandanten der nicaraguanischen Nationalgarde, General Anastasio Somoza García, ermordet wurde.

Tunesien

Der tunesische Politiker und Unabhängigkeitskämpfer Salah Ben Youssef, ein Rivale von Machthaber Habib Bourguiba, wird in Frankfurt ermordet (12.8.1961).

Berliner Mauer

Deutsche Demokratische Republik (DDR)/Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Berlin

In den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 lässt die DDR-Führung die innerstädtische Demarkationslinie zwischen dem sowjetischen und den drei westlichen Sektoren Berlins abriegeln. Kampfgruppen der „Arbeiterklasse“, Volkspolizei und Einheiten der Nationalen Volksarmee stellen 40 Kilometer Stacheldraht und Tausende Betonpflocke auf. Danach beginnt der Bau einer Mauer.

Seit 1949 haben sich bisher weit über zwei Millionen in die Bundesrepublik Deutschland abgesetzt, viele über Berlin. Die DDR bezeichnet die Berliner Mauer als „antifaschistischen Schutzwall“.

Brasilien

Nach nur sieben Monaten im Amt erklärt der brasilianische Staatspräsident Jânio da Silva Quadros seinen Rücktritt (25.8.1961). Bei seinem Amtsantritt hatte er den Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft als wichtigstes Ziel genannt. „Ich wurde von den Kräften der Reaktion überwältigt“, begründet er seinen Entscheid. Jânio da Silva Quadros gilt als Exzentriker. Seine linksorientierte Aussenpolitik stiess auf Widerstand. Seine Nachfolge tritt der bisherige Vizepräsident João Goulart an.

Blockfreie Staaten

Indien/Jugoslawien/ Vereinigte Arabische Republik/VAR (Ägypten)

In Belgrad findet die Gründungskonferenz der Bewegung blockfreier Staaten statt (1.9. bis 6.9.1961). 25 Staaten nehmen an der Konferenz teil. Die Führungsrolle der Blockfreien-Bewegung übernehmen Indien, Jugoslawien und die Vereinigte Arabische Republik/VAR (Ägypten).

Westindische Föderation/Grossbritannien

Jamaika

Die Bevölkerung der britischen Kolonie Jamaika lehnt den Verbleib in der Westindischen Föderation mit 51,1 Prozent Nein-Stimmen ab (9.9.1961).

Norwegen

Bei der Parlamentswahl in Norwegen verliert die regierende Arbeiterpartei nach 16 Jahren die absolute Mehrheit (11.9.1961). Sie gewinnt 74 der 150 Mandate. Zweistärkste Kraft ist die konservative Høyre mit 29 Sitzen. Neu vertreten ist die Sozialistische Volkspartei (ab 1975 Sozialistische Linkspartei), eine Abspaltung der Arbeiterpartei, mit zwei Sitzen. Die Regierung von Ministerpräsident Einar Gerhardsen ist auf ihre parlamentarische Unterstützung angewiesen.

Irak

Kurden

Im Irak beginnt ein bewaffneter Aufstand der Kurden (11.9.1961).

WWF

In Zürich wird die Umweltschutzorganisation der World Wildlife Fund (WWF) gegründet (11.9.1961). Ab 1986 heisst die Organisation World Wide Fund for Nature

Türkei

Mehrere ehemalige türkische Spitzenpolitiker, unter ihnen der frühere Ministerpräsident Adnan Menderes und der ehemalige Staatschef Celâl Bayar, werden wegen Verfassungsbruch zum Tode verurteilt (15.9.1961). Die Gerichtsverfahren fanden auf der Insel Yassıada (*Yassıada*) im Marmarameer statt und gehen als Yassıada-Prozesse in die Geschichte ein. Das Urteil gegen Menderes wird zwei Tage später (17.9.1961) vollstreckt. Auch der frühere

Aussenminister Fatin Rüstü Zorlu und der ehemalige Finanzminister Hasan Polatkan werden hingerichtet. Die Todesstrafe gegen den ehemaligen Staatpräsidenten Celâl Bayar wird in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Bei der Bundestagswahl in Deutschland verlieren die regierenden Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale – ihre absolute Mehrheit. Sie kommen auf einen Stimmanteil von 45,4 Prozent (minus 4,9 Prozentpunkte). Die Sozialdemokraten (SPD) und Freien Demokraten können ihren Stimmanteil auf 36,2 Prozent (plus 4,4 Prozentpunkte) bzw. 12,8 Prozent (plus 5,1 Prozentpunkte) erhöhen (**17.9.1961**). Die Unionsparteien gewinnen 251 der 521 Mandate, die Sozialdemokraten 203 und die Freien Demokraten 67 Sitze. Nicht mehr vertreten sind der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten sowie die Deutsche Partei, die zur Gesamtdeutschen Partei fusionierten.

UNO

Kongo-Krise/Kongo-Wirren

Friedensnobelpreis

UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld kommt in der Nacht vom **17. auf den 18. September 1961** unter nie genau geklärten Umständen bei einem Flugzeugabsturz an der Grenze zu Nordrhodesien ums Leben. Er wollte im Kongo-Konflikt vermitteln.

Dag Hammarskjöld wird postum der Friedensnobelpreis verliehen.

Vereinigte Arabische Republik/VAR (Ägypten/Syrien)

Vereinigte Arabische Staaten/VAS (VAR, Jemen)

Armeeputsch in Syrien (**28.9.1961**). Syrien beendet die Union mit Ägypten und tritt aus der Vereinigten Arabischen Republik (VAR) aus. Syrischer Staatspräsident wird Nazim al-Qudsi (ab Mitte Dezember).

Ägypten behält die Staatsbezeichnung Vereinigte Arabische Republik bis 1971. Die 1958 von der Vereinigten Arabischen Republik mit Jemen geschaffene lose Konföderation der Vereinigten Arabischen Staaten (VAS) wird aufgelöst (24.12.1961).

Kamerun

Kamerun wird nach der Vereinigung mit Southern Cameroons – dem früheren Südteil von Britisch-Kamerun – eine Bundesrepublik (1.10.1961).

Belgien

In Belgien wird die Partij voor Vrijheid en Vooruitgang/PVV (Parti de la Liberté et du Progrès/PLP) gegründet (**8.10.1961**). Sie ist Nachfolgerin der Liberale Partij (Parti Libérale).

Türkei

Die Republikanische Volkspartei (CHP) geht als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in der Türkei, der ersten seit dem Putsch von 1960 hervor. Sie gewinnt 173 der 450 Sitze. Zweitstärkste Kraft ist die liberal-konservative Gerechtigkeitspartei (AP) – Nachfolgerin der nach dem Putsch von 1960 verbotenen Demokratischen Partei – mit 158 Mandaten (**15.10.1961**).

Frankreich

In Paris wird eine nicht genehmigte Demonstration der algerischen Unabhängigkeitsbewegung Front de Libération Nationale (FLN), an der sich rund 25 000 Personen beteiligen, von Ordnungskräften blutig niedergeschlagen. Rund 12 000 Demonstranten werden festgenommen, viele von ihnen misshandelt. Schätzungsweise 200 Menschen kommen ums Leben. Zahlreiche Leichen werden in die Seine geworfen (**17.10.1961**).

Sowjetunion

Der Leichnam des früheren sowjetischen Diktators Josef Stalin wird aus dem Lenin-Mausoleum am Moskauer Roten Platz entfernt und an der Kremlmauer beigesetzt (**31.10.1961**).

UNO

Burma

Der burmesische Politiker Sithu U Thant wird Nachfolger des verstorbenen UNO-Generalsekretärs Dag Hammarskjöld (**3.11.1961**).

Ecuador

Vor dem Hintergrund einer von Streiks und Demonstrationen begleiteten Wirtschaftskrise wird der ecuadorianische Staatspräsident José María Velasco Ibarra von der Armee entmachtet (**7.11.1961**). Sein Amt übernimmt der bisherige Vizepräsident Carlos Julio Arosamena Monroy, Sohn von Expräsident Carlos Julio Arosemena Tola. Der neue Präsident gilt als Anhänger des kubanischen Revolutionsführers Fidel Castro.

Philippinen

Diosdado Macapagal von der Liberal Party geht als Sieger aus der Präsidentenwahl auf den Philippinen hervor. Der bisherige Staatschef Carlos Garcia schafft die Wiederwahl nicht (**14.11.1961**). Im Abgeordnetenhaus verteidigt die Nacionalista Party ihre Vormachtstellung.

Türkei

Der ehemalige türkische Staatspräsident İsmet İnönü wird Regierungschef (**20.11.1961**). Seine Republikanische Volkspartei war als Siegerin aus der ersten Parlamentswahl nach dem Militärputsch von 1960 hervorgegangen.

Sowjetunion/Albanien/China (Volksrepublik China)

Die Sowjetunion bricht die Beziehungen zu Albanien ab (**3.12.1961**). Die Führung Albaniens kritisiert den Entstalinisierungskurs Moskaus heftig. Die Volksrepublik China wird ein enger Partner Albaniens.

Tanganjika/Grossbritannien

Tanganjika erhält von Grossbritannien die formelle Unabhängigkeit (9.12.1961). An der Spitze der Regierung steht Julius Nyerere.

Friedensnobelpreis

Südafrika

Der südafrikanische Anti-Apartheid-Politiker Albert John Lutuli, Vorsitzender des African National Congress (ANC), wird mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1961**). Lutuli war als erster Afrikaner im Jahr zuvor für den Friedensnobelpreis nominiert worden.

Literaturnobelpreis

Jugoslawien

Der jugoslawische Schriftsteller Ivo Andrić (*Andric*) wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1961**).

Israel/Deutschland

Das Jerusalem Gericht verurteilt den früheren deutschen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann zum Tode (**15.12.1961**). Er wird wegen Verbrechen gegen das jüdische Volk, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in allen 15 Anklagepunkten schuldig gesprochen. Der Anklagepunkt 1 lautet: Verursachung des Todes von Millionen von Juden durch Vernichtungslager, Einsatzgruppen, Arbeitslager, Konzentrierung und Massendeportation. Das Urteil wird im folgenden Jahr (31. Mai 1961) vollstreckt.

Brasilien

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einem Zirkusbrand in der brasilianischen Stadt Niterói kommen Hunderte Menschen ums Leben. Von bis zu 500 Toten ist die Rede (**15.12.1961**).

El Salvador

Bei der Parlamentswahl in El Salvador gewinnt der konservative, den Militärs nahestehende Partido de Concertación Nacional (PCN) sämtliche 54 Mandate (**17.12.1961**), bleibt bis 1979 die dominierende politische Kraft und stellt vier Staatspräsidenten: Julio Adalberto Rivera (Juli 1962 bis Juli 1967), Fidel Sánchez Hernández (Juli 1967 bis Juli 1972), Arturo Armando Molina (Juli 1972 bis Juli 1977) und Carlos Humberto Romero (Juli 1977 bis Oktober 1979). Alle sind hochrangige Offiziere.

Indien/Portugal

Indien annektiert die portugiesischen Überseegebiete Goa, Damão und Diu (**18.12.1961**).

Niederländisch-Neuguinea/Niederlande/Indonesien

Indonesien stemmt sich gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen in Niederländisch-Neuguinea. Der indonesische Machthaber Sukarno erlässt den Befehl, das Gebiet vom „niederländischen Kolonialjoch“ zu befreien (**19.12.1961**). Drei Wochen zuvor (1.12.1961) hatte der Anfang April 1961 mit Billigung der Niederlande gebildete Neuguinea-Rat den Drang nach Selbständigkeit mit dem Hissen einer eigenen Flagge untermauert. Mit militärischen Infiltrationen destabilisiert Indonesien die Lage im Westteil der Insel Neuguinea.

Italien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Auf dem Fiumarella-Viadukt nördlich von Catanzaro (Kalabrien) entgleist ein Zug und stürzt in Tiefe. Dabei kommen 71 Menschen ums Leben (**23.12.1961**).

Dominikanische Republik

In der Dominikanischen Republik wird der seit Jahrzehnten allein herrschende Partido Dominicano (PD) aufgelöst (**28.12.1961**). Staatspräsident Joaquín Balaguer gibt seine Macht an einen provisorischen Staatsrat ab. (31.12.1961).

1962

Westsamoa (Samoa)/Neuseeland

Westsamoa erhält von Neuseeland die Unabhängigkeit (**1.1.1962**). Ab 1997 nennt sich der Staat Samoa. Westsamoa hat zwei Staatshäupter (Bezeichnung O le Ao o le Malo): die Stammeshäuptlinge (paramount chiefs) Tupua Tamasese Mea'ole und Malietoa Tanumafili II. Nach dem Tod von Tupua Tamasese Mea'ole im Jahr 1963 war Malietoa Tanumafili II bis 2007 Alleinherrscher.

Niederlande

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Beim Zusammenstoß zweier Züge in Harmelen, in der niederländischen Provinz Utrecht, kommen 93 Menschen ums Leben. Es ist das bisher schwerste Zugunglück in der Geschichte der Niederlande (**8.1.1962**).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

USA

Die USA intensivieren den Krieg in Vietnam mit dem Einsatz hochgiftiger Entlaubungsmittel wie Agent Orange. Während der Operation „Ranch Hands“ (ab **12.1.1962**) bis 1971 versprühen US-Flugzeuge etwa 75 Millionen Liter dioxinhaltige Herbizide (45 Millionen Liter Agent Orange), um Nachschubwege der Vietcong-Rebellen zu enttarnen und Ernten zu vernichten. Noch Jahrzehnte nach Kriegsende leiden Hunderttausende Menschen an den Spätfolgen wie Krebs, Missbildungen und Erbgutschäden.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichisch-US-amerikanische Geiger und Komponist Fritz Kreisler stirbt im Alter von 86 Jahren (**29.1.1962**).

Kuba/Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Kuba wird aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ausgeschlossen (**31.1.1962**).

USA/Kuba

US-Präsident John F. Kennedy verhängt eine Blockade für den gesamten Handel mit Kuba (**3.2.1962**).

Finnland

Der bäuerlich-liberale Landbund (ML) geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Finnland hervor. Er gewinnt 53 der 200 Sitze. Das linke Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes erhält als zweitstärkste Kraft 47 Sitze. Hohe Verluste verzeichnen die Sozialdemokraten. Sie verlieren 10 Sitze und sind noch mit 38 Abgeordneten vertreten (4. und **5.2. 1962**). Neuer Regierungschef wird Ahti Karjalainen vom Landbund. Seine beiden Vorgänger Vieno Sukselainen und Martti Miettunen gehörten ebenfalls dem Landbund an.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

299 Bergarbeiter kommen bei Explosionen im Steinkohlebergwerk Luisenthal im Saarland ums Leben (**7.2.1962**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Katastrophen/Unwetter/Sturmflut

Die Millionenstadt Hamburg wird von einer katastrophalen Sturmflut heimgesucht. Über 300 Menschen kommen ums Leben. 60 000 Menschen werden obdachlos (**17.2.1962**).

Indien

Dritter Erdrutschsieg für die Kongresspartei (Indian National Congress/INC) von Premierminister Jawaharlal Nehru bei der Parlamentswahl in Indien (19.2. 1962 bis **25.2.1962**). Die Kongresspartei gewinnt 361 der 494 Mandate.

Pakistan

Pakistan erhält eine neue Verfassung (**1.3.1962**).

Burma

In Burma übernimmt die Armee die Macht (**2.3.1962**). General Ne Win, Vorsitzender des Revolutionsrates, proklamiert den „burmesischen Weg zum Sozialismus“. Das Parlament wird aufgelöst. Burma wird ein Einparteiensstaat unter Führung der Socialist Programme Party (BSP).

British Guiana (Guyana)/Grossbritannien/Venezuela/Essequibo

Venezuela erneuert seinen Anspruch auf das Gebiet Essequibo in British Guiana (**12.3.1962**). Das Gebiet umfasst etwa zwei Drittel des Territoriums von British Guiana. Der Konflikt zwischen Venezuela und British Guiana (ab 1966 Guyana) bleibt ein Dauerbrenner. 1899 hatte ein internationales Schiedsgericht entschieden, dass die Gebiete westlich des Essequibo-Flusses britisch sind.

Frankreich/Algerien

Ende des über sieben Jahre dauernden Unabhängigkeitskrieges in Algerien: Frankreich und der Front de Libération Nationale (FLN) einigen sich am **18.3.1962** in Evian auf die Einstellung aller Kampfhandlungen (ab 19.3.1962), auf die Modalitäten der Unabhängigkeitsabstimmungen und auf die künftige Zusammenarbeit zwischen Frankreich und dem unabhängigen Algerien. Der Algerien-Krieg forderte Hunderttausende Tote. Die Schätzungen variieren zwischen 250 000 und 1 Million.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Physiker und Forscher Auguste Piccard, berühmt für seine Erforschung des Stratosphäre und der Tiefsee, stirbt im Alter von 78 Jahren (**24.3.1962**).

Argentinien

Der argentinische Präsident Arturo Frondizi wird von der Armee entmachtet (**29.3.1962**).

Europäisches Parlament

Die Europäische Parlamentarische Versammlung (parlamentarische Kontrollinstanz von EGKS, EWG und Euratom) wird in Europäisches Parlament umbenannt (**30.3.1962**). Nach wie vor werden die Abgeordneten von den Parlamenten der Mitgliedstaaten bestimmt.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen das Volksbegehren für ein Verbot von Atomwaffen mit 65,2 Prozent Nein-Stimmen ab (**1.4.1962**).

Südarabische Föderation/Aden

Die britischen Protektoratsstaaten der 1959 geschaffenen Föderation der Arabischen Emirate des Südens schliessen sich zur Südarabischen Föderation zusammen (**4.4.1962**). 1963 wird die britische Kronkolonie Aden Teil der Südarabischen Föderation. Für die Gebiete, die nicht der unter britischem Schutz stehenden Südarabischen Föderation beitreten wollen, wird das britische Protektorat von Südarabien geschaffen.

Frankreich/Algerien

Die französische Bevölkerung stimmt den Vereinbarungen von Evian über die Unabhängigkeit Algeriens mit 90,8 Prozent Ja-Stimmen zu (**8.4.1962**). Der Ja-Stimmenanteil bei der Unabhängigkeitsabstimmung in Algerien (1.7.1962) beträgt 99,72 Prozent.

Frankreich

Georges Pompidou von der gaullistischen Union pour la Nouvelle République (UNR) wird neuer französischer Premierminister (**14.4.1962**).

El Salvador

In El Salvador wird Julio Adalberto Rivera, Gründer des herrschenden Partido de Concertación Nacional (PCN), ohne Gegenkandidatur zum Staatspräsidenten gewählt (**30.4.1962**). Während seiner fünfjährigen Amtszeit werden mit Unterstützung der USA zwei Organisationen zur Bekämpfung linker (kommunistischer) Regimegegner aktiv: die paramilitärische Organización Democrática Nacionalista (ORDEN) und der Geheimdienst Agencia de Seguridad Nacional Salvadoreña. Ihr Anführer ist José Alberto Medrano.

Japan

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Ein Zugzusammenstoß in Tokio fordert 160 Tote (**3.5.1962**).

Italien

Der christlichdemokratische Politiker und frühere Ministerpräsident Antonio Segni wird zum neuen italienischen Staatsoberhaupt gewählt (**6.5.1962**).

Kolumbien

In Kolumbien wird Guillermo León Valencia vom Partido Conservador mit einem Stimmenanteil von 84 Prozent zum neuen Präsidenten gewählt (**6.5.1962**). Im 184 Sitze umfassenden Abgeordnetenhaus (Wahl 18.3.1962) sind die Konservativen mit 86, die Liberalen mit 59, das Movimiento Revolucionario Liberal mit 33 und die Alianza Nacional Popular (Anapo) mit 6 Mandaten vertreten.

Sowjetunion/Kuba

Der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow will Mittelstreckenraketen auf Kuba stationieren. Das Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stimmt dem Ansinnen grundsätzlich zu (**24.5.1962**).

Anfang Juli weilt eine kubanische Delegation unter Leitung von Verteidigungsminister Raúl Castro in Moskau, um die Einzelheiten der Stationierungspläne festzulegen.

Zwischen Juli und Oktober werden unter strengster Geheimhaltung im Rahmen der Operation Anadyr mit über 80 Schiffen über 40 000 sowjetische Soldaten und 42 Mittelstreckenraketen vom Typ R-12 (SS-4) mit einer Reichweite von 2000 Kilometern und mit dazu gehörenden Atomsprengköpfen nach Kuba verlegt. Auch Luftabwehrraketen

werden geliefert. Geplant war auch die Stationierung von Mittelstreckenraketen vom Typ R-14 (SS-5) mit einer Reichweite von 4000 Kilometern. SS-5-Startrampen wurden gebaut, doch die Raketen gelangen nicht nach Kuba.

Westindische Föderation/Grossbritannien

Die 1958 von den britischen Kolonien Barbados, Dominica, Grenada, Jamaika sowie Trinidad und Tobago gegründete Westindische Föderation wird aufgelöst (**31.5.1962**).

Italien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Im Bahnhof von Voghera in der Lombardei fährt ein Güterzug auf einen Personenzug. Dabei kommen 64 Menschen ums Leben (**31.5.1962**).

Peru

Bei der Präsidentenwahl in Peru (**10.6.1962**) erreicht Victor Raúl Haya de la Torre, Gründer der sozialistischen Alianza Popular Revolucionario Americana (Apra), zwar die meisten Stimmen, verpasst aber wie die anderen Kandidaten die erforderliche Mehrheit von mindestens einem Drittel. Die Armee ergreift die Macht (18.7.1962) und annulliert die Wahlen.

Kanada

Bei der Parlamentswahl in Kanada verliert die Progressive Conservative Party von Premierminister John Diefenbaker die absolute Mehrheit. Sie erhält nur noch 116 (minus 92) der 265 Mandate. Die Liberal Party ist mit 99 (plus 51) Abgeordneten vertreten (**18.6.1962**).

Moçambique/Portugal

Gründung der Unabhängigkeitsbewegung Frente de Libertação de Moçambique/Frelimo (**25.6.1962**). An der Spitze stehen Samora Machel und Eduardo Mondlane. Der bewaffnete Unabhängigkeitskampf im portugiesischen Überseegebiet beginnt 1964.

Burundi/Ruanda-Urundi/Belgien

Burundi wird unabhängig – als konstitutionelle Monarchie mit König Mwami Mwambutsa IV. (ein Tutsi) an der Spitze (**1.7.1962**). Burundi war Teil des belgischen UNO-Treuhandgebiets Ruanda-Urundi. Aus Ruanda-Urundi entstehen zwei unabhängige Staaten: Ruanda und Burundi. Der Dauerkonflikt zwischen Hutu und Tutsi sowohl in Burundi als auch in Ruanda entlädt sich in den folgenden Jahren immer wieder in blutigen Auseinandersetzungen und Massakern.

Ruanda/Ruanda-Urundi/Belgien

Ruanda wird unabhängig (**1.7.1962**). Erster Präsident der unabhängigen Republik Ruanda ist der Hutu Grégoire Kayibanda. Ruanda war Teil des belgischen UNO-Treuhandgebiets Ruanda-Urundi. Aus Ruanda-Urundi entstehen zwei unabhängige Staaten: Ruanda und Burundi. Der Dauerkonflikt zwischen Hutu und Tutsi sowohl in Burundi als auch in Ruanda entlädt sich in den folgenden Jahren immer wieder in blutigen Auseinandersetzungen und Massakern.

Algerien/Frankreich

Die Bevölkerung Algeriens stimmt mit 99,72 Prozent der Unabhängigkeit und damit der Loslösung von Frankreich zu (**1.7.1962**). Die Departemente Oran, Alger und Constantine waren seit 1848 integraler Bestandteil Frankreichs.

Algerien/Frankreich

Algerien erklärt seine Unabhängigkeit von Frankreich (**5.7.1962**). Höchster Repräsentant und provisorisches Staatsoberhaupt ist der Vorsitzende der Nationalversammlung, Ferhat Abbas. Er stand an der Spitze der Exilregierung.

Die Folgen der Unabhängigkeit: Hunderttausende Algerien-Franzosen (pieds-noirs) siedeln – von der Front de Libération Nationale (FLN) massiv unter Druck gesetzt (valise ou cercueil) – in ihr Mutterland um. Zehntausende Harkis (Angehörige einheimischer Hilfstruppen, die Frankreich unterstützten) werden als Verräter und Kollaborateure verfolgt. Tausende werden massakriert. Zehntausende Harkis retten sich mit ihren Angehörigen nach Frankreich, wo sie jahrelang in Internierungslagern leben.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schriftsteller William Faulkner stirbt im Alter von 64 Jahren (**6.7.1962**).

Burma

Die burmesische Armee unterdrückt in der Hauptstadt Rangun gewaltsam Studentenproteste gegen das Regime von Machthaber Ne Win. Dabei kommen über 100 Menschen ums Leben (**7.7.1962**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Frankreich

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle bekennen sich an einer Versöhnungsmesse in Reims zur Aussöhnung ihrer Länder und begraben Jahrzehnte der Feindseligkeit (**8.7.1962**).

Liechtenstein

Der liechtensteinische Regierungschef Alexander Frick von der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) tritt aus gesundheitlichen Gründen nach 17 Jahren Amtszeit zurück (**16.7.1962**). In die Ära Frick fällt die Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung. Sein Nachfolger wird Gerard Batliner, ebenfalls von der FBP.

Laos/USA

Die Genfer Laos-Konferenz bekräftigt die Neutralität des Königreichs. Alle fremden Truppen sollen abgezogen werden. Jede Form ausländischer militärischer Intervention wird verboten (**23.7.1962**). Dennoch bleibt die Lage in Laos instabil. Die USA führen mit Unterstützung von Söldnern der Meo-Stämme (Hmong) einen geheimen Krieg gegen die von Nordvietnam unterstützte Befreiungsbewegung Pathet Lao.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die US-amerikanische Schauspielerin Marilyn Monroe stirbt im Alter von 36 Jahren (**5.8.1962**).

Jamaika/Grossbritannien

Die britische Kronkolonie Jamaika wird unabhängig mit Queen Elizabeth II. als Staatsoberhaupt (**6.8.1962**). Erster Premierminister nach Erlangung der Unabhängigkeit ist der frühere Regierungschef Alexander Bustamante von der konservativen Jamaica Labour Party. Seine Partei ist mit 26 von 45 Sitzen die stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus. Zwei Parteien wechseln sich an der Macht ab: die konservative Jamaica Labour Party und die linke People's National Party. Nur sie sind im Parlament vertreten.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsch-schweizerische Schriftsteller Hermann Hesse stirbt im Alter von 85 Jahren (**9.8.1962**).

Frankreich

Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle entgeht im Pariser Vorort Petit-Clamart knapp einem Mordanschlag der Terrorbewegung Organisation de l'armée secrète – OAS (**22.8.1962**).

Trinidad und Tobago/Grossbritannien

Die britische Kronkolonie Trinidad und Tobago wird unabhängig mit Queen Elizabeth als Staatsoberhaupt (**31.8.1962**). Erster Premierminister wird Eric Williams vom People's National Movement. Eric Williams bleibt Regierungschef bis zu seinem Tod 1981. Das People's National Movement bleibt ohne Unterbruch die stärkste Kraft im Parlament bis 1986.

Iran

Katastrophen/Erdbeben

Bei einem Erdbeben im Nordwesten Irans kommen über 12 000 Menschen ums Leben (**1.9.1962**).

Dänemark

Der dänische Ministerpräsident Viggo Kampmann tritt aus gesundheitlichen Gründen zurück (**3.9.1962**). Sein Nachfolger wird Jens Otto Krag, ein Sozialdemokrat wie sein Vorgänger.

Jemen/Arabische Republik Jemen

Vereinigte Arabische Republik/VAR (Ägypten)/Saudiarabien

In Jemen ergreift wenige Tage nach dem Tod von Imam Ahmad ibn Yahya (19.9.1962) die Armee mit ägyptischer Rückendeckung die Macht, setzt den neuen Imam, Muhammad al-Badr, ab, beendet das Imamatum der Zaiditen und ruft die Arabische Republik Jemen aus (**26.9.1962**). Erster Präsident der Arabischen Republik Jemen wird Abdullah al-Sallal.

Es bricht ein jahrelanger Bürgerkrieg zwischen Royalisten und Republikanern aus. Muhammad al-Badr, der den Putschisten entkommen konnte, organisiert mit Stammeskriegern den Widerstand der Royalisten und erhält Unterstützung von Saudiarabien. Die Vereinigte Arabische Republik/VAR (Ägypten) stellt sich auf die Seite der Republikaner und entsendet rund 60 000 Soldaten in das Kriegsgebiet.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Walliser Nationalrat Roger Bonvin von der Konservativ-Christlichsozialen Volkspartei (KCVP) in den Nationalrat (**27.9.1962**). Er ersetzt den nach kurzer Amtszeit zurückgetretenen Bundesrat Jean Bourgnicht.

Algerien

Die Verfassungsgebende Versammlung Algeriens wählt Ahmed Ben Bella, einer der Gründer des Front de Libération Nationale (FLN), zum ersten Premierminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien (**29.9.1962**).

Niederländisch-Neuguinea/Niederlande/Indonesien/UNO

West-Irian/Irian Jaya

Niederländisch-Neuguinea wird unter UNO-Verwaltung gestellt (**1.10.1962**). Im New Yorker Abkommen (15.8.1962) hatten sich die Niederlande unter Druck der USA bereit erklärt, ihr Überseegebiet Niederländisch-Neuguinea nach einer Übergangsphase unter UNO-Aufsicht an Indonesien zu übergeben. Sieben Monate später

(1.5.1963) wird die Verwaltung Indonesien übertragen. Indonesien nennt das Gebiet zunächst Irian Barat (West-Irian) und ab 1973 Irian Jaya.

Uganda/Grossbritannien

Das britische Protektorat Uganda wird unabhängig (**9.10.1962**). Regierungschef ist Milton Obote. Dominierende Kraft im Parlament ist der von Obote gegründete Uganda People's Congress (UPC).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Papst Johannes XXIII. eröffnet im Petersdom das Zweite Vatikanische Konzil (**11.10.1962**). Das „Aggiornamento“ – eine Kirche auf der Höhe der Zeit – und die Öffnung der Kirche zur Welt sind die wichtigsten Anliegen des römisch-katholischen Kirchenoberhauptes.

Frankreich/Monaco

Steuerstreit zwischen Frankreich und Monaco: Verärgert über Steuerprivilegien in Monaco lässt Frankreich die Grenze zum Fürstentum durch Zöllner kontrollieren (**12.10.1962**). Monaco gibt im Steuerstreit nach. Ein 1963 vereinbartes Zoll- und Steuerabkommen sieht vor, dass Franzosen mit Wohnsitz im Fürstentum keine steuerlichen Vorteile mehr genießen und ihre Einkommenssteuer in Frankreich abführen müssen.

Kuba-Krise

Kuba/USA/Sowjetunion/Türkei

Die Welt gerät an den Rand eines nuklearen Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion.

● 14.10.1962:

U-2-Aufklärungsflugzeuge der USA überfliegen Kuba und entdecken bei San Cristóbal den Bau von Starttrampen für sowjetische Mittelstreckenraketen vom Typ R-12 (SS-4) mit einer Reichweite von 2000 Kilometer. Teile der USA befinden sich damit in Reichweite atomwaffenfähiger Mittelstreckenraketen. Ausserdem werden auf mehreren Flugplätzen sowjetische Bomber vom Typ Iljuschin IL-28 gesichtet.

● 16. 10. 1962:

US-Präsident John F. Kennedy wird über die Auswertung der Luftaufnahmen in Kenntnis gesetzt, setzt einen Krisenstab (Executive Committee – Excomm) ein und ordnet weitere Aufklärungsflüge an. Als Optionen stehen eine Invasion Kubas, eine Blockade Kubas oder Luftangriffe auf die Raketenstellungen zur Diskussion.

Damit beginnt die 13 Tage dauernde Kuba-Krise

● 22.10.2022:

US-Präsident John F. Kennedy verkündet in einer Fernsehrede an die Nation eine Seeblockade (Quarantäne) gegen Kuba „Alle für Kuba bestimmten Schiffe, gleichgültig welcher Nationalität, werden zurückgeschickt, falls festgestellt wird, dass sie Offensivwaffen an Bord haben.“

Kennedy fordert den sowjetischen Regierungschef und Parteivorsitzenden Nikita Chruschtschow zum Abzug der Raketen auf. Die USA könnten eine offensive Drohung nicht dulden. Er habe die US-Streitkräfte angewiesen, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Jeder Abschuss einer Atomrakete von Kuba aus gegen irgendeine Nation der westlichen Hemisphäre werde als Angriff der Sowjetunion auf die Vereinigten Staaten angesehen und mit einem umfassenden Vergeltungsschlag gegen die Sowjetunion beantwortet.

Die US-Marine entsendet 180 Schiffe in das Karibische Meer.

Für die US-Streitkräfte wird „Defence Condition 2“ angeordnet, die höchste Alarmstufe unterhalb eines Krieges.

● 23.10.2022:

Chruschtschow erklärt, die Raketen auf Kuba dienen ausschliesslich der Verteidigung des Landes. Er hoffe, dass die US-Regierung auf die angekündigten Massnahmen verzichte, denn diese könnten katastrophale Folgen für den Weltfrieden haben.

Die kubanischen Streitkräfte werden in höchste Alarmbereitschaft versetzt.

● 24.10.1962:

Beginn der Seeblockade. Mehrere sowjetische Schiffe befinden sich in der Nähe der Sperrzone, kehren aber um.

● 25.10.1962:

Diplomatischer Schlagabtausch im UNO-Sicherheitsrat zwischen den UNO-Botschaftern der Sowjetunion und der USA, Walerian Sorin und Adlai Stevenson. Die US-Delegation präsentiert Aufklärungsfotos von den sowjetischen Raketenstellungen in Kuba.

● 26.10.1962

Der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow unterbreitet US-Präsident John F. Kennedy folgenden Vorschlag: Die sowjetischen Schiffe mit Kurs auf Kuba werden keine Waffen an Bord haben und im Gegenzug verpflichten sich die US , Kuba nicht anzugreifen und auch Invasionsabsichten anderer Kräfte nicht zu unterstützen.

US-Justizminister Robert F. Kennedy und der sowjetische Botschafter Anatoli Dobrynin treffen sich zu Geheimgesprächen in Washington. Dabei steht auch der Abzug der US-amerikanischen Jupiter-Mittelstreckenraketen in der Türkei zur Diskussion.

● 27.10.1962:

Die US-Marine setzt Wasserbomben ein, um ein Durchbrechen der Blockade durch sowjetische U-Boote, die einen Frachter begleiten, zu verhindern. Die U-Boote sind mit Torpedos mit nuklearen Sprengköpfen bewaffnet. Der Einsatz der Torpedos wird in Erwägung gezogen, doch Wassili Archipow, einer der drei Offiziere, die zustimmen müssen, lehnt ab und befiehlt das Auftauchen und die Umkehr der U-Boote.

Ein US-Aufklärungsflugzeug verirrt sich in den sowjetischen Luftraum. Der Pilot entkommt knapp der Verfolgung.

Ein U-2-Aufklärungsflugzeug wird über Kuba abgeschossen. Der Pilot kommt dabei ums Leben.
Der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow fordert als Gegenleistung für den Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba den Rückzug der US-amerikanischen Jupiter-Raketen in der Türkei.
Erneutes Treffen zwischen US-Justizminister Robert Kennedy und dem sowjetischen Botschafter Anatoly Dobrynin in Washington.

US-Präsident John F. Kennedy unterbreitet in einem Schreiben an Chruschtschow folgenden Lösungsvorschlag: Die Sowjetunion zieht ihre Raketen aus Kuba ab und die USA verpflichten sich, Kuba nicht anzugreifen und die Seeblockade gegen Kuba aufzuheben.

● 28.10.1962:

Ende der Kuba-Krise: Der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow gibt über Radio Moskau den Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba bekannt. Die USA haben sich am Vortag in einem Schreiben an Chruschtschow verpflichtet, Kuba nicht anzugreifen und die Seeblockade aufzuheben.

In einer geheimen Vereinbarung erklären sich die USA bereit, in der Türkei installierte gegen die Sowjetunion gerichtete Jupiter-Mittelstreckenraketen abzuziehen

Indien/China (Volksrepublik China)

Indisch-chinesischer Grenzkrieg (20.10.1962 bis 20.11.1962): Chinesische Truppen annektieren Aksai Chin, eine rund 40 000 Quadratkilometer grosse Region im Nordosten von Ladakh (indischer Unionsstaat Jammu und Kaschmir) und das weiter südlich gelegene Gebiet um Demchok. Ausserdem rücken chinesische Streitkräfte auf indisches Gebiet in der North East Frontier Area (seit 1972 Arunachal Pradesh) vor, ziehen sich aber nach einem Waffenstillstand zurück.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Beamte des Bundeskriminalamtes und der Polizei durchsuchen und besetzen in Hamburg und Bonn die Redaktionsräume des deutschen Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ – dies aufgrund eines kritischen Artikels über die Bundeswehr (26.10.1962). Der Vorwurf lautet: Verrat militärische Geheimnisse. „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein, der stellvertretende Chefredaktor Conrad Ahlers sowie mehrere leitende Redaktoren werden festgenommen. Treibende Kraft hinter den Aktionen ist Verteidigungsminister Franz Josef Strauss. Kritiker sehen Pressefreiheit und Rechtsstaat in Gefahr. Es kommt zu einer Welle von Protesten gegen den staatlichen Angriff auf die Pressefreiheit. Die Anschuldigungen erweisen sich als haltlos. Die „Spiegel“-Affäre mündet in eine Regierungskrise. Alle Minister der Freien Demokraten (FDP) treten zurück (19.11.1962). Verteidigungsminister Strauss demissioniert unter massivem Druck (30.11.1962).

Frankreich

In einem Referendum stimmt die Bevölkerung Frankreichs der Einführung der Direktwahl des Staatspräsidenten mit 62,25 Prozent Ja-Stimmen zu (28.10.1962).

Tanganjika

Julius Nyerere geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Tanganjika hervor. Der bisherige Premierminister erhält nach offiziellen Angaben 99 Prozent der Stimmen (1.11.1962).

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midtermwahlen) verteidigen die Demokraten in beiden Häusern ihre Mehrheit. Im Senat haben die Demokraten 68 (plus 4) und die Republikaner 32 Mandate (minus 4). Ein demokratischer Senat stirbt kurz nach der Wahl, sein ernannter Nachfolger ist Republikaner und das Verhältnis lautet neu 67:33. Im Repräsentantenhaus, das wieder 435 Sitze zählt, sind die Demokraten mit 258 Abgeordneten (minus 6), und die Republikaner mit 176 (plus 3) vertreten. Hinzu kommt ein Unabhängiger (6.11.1962).

Belgien

In Belgien werden mit dem Gilson-Gesetz die Sprachgrenzen definitiv festgelegt (8.11.1962). Es gibt vier Sprachgebiete: das niederländischsprachige, das französischsprachige, das deutschsprachige und das zweisprachige Gebiet Brüssel-Hauptstadt.

Äthiopien/Eritrea

Die Föderation zwischen Äthiopien und Eritrea wird aufgelöst und Eritrea als 14. Provinz des Kaiserreiches annektiert (14.11.1962).

Österreich

Die Parlamentswahl in Österreich ändert nichts an den Machtverhältnissen (18.11.1962). Mit einem Stimmenanteil von 45,4 Prozent (plus 1,2 Prozentpunkte) bleibt die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) stärkste Kraft und gewinnt 81 Sitze (plus 2). Die Sozialistische Partei Österreichs gewinnt mit 44 Prozent Stimmenanteil (minus 0,8 Prozentpunkte) 76 Mandate (minus 2). Die Freiheitliche Partei Österreichs entsendet wie bisher 8 Abgeordnete. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: ÖVP: 81 (plus 2), SPÖ: 76 (minus 2), FPÖ: (8 (unv.).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Regierungskrise in Bonn: Die fünf Minister der Freien Demokraten (FDP) ziehen sich wegen der „Spiegel“-Affäre aus dem Kabinett zurück (19.11.1962). Erst nach dem Rücktritt von Verteidigungsminister Franz Josef Strauss (30.11.1962) wird die FDP wieder Regierungspartnerin.

Frankreich

Die Gaullisten gehen als Sieger aus der Parlamentswahl in Frankreich hervor (18.11. und **25.11.1962**). Die Union pour la Nouvelle République (UNR) und die Union démocratique du Travail (UDT) verpassen mit 233 von 482 Sitzen nur knapp die absolute Mehrheit. Die Sozialisten (SFIO) bilden mit 66 Mandaten die zweitstärkste Fraktion. 55 Sitze Abgeordnete entsendet das Centre Démocratique.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der westdeutsche Verteidigungsminister Franz Josef Strauss tritt unter dem Druck der „Spiegel“-Affäre zurück (**30.11.1962**).

Brunei/Grossbritannien/Malaysia/North Borneo Federation

Im britischen Protektorat Brunei bricht eine Rebellion aus (**8.12.1962**), die nach wenigen Tagen mit Unterstützung britischer Militärs niedergeschlagen wird. Ausgelöst wird der Aufstand von Gegnern des vom Sultan angestrebten Beitritts von Brunei zur geplanten Föderation Malaysia. Die Kritiker geben einer Föderation bestehend aus Sarawak, Britisch-Nordborneo und Brunei (North Borneo Federation, auch North-Kalimantan genannt), den Vorzug, doch das Projekt scheitert.

Literaturnobelpreis/USA

Der US-amerikanische Schriftsteller John Steinbeck wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1962**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britisch-US-amerikanische Schauspieler und Regisseur Charles Laughton stirbt im Alter von 63 Jahren (**12.12.1962**).

Monaco

Monaco erhält eine neue Verfassung (**17.12.1962**). Das Fürstentum bezeichnet sich als konstitutionelle Erbmonarchie. Der Fürst teilt seine Macht mit dem Conseil National, dem Parlament.

Dominikanische Republik

In der Dominikanischen Republik finden erstmals freie Wahlen statt (**20.12.1962**). Juan Bosch von der Mitte-Links-Partei Partido Revolucionario Dominicano (PRD) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Seine Partei gewinnt 49 der 74 Sitze im Abgeordnetenhaus. Mit 20 Mandaten ist die Unión Cívica Nacional (UCN) zweitstärkste Kraft.

1963

Frankreich/Grossbritannien

EWG

Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle lehnt den Beitragsantrag Grossbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ab (**5.1.1963**).

Iran

„Weisse Revolution“ in Iran: Schah Mohammed Reza Pahlevi kündigt ein Modernisierungs- und Reformprogramm mit der Bezeichnung „Weisse Revolution“ an. Iran soll in den nächsten 20 Jahren auf den Stand der fortschrittlichsten Länder der Welt gebracht werden (**11.1.1963**).

Togo

Der Staatschef von Togo, Sylvanus Olympio, wird bei einem Militärputsch ermordet (**13.1.1963**). Nachfolger wird Nicolas Grunitzky, von 1956 bis 1968 erster Premierminister der République Autonome du Togo (Togo erhielt 1956 von Frankreich ein Autonomiestatut).

Kongo-Konflikt/Kongo-Wirren

Kongo-Léopoldville/Katanga

UNO

Die im Kongo-Konflikt eingesetzten UNO-Truppen (Onuc) beenden im Rahmen der Operation „Grand Slam“ die Sezession in Katanga (**15.1.1963**). Der Anführer der Separatisten, Moïse Tshombé, geht ins Exil. Katanga wird wieder Teil von Kongo-Léopoldville. Die UNO-Truppen beenden im Juni 1964 ihre Mission.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Frankreich

Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer unterzeichnen in Paris den „Vertrag über deutsch-französische Zusammenarbeit“ (**22.1.1963**). Beide Seiten verpflichten sich unter anderem zu Konsultationen in allen wichtigen aussenpolitischen Fragen. Der Elysée-Vertrag wird zum Symbol deutsch-französischer Freundschaft.

Portugiesisch-Guinea/Portugal

In Portugiesisch-Guinea beginnt der Guerillakrieg gegen die Kolonialmacht (**23.1.1963**). Führende Kraft ist die 1956 gegründete, marxistisch inspirierte Unabhängigkeitsbewegung Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde (PAIGC).

Kältewelle

Eine extreme Kältewelle sucht Europa heim. Viele Seen sind zugefroren, so auch der Bodensee und der Zürichsee (**Februar 1963**).

Nicaragua

In Nicaragua wird der frühere Aussenminister René Schick Gutiérrez, ein enger Verbündeter der mächtigen Somoza-Familie, mit 90 Prozent der Stimmen zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**3.2.1963**).

Irak

Staatsstreich im Irak: Anhänger der panarabischen Baath-Partei übernehmen die Macht (**8.2.1963**). Der starke Mann des bisherigen Regimes, Regierungschef Abdelkarim Kassem, wird hingerichtet. Neun Monate später (18.11.1963) verliert die Baath-Partei nach einem erneuten Staatsstreich die Macht.

Paraguay

In Paraguay kann die Opposition nach jahrelangem Unterbruch wieder an Parlamentswahlen teilnehmen. Der regierende Partido Colorado gewinnt 40 der 60 Sitze und der Partido Liberal 20 Mandate (**10.2.1963**).

Indonesien

Katastrophen/Vulkanausbruch

Auf der indonesischen Insel Bali bricht der Vulkan Agung aus (**18.2.1963**). Über 1000 Menschen kommen ums Leben. Zahlreiche Dörfer werden verwüstet.

Kanada/Quebec

Terror in der kanadischen Provinz Quebec: Der im Februar 1963 gegründete linksextremistische Front de libération du Québec (FLQ) verübt sein erstes Attentat. Dieses richtet sich gegen einen englischsprachigen Radiosender in Montreal (23.2.1963). Der FLQ verübt bis 1972 rund 300 Anschläge.

China (Volksrepublik China)/Pakistan

Chinesisch-pakistanisches Grenzabkommen. Pakistan tritt das Shaksgam-Tal, das zum pakistanisch-kontrollierten Teil Kaschmirs gehörte, an China ab (**2.3.1963**).

Syrien

In Syrien gelangt die 1943 von Michal Afliq und Salah-al-Din al Bitar gegründete panarabische Baath-Partei (Partei der arabischen Wiederauferstehung) mit einem Militärputsch an die Macht (**8.3.1963**). Der Ausnahmezustand wird verhängt (er bleibt 48 Jahre in Kraft), Staatspräsident Nazim al-Qudsi abgesetzt und das Parlament aufgelöst. Luay al-Atassi wird Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats. Bald kommt es zu Konflikten zwischen dem Militärkommando der Baath-Partei und Anhängern des ägyptischen Machthabers Gamal Abdel Nasser.

Ungarn

Der ungarische Regierungschef und Vorsitzende der Partei der Werktätigen, János Kádár (*Kadar*), kündigt im Parlament eine Generalamnestie für die Teilnehmer des Volksaufstands von 1956 an (**21.3.1963**). Ausgeschlossen sind Personen, die wegen Mordes verurteilt wurden.

Kádár lockert schrittweise die Zügel gemäss der im November 1962 beim Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei ausgegebenen Parole: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.“ Die Epoche relativer Freiheiten und bescheidenen Wohlstands erhält die Bezeichnung „Gulaschkommunismus“

Guatemala

Armeeputsch in Guatemala (**30.3.1963**). Staatspräsident Miguel Ydígoras Fuentes (*Ydigoras Fuentes*) wird entmachtet. An seine Stelle tritt der bisherige Verteidigungsminister Oberst Enrique Peralta Azurdia. Der neue Machthaber hebt die Verfassung auf und verfolgt einen harten Kurs gegen die Linke. Todesschwadronen schüchtern die Opposition ein.

Kanada

In Kanada finden nach verlorenen Vertrauensabstimmungen der Regierung von Premierminister John Diefenbaker vorgezogene Parlamentswahlen statt (**8.4.1963**). Die Liberal Party unter Führung von Lester B. Pearson kehrt an die Macht zurück. Sie gewinnt 128 (plus 29) der 265 Sitze, verpasst aber knapp die absolute Mehrheit. Die Progressive Conservative Party erhält 95 (minus 21) Sitze. Der neue Premierminister Lester B. Pearson ist auf die Unterstützung der sozialdemokratischen New Democratic Party angewiesen.

USA

Katastrophen/U-Boot-Katastrophen

Das US-Atom-U-Boot „Tresher“ sinkt bei Tauchtests vor der Nordostküste der USA. Die 129 Besatzungsmitglieder kommen ums Leben (**10.4.1963**).

Vereinigte Arabische Republik/VAR (Ägypten)/Syrien/Irak

Ägypten, Syrien und der Irak beschliessen die Schaffung einer Föderation, die sich wie beim Zusammenschluss von Ägypten und Syrien im Jahr 1958 Vereinigte Arabische Republik/VAR nennt (**17.4.1963**). Der Zusammenschluss zwischen Ägypten und Syrien scheiterte 1961. Auch die neuen Föderationspläne zerschlugen sich; dies bereits nach wenigen Wochen wegen eines Putschversuchs in Syrien von Anhängern des ägyptischen Machthabers Gamal Abdel Nasser (vgl. 18.7.1963).

Italien

Bei den Parlamentswahlen in Italien fällt der Stimmenanteil der Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC) mit 38,3 Prozent erstmals seit 1948 unter die 40-Prozent-Marke. Sie gewinnen 260 der 630 Sitze im Abgeordnetenhaus. Es folgen die Kommunisten (Partito Comunista Italiano/PCI) mit 166 und die Sozialisten (Partito Socialista Italiano/PSI) mit 87 Sitzen. Die Liberalen (Partito Liberale Italiano/PLI) werden vierstärkste Kraft. Knapp dahinter liegen die Sozialdemokraten (Partito Socialista Democratico Italiano/PSDI) mit 33 Abgeordneten (**28.4.1963**).

USA

In Birmingham, im US-Staat Alabama, demonstrieren Hunderte von Jugendlichen gegen Rassendiskriminierung. Die Ordnungskräfte attackieren die Teilnehmer des Birmingham Children's Crusade mit Wasserwerfern und Knüppeln und bedrohen sie mit Polizeihunden (**2.5. bis 10.5.1963**).

Europarat

Schweiz

Die Schweiz tritt dem Europarat bei (**6.5.1963**).

Marokko

Erstmals seit der Unabhängigkeit finden in Marokko Parlamentswahlen statt (**17.5.1963**). 69 der 144 Mandate gewinnt der Front populaire pour la défense des institutions constitutionnelles. Zweitstärkste Kraft ist die Unabhängigkeitspartei, der Parti de l'Istiqlal mit 41 Sitzen. An dritte Stelle folgt die Union nationale des forces populaires, eine linke Istiqlal-Abspaltung.

Indonesien

Der indonesische Machthaber Sukarno wird zum Präsidenten auf Lebenszeit ernannt (**18.5.1963**).

Israel

Zalman Shazar wird zum neuen israelischen Staatspräsidenten gewählt (**23.5.1963**). Der ehemalige Erziehungs- und Kulturminister tritt die Nachfolge des verstorbenen Staatschefs Yitzhak Ben Zvi an. Wie sein Vorgänger war er Kandidat der sozialdemokratischen Mapai.

Afrika

OAU

32 Staaten gründen in Addis Abeba die Organisation für die Einheit Afrikas – OAU (**25.5.1963**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen das Volksbegehren für das Entscheidungsrecht des Volkes über die Ausrüstung der Armee mit Atomwaffen mit 62,2 Prozent Nein-Stimmen ab (**26.5.1963**).

Griechenland

Ein politischer Mord erschüttert Griechenland: Hunderttausende Menschen erweisen in Athen dem sozialistischen Abgeordneten und Pazifisten Grigoris Lambrakis die letzte Ehre (**28.5.1963**). Lambrakis war nach einer Friedenskundgebung in Thessaloniki (21.5.1963) attackiert worden und starb an den Folgen der schweren Verletzungen.

Pakistan

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

In Ostpakistan kommen bei einer Sturmkatastrophe rund 22 000 Menschen ums Leben (**28.5.1963**).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Papst Johannes XXIII. stirbt im Alter von 81 Jahren (**3.6.1963**).

Grossbritannien

Der britische Kriegsminister John Profumo tritt wegen einer Affäre mit dem Model Christine Keeler zurück (**5.6.1963**).

Peru

In Peru gewinnt Fernando Belaúnde Terry (*Belaunde Terry*), Gründer der reformistischen Partei Acción Popular, mit einem Stimmenanteil von 39,05 Prozent die Präsidentenwahl mit einem Vorsprung von knapp fünf Prozentpunkten vor Victor Raúl Haya de la Torre von der Apristen-Partei (Apra). Im Abgeordnetenhaus gewinnen die Apristen mit 57 Sitzen die meisten Mandate (**9.6.1963**). Erst 1980 finden wieder Wahlen statt – wegen der Machtübernahme durch die Armee im Jahr 1968.

Israel

Der israelische Ministerpräsident David Ben Gurion erklärt seinen Rücktritt (**16.6.1963**). Sein Nachfolger wird Levi Eshkol. Wie sein Vorgänger vertritt er die sozialdemokratische Mapai.

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

Sowjetunion

Erster Weltraumflug einer Frau: Die sowjetische Kosmonautin Walentina Tereschkowa startet mit einem Wostok-Raumschiff zu 49 Erdumrundungen (**16.6.1963**).

Griechenland

Der griechische Ministerpräsident Konstantinos Karamanlis tritt wegen Auseinandersetzungen mit dem Königshaus zurück und geht ins Exil nach Paris (**17.6.1963**).

USA/Sowjetunion

Die USA und die Sowjetunion vereinbaren aufgrund der Erfahrungen aus der Kuba-Krise die Schaffung einer ständigen Nachrichtenverbindung („Heisser Draht“) zwischen Moskau und Washington (**20.6.1963**).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Kardinal Giovanni Batista Montini, Erzbischof von Mailand, wird zum Nachfolger von Papst Johannes XXIII. gewählt. Er nimmt den Namen Paul VI. an (**21.6.1963**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Berlin (West-Berlin)/USA

Triumphaler Empfang für US-Präsident John F. Kennedy in West-Berlin. Vor dem Rathaus Schöneberg ruft Kennedy den rund 150 000 Menschen zu: „Ich bin ein Berliner“ (**26.6.1963**).

Argentinien

Arturo Illia von der Unión Cívica Radical del Pueblo (UCRP) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Argentinien hervor. Im Abgeordnetenhaus ist die UCRP mit 72 der 192 Sitze stärkste Kraft (**7.7.1963**).

Ecuador

In Ecuador übernimmt eine Militärjunta unter Führung von Admiral Ramón Castro Jijón die Macht (**11.7.1963**).

Vereinigte Arabische Republik/VAR (Ägypten)

Syrien

Bruch zwischen der syrischen Baath-Partei und dem ägyptischen Machthaber Gamal Abdel Nasser (**18.7.1963**) nach einem Putschversuch in Syrien von Pro-Nasser-Anhängern. General Amin al-Hafiz wird neuer syrischer Staatschef (**27.7.1963**).

EWG

Yaoundé-Abkommen

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) schliesst mit 18 afrikanischen Staaten in Yaoundé (Kamerun) ein Assoziierungsabkommen (**20.7.1963**).

Niederlande

Wechsel an der Spitze der niederländischen Regierung (**24.7.1963**): Victor Marijnen wird neuer Regierungschef. Wie sein Vorgänger Jan de Quay gehört er der Katholischen Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) an und setzt das bisherige Regierungsbündnis fort.

Jugoslawien/Mazedonien

Katastrophen/Erdbeben

Ein heftiges Erdbeben verwüstet Skopje, die Hauptstadt der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien. Dabei kommen über 1000 Menschen ums Leben. Rund 75 Prozent der Einwohner verlieren ihr Obdach (**26.7.1963**).

Abrüstung/Rüstungskontrolle/Atomteststoppabkommen/Weltraum

USA/Sowjetunion/Grossbritannien

Die USA, die Sowjetunion und Grossbritannien unterzeichnen in Moskau ein Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Luft, im Weltraum unter Wasser – Limited Test Ban Treaty/LTBT (**5.8.1963**). Unterirdische Versuche sind nicht Teil des LTBT-Abkommens.

Postzug-Raub

Grossbritannien

Bei einem Überfall auf den Postzug Glasgow-London werden 2,6 Millionen Pfund erbeutet (**8.8.1963**).

Kongo-Brazzaville

Der Staatschef der République du Congo (Kongo-Brazzaville), Fulbert Youlou, wird nach drei Tage dauernden Streiks und Demonstrationen (Révolution des Trois Glorieuses) zum Rücktritt gezwungen (**15.8.1963**). Sein Nachfolger wird Alphonse Massamba-Débat. Mit seiner Einheitspartei Mouvement national de la révolution (MNR) verfolgt Alphonse Massamba-Débat einen gemässigten sozialistischen Kurs.

USA

Über 200 000 Menschen versammeln sich zum Abschluss des „Marsches auf Washington“ vor dem Lincoln Memorial und fordern ein Ende der Rassendiskriminierung. Bürgerrechtskämpfer Martin Luther King hält seine berühmte Rede „I have a dream“, in welcher er seine Vision einer Gesellschaft ohne Rassenschranken ausbreitet (**28.8.1963**).

Norwegen

Nach einer verlorenen Vertrauensabstimmung im Parlament wegen der Kings-Bay-Affäre tritt Ministerpräsident Einar Gerhardsen zurück (**28.8.1963**). Norwegen erhält für kurze Zeit eine bürgerliche Koalitionsregierung unter Führung von John Ling von der konservativen Høyre. Gerhardsen übernimmt nach knapp einem Monat wieder die Führung der Regierung.

Nach mehreren schweren Unfällen im staatlichen Kings-Bay-Kohlebergwerk auf der Inselgruppe Spitzbergen wurden der Regierung Mängel bei der Verwaltung vorgeworfen.

Schweiz

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine Caravelle der Swissair stürzt kurz nach dem Start in Zürich bei Dürrenäsch ab. Alle 80 Insassen kommen dabei ums Leben, unter ihnen 43 Passagiere aus Humlikon – ein Fünftel der Gemeindeeinwohner (**4.9.1963**).

Frankreich

Der frühere französische Aussenminister Robert Schuman, zusammen mit Jean Monnet ein Wegbereiter der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg, stirbt im Alter von 77 Jahren (**4.9.1963**).

Algerien

Ahmed Ben Bella von der sozialistisch orientierten Einheitspartei Front de Libération Nationale (FLN) wird zum ersten Staatspräsidenten der Demokratischen Volksrepublik Algerien gewählt. Als einziger Kandidat erhält er 99,6 Prozent der Stimmen (**15.9.1963**). Der bisherige provisorische Staatschef Ferhat Abbas verlässt sein Amt im Streit mit Ben Bella.

USA

Bei einem Sprengstoffanschlag auf die 16th Street Baptist Church in Birmingham, im US-Staat Alabama, kommen vier afroamerikanische Mädchen ums Leben und 23 Menschen werden verletzt. Als Urheber des Anschlags wird der Ku-Klux-Klan verdächtigt (**15.9.1963**).

Malaya/Malaysia/Singapur/Nordborneo (Sabah)/Sarawak/Indonesien/Brunei Grossbritannien/Australien/Neuseeland

Die Föderation Malaya, die seit 1959 selbstverwaltete britische Kronkolonie Singapur sowie die britischen Kronkolonien Nordborneo (Sabah) und Sarawak schliessen sich zur Föderation Malaysia zusammen (**16.9.1963**). Der Sultan des britischen Protektorats Brunei lehnt den Beitritt ab. Es kommt zu erheblichen Spannungen und militärischen Auseinandersetzungen zwischen Malaysia und Indonesien, das sich gegen die Eingliederung der auf Borneo liegenden Gebiete Sabah und Sarawak in die Föderation Malaysia stellt. Indonesische Militärs dringen auf grenznahes malaysisches Territorium vor. Sie werden von malaysischen Sicherheitskräfte mit Unterstützung von britischen, australischen und neuseeländischen Einheiten zurückgeschlagen. Der Konflikt (Konfrontasi) endet am 11. August 1966 mit einem Friedensabkommen.

Dominikanische Republik

Putsch konservativer Militärs in der Dominikanischen Republik unter Führung von General Elías Wessin y Wessin (**25.9.1963**). Eine Militärjunta übernimmt die Macht. Der erst seit sieben Monaten amtierende Staatspräsident Juan Bosch flüchtet ins Exil. Er hatte mit seinem sozialen Reformkurs und einer neuen Verfassung konservative Kreise gegen sich aufgebracht. Die neuen Machthaber heben die Verfassung auf.

Marokko/Algerien/Äthiopien

Grenzkrieg Marokko/Algerien: Marokkanische Truppen dringen im Gebiet von Tindouf auf algerisches Gebiet vor (**1.10.1963**). Die Marokkaner werden von algerischen Streitkräften zurückgedrängt. Der äthiopische Kaiser Haile Selassie Äthiopien vermittelt einen Waffenstillstand, der einen Monat später, am 1. November, in Kraft tritt. Ein Grenzvertrag zwischen Marokko und Algerien wird 1972 geschlossen.

Nigeria

Nigeria wird eine Republik. Staatspräsident wird der bisherige Generalgouverneur Nnamdi Azikiwe (**1.10.1963**).

Honduras

Militärputsch in Honduras (**3.10.1963**): Wenige Tage vor geplanten Wahlen wird Staatspräsident Ramón Villeda Morales (Partido Liberal) von der Armee abgesetzt. Der Oberschicht und den Militärs war der Reformkurs der Liberalen Partei ein Dorn im Auge. Oberst Oswaldo López Arellano (*Lopez Arellano*) übernimmt die Führung des Landes. Er bleibt bis Juni 1971 und erneut von Dezember 1972 bis zu seiner Absetzung im April 1975 Machthaber.

Haiti/Kuba

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Der Hurrikan „Flora“ hinterlässt in mehreren Staaten der Karibik Spuren der Verwüstung. Am meisten betroffen sind Haiti und Kuba (**3.10./4.10.1963**). In Haiti kommen rund 5000 und in Kuba über 1000 Menschen ums Leben.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schauspieler Gustaf Gründgens stirbt im Alter von 63 Jahren (**7.10.1963**).

Italien

Katastrophen/Stausee-Flutwelle

Eine Flanke des Monte Toc stürzt in den Vajont Stausee in der Region Venetien. Millionen Kubikmeter Wasser schwappen über den Staudamm. Eine Flutwelle zerstört die Gemeinde Langarone und andere umliegende Ortschaften Dörfer. Fast 2000 Menschen kommen ums Leben (**9.10.1963**).

Uganda/Buganda

Uganda wird eine Republik (9.10.1963). Staatsoberhaupt ist Edward Mutesa II, der König (Kabaka) von Buganda.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die französische Sängerin Édith Piaf stirbt im Alter von 47 Jahren (**10.10.1963**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Schriftsteller Jean Cocteau stirbt im Alter von 74 Jahren (**11.10.1963**).

Grossbritannien

Der britische Premierminister Harold Macmillan (Conservative Party) tritt aus gesundheitlichen Gründen zurück (**12.10.1963**). Macmillan war auch wegen der Profumo-Affäre unter Druck geraten. Sein Nachfolger wird der bisherige Aussenminister Alec Douglas-Home (19.10.1963).

Südarabische Föderation/Grossbritannien

Im britischen Protektorat Südarabische Föderation bricht der bewaffnete Widerstand gegen die britische Präsenz aus (**14.10.1963**). Um die Vorherrschaft kämpfen (und bekämpfen sich) die marxistisch-orientierte National Liberation Front (NLF) und die von Ägypten unterstützte Front for the Liberation of Occupied South Yemen (Flosy).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Nach 14 Jahren im Amt tritt der 87 Jahre alte deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer – Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union (CDU) – zurück (**15.10.1963**). Sein Nachfolger wird Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der Vater des „Wirtschaftswunders“ (17.10.1963). Seiner Koalitionsregierung gehören Vertreter der Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – und der Freien Demokratischen Partei (FDP) an.

Korea (Südkorea)

In Südkorea geht Machthaber Park Chung Hee mit einem Stimmenanteil von 46,6 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. (**15.10.1963**). Bei der Parlamentswahl im folgenden Monat (26.11.1963) gewinnt seine Demokratische Republikanische Partei 110 der 175 Mandate.

Schweiz

Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz werden erstmals 200 statt 196 Mandate vergeben. Die Sozialdemokraten (SP) gehen mit 53 Sitzen (plus 2) als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Es folgen die Freisinnigen (FDP) mit 51 Sitzen (unverändert), die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei (KCVP) – seit 1957 Nachfolgerin der Konservativen Volkspartei (KVP) – mit 48 (plus 1), die Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) mit 22 (minus 1) und der Landesring der Unabhängigen (LdU) mit zehn Mandaten (unverändert). Auf die übrigen Parteien entfallen 16 Mandate (**20.10.1963**).

Die 44 Mandate im Ständerat verteilen sich wie folgt: Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei (KCVP): 18, Freisinnige (FDP): 13, Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB): 4, Sozialdemokraten (SP): 3, Liberale Partei (LPS): 3, Demokratische Partei: 3.

Dahomey

In Dahomey wird Staatspräsident Coutoucou Hubert Maga von der Armee abgesetzt. Neuer Machthaber wird Generalstabschef Christophe Soglo (**22.10.1963**). Die innenpolitische Lage in Dahomey ist in den folgenden Jahren durch Instabilität und mehrere Machtwechsel gekennzeichnet.

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

Der südvietnamesische Machthaber Ngo Dinh Diem wird von der Armee entmachtet (**1.11.1963**) und am folgenden Tag erschossen. Diems Regime hatte durch willkürliche Verhaftungen, Zwangsumsiedlungen der Landbevölkerung in Wehrdörfer, brutales Vorgehen gegen buddhistische Mönche, und ausufernde Korruption das Vertrauen der Bevölkerung und schliesslich auch seines US-Schützlings verloren. Auf Diems Sturz folgenden mehrere kurzlebige Regierungen. Die Macht liegt in den Händen der Armeeführung.

Griechenland

Machtwechsel in Griechenland (**3.11.1963**): Die seit 1956 ununterbrochen regierende konservative Nationalradikale Union (ERE) verliert ihre Mehrheit bei der Parlamentswahl. Wahlgewinnerin ist die von Georgios Papandreu gegründete Zentrumsunion (EK). Papandreu wird neuer Ministerpräsident. Er legt nach kurzer Zeit sein Amt nieder (30.12.1963), um Neuwahlen in die Wege zu leiten, die seine Machtbasis im Parlament erweitern soll.

Japan

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Eisenbahnkatastrophen

Zwei Katastrophen am gleichen Tag in Japan (**9.11.1963**):

- 458 Arbeiter kommen bei einer Explosion in einem japanischen Steinkohlebergwerk in der Provinz Fukuoka ums Leben.
- Eine Zugentgleisung im Bahnhof von Yokohama fordert 162 Tote

Island

Der fünfmalige isländische Ministerpräsident Ólafur Thors (*Olafur Thors*) tritt aus gesundheitlichen Gründen zurück (**14.11.1963**). Er war der erste Regierungschef nach der Unabhängigkeit von Island und während fast drei Jahrzehnten Vorsitzender der Unabhängigkeitspartei. Sein Nachfolger wird Bjarni Benediktsson, der bis Juni 1970 das Land regiert.

USA

US-Präsident John F. Kennedy wird bei einer Fahrt im offenen Wagen durch Dallas (Texas) erschossen (**22.11.1963**). Der 46 Jahre alte John F. Kennedy war der 35. Präsident der Vereinigten Staaten. Das Attentat löst in aller Welt Trauer und Betroffenheit aus.

Der bisherige Vizepräsident Lyndon B. Johnson wird an Bord der Air Force One als neuer Präsident vereidigt. Knapp eineinhalb Stunden nach den tödlichen Schüssen wird der mutmassliche Attentäter – Lee Harvey Oswald – verhaftet. Zwei Tage nach seiner Verhaftung wird Oswald vom Nachtklubbesitzer Jack Ruby erschossen. Um das

Attentat ranken sich viele Verschwörungstheorien. Ein Untersuchungsausschuss unter Leitung des Bundesrichters Earl Warren stellte 10 Monate später offiziell fest, dass Lee Harvey Oswald der alleinige Täter sei.

Venezuela

Rául Leoni von der sozialdemokratischen Acción Democrática (AD) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Venezuela hervor. Er erhält 32,81 Prozent der Stimmen (**1.12.1963**).

Italien

Der christlichdemokratische Politiker Aldo Moro wird neuer italienischer Ministerpräsident (**4.12.1963**). Er bildet eine Mitte-links-Koalitionsregierung aus Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC), Sozialisten (Partito Socialista Italiano/PSI), Sozialdemokraten (Partito Socialista Democratico Italiano/PSDI) und Republikanern (Partito Repubblicano Italiano/PRI). Sozialistenführer Pietro Nenni wird stellvertretender Regierungschef.

Thailand

Neuer Regierungschef in Thailand: Nach dem Tod von Feldmarschall Sarit Thanarat übernimmt sein Stellvertreter Thanom Kittikachorn, die Macht (**9.12.1963**). Er ernennt sich selbst zum Feldmarschall, Flottenadmiral und Luftwaffenmarschall. Thanom Kittikachorn verfolgt einen rigiden antikommunistischen Kurs. Er hat den Ruf seines Militärdiktators. Seine über neunjährige Amtszeit endet mit einem Volksaufstand.

Sansibar/Grossbritannien

Sansibar erhält die Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft (**10.12.1963**).

Friedensnobelpreis

IKRK/Rotes Kreuz

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und die Liga der Rotkreuz-Gesellschaften werden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1963**). Für das IKRK fällt die bereits dritte Verleihung des Friedensnobelpreises mit dem 100-jährigen Gründungsjubiläum zusammen.

Friedensnobelpreis/USA

Der amerikanische Chemiker und Pazifist Linus Carl Pauling erhält rückwirkend für das Jahr 1962 den Friedensnobelpreis für seinen Einsatz gegen Atomwaffentests (**10.12.1963**). Pauling war 1954 mit dem Nobelpreis für Chemie geehrt worden. Er ist neben Marie Curie der bislang einzige Träger von zwei unterschiedlichen Nobelpreisen.

Literaturnobelpreis

Griechenland

Der griechische Schriftsteller und Diplomat Giorgos Seferis wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1963**).

Kenia/Grossbritannien

Die bisherige britische Kronkolonie Kenia wird unabhängig (**12.12.1963**). Erster Premierminister ist Jomo Kenyatta. Er war 1953 wegen des Mau-Mau-Aufstandes zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, stirbt im Alter von 79 Jahren (**12.12.1963**).

Zypern/Zypern-Konflikt

Bürgerkrieg in Zypern: Nach einem Zwischenfall in Nikosia zwischen griechisch-zyprischen Polizisten und türkisch-zyprischen Zivilisten brechen zwischen beiden Volksgruppen blutige Unruhen aus (**21.12.1963**). Um die Kämpfe zwischen beiden Volksgruppen zu beenden, zeichnet ein britischer Offizier auf der Karte der Hauptstadt eine Trennlinie, die als „Grüne Linie“ in die Geschichte eingeht (30.12.1963). Die Türkisch-Zyprer ziehen sich aus allen Regierungsämtern zurück.

Das politische Klima hatte sich seit den Ende November von Erzbischof Makarios III. (dem Staatspräsidenten) vorgeschlagenen Verfassungsänderungen (Streichung des Vetorechts des türkischen Vizepräsidenten) verschärft. Begleitet werden die bewaffneten Auseinandersetzungen von Massakern, ethnischen Säuberungen und Umsiedlungsaktionen: Tausende Türkisch-Zyprer verlassen gemischte Dörfer und flüchten in vorwiegend von ihrer Volksgruppe bewohnte Gebiete.

Griechenland

Katastrophen/Schiffskatastrophen

An Bord des griechischen Kreuzfahrtschiffes „Lakonia“ mit über 1000 Menschen an Bord bricht Feuer aus (**22.12.1963**). Die Katastrophe nordwestlich von Madeira fordert über 130 Tote

Italien

Der sozialdemokratische Politiker Giuseppe Saragat wird zum neuen italienischen Staatsoberhaupt gewählt (**28.12.1963**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der deutsche Komponist Paul Hindemith stirbt im Alter von 68 Jahren (**28.12.1963**).

**Föderation Rhodesien und Njassaland (Zentralafrikanische Föderation)/
Grossbritannien/Südrhodesien/Nordrhodesien**

Die 1953 gebildete Föderation von Rhodesien und Njassaland – auch Zentralafrikanische Föderation genannt – wird aufgelöst (**31.12.1963**).

Zur Föderation gehörten die britische Kolonie Südrhodesien sowie die britischen Protektorate Nordrhodesien und Njassaland. Nordrhodesien erlangt als Sambia (24.10.1964) und Njassaland als Malawi (6.7.1964) die Unabhängigkeit. Aus Südrhodesien wird Rhodesien.

1964

Kongo-Konflikt/Kongo-Wirren

Kongo-Léopoldville

Im Osten von Kongo-Léopoldville lancieren Lumumbisten (Anhänger des früheren Regierungschefs Patrice Lumumba) einen Aufstand gegen die Zentralregierung (**Januar 1964**). Die sogenannten „Simbas“ (Löwen), grösstenteils nur mit primitiven Waffen ausgerüstet, beherrschen innert weniger Wochen fast die Hälfte des Landes. Hunderte Menschen werden ermordet. Am 15. August 1964 erobern die Rebellen Stanleyville und proklamieren die Volksrepublik Kongo. Söldner aus zahlreichen westlichen Ländern unterstützen den Kampf gegen die Rebellen.

Vatikan/Israel/Jordanien

Römisch-katholische Kirche/orthodoxe Kirche

Historische Papstreise: Papst Paul VI. besucht das „Heilige Land“ – die christlichen heiligen Stätten in Jordanien und Israel (**4.1.1964**). Es handelt sich um die erste Auslandsreise eines Papstes seit über 150 Jahren. Noch nie war ein Nachfolger des Apostels Petrus im „Heiligen Land“. Höhepunkt der Reise ist ein Treffen mit dem Patriarchen von Konstantinopel, Athenagoras I. in Ostjerusalem (unter jordanischer Hoheit).

Jugoslawien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Ein Vorortszug fährt in Belgrad auf einen stehenden Personenzug. 66 Menschen werden getötet und rund 200 verletzt (**4.1.1964**).

Zentralafrikanische Republik

In der Zentralafrikanischen Republik findet die erste Präsidentenwahl statt. Einziger Kandidat ist der seit Erlangung der Unabhängigkeit amtierende Präsident David Dacko (**5.1.1964**).

Zwei Monate später findet die Parlamentswahl statt (15.3.1964). Da nur eine Partei zugelassen ist, gehen alle Mandate an das Mouvement pour l'évolution sociale de l'Afrique noire (MESAN).

Panama/USA

In der Panamakanalzone löst ein Flaggenstreit zwischen den USA und Panama Unruhen aus (**9.1.1964**). 27 Menschen kommen dabei ums Leben. Die Folge: Die diplomatischen Beziehungen werden abgebrochen, nach drei Monaten jedoch wieder aufgenommen.

Sansibar

Umsturz im Sultanat Sansibar: Sultan Jamshid wird entmachtet. Anführer der Revolution ist John Okello (**12.1.1964**). Der Aufstand der schwarzen Mehrheitsbevölkerung gegen die arabische Oberschicht fordert Hunderte von Toten.

Österreich

Olympische Spiele

In Innsbruck finden die IX. Olympischen Winterspiele statt (**29.1.1964**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen den Erlass einer allgemeinen Steueramnestie mit 58 Prozent Nein-Stimmen ab (**2.2.1964**).

Griechenland

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl erreicht die Zentrumsunion (EK) von Georgios Papandreou die absolute Mehrheit (**16.2.1964**). Papandreou übernimmt wieder das Amt des Regierungschefs (18.2.1964). Er leitet eine gemässigte Reformpolitik ein, die jedoch in Wirtschafts- und Armeekreisen auf Widerstand stösst.

Zypern/Zypern-Konflikt

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst die Schaffung einer Friedenstruppe in Zypern: United Nations Peacekeeping Force in Cyprus (**4.3.1964**). Die Friedenstruppe (UNFICYP) soll ein Wiederaufflammen der Feindseligkeiten zwischen den Volksgruppen verhindern und zur Wahrung und Wiederherstellung von Recht und Ordnung beitragen.

Griechenland

Der griechische König Paul I. stirbt im Alter von 62 Jahren (**6.3.1964**). Thronfolger ist sein 23-jähriger Sohn Konstantin II.

Brasilien/USA

In Brasilien ergreift mit Unterstützung der USA die Armee die Macht (**31.3./1.4.1964**). Der wegen einer geplanten radikalen Landreform unter Druck geratene Staatspräsident João Goulart flüchtet ausser Landes. General Humberto Castelo Branco wird provisorischer Staatshauptmann (11.4.1964). Die Militärs begründen die Machtergreifung mit der Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme. Es beginnt eine langjährige Phase der Repression. Bürgerliche Freiheiten werden eingeschränkt, Parteien aufgelöst, die Volkswahl des Präsidenten wird abgeschafft, Tausende Menschen werden verhaftet. Erst 1985, nach 21 Jahren, endet das Militärregime.

Österreich

Josef Klaus (ÖVP) wird neuer österreichischer Bundeskanzler (**2.4.1964**). Er leitet wie sein Vorgänger Alfons Gorbach eine Koalitionsregierung aus Volkspartei (ÖVP) und Sozialistischer Partei (SPÖ).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

Laos//USA

Laos gerät in den Strudel des Vietnam- bzw. Zweiten Indochinakrieges. Ab **Mitte April 1964** beginnt die US-Luftwaffe mit massiven Bombardierungen. Im Visier ist vor allem der Ho-Chi-Minh-Pfad, die Nachschubroute für den Vietcong in Südvietnam. Laos wird zum meist bombardierten Land der Welt: Zwischen 1964 und 1973 werden etwa 270 Millionen Streubomben auf Ziele in Laos abgeworfen. Besonders betroffen ist die Provinz Xieng Khoiang mit der Ebene der Tonkrüge. Etwa 30 Prozent der Streubomben explodieren jedoch nicht. Noch Jahrzehnte nach Kriegsende lebt die Landbevölkerung mit der tödlichen Gefahr nicht explodierter Streubomben.

Sansibar/Tanganjika

Tanganjika und Sansibar schliessen sich zur Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar zusammen (**26.4.1964**). Staatsoberhaupt ist Julius Nyerere, bisher Präsident von Tanganjika. Tanganjika erhielt 1961 und Sansibar 1963 die Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft.

Schweiz

In Lausanne wird die fünfte schweizerische Landesausstellung, die Expo 64, eröffnet (**30.4.1964**).

British Guiana/Grossbritannien

Streiks und Unruhen in British Guiana: Der britische Gouverneur verhängt den Ausnahmezustand (**22.5.1964**). Britische Truppen werden zur Wiederherstellung der Ordnung eingesetzt .

Indien

Indien trauert um seinen ersten Premierminister Jawaharlal Nehru. Er stirbt im Alter von 75 Jahren nach einem Schlaganfall (**27.5.1964**). Nehrus Nachfolger wird Lal Bahadur Shastri von der Kongresspartei (Indian National Congress/INC).

Kolumbien/USA

In Kolumbien geht die Armee mit Gewalt gegen die aufständischen Bauern in der von Manuel Marulanda Vélez (Kampfname von Pedro Antonio Marín) gegründeten „República Marquetalia“ vor (**27.5.1964**). Die Offensive erfolgt im Rahmen der von den USA entwickelten Antikommunismus-Strategie: Latin American Security Operation (Laso). Die Überlebenden gründen die Widerstandsbewegung Bloque Sur (20.7.1964). Zwei Jahre später (5.5.1966) entstehen die Revolutionären Streitkräfte (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Farc) unter Führung von Manuel Marulanda Vélez alias Tirofijo. Die Farc gelten als militärischer Arm der Kommunistischen Partei Kolumbiens.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

PLO

In Ost-Jerusalem findet der Gründungskongress der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) statt (**28.5.1964**). Die PLO entsteht auf Initiative des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser und der Arabischen Liga. Ahmad Shuqairi wird ihr erster Vorsitzender. Die Delegierten verabschieden eine Nationalcharta, in der die Gründung des Staates Israel in Artikel 19 als „illegal“ bezeichnet wird. Palästina sei innerhalb der Grenzen, die es zur Zeit der britischen Mandats hatte, eine unteilbare territoriale Einheit. Das palästinensische Volk habe legalen Anspruch auf ein Heimatland.

Bolivien

In Bolivien wird Staatspräsident Víctor Paz Estenssoro vom Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) ohne Gegenkandidatur im Amt bestätigt (**31.5.1964**). Vizepräsident wird René Barrientos.

Südafrika

Nelson Mandela und weitere führende Mitglieder des African National Congress (ANC) werden im sogenannten Rivonia-Prozess wegen Verschwörung zum bewaffneten Umsturz in Südafrika zu lebenslanger Haft verurteilt und auf Robben Island verbannt (**12.6.1964**). In seiner Verteidigungsrede (20.4.1964) sagt Mandela: „Mein teuerstes Ideal ist eine freie und demokratische Gesellschaft, in der alle in Harmonie mit gleichen Chancen leben können. Ich hoffe, lange genug zu leben, um dies zu erreichen. Doch wenn dies notwendig ist, ist dies ein Ideal, für das ich zu sterben bereit bin.“

Haiti

Haitis Machthaber François Duvalier wird Präsident auf Lebenszeit. In einem Referendum stimmt die Bevölkerung einer entsprechenden Verfassungsänderung nach offiziellen Angaben mit 99,9 Prozent Ja-Stimmen zu (**14.6.1964**).

USA

Die Rassendiskriminierung in den USA soll beendet werden. US-Präsident Lyndon B. Johnson unterzeichnet das vom Kongress verabschiedete Bürgerrechtsgesetz (**2.7.1964**). Der Civil Rights Act untersagt Rassentrennung in

öffentlichen Einrichtungen wie Restaurants, Kinos, Hotels, Sportstadien, Bussen und Sanitäreinrichtungen sowie diskriminierende Wahltests für Afroamerikaner.

Mexiko

In Mexiko wird Gustavo Díaz Ordaz (*Díaz Ordaz*), Führer des konservativen Flügels des regierenden Partido Revolucionario Institucional (PRI), mit einem Stimmenanteil von 88,82 Prozent zum neuen Staatschef gewählt (**5.7.1964**). In seine Amtszeit fallen die 1968 blutig niedergeschlagenen Studentenproteste (vgl. 2.10.1968).

Malawi/Njassaland/Grossbritannien

Das bisherige britische Protektorat Njassaland wird unter Führung von Premierminister Hastings Kamuzu Banda unabhängig (**6.7.1964**). Der neue unabhängige Staat nennt sich Malawi. Hastings Kamuzu Banda bleibt bis 1993 an der Macht.

Sowjetunion

Anastas Mikojan wird anstelle von Leonid Breschnew neuer Vorsitzender des Obersten Sowjets und damit Staatsoberhaupt (**15.7.1964**).

Portugal

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Nördlich der portugiesischen Stadt Porto, bei Custóias, entgleist eine aus einem Dieseltriebwagen und einem Beiwagen bestehende Zugkomposition. 94 Menschen kommen dabei ums Leben (**26.07.1964**).

Nato

Italien

Der italienische Politiker Manlio Brosio wird neuer Nato-Generalsekretär (**1.8.1964**).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

USA

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam/Nordvietnam)

Zwei US-Kriegsschiffe werden im Golf von Tonkin angeblich von nordvietnamesischen Schnellbooten beschossen (**2.8. und 4.8.1964**). US-Präsident Lyndon B. Johnson ordnet als Vergeltung Luftangriffe gegen Nordvietnam an. Der US-Kongress verabschiedet kurz darauf (7.8.1964) die sogenannte Tonkin-Resolution. Sie ermächtigt den Präsidenten, ohne formelle Kriegserklärung gegen Nordvietnam vorzugehen.

Libanon

Das libanesische Parlament wählt Charles Helou zum neuen Staatspräsidenten (**18.8.1964**).

Schweiz

Der „Mirage-Skandal“ erschüttert die Schweiz: Ausgelöst wird die Affäre durch massive Kostenüberschreitungen bei der Beschaffung von französischen Mirage-Kampfflugzeugen. Eine parlamentarische Untersuchungskommission beschuldigt das Eidgenössische Militärdepartement, es habe Regierung, Parlament und Öffentlichkeit getäuscht (**1.9.1964**). Die Folgen: Der Kommandant der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen, Divisionär Etienne Primault, wird entlassen. Generalstabschef Jakob Annasohn tritt zurück und Bundesrat Paul Chaudet, Vorsteher des Militärdepartements, erklärt zwei Jahre später (28.11.1966) wegen der Mirage-Affäre seinen Rücktritt. Statt 100 werden 57 Mirage-Kampfflugzeuge angeschafft.

Chile

Der Christdemokrat Eduardo Frei wird neuer chilenischer Staatschef. Der Kandidat des Partido Demócrata Cristiana (PDC) erhält 56,09 Prozent der Stimmen. Der Sozialist Salvador Allende kommt auf 38,93 Prozent (**4.9.1964**).

Schweden

Bei der Reichstagswahl in Schweden gewinnen die Sozialdemokraten 113 (minus 1) der 233 Mandate. Die Volkspartei bleibt zweitstärkste Kraft mit 42 (plus 2) Mandaten. Die drittplatzierte Zentrumsparterie erhält 33 Mandate. Die Högerpartiet (Rechtspartei) verliert 7 Mandate; sie entsendet 32 Abgeordnete in den Reichstag (**20.9.1964**).

Malta/Grossbritannien

Grossbritannien entlässt die Kronkolonie Malta nach über 160 Jahren in die Unabhängigkeit mit Königin Elizabeth II. als Staatsoberhaupt. (**21.9.1964**). An der Spitze der Regierung steht Giorgio Borg Olivier, Vorsitzender der Nationalist Party.

Japan

Olympische Spiele

In Tokio finden die XVIII. Olympischen Sommerspiele statt (**10.10.1964**).

Sowjetunion

Entmachtung des sowjetischen Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow (**14.10.1964**). Neuer Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei wird Leonid Breschnew. Das Amt des Regierungschefs übernimmt Aleksei Kossygin.

Grossbritannien

In Grossbritannien geht die oppositionelle Labour Party als Siegerin aus der Unterhauswahl hervor. Labour gewinnt 59 Sitze hinzu und erobert mit 317 von 630 Sitzen knapp die absolute Mehrheit. Auf die Konservativen (Conservative Party) entfallen 298 Mandate (minus 47). Die mit den Tories verbündete National Liberal Party verliert 14 Mandate und ist nur noch mit 6 Abgeordneten vertreten. Die Liberal Party entsendet 9 Abgeordnete ins Unterhaus (15.10.1964).

Grossbritannien

Der Labour-Parteichef Harold Wilson wird neuer britischer Premierminister (16.10.1964).

China (Volksrepublik China)/Atomwaffen

Auch die Volksrepublik China wird Atommacht. Auf dem Testgelände Lop Nor findet der erste Atomwaffentest statt (16.10.1964).

Literaturnobelpreis

Frankreich

Dem französischen Dramatiker und Philosophen Jean-Paul Sartre wird der Literaturnobelpreis zuerkannt (22.10.1964). Sartre lehnt die Ehrung jedoch ab.

Nordrhodesien/Sambia/Grossbritannien

Das britische Protektorat Nordrhodesien erhält seine Unabhängigkeit und nennt sich Sambia. Ester Präsident wird Kenneth Kaunda (24.10.1964).

Tansania/Tanganjika/Sansibar

Die Vereinigte Republik von Tanganjika und Sansibar wird umbenannt in Vereinigte Republik Tansania (29.10.1964).

Saudiarabien

Neuer König in Saudiarabien: Der für seinen Lebensstil kritisierte König Saud wird von seinem Bruder Faisal entmachtet (2.11.1964).

USA

US-Präsident Lyndon B. Johnson, Nachfolger des am 22. November 1963 ermordeten Präsidenten John F. Kennedy, wird vom Volk in seinem Amt bestätigt (3.11.1964). Er erhält 486 Elektorenstimmen und 61,1 Prozent der Wählerstimmen. Sein republikanischer Herausforderer Barry Goldwater muss sich mit 52 Elektorenstimmen begnügen. Vizepräsident wird Hubert Humphrey.

Bei den Kongresswahlen erreichen die Demokraten in beiden Häusern eine Zweidrittelmehrheit. Im Senat haben die Demokraten 68 (plus 1) und die Republikaner 32 Mandate (minus 1). Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 295 Abgeordneten (plus 37) und die Republikaner mit 140 (minus 36) vertreten. Die Unabhängigen verlieren ihren Sitz.

Bolivien

Militärputsch in Bolivien (3.11.1964). Staatspräsident Víctor Paz Estenssoro wird von seinem Stellvertreter, General René Barrientos, entmachtet. Die Militärjunta unter Führung von Barrientos setzt der Reformpolitik ein Ende. Bis 1982 herrschen Militärs über das Land.

Luxemburg

Die luxemburgische Grossherzogin Charlotte dankt nach 45 Jahren zugunsten ihres Sohnes Jean ab (12.11.1964).

Sudan

Umsturz im Sudan: Nach heftigen Protesten, Streiks und Unruhen tritt Machthaber Ibrahim Abboud zurück (16.11.1964). Das Militärregime wird durch eine zivile Regierung ersetzt.

Kongo-Konflikt/Kongo-Wirren

Kongo-Léopoldville/Belgien/USA

Belgisch-US-amerikanische Militäraktion zur Befreiung von Geiseln in Kongo-Léopoldville (24.11.1964): Belgische Fallschirmtruppen befreien in Stanleyville und Paulis rund 1800 westliche und 200 kongolesische Geiseln, die sich seit Wochen in der Gewalt von Rebellen (Simbas) befanden. Die USA stellten für den Transport der belgischen Soldaten und für die Evakuierung der befreiten Geiseln Militärflugzeuge zur Verfügung.

Japan

Wechsel an der Spitze der japanischen Regierung (1.12.1964). Sato Eisaku wird neuer Ministerpräsident und Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei.

British Guiana/Grossbritannien

Machtwechsel in British Guiana: Forbes Burnham vom sozialdemokratischen People's National Congress (PNC) wird neuer Regierungschef (12.12.1964). Der PNC bleibt bis 1992 an der Macht und Forbes Burnham bis zu seinem Tod im Jahr 1985 der mächtigste Politiker des Landes – bis 1980 als Regierungschef, danach als Staatsoberhaupt.

Friedensnobelpreis**USA**

Der US-amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King wird mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1964**).

Kenia

Kenia wird eine Republik und der bisherige Premierminister Jomo Kenyatta Staatsoberhaupt (**12.12.1964**).

1965

Thailand

Unter Führung der Kommunistischen Partei Thailands wird die Thailand Patriotic Front gegründet (**1.1.1965**). Sie verkündet eine „Ära des bewaffneten Kampfes“. Die ersten Angriffe beginnen im August 1965. 1969 entsteht die Thai People's Liberation Armed Forces Army. Der kommunistische Guerillakrieg endet 1983 nach einer Amnestiezusage der Regierung.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britisch-US-amerikanische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger T.S. Eliot stirbt im Alter von 76 Jahren (**4.1.1965**).

UNO

Indonesien

Staatspräsident Sukarno erklärt den Austritt Indonesiens aus der UNO (**7.1.1965**). Mit dem Austritt (wirksam ab 20.1.1965) protestiert Indonesien gegen die Wahl Malaysias zum nichtständigen Mitglied des UNO- Sicherheitsrates. Im folgenden Jahr (28.9.1966) kehrt Indonesien in die UNO zurück.

Grossbritannien

Grossbritannien trauert um seinen früheren Premierminister Winston Churchill. Er stirbt mit 90 Jahren. Churchill war 1953 mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet worden (**24.1.1965**).

Kanada

Kanada erhält eine neue Flagge. Die Fahne mit dem roten Ahornblatt auf weissem Grund wird am **15.2.1965** erstmals auf dem Parlament Hill in Ottawa gehisst.

Gambia/Grossbritannien

Die bisherige britische Kronkolonie Gambia wird unabhängig (**18.2.1965**). An der Spitze der Regierung steht Premierminister Dawda Jawara.

USA

Der radikale Schwarzenführer und Bürgerrechtskämpfer Malcolm X wird in New York erschossen (**21.2.1965**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Schauspieler und Komiker Stan Laurel vom legendären Komikerduo Laurel und Hard, stirbt im Alter von 74 Jahren (**23.2.1965**).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

USA

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam/Nordvietnam)

Die US-Luftwaffe beginnt mit massiven Bombardierungen Nordvietnams – Operation Rolling Thunder (**2.3.1965**). In den nächsten dreieinhalb Jahren werden über Nordvietnam etwa 643 000 Tonnen Bomben abgeworfen.

USA

„Bloody Sunday“ in Selma, im US-Staat Alabama (**7.3.1965**): Rund 600 Demonstranten beginnen einen Protestmarsch gegen Rassendiskriminierung. Auslöser der Kundgebung ist der Tod des jungen Afroamerikaners Jimmie Lee Jackson, der drei Wochen zuvor von einem Polizisten erschossen wurde. Das Ziel der Demonstranten ist Montgomery, die 86 Kilometer entfernte Hauptstadt Alabamas. Polizisten lösen jedoch bei der Edmund-Pettus-Brücke die Kundgebung mit Knüppeln und Tränengas gewaltsam auf. Auch der zweite Marsch scheitert. Der dritte Marsch wird von der Nationalgarde gesichert. Der Bürgerrechtler Martin Luther King hält an einer Abschlussveranstaltung in Montgomery vor 25 000 Menschen seine berühmte Rede „Our God is marching on“ (**24.3.1965**).

Chile

In Chile wird der Partido Demócrata Cristiana (PDC) von Staatspräsident Edardo Frei stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus. Die Christdemokraten gewinnen bei der Parlamentswahl 82 (plus 59) der 147 Sitze im Abgeordnetenhaus und damit die absolute Mehrheit. Der bisher dominierende Partido Radical ist mit 20 Abgeordneten (minus 19) vertreten (**7.3.1965**).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

USA

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

Die USA setzen in Südvietnam erstmals Kampfruppen ein. Bei Da Nang gehen 3500 Marines an Land (**8.3.1965**).

Honduras

In Honduras wird nach der Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung Oswaldo López Arellano (*Lopez Arellano*), der 1963 durch einen Militärputsch an die Macht gelangte, zum Staatspräsidenten gewählt (**15.3.1965**).

Rumänien

Führungswechsel in Rumänien. Nach dem Tod von Machthaber Gheorge Gheorghiu-Dej (**19.3.1965**) übernimmt Nicolae Ceaușescu (Ceausescu) die Führung der Arbeiterpartei (22.3.1965). Sie wird in Kommunistische Partei umbenannt.

Ceylon (Sri Lanka)

In Ceylon geht die oppositionelle United National Party als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (**22.3.1965**). Sie gewinnt 66 (plus 36) der 151 Sitze. Die bisher regierende Sri Lanka Freedom Party von Premierministerin Sirimavo Bandarnaike erhält 41 Mandate (minus 34). Dudley Senanayake, Vorsitzender der konservativen United National Party, wird nach 1952/1953 und 1960 zum dritten Mal Premierminister.

Marokko

Bei Schüler- und Studentenunruhen in der marokkanischen Stadt Casablanca kommen nach Schätzungen Hunderte Menschen ums Leben (**23.3.1965**).

EWG/Euratom/EGKS

Europäische Gemeinschaften

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) beschliessen, ihre leitenden Organe (Ministerrat, Kommission) zusammenzulegen (**8.4.1965**). Es handelt sich nicht um eine Verschmelzung der drei Organisationen. Das Abkommen trägt den Titel „Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften“.

Bulgarien

In Bulgarien wird ein Putschversuch vereitelt. Mehrere hohe Offiziere und Parteikader werden verhaftet (**8.4. bis 12.4.1965**).

Niederlande

Wechsel an der Spitze der niederländischen Regierung (**14.4.1965**): Jo Cals wird neuer Regierungschef. Wie sein Vorgänger Victor Marijnen gehört er der Katholischen Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) an. Seine Regierungspartner sind die protestantische Anti-Revolutionäre Partei (Anti-Revolutionaire Partij/ARP) und die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA).

USA

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

Über 15 000 Personen nehmen an einem Marsch nach Washington teil, um gegen den Vietnamkrieg zu protestieren (**17.4.1965**). Es handelt sich um die bisher grösste Kundgebung gegen den Krieg in Indochina.

Dominikanische Republik/USA/Organisation Amerikanischer Staaten(OAS)

In der Dominikanischen Republik beginnt ein Gegenputsch reformorientierter Offiziere gegen die herrschende Militärjunta (ab **24.4.1965**). Die sogenannten Konstitutionalisten fordern die Wiedereinsetzung der demokratischen Verfassung und die Rückkehr des abgesetzten Präsidenten Juan Bosch. Die Rebellen fordern die Bevölkerung zum bewaffneten Aufstand auf.

Die USA, die ein zweites Kuba befürchten, greifen militärisch in den Bürgerkrieg zwischen Konstitutionalisten und Loyalisten ein. Die ersten 400 Marineinfanteristen landen am 28. April. Danach steigt die Zahl der an der Operation Power Pack beteiligten US-Armeeangehörigen auf rund 22 000.

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) beschliesst die Entsendung einer Friedenstruppe (6.5.1965). Sechs Länder beteiligen sich an der Friedenstruppe. Das grösste Kontingent stellt Brasilien mit rund 1100 Militärs.

Österreich

Franz Jonas, Kandidat der Sozialistischen Partei (SPÖ), wird zum neuen österreichischen Bundespräsidenten gewählt (**23.5.1965**). Er erhält 50,69 Prozent der Stimmen.

Belgien

Bei der Parlamentswahl in Belgien müssen sowohl Christdemokraten wie Sozialisten Verluste in Kauf nehmen (**23.5.1965**). Die Liberalen gewinnen 28 Mandate hinzu. Stärkste Kraft sind die christdemokratischen Parteien – Christelijke Volkspartij (CVP) und Parti Social Chrétien (PSC) – mit 77 Mandaten (minus 19), vor den Sozialisten – Belgische Socialistische Partij (BSP) und Parti Socialiste Belge (PSB) – mit 64 Mandaten (minus 20) und den Liberalen – Partij voor Vrijheid en Vooruitgang (PVV) und Parti de la liberté et du progrès (PLP) – mit 28 Sitzen (plus 28). Der Christdemokrat Pierre Harmel wird neuer Premierminister (28.7.1965).

Pakistan

Katastrophen/Unwetter

Der Ostteil Pakistans wird von verheerenden Wirbelstürmen heimgesucht. Schätzungsweise 47 000 Menschen kommen dabei ums Leben (**Ende Mai/Anfang Juni 1965**).

Japan

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einer Bergbaukatastrophe in der japanischen Präfektur Fukuoka kommen 236 Menschen ums Leben (**1.6.1965**).

Marokko

Der marokkanische König Mohammed V. erklärt angesichts innerer Unruhen den Ausnahmezustand, löst das Parlament auf und übernimmt selbst die Regierungsgeschäfte (**7.6.1965**).

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

In Südvietnam übernimmt General Nguyen Van Thieu als Oberkommandierender und Staatschef die Macht (**14.6.1965**).

Algerien

Der algerische Staatspräsident Ahmed Ben Bella wird gestürzt. Neuer Machthaber wird der bisherige Verteidigungsminister Houari Boumedienne (**19.6.1965**).

Korea (Südkorea)/Japan

Südkorea und die ehemalige Kolonialmacht Japan vereinbaren einen Grundlagenvertrag zur Normalisierung ihrer Beziehungen (**22.6.1965**).

EWG

Frankreich

Frankreich zieht sich wegen Unstimmigkeiten bei vorgeschlagenen Änderungen der Abstimmungsmodalitäten (Übergang zu Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit) aus den Organen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zurück und betreibt eine „Politik des leeren Stuhls“ (**1.7.1965**). Der Boykott dauert bis zum 29. Januar 1966.

Griechenland

Der griechische König Konstantin II. zwingt Ministerpräsident Georgios Papandreou zum Rücktritt (**15.7.1965**). Es folgen Massenproteste und Streiks.

Malediven/Grossbritannien

Die Malediven, eine Inselgruppe im Indischen Ozean, bisher ein britisches Protektorat, werden unabhängig (**26.7.1965**).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

USA

US-Präsident Lyndon B. Johnson beschliesst, weitere 50 000 Soldaten nach Südvietnam zu entsenden. Damit erhöht sich die US-Truppenpräsenz auf 125 000 (**28.7.1965**). Die Truppenstärke wird laufend erhöht. Ende 1968 sind über eine halbe Million US-Soldaten im Vietnamkrieg im Einsatz.

Cook Islands/Neuseeland

Die Cook Islands (Cookinseln) werden ein unabhängiger Staat in freier Assoziation mit Neuseeland (**4.8.1965**). Erster Premierminister der Cook Islands ist Albert Henry. Die Inselbewohner bleiben neuseeländische Staatsangehörige.

USA

US-Präsident Lyndon B. Johnson unterzeichnet das vom Kongress verabschiedete Wahlrechtsgesetz (**6.8.1965**). Der sogenannte Voting Rights Act beendet die Diskriminierung von Afroamerikanern bei Wahlen.

Singapur/Malaysia

Singapur scheidet wegen politischer, wirtschaftlicher und ethnischer Divergenzen aus der Föderation Malaysia aus und wird ein unabhängiger Staat (**9.8.1965**). Erster Staatspräsident wird Yusof Ishak. Machthaber ist jedoch der Premierminister. Seit 1959 ist Lee Kuan Yew Regierungschef. Er regiert bis 1990 und macht aus Singapur den wohlhabendsten Staat Südasiens.

USA

In Los Angeles, im Stadtteil Watts, brechen nach der Verhaftung eines schwarzen Autofahrers schwere Unruhen aus (**11.8.1965**). Innert sechs Tagen kommen 34 Menschen ums Leben. Über tausend Menschen werden verletzt.

Indien/Pakistan

Kaschmir/Kaschmir-Konflikt

Zweiter indisch-pakistanischer Krieg

UNO

Zweiter indisch-pakistanischer Krieg wegen Kaschmir: Nach Gefechten mit propakistanischen Freischärlern im indischen Teil Kaschmirs rücken indische Truppen in das von Pakistan beherrschte Gebiet vor (**15.8.1965**). Indische Streitkräfte überqueren auch die international anerkannte indisch-pakistanische Grenze bei Lahore. Die UNO vermittelt einen Waffenstillstand (23.9.1965). Die militärischen Auseinandersetzungen enden mit der Wiederherstellung des Vorkriegszustandes (Taschkent-Abkommen im Januar 1966).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Vergangenheitsbewältigung: Im ersten Auschwitz-Prozess in der Bundesrepublik Deutschland gegen SS-Mitglieder im Vernichtungslager Auschwitz werden sechs Angeklagte zu lebenslänglichem Zuchthaus und zehn weitere Angeklagte zu Freiheitsstrafen bis zu 14 Jahren verurteilt (**19.8.und 20.8.1965**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaften und anderen Bereichen)

Le Corbusier (Charles Jeanneret), schweizerisch-französischer Architekt, Stadtplaner und Designer, stirbt im Alter von 77 Jahren (**27.8.1965**). Er war einer der einflussreichsten Architekten.

Schweiz

Katastrophen/Gletscherabbruch

Auf der Baustelle beim Mattmark-Staudamm oberhalb von Saas-Almagell (Kanton Wallis) sterben 88 Arbeiter, als Teile des Allalingsgletschers ins Tal stürzen und die Baracke der Bauarbeiter unter sich begraben (**30.8.1965**).

Dominikanische Republik/USA

Ende des Bürgerkriegs in der Dominikanischen Republik. Die Konfliktparteien einigen sich auf ein Versöhnungsabkommen – Acta de Reconciliación (**31.8.1965**). Der frühere Aussenminister Héctor García-Godoy (García-Godoy) wird Übergangspräsident. Der grösste Teil der US-Interventionstruppen wird abgezogen. Die Ende April ausgebrochenen bewaffneten Auseinandersetzungen forderten schätzungsweise 5000 Tote.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaften und anderen Bereichen)

Der deutsch-französische Theologe, Arzt, „Urwalddoktor“, Organist und Friedensnobelpreisträger Albert Schweitzer stirbt mit 90 Jahren (**4.9.1965**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Bei der Bundestagswahl können die regierenden Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – sowie die oppositionellen Sozialdemokraten (SPD) ihren Stimmanteil um rund 2 bzw. 3 Prozentpunkte erhöhen: auf 47,6 bzw. 39,3 Prozent (**10.9.1965**). Die Freien Demokraten (FDP) kommen auf 9,5 Prozent (minus 3,3 Prozentpunkte). Die Unionsparteien gewinnen 251 der 518 Mandate, die Sozialdemokraten 217, die Freien Demokraten 50 Sitze.

Norwegen

In Norwegen erobern erstmals seit Kriegsende bei der Parlamentswahl die bürgerlichen Parteien – die konservative Høyre, die liberale Venstre, die Zentrums- und die Christliche Volkspartei – mit 80 der 150 Sitze die Mehrheit der Mandate. Die bisher regierende Arbeiterpartei erhält 68 Sitze im Storting und muss in die Opposition (**15.9.1965**). Neuer Regierungschef anstelle von Einar Gerhardsen, der während 17 Jahren das Land regierte, wird Per Borten von der Zentrums- und der Christlichen Volkspartei (**12.10.1965**).

Philippinen

Katastrophen/Vulkanausbruch

Auf der philippinischen Insel Luzon bricht der Vulkan Taal aus (**28.9.1965**). Dabei kommen etwa 200 Menschen ums Leben.

Indonesien

In Indonesien kommt es zu einem Putschversuch (**30.9.1965**). Sechs Generäle werden ermordet. Der angeblich kommunistische Putschversuch wird von General Suharto brutal niedergeschlagen. Kommunisten und Angehörige der chinesischen Minderheit werden in den folgenden Monaten blutig verfolgt. Schätzungsweise über 500 000 Menschen kommen dabei ums Leben. Staatspräsident Sukarno wird nach dem Putschversuch schrittweise entmachtet.

Tansania

Erstmals finden in der Vereinigten Republik Tansania Wahlen statt (**30.9.1965**). Tansania ist ein Einparteienstaat. Alle Sitze des Parlaments entfallen auf die Tanganyika African National Union-Afro Shirazy Party /Tanu/ASP. Staatspräsident Julius Nyerere wird mit rund 96 Prozent Ja-Stimmen im Amt bestätigt.

USA

US-Präsident Lyndon B. Johnson unterzeichnet den Immigration Reform Act. Damit werden die Einwanderungsquoten nach nationaler Herkunft abgeschafft (**3.10.1965**).

Kuba

In Kuba wird die Vereinigte Partei der Kubanischen Sozialistischen Revolution (Partido Unido de la Revolución Socialista de Cuba) in Kommunistische Partei Kubas (Partido Comunista de Cuba/PCC) umbenannt. Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas wird Fidel Castro (**3.10.1965**).

Türkei

Die liberal-konservative Gerechtigkeitspartei (AP) geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in Türkei hervor. Sie gewinnt 240 (plus 82) der 450 Sitze und überholt damit die Republikanische Volkspartei (CHP), die 134 Mandate (minus 39) erhält (**10.10.1965**).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Das Zweite Vatikanische Konzil verabschiedet mit „Nostra Aetate“ („In unserer Zeit“) eine Erklärung über die Haltung der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen. Darin anerkennt die Kirche das Judentum als Wurzel des Christentums und entdeckt Wahres und Heiliges in den anderen Weltreligionen. Verfolgungen und andere Formen des Antisemitismus werden beklagt. Die Erklärung gilt als Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem Judentum (**26.10.1965**).

Türkei

Süleyman Demirel, Vorsitzender der Gerechtigkeitspartei (AP), wird neuer türkischer Regierungschef (**27.10.1965**). Demirel wird in den kommenden Jahren mehrmals mit der Regierungsbildung betraut: Bis 1993 steht er sieben Mal an der Spitze der Regierung.

Brasilien

In Brasilien führt das Militärregime nach der Auflösung der bisherigen Parteien ein Zweiparteiensystem mit einer Regierungspartei – Aliança Renovadora Nacional (ARENA) – und einer Oppositionspartei – Movimento Democrático Brasileiro (MDB) – ein (**27.10.1965**).

Marokko

Der in seiner Heimat zum Tode verurteilte marokkanische Oppositionspolitiker Mehdi Ben Barka wird in seinem Pariser Exil ermordet (**29.10.1965**).

Kanada

Bei den Parlamentswahlen in Kanada verteidigt die Liberal Party von Premierminister Lester B. Pearson mit 131 von 265 Sitzen ihre Position als stärkste Kraft, verpasst jedoch knapp die absolute Mehrheit. Die Progressive Conservative Party erhält 97 Mandate (**8.11.1965**).

Philippinen

Der philippinische Staatspräsident Diosdado Macapagal schafft die Wiederwahl nicht. Zum neuen Staatsoberhaupt wird Ferdinand Marcos von der Nacionalista Party mit einem Stimmenanteil von 51,94 Prozent gewählt (**9.11.1965**). Bei der Wahl des Abgeordnetenhauses gewinnt die Liberal Party 61 von 104 Mandaten und setzt sich damit an die Spitze vor der Nacionalista Party.

USA/Kanada

Stromausfall

Rund 30 Millionen Menschen sind in Nordosten der USA und in Teilen Kanadas von einem mehrstündigen Stromausfall betroffen (**9.11.1965**).

Südrhodesien/Rhodesien/Grossbritannien

Die weisse Minderheit in Südrhodesien erklärt unter Führung von Premierminister Ian Smith einseitig die Unabhängigkeit von Grossbritannien (**11.11.1965**). Aus Südrhodesien wird Rhodesien. Die britische Regierung bezeichnet die Unabhängigkeitserklärung als illegal und strebt internationale Sanktionen gegen Rhodesien an. Es folgt ein jahrelanger Guerillakrieg der Widerstandsbewegungen Zimbabwe African National Union (Zanu) von Robert Mugabe und Zimbabwe African People's Union (Zapu) von Joshua Nkomo gegen die weisse Vorherrschaft.

Kongo-Léopoldville

Staatsstreich in Kongo-Léopoldville: Joseph Désiré Mobutu putscht sich zum zweiten Mal nach 1960 an die Macht (**24.11.1965**). General Mobutu setzt Staatspräsident Joseph Kasavubu ab, ernennt sich im folgenden Jahr (22.3.1966) selbst zum Präsidenten, lässt viele seiner Gegner umbringen und bildet 1967 eine Einheitspartei (Mouvement Populaire de la Révolution/MPR). Mobutus Machtfülle ist unbeschränkt.

Kuwait

Scheich Sabah al-Salim al-Sabah (Sabah III) wird neuer Emir von Kuwait. Er ist Nachfolger des verstorbenen Emirs Abdullah (**24.11.1965**).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche/orthodoxe Kirche

Der Bannfluch von 1054 zwischen der römisch-katholischen und der orthodoxen Kirche wird aufgehoben (**7.12.1965**). Das Oberhaupt der orthodoxen Kirche, der Ökumenische Patriarch Athenagoras I., und Papst Paul VI. erklären die bei der Kirchentrennung von 1054 ausgesprochene gegenseitige Verdammung für unwirksam.

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Abschluss des Zweiten Vatikanischen Konzils (**8.12.1965**). Insgesamt verabschiedet das Konzil 16 Dokumente, darunter die Erklärung zur Religionsfreiheit (Dignitas humanae) und die Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen. Zu den wichtigsten Ergebnissen des Konzils, das Papst Paul VI. nach dem Tod von Johannes XXIII. weiterführte, gehört auch eine Reform der Liturgie. Sie ersetzt die traditionelle lateinische Sprache der Messe weitgehend durch die Landessprache.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Berner Regierungsrat Rudolf Gnägi von der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) in den Bundesrat. Er wird Nachfolger von Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen (**8.12.1965**).

Sowjetunion

Nikolai Podgorny wird anstelle von Anastas Mikojan neuer Vorsitzender des Obersten Sowjets der Sowjetunion und damit Staatsoberhaupt (**9.12.1965**).

Friedensnobelpreis**Unicef/UNO**

Das UNO-Kinderhilfswerk Unicef wird mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1965**).

Literaturnobelpreis**Sowjetunion**

Der sowjetische Schriftsteller Michail Scholochow wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1965**).

Tonga/Grossbritannien

Die Bevölkerung des im Südpazifik gelegenen britischen Protektorats Tonga trauert um ihre Königin Salote Topou III (**16.12.1965**). Sie war während fast 48 Jahren Monarchin. Nachfolger wird ihr Sohn Taufā'ahau Tupou IV.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Erzähler und Dramatiker William Somerset Maugham stirbt im Alter von 91 Jahren (**16.12.1965**).

Frankreich

In Frankreich wird der Staatspräsident erstmals direkt vom Volk gewählt. Charles de Gaulle wird in seinem Amt bestätigt (**19.12.1965**). Auf ihn entfallen in der Stichwahl 55,2 Prozent der Stimmen. Der gemeinsame Kandidat der Linken, François Mitterrand, erhält 44,8 Prozent.

1966

Zentralafrikanische Republik

Nach einem Militärputsch („Silvesterputsch“) wird Oberst Jean Bedel Bokassa neuer Machthaber der Zentralafrikanischen Republik (**1.1.1966**). Bokassa setzt die Verfassung ausser Kraft, errichtet eine Gewalt- und Willkürherrschaft, ernennt sich 1972 zum Präsidenten auf Lebenszeit und erklärt sich 1976 zum Kaiser.

Indien/Pakistan

Kaschmir/Kaschmir-Konflikt

Zweiter indisch-pakistanischer Krieg

Sowjetunion

Der indische Premierminister Lal Bahadur Shastri und der pakistanische Präsident Ayub Khan vereinbaren unter sowjetischer Vermittlung in Taschkent ein Ende der militärischen Auseinandersetzungen um Kaschmir (**10.1.1966**). Der Vorkriegszustand wieder wiederhergestellt. Der indische Regierungschef stirbt am Tag nach der Vertragsunterzeichnung.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Bildhauer und Maler Alberto Giacometti stirbt im Alter von 64 Jahren (**11.1.1966**).

Nigeria

In Nigeria ergreift die Armee die Macht (**15.1.1966**). Premierminister Abubakar Tafawa Balewa wird ermordet. Bei den Putschisten unter Führung von General Johnson Aguiyi-Ironsi handelt es sich vorwiegend um Offiziere aus dem Stamm der Ibo. Der neue Machthaber verfügt die Abschaffung des Föderalismus zugunsten eines zentral regierten Einheitsstaates. Im Norden Nigerias regt sich massiver Widerstand.

Spanien/USA/Atombomben

In der Nähe des spanischen Dorfes Palomares, in der Provinz Almería, stürzt ein B-52-Bomber der US-Luftwaffe mit vier Atombomben ab. Zwei Bomben bersten beim Aufprall und setzen radioaktives Plutonium frei (**17.1.1966**). Eine dritte Bombe wird intakt geborgen. Die vierte landet im Mittelmeer und kann erst nach 80 Tagen geborgen werden.

Indien

Mit Indira Gandhi, Tochter des 1964 verstorbenen Regierungschefs Jawaharlal Nehru, erhält Indien eine Premierministerin (**24.1.1966**).

Indien/Frankreich

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine Boeing 707 der Air India zerschellt am Gipfel des Mont Blanc. Alle 117 Insassen kommen ums Leben (**24.1.1966**).

Australien

Nach 16-jähriger Amtszeit tritt der australische Premierminister Robert Menzies, Mitbegründer der Liberal Party, zurück (**26.1.1966**). Sein Nachfolger sowohl als Regierungschef als auch als Vorsitzender der Liberal Party wird Harold Holt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler und Komiker Buster Keaton stirbt im Alter von 70 Jahren (**1.2.1966**).

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt/Mond

Sowjetunion

Erstmals in der Geschichte der Raumfahrt landet eine Sonde – die sowjetische Sonde Luna 9 – weich auf dem Mond (**3.2.1966**).

Syrien

In Syrien übernimmt der linke Flügel der Baath-Partei die Macht (**23.2.1966**). Nureddin al-Atassi wird neuer Staatchef anstelle von Amin al-Hafiz. Als eigentlicher Machthaber gilt Generalstabschef Salah Jadid

Ghana

Der Staatsgründer von Ghana, Kwame Nkrumah, wird von der Armee entmachtet (**24.2.1966**). Ein Nationaler Befreiungsrat (National Liberation Council) übernimmt die Kontrolle über das Land. Nkrumah hatte sich mit seiner radikalen Politik viele Feinde gemacht. 1964 ernannte er sich selbst zum Präsidenten auf Lebenszeit.

Uganda/Buganda

Staatsstreich in Uganda: Premierminister Milton Oboto setzt den Staatchef – Edward Mutesa II, König (Kabaka) von Buganda – ab und ernennt sich selbst zum Präsidenten (**2.3.1966**). Alle Königreiche in Uganda werden abgeschafft. Obote errichtet ein autoritäres Regime.

Österreich

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) gewinnt bei der Parlamentswahl erstmals seit 1945 wieder die absolute Mehrheit der Mandate (**6.3.1966**). Mit einem Stimmenanteil von 48,35 Prozent (plus 2,92 Prozentpunkte) erobert sie 4 Sitze hinzu und ist neu mit 85 Abgeordneten vertreten. Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) gewinnt 42,56 Prozent der Stimmen (minus 1,44 Prozentpunkte) und 74 Mandate (minus 2). Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: ÖVP: 85 (plus 4), SPÖ: 74 (minus 2). Freiheitliche Partei Österreichs/FPÖ: 6 (minus 2).

Frankreich/Nato/USA

Frankreich zieht sich aus Protest gegen die Übermacht der USA aus der Militärstruktur der Nato zurück. Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle informiert US-Präsident Lyndon B. Johnson über seinen Entscheid (**7.3.1966**). Das Hauptquartier der Nato wird im folgenden Jahr von Paris nach Brüssel verlegt. 2009 erfolgt die Rückkehr Frankreichs in die Militärstruktur der Nato.

Belgien

Der belgische Premierminister Pierre Harmel tritt nach acht Monaten wegen Unstimmigkeit mit seinem sozialistischen Regierungspartner zurück (**19.3.1966**). Sein Nachfolger wird Paul Vanden Boeynants vom Parti Social Chrétien. Harmel übernimmt in der neuen Koalitionsregierung den Posten des Aussenministers.

Finnland

Die Sozialdemokraten (SDP) gewinnen die Parlamentswahl in Finnland. Sie erhalten 55 (plus 17) der 200 Sitze. Zweistärkste Kraft mit 49 Sitzen ist die Zentrumspartei (KESK). Die Zentrumspartei hiess bis 1965 Landbund. Das linke Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes (SKDL) erhält 41 Mandate. (**20.3** und **21.3.1966**). Neuer Regierungschef wird der Sozialdemokrat Rafael Paasio.

Türkei

Generalstabschef Cevdet Sunay wird neuer türkischer Staatspräsident (**28.3.1966**). Er wird Nachfolger von General Cemal Gürsel, Anführer des Militärputsches von 1960, der aus gesundheitlichen Gründen sein Amt niederlegen musste.

Ecuador

In Ecuador tritt die wegen Unruhen und schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen unter Druck geratene Militärjunta zurück (**29.3.1966**). Nach der Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung (16.10.1966) wird Otto Arosemena Gómez (Bruder von Expräsident Carlos Julio Arosemena Monroy) zum interimistischen Präsidenten ernannt (16.11.1966).

Grossbritannien

Bei der vorgezogenen Unterhauswahl in Grossbritannien kann die regierende Labour Party von Premierminister Harold Wilson ihre absolute Mehrheit dank 47 Sitzgewinnen auf 364 Mandate ausbauen. Auf die Conservative Party, die 48 Sitze verliert, entfallen 250 der 630 Mandate. Die Liberal Party stellt 12 Abgeordnete und auf die übrigen Parteien entfallen 4 Sitze (**31.3.1966**).

Österreich

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) kann nach ihrem Erfolg bei der Parlamentswahl erstmals allein eine Regierung bilden. An ihrer Spitze steht nach wie vor Bundeskanzler Josef Klaus (**11.4.1966**).

Indonesien

Katastrophen/Vulkanausbruch

Auf der indonesischen Insel Java bricht der Vulkan Kelut aus (**26.4.1966**). Dabei kommen über 200 Menschen ums Leben.

Kolumbien

In Kolumbien wird Carlos Lleras Restrepo vom Partido Liberal mit einem Stimmenanteil von 71,80 Prozent zum neuen Präsidenten gewählt (**1.5.1966**). Im 184 Sitze umfassenden Abgeordnetenhaus (Wahl 20.3.1966) sind die Liberalen mit 69 (plus 10) Sitzen stärkste Kraft vor dem Partido Conservador mit 60, der Alianza Nacional Popular (Anapo) mit 37 (plus 10) und dem Movimiento Revolucionario Liberal mit 21 (minus 10) Mandaten

Kongo-Léopoldville/Kongo-Kinshasa

Die kongolesische Hauptstadt Léopoldville wird in Kinshasa umbenannt. Aus Kongo-Léopoldville wird Kongo-Kinshasa (**3.5.1966**).

Guatemala

In Guatemala wählt das Parlament Julio César Méndez vom Partido Revolucionario zum neuen Staatspräsidenten (**5.5.1966**). Bei der Volkswahl (6.3.1966) blieben alle Kandidaten unter 50 Prozent Stimmenanteil. Deshalb muss das Parlament entscheiden. Dort ist der Partio Revolucionario mit 29 der 55 Sitze stärkste Kraft. Präsident Méndez ist der erste Zivilist an der Spitze des Staates seit 1954 und regiert bis 1970. Danach, bis 1986, sind wieder Militärs an der Macht. Auch unter Méndez nehmen Terror und Gewalt gegen linke Kräfte und Indigene kein Ende. Die Militärs erhalten für ihre Säuberungsoperationen seinen Rückhalt.

China (Volksrepublik China)

Mit einem Rundschreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei beginnt in der Volksrepublik China die vom Parteivorsitzenden Mao Zedong initiierte „Grosse Proletarische Kulturrevolution“ (**16.5.1966**). Zur Verteidigung des Gedankenguts von Mao Zedong bilden Schüler und Studenten „Rote Garden“. Die erste Rote Garde wird an der Peking Qinghua-Universität gegründet (29.5.1966).

Guyana/British Guiana/Grossbritannien

Die Kronkolonie British Guiana wird unabhängig mit Queen Elizabeth II. als Staatsoberhaupt (**26.5.1966**). Guyana ist der neue Staatsname. Machthaber ist der seit 1964 amtierende Premier Forbes Burnham vom sozialdemokratischen People's National Congress (PNC).

Dominikanische Republik

Joaquín Balaguer geht mit einem Stimmenanteil von 57,66 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in der Dominikanischen Republik hervor (**1.6.1966**). Der konservative Politiker Joaquín Balaguer wird damit zum zweiten Mal nach 1960/1961 Staatsoberhaupt. Der ebenfalls kandidierende Expräsident Juan Bosch von der Mitte-Links-Partei Partido Revolucionario Dominicano (PRD) erhält 39,04 Prozent. Stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus ist Balaguers Partido Reformista mit 48 von insgesamt 74 Sitzen. Der Partido Revolucionario Dominicano (PRD) verzeichnet hohe Einbussen und zählt noch 26 Abgeordnete.

Tschad/Libyen/Frankreich

In Tschad beginnt ein Bürgerkrieg: Islamisch und marxistisch-orientierte Gruppen gründen als Reaktion auf die Dominanz des christlich geprägten Südens die Rebellenbewegung Front de Libération Nationale du Tchad – Frolinat (**22.6.1966**). Die Befreiungsbewegung erhält Unterstützung von Libyen, Algerien und dem Sudan. Die frühere Kolonialmacht Frankreich interveniert militärisch zugunsten des Regimes von Präsident François Tombalbaye.

Argentinien

Armeeputsch in Argentinien: Präsident Umberto Illia wird abgesetzt. General Juan Carlos Onganía (Onganía) übernimmt die Macht (**28.6.1966**). Das Parlament wird aufgelöst und die Parteien werden verboten.

Jugoslawien

Der jugoslawische Vizepräsident Aleksandar Ranković (Rankovic), ehemaliger Innenminister und Geheimdienstchef, wird wegen Machtmissbrauchs aller seiner Ämter enthoben (**1.7.1966**). Der Hardliner galt als potentieller Nachfolger von Staatschef Josip Broz Tito.

Malawi

Malawi wird eine Republik und Premierminister Hastings Kamuzu Banda ihr erster Staatspräsident (**6.7.1966**).

Nigeria

In Nigeria findet innert sechs Monaten ein zweiter Militärputsch statt (**29.7.1966**). Der bisherige Machthaber Johnson Aguiyi-Ironsi wird ermordet. Nach dem „Gegenputsch“ übernimmt Oberstleutnant Yakubu Gowon die Führung des Staates. Im Norden Nigerias kommt es zu Pogromen der muslimischen Bevölkerung der Hausa und Fulani gegen die christliche Volksgruppe der Igbo (Ibo). Millionen Igbos flüchten in ihre Heimregion im Südosten Nigerias.

Nicaragua

Der nicaraguanische Präsident René Schick Gutiérrez stirbt 56-jährig an Herzversagen (**3.8.1966**).

China (Volksrepublik China)

An einer Massenkundgebung in Peking fordert der chinesische Verteidigungsminister Lin Biao im Beisein von Parteichef Mao Zedong die „Roten Garden« auf, die „Vier Alten“ – gemeint sind alte Denkweisen, alte Kulturen, alte Gewohnheiten und alte Sitten – zu zerschlagen (**18.8.1966**).

Die von Mao Zedong lancierte „Grosse Proletarische Kulturrevolution“ mündet in Chaos, Gewalt und Terror. Schulen und Universitäten schliessen. Der Kulturbetrieb kommt zum Erliegen. Die „Roten Garden“ üben im ganzen Land Selbstjustiz aus. Innerparteiliche Gegner werden kaltgestellt. Etablierte Funktionäre und Intellektuelle fallen zu Hunderttausenden der Denunziation, Folter und Mord zum Opfer. Abermillionen Menschen werden gedemütigt.

Südafrika

Der südafrikanische Ministerpräsident Hendrik Frensch Verwoerd, Architekt der Apartheid-Politik, wird im Parlamentsgebäude von Kapstadt ermordet (**6.9.1966**). Sein Nachfolger wird Balthazar Johannes Vorster.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Opernsänger Fritz Wunderlich stirbt im Alter von 35 Jahren (**17.9.1966**).

Botswana/Betschuanaland/Grossbritannien

Das britische Protektorat Betschuanaland wird unter dem neuen Staatsnamen Botswana unabhängig (30.9.1966). Erster Staatspräsident wird Seretse Kama.

Brasilien

In Brasilien wird General Artur da Costa e Silva neuer Staatspräsident (**3.10.1966**).

Basutoland/Lesotho/Grossbritannien

Die britische Kronkolonie Basutoland wird unter dem neuen Staatsnamen Lesotho unabhängig (**4.10.1966**).
Höchster Repräsentant ist König Moshoeshoe II.

Niederlande

Regierungskrise in den Niederlanden: Die Fraktion der Katholischen Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) bringt die Regierung ihres Ministerpräsidenten Jo Cals zu Fall. Unter dem Vorsitz des Fraktionsvorsitzenden Norbert Schmelzer verlangt die Mehrheit der KVP-Fraktionsmitglieder in der Nacht vom **13./14. Oktober 1966** (Nacht van Schmelzer) eine Budgetänderung und stellt sich damit gegen den Regierungschef. Jo Cals tritt zurück. Jelle Zijlstra von der protestantischen Anti-Revolutionären Partei (Anti-Revolutionaire Partij/ARP) leitet eine Übergangsregierung mit der Katholischen Volkspartei (22.11.2016).

Grossbritannien

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einem Haldenrutsch im Bergarbeiterdorf Aberfan in Wales werden mehrere Häuser und zwei Schulgebäude verschüttet. 144 Menschen kommen dabei ums Leben, darunter 116 Kinder (**21.10.1966**).

Nicaragua

In Nicaragua schliessen sich mehrere Parteien zum Oppositionsbündnis Unión Nacional Opositora (UNO) zusammen (**24.10.1966**). Fernando Agüero Rocha vom Partido Conservador wird als gemeinsamer Kandidat für die Präsidentschaftswahl 1967 aufgestellt.

Südwestafrika/Südafrika/Namibia

UNO

Die UNO entzieht Südafrika das Mandat zur Verwaltung von Südwestafrika (**27.10.1966**). Die UNO Resolution 2145 unterstellt das Land, das 1968 offiziell in Namibia umbenannt wird, der direkten Verantwortung der Vereinten Nationen. Südafrika lehnt den UNO-Beschluss ab. Der militärische Arm der South-West African Peoples Organisation (Swapo) beginnt im gleichen Jahr den bewaffneten Unabhängigkeitskampf.

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midtermwahlen) verlieren die Demokraten in beiden Kammern die Zweidrittelmehrheit, bleiben aber stärkste Kraft. Im Senat haben die Demokraten 64 (minus 4) und die Republikaner 36 Mandate (plus 4). Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 248 Abgeordneten (minus 47) und die Republikaner mit 187 (plus 47) vertreten (**8.11.1966**).

Irland

Der irische Ministerpräsident Seán Lemass tritt zurück (**10.11.1966**). Neuer Regierungschef (Taoiseach) und Vorsitzender der Partei Fianna Fáil wird Jack Lynch.

Brasilien

Erstmals seit der Machtergreifung der Militärs finden in Brasilien Parlamentswahlen statt (**15.11.1966**). Es sind nur zwei Parteien zugelassen: die regierende Aliança Renovadora Nacional (ARENA) und das oppositionelle Movimento Democrático Brasileiro (MDB). Die Aliança Renovadora Nacional erhält 277, das Movimento Democrático Brasileiro 132 Mandate. Erst bei den Wahlen 1982 sind wieder mehrere Parteien zugelassen.

Uruguay

In Uruguay wird der 1952 geschaffene Consejo Nacional de Gobierno mit einer von der Bevölkerung gutgeheissenen Verfassungsänderung abgeschafft und das Präsidialsystem wieder eingeführt. Sieger der Präsidentschaftswahl ist Óscar Diego Gestido vom liberalen Partido Colorado. Nach acht Jahren Unterbruch wird der Partido Colorado wieder stärkste Kraft im uruguayischen Abgeordnetenhaus. Er gewinnt 50 der 99 Mandate, der konservative Partido Nacional 41 (**27.11.1966**).

Burundi

Der burundische Regierungschef, Hauptmann Michel Micombero (ein Tutsi), ergreift die Macht und schafft die Monarchie ab. Burundi wird eine Republik. Micombero ist sowohl Staats- als auch Regierungschef (**29.11.1966**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhard, Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union (CDU), tritt zurück (**30.11.1966**). Ausgelöst wird der Rücktritt durch eine Koalitionskrise wegen Streitigkeiten über den Staatshaushalt. Sein Nachfolger wird Georg Kiesinger, bisher Ministerpräsident von Baden-Württemberg (1.12.1966). Bundeskanzler Kiesinger (CDU) bildet eine Grosse Koalition aus den Unionsparteien CDU und CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – sowie den Sozialdemokraten (SPD). Vizekanzler und Aussenminister wird Willy Brandt (SPD), bisher Regierender Bürgermeister von Berlin.

Barbados/Grossbritannien

Die britische Kronkolonie Barbados wird unabhängig mit Queen Elizabeth II. als Staatsoberhaupt (**30.11.1966**). Premierminister ist Erroll Barrow von der Democratic Labour Party.

Literaturnobelpreis**Deutschland/Schweden/Israel**

Die deutsch-jüdische Lyrikerin Nelly Sachs (1940 Flucht nach Schweden und ab 1953 schwedische Staatsbürgerschaft) und der israelische Romancier Samuel Joseph Agnon werden mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1966**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den freisinnigen Tessiner Nationalrat Nello Celio, ehemaliger Vorsitzender der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP), in den Bundesrat (**15.12.1966**). Er ist Nachfolger von Bundesrat Paul Chaudet.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Trickfilmproduzent und Unternehmer Walt Disney stirbt im Alter von 65 Jahren (**15.12.1966**.)

Rhodesien**UNO**

Der UNO-Sicherheitsrat verhängt Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien (**16.12.1966**). Es ist das erste Mal, dass die UNO ein Wirtschaftsembargo beschliesst. Auch Nichtmitglieder werden aufgerufen, sich den Sanktionen anzuschliessen. Ein weiterer Sanktionsbeschluss des UNO-Sicherheitsrates folgt 1968 (29.5.1968). Die Sanktionen erweisen sich als stumpf.

1967

Togo

Armeeputsch in Togo (**13.1.1967**). Staatspräsident Nicolas Grunitzky wird abgesetzt.

Nicaragua

In der nicaraguanischen Hauptstadt Managua nehmen Zehntausende Menschen an einer Kundgebung des Oppositionsbündnisses Unión Nacional Opositora (UNO) teil. In der Avenida Roosevelt kommt es zu einem Massaker. Die Nationalgarde schießt auf Demonstranten. Zwischen 100 und 200 Menschen kommen dabei ums Leben (**22.1.1967**).

Abrüstung/Rüstungskontrolle/Weltraum/Weltraumforschung/Mond

Im Rahmen der Vereinten Nationen wird ein Abkommen über Weltraumaktivitäten vereinbart (**27.1.1967**). Danach ist der Erwerb von Hoheitsrechten an Teilen des Weltraums, am Mond und an anderen Himmelskörpern verboten. Für den Weltraum wird eine weitgehende Freiheit der Forschung und der wirtschaftlichen Nutzung gewährt. Die Erforschung und Nutzung des Weltraums gilt als Sache der gesamten Menschheit. Der Weltraumvertrag verbietet die Platzierung von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen in Erdumlaufbahnen sowie Tests und Stationierung jeder Art von Waffen auf dem Mond und anderen Himmelskörpern.

Tansania

Tansania gibt sich mit der Arusha-Deklaration ein auf afrikanischen Traditionen basierendes sozialistisches Entwicklungsprogramm (**5.2.1967**). Dieses stützt sich auf das Vertrauen auf die eigene Kraft (self reliance) und auf die Schaffung von autonomen, sich selbst versorgenden Dorfgemeinschaften (Ujamaa).

Nicaragua

In Nicaragua wird Anastasio Somoza Debayle mit einem Stimmenanteil von 70,31 Prozent zum neuen Staatschef gewählt (**5.2.1967**). Der Kandidat des Oppositionsbündnisses Unión Nacional Opositora (UNO), Fernando Agüero Rocha, erhält 29,12 Prozent der Stimmen.

Anastasio Somoza Debayle ist der Bruder von Expräsident Luis Somoza Debayle, der 1956 die Nachfolge seines ermordeten Vaters und Machthabers Anastasio Somoza García antrat und bis 1963 über das Land herrschte.

Anastasio Somoza Debayle ist der dritte und letzte Staatspräsident des Somoza-Clans.

Albanien

Der albanische Machthaber Enver Hoxha (Enver Hodscha) erklärt Albanien zum ersten atheistischen Staat der Welt. Religiöse Aktivitäten werden verboten (**6.2.1967**).

Atomwaffenfreie Zone/Lateinamerika/Karibik

Vertreter von 14 Staaten erklären Lateinamerika und die Karibik im Vertrag von Tlatelolco zur atomwaffenfreien Zone (**14.2.1967**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Physiker Robert Oppenheimer, wissenschaftlicher Leiter des Manhattan-Projekts, «Vater der Atombombe», stirbt im Alter von 62 Jahren (**18.2.1967**).

Indien

Zum vierten Mal in Folge geht in Indien die Kongresspartei (Indian National Congress/INC) als klare Siegerin aus der Parlamentswahl (17.2.1967 bis **21.2.1967**) hervor. Die Partei von Premierministerin Indira Gandhi gewinnt 283 der 520 Mandate und damit die absolute Mehrheit.

Indonesien

Der erste indonesische Staatspräsident Sukarno tritt zurück (22.2.1967). Sein Nachfolger wird General Suharto, zunächst als amtierender und im folgenden Jahr als gewählter Präsident.

Grossbritannien/Westindische Assoziierte Staaten

Sechs britische Überseegebiete in der Ostkaribik erhalten den Status assoziierter Staaten. Zu den Westindischen Assoziierten Staaten (West Indies Associated States) gehören Antigua sowie Saint Kitts-Nevis-Anguilla (ab **27.2.1967**), Dominica und Saint Lucia (ab 1.3.1967), Grenada (3.3.1967) und Saint Vincent (27.10.1969).

El Salvador

In El Salvador gewinnt Fidel Sánchez Hernández (*Sanchez Hernandez*) vom herrschenden konservativen Partido de Concertación Nacional (PCN) die Präsidentenwahl mit einem Stimmanteil von 54,35 Prozent (**5.3.1967**). Im Parlament bleibt der PCN bis zu den Wahlen von 1978 stärkste Kraft.

Frankreich

Bei den Parlamentswahlen in Frankreich behaupten die Gaullisten und ihre Verbündeten nur noch knapp die absolute Mehrheit (5.3. und **12.3.1967**). Die Union des républicains de progrès (URP) bestehend aus der Union des démocrates pour la cinquième République/UDR (umbenannte Union pour la nouvelle République/UNR), den

Républicains indépendants und dem Centre démocratie et progrès – erhält 243 Sitze. Die 1965 gegründete Fédération de la gauche démocrate et socialiste (FGDS) wird mit 121 Mandaten zweitstärkste Kraft in der Nationalversammlung vor der Kommunistischen Partei mit 73 Sitzen.

Sierra Leone

In Sierra Leone ergreift der Brigadier David Lansana die Macht (21.3.1967) und verhindert damit den Amtsantritt des neuen Regierungschefs und Siegers der Parlamentswahl Siaka Stevens. Lansana wird nach zwei Tagen abgesetzt. Ein von Offizieren gebildeter National Reformation Council regiert das Land.

Ecuador

Im ecuadorianischen Amazonasgebiet werden Erdölvorkommen entdeckt (**23.3.1967**). 1972 beginnt Ecuador mit der Ausfuhr von Erdöl und wird 1973 Mitglied der Organisation erdölexportierender Länder (Opec).

Niederlande

Piet de Jong wird neuer niederländischer Ministerpräsident (**5.4.1967**). Seine Katholische Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) war trotz Verlusten als stärkste Partei aus der Parlamentswahl (15.2.1967) hervorgegangen. Zu seinen Regierungspartnern gehören die protestantische Anti-Revolutionäre Partei (Anti-Revolutionaire Partij/ARP), die protestantische Christlich-Historische Union (Christelijk-Historische Unie/CHU) sowie die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD). Während der vierjährigen Amtszeit von Piet de Jong wird der Mindestlohn eingeführt, wird die Wahlpflicht abgeschafft und der Verkauf der Pille erlaubt.

Togo

In Togo übernimmt drei Monate nach einem Militärputsch Étienne Gnassingbé Eyadéma die Macht (**14.4.1967**).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

USA

In den USA macht sich der Widerstand gegen den Vietnamkrieg immer stärker bemerkbar. In New York nehmen schätzungsweise 400 000 Menschen an einer Antikriegskundgebung teil und fordern ein Ende des Kriegseinsatzes der USA. Unter den Redner befindet sich Martin Luther King (**15.4.1967**).

Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland trauert um ihren ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer. Er stirbt im Alter von 91 Jahren (**19.4.1967**).

Zypern/Schweiz

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein Passagierflugzeug vom Typ Bristol Britannia der schweizerischen Charterfluggesellschaft Globe Air stürzt beim Landeanflug auf den Flughafen von Nikosia (Zypern) ab. 126 Menschen kommen ums Leben (**20.4.1967**).

Griechenland

Obriistenputsch in Griechenland: Konservative Militärs unter Führung von Georgios Papadopoulos ergreifen die Macht (**21.4.1967**). Sie befürchten einen Linksruck bei der geplanten Parlamentsneuwahl. Es folgen Massenverhaftungen, Internierungen und andere repressive Massnahmen.

Belgien

Katastrophen/Brandkatastrophen

Ein Grossbrand verwüstet das Brüsseler Warenhaus L'Innovation. Dabei kommen 251 Menschen ums Leben (**22.5.1967**).

Ecuador

Ecuador erhält eine neue Verfassung (**25.5.1967**).

Guadeloupe/Frankreich

Im französischen Überseedepartement Guadeloupe kommen bei Streikunruhen in der Stadt Pointe-à-Pitre nach offiziellen Angaben acht Menschen ums Leben (**26.5. bis 28.5.1967**). Jahre später ist von über 80 Toten die Rede.

Australien

Die Bevölkerung Australiens heisst mit 90,77 Prozent Ja-Stimmen eine Verfassungsänderung gut, mit der diskriminierende Bestimmungen gegen die indigenen Völker (First Nations People) gestrichen werden (**27.5.1967**). Künftig werden Aborigines in Volkszählungen mitberücksichtigt. Sie waren bisher nicht als Teil der Bevölkerung anerkannt. Künftig ist die Bundesregierung für die indigenen Völker zuständig.

Nigeria/Biafra

Hungersnot/Ernährungsnotstand

Die Ostregion Nigerias, wo vor allem Angehörige der Volksgruppe der Igbo (Ibo) leben, spaltet sich ab und proklamiert unter Führung von Militärgouverneur Chukwuemeka Odumegwu Ojukwu den unabhängigen Staat Biafra (**30.5.1967**). Ursachen des Konflikts sind Pogrome gegen die Igbo im Norden des Landes, die Zehntausende Tote

fordern und eine Massenflucht auslösen sowie die von der Zentralregierung verfügte neue Aufgliederung Nigerias in zwölf Bundesstaaten, wobei die Erdölquellen vom Ingbo-Gebiet abgetrennt werden. Die Sezession löst einen verheerenden Bürgerkrieg aus, der zweieinhalb Jahre dauert. Die Abriegelung des Gebiets durch Truppen der Zentralregierung führt zu einer Hungersnot, der Hunderttausende Menschen zum Opfer fallen.

Bundesrepublik Deutschland(BRD)

Bei einer Kundgebung in West-Berlin gegen den Besuch des Schahs von Persien wird der 26-jährige Student Benno Ohnsorg von einem Polizisten erschossen (**2.6.1967**). Der tödliche Schuss auf Benno Ohnsorg löst heftige Proteste aus und gilt als einer der Auslöser für die Radikalisierung der Studentenbewegung und für die Entstehung linksterroristischer Gruppen.

Nahost-Konflikt/Dritter israelisch-arabischer Krieg Sechstagekrieg (5.6. bis 10.6.1967)

- Mit einem Präventivschlag gegen die ägyptische Luftwaffe (**5.6.1967**) startet Israel einen Krieg gegen seine arabischen Nachbarn. In dessen Verlauf besetzt Israel die ägyptische Sinai-Halbinsel, den von Ägypten (Vereinigte Arabische Republik/VAR) verwalteten Gazastreifen, das im ersten israelisch-arabischen Krieg von Jordanien besetzte Westjordanland und Ostjerusalem sowie die syrischen Golan-Höhen.
 - Auslöser des dritten israelisch-arabischen Krieges sind die ägyptische Sperrung der Strasse von Tiran für die israelische Schifffahrt (22.5.1967), der von Kairo geforderte Abzug der UNO-Truppen aus dem Sinai, der Aufmarsch arabischer Truppen an den Grenzen zu Israel und der arabische Propagandakrieg (Drohungen mit der Vernichtung Israels).
 - Am ersten Tag zerstören israelische Kampfflugzeuge die ägyptische Luftwaffe, bombardieren Stützpunkte in Syrien, Jordanien und im Irak.
 - Am zweiten Tag (6.6.) rücken israelische Truppen in Richtung Suezkanal vor.
 - Am dritten Tag (7.6.) erobern israelische Streitkräfte die von Jordanien annektierte Altstadt von Jerusalem und rücken in das jordanisch- besetzte Westjordanland vor.
 - Am vierten Tag (8.6.) erreichen israelische Streitkräfte den Suezkanal. Israelische Flugzeuge und Schnellboote greifen das US-Spionageschiff „USS Liberty“ in internationalen Gewässern an. 34 Besatzungsmitglieder kommen dabei ums Leben und über 170 werden verletzt
 - Am fünften Tag (9.6.) erobern israelische Truppen die syrischen Golanhöhen. Der ägyptische Machthaber Gamal Abdel Nasser erklärt seinen Rücktritt, was Regierung und Parlament ablehnen.
 - Am sechsten Tag (10.6.) erobern israelische Streitkräfte auf den Golanhöhen die syrische Stadt Kuneitra. Syrien ersucht die Sowjetunion um Beistand. Moskau droht mit einem Eingreifen. In dieser kritischen Phase kommen die Kriegsparteien der Aufforderung des UNO-Sicherheitsrates nach einem Waffenstillstand nach. Der Sechstagekrieg ist beendet.
- Die Zahl der gefallenen arabischen Soldaten wird auf 20 000 geschätzt. Israel vermeldet 779 Tote.

East African Community (EAC)

Kenia/Uganda/Tansania

Kenia, Uganda und Tansania gründen die East African Community/EAC– Ostafrikanische Gemeinschaft (**6.6.1967**). Wegen interner Streitigkeiten wird die Organisation 1977 aufgelöst, im Jahr 2000 aber wiederbelebt.

EG

EWG/EGKS/Euratom

Der 1965 unterzeichnete „Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften“ – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – tritt in Kraft (**1.7.1967**). Es handelt sich nicht um eine Verschmelzung der drei Organisationen, sondern um eine Zusammenlegung der leitenden Organe. Erster Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (EG) – umgangssprachlich auch Europäische Gemeinschaft – wird der Belgier Jean Rey.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In Langenweddingen, einem Dorf südlich von Magdeburg, stösst an einem Bahnübergang ein Zug mit einem Tanklastwagen zusammen. Das Fahrzeug explodiert. 94 Menschen, darunter 44 Schulkinder, kommen ums Leben (**6.7.1967**).

USA

In Newark (US-Staat New Jersey) brechen nach der Misshandlung eines schwarzen Taxifahrers durch die Polizei schwere Rassenunruhen aus. Dabei kommen 26 Menschen ums Leben und Hunderte werden verletzt (**12.7. bis 17.7.1967**).

Wenige Tage später (**23.7.1967**) ist Detroit (US-Staat Michigan) Schauplatz von Rassenunruhen, ausgelöst durch eine Polizeirazzia. Dabei kommen 43 Menschen ums Leben. Über tausend Menschen werden verletzt.

Frankreich/Kanada/Quebec

Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle sorgt bei seinem Besuch in Montreal anlässlich der Weltausstellung für einen Eklat. „Vive le Québec libre“ ruft er vom Balkon des Rathauses Tausenden Menschen zu (24.7.1967).

Asean

Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand gründen den Verband südostasiatischer Staaten – Association of Southeast Asian Nations/Asean (8.8.1967).

Pakistan

Islamabad wird neue Hauptstadt Pakistans (14.8.1967). Erste Hauptstadt nach der Unabhängigkeit war Karachi.

Nahost-Konflikt/Arabische Liga/Israel

Jemen-Konflikt

- Die Arabische Liga nimmt an einem Gipfeltreffen in der sudanesischen Hauptstadt Khartum mit drei Nein-Parolen (Three No's) klar Stellung zum Verhältnis zu Israel (1.9.1967): No peace with Israel, No recognition of Israel, No negotiations with Israel (Kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel). Den Verlierern des Sechstageskrieges wird wirtschaftliche Hilfe zugesagt.
- Während des Gipfeltreffens der Arabischen Liga in Khartum einigen sich Ägypten (Vereinigte Arabische Republik/VAR) und Saudiarabien auf Schritte zur Beendigung des Bürgerkriegs in Jemen (Arabische Republik Jemen). Ägypten zieht seine Truppen ab, die zur Unterstützung der Republikaner nach Jemen entsandt wurden, und Saudiarabien stellt die Unterstützung für die Royalisten ein. Ägypten war mit rund 60 000 Soldaten in Jemen engagiert; über 20 000 kamen ums Leben. Den ägyptischen Truppen wird vorgeworfen, Giftgas eingesetzt zu haben.

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

In Südvietnam geht Machthaber Nguyen Van Thieu als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er erhält 34,8 Prozent der Stimmen (3.9.1967).

Gibraltar/Grossbritannien/Spanien

Die Bevölkerung der britischen Kronkolonie Gibraltar lehnt mit 99,64 Nein-Stimmen einen Anschluss an Spanien ab (10.9.1967).

Brunei

Der Sultan von Brunei, Omar Ali Saifuddin, dankt nach 17 Jahre dauernder Regentschaft ab und überlässt die Führung des Sultanats seinem Sohn Hassanal Bolkiah (4.10.1967).

Bolivien/Kuba

Der lateinamerikanische Revolutionär und Rebellenführer Ernesto Che Guevara, ein gebürtiger Argentinier und enger Kampfgefährte von Fidel Castro, wird in Bolivien von Soldaten gefangen genommen und auf Anordnung von Staatspräsident René Barrientos erschossen. Che Guevara wollte in Bolivien als Anführer einer Befreiungsarmee (Ejército der Liberación Nacional) eine Revolution entfachen (9.10.1967).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

USA

In den USA weitet sich die Antikriegsbewegung aus. In Washington fordern schätzungsweise 100 000 Menschen bei einem Marsch auf das Pentagon ein Ende des Vietnamkrieges und den bedingungslosen Abzug der USA (21.10.1967). Immer mehr junge Männer verweigern den Kriegsdienst.

Schweiz

Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz bleiben die Sozialdemokraten (SP) trotz drei Sitzverlusten stärkste Partei und sind mit 50 Abgeordneten vertreten (mit dem Mandat der Sozialistischen Volkspartei sind es 51). Es folgen die Freisinnigen (FDP) mit 49 Sitzen (minus 2), die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei (KCVP) mit 45 (minus 3) und die Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) mit 21 (minus 1). Der Landesring der Unabhängigen (LdU) gewinnt sechs Mandate hinzu und stellt neu 16 Volksvertreter. Auf die übrigen Parteien entfallen 19 Mandate. Erstmals vertreten ist die Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volks und Heimat/NA (29.10.1967).

Die 44 Mandate im Ständerat verteilen sich wie folgt: Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei (KCVP): 18, Freisinnige (FDP): 14, Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB): 3, Liberale Partei (LPS): 3, Demokratische Partei: 3, Sozialdemokraten (SP): 2, Landesring der Unabhängigen (LdU): 1.

Jemen/Arabische Republik Jemen

Umsturz in der Arabischen Republik Jemen. Abdullah al-Sallal, Anführer der Revolution von 1962 und erster Präsident der Arabischen Republik Jemen, wird abgesetzt. Sein Nachfolger ist Abdul Rahman al-Iryani (5.11.1967).

Nahost-Konflikt/Sechstageskrieg(Dritter israelisch-arabischer Krieg)

Israel/UNO

Der UNO-Sicherheitsrat fordert in der Resolution 242 den Rückzug der israelischen Truppen aus (den) im Sechstageskrieg 1967 besetzten Gebieten und räumt jedem Staat in der Region das Recht ein, innerhalb sicherer und

anerkannter Grenzen in Frieden zu leben (**22.11.1967**). Während die französische Version über einen Rückzug „aus den besetzten Gebieten“ spricht, steht in der englischen Version lediglich „aus besetzten Gebieten“.

Jemen/Volksrepublik Südjemen

Protektorat Südarabien/Südarabische Föderation

Grossbritannien

Ende der britischen Kolonialherrschaft: Das Protektorat von Südarabien und die Südarabische Föderation werden unabhängig und vereinigen sich zur Volksrepublik Südjemen (**30.11.1967**). Erster Präsident der marxistisch-orientierten Volksrepublik Südjemen wird Qahtan Muhammad al-Shaabi. Der neue unabhängige Staat lehnt sich an Ostblockstaaten und an die Volksrepublik China an.

Gabun

Nach dem Tod von Léon M'ba wird Albert-Bernard Bongo neuer Staatschef von Gabun (**2.12.1967**). Léon M'ba war der erste Staatshauptmann nach Erlangung der Unabhängigkeit. Albert-Bernard Bongo konvertiert zum Islam und nennt sich ab 1973 Omar Bongo.

Herztransplantation

Erstmals in der Geschichte der Medizin wird in Kapstadt unter Leitung von Professor Christiaan Barnard erfolgreich das Herz eines Menschen verpflanzt (**3.12.1967**).

Uruguay

Der uruguayische Staatspräsident Óscar Diego Gestido stirbt nach nur neunmonatiger Amtszeit. Sein Nachfolger wird der bisherige Vizepräsident Jorge Pacheco Areco (**6.12.1967**).

Uruguay steckt in einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise. Auf wachsenden Widerstand (Streiks, Besetzungen) reagiert Staatspräsident Jorge Pacheco Areco mit einem autoritären, repressiven Kurs. Verschärft wird das angespannte politische Klima durch Entführungen und Überfälle der Stadtguerilla: Movimiento de Liberación Nacional – Tupamaros (benannt nach dem peruanischen Rebellenführer Túpac Amaru).

Rumänien

Der rumänische Parteichef Nicolae Ceaușescu (Ceausescu) übernimmt auch das Amt des Staatsratsvorsitzenden (**9.12.1967**).

Literaturnobelpreis

Guatemala

Der guatemaltekeische Schriftsteller und Diplomat Miguel Ángel Asturias wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1967**).

Griechenland

Nach einem misslungenen Putsch gegen das Obristenregime flüchtet der griechische König Konstantin II. nach Rom ins Exil (**14.12.1967**). Als Regent amtiert General Georgios Zoiakis.

Nato

Unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Pierre Harmel verabschiedet der Nato-Rat einen Bericht über die Zukunft des Verteidigungsbündnisses. Der Harmel-Bericht empfiehlt eine Doppelstrategie von militärischer Stärke und politischer Entspannung (**14.12.1967**).

Australien

Der australische Premierminister Harold Holt verschwindet bei einem Badeausflug spurlos (**17.12.1967**). Die näheren Umstände werden nie geklärt, weil kein Leichnam gefunden wurde.

1968

68er Revolte – 68er Generation

Das Jahr 1968 steht in vielen Staaten im Zeichen von Studenten- und Jugendrevolten und eines gesellschaftlichen Umbruchs oder wie es zusammenfassend im Buch „1968. Jugendrevolte und globaler Protest“ (Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2008) heisst: „Was 1964 in den USA mit dem Aufbruch der Civil Rights Movement begann, entwickelte sich zu einer weltweiten Revolte der Jugend und Studenten gegen die herrschende Politik, autoritäre Strukturen, militärische Aufrüstung und den Krieg der USA in Vietnam.“

Ungarn

In Ungarn werden Wirtschaftsreformen eingeführt (**1.1.1968**). Im Rahmen der sogenannten Neuen Wirtschaftsmechanismen wird der Handel liberalisiert, die Unternehmen erhalten weitgehende Autonomie, Privatbetriebe werden zugelassen

Tschechoslowakei

Der Reformpolitiker Alexander Dubček (*Dubcek*) wird neuer tschechoslowakischer KP-Chef (**5.1.1968**). Er löst den Hardliner Antonín Novotný (*Novotny*) ab. Der Wechsel an der Parteispitze markiert den Beginn des „Prager Frühlings“, des Reformkurses für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“.

Australien

John Gorton wird neuer australischer Premierminister und Vorsitzender der Liberal Party (**10.1.1968**). Er tritt die Nachfolge von Harold Holt an, der am 17. Dezember 1967 bei einem Badeausflug spurlos verschwand.

Italien

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben verwüstet mehrere Dörfer im Belice-Tal auf Sizilien. 370 Menschen kommen dabei ums Leben (**15.1.1968**).

Grossbritannien

Der britische Premierminister Harold Wilson verkündet den Abzug aller britischen Truppen „östlich von Suez“ (Ausnahme Hongkong) bis Januar 1971 (**16.1.1968**).

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

Gescheiterter Überfall auf den südkoreanischen Präsidentenpalast in Seoul. 30 nordkoreanische Agenten kommen dabei ums Leben (**21.1.1968**).

Israel

In Israel schliessen sich die drei Linksparteien Mapai, Rafi und Achdut Hawoda zur Arbeitspartei (Awoda) zusammen. (**21.1.1968**).

Grönland/Dänemark/USA/Wasserstoffbomben

Nahe der Thule Air Base in Grönland (zu Dänemark gehörend) stürzt ein B-52-Bomber der US-Luftwaffe ab. An Bord befinden sich vier Wasserstoffbomben (**21.1.1968**). Drei Bomben können geborgen werden. Unklarheit herrscht über die vierte Bombe. Die Absturzstelle wird durch radioaktive Elemente, die aus den Sprengköpfen austreten, kontaminiert.

USA/Korea (Nordkorea)

Die nordkoreanische Marine kapert vor der Ostküste Nordkorea das US-Aufklärungsschiff „Pueblo“ mit über 80 Mann Besatzung an Bord (**23.1.1968**). Erst nach elf Monaten – nach einem Schuldeingeständnis der USA – wird die Besatzung freigelassen.

Dänemark

In Dänemark erleiden die Sozialdemokraten bei der Parlamentswahl eine empfindliche Niederlage (**23.1.1968**). Sie bleiben zwar mit 62 Mandaten stärkste Kraft im Folketing, verlieren aber 7 Sitze. Wahlsiegerin ist die linksliberale radikale Venstre. Sie gewinnt 14 Sitze hinzu und ist mit 27 Abgeordneten vertreten. Nach 15 Jahren müssen die Sozialdemokraten in die Opposition. Neuer Regierungschef wird Hilmar Baunsgaard von der radikalen Venstre (2.2.1968). Er bildet eine Koalitionsregierung mit der Konservativen Volkspartei und der liberalen Venstre.

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

USA

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam/Nordvietnam)

Am Vorabend des vietnamesischen Neujahrsfestes beginnen Vietcong-Einheiten und nordvietnamesische Streitkräfte in Südvietnam überraschend eine Grossoffensive (**30.1.1968**). Während der Tet-Offensive werden zahlreiche Städte angegriffen. In Saigon wird die US-Botschaft attackiert. Die alte Kaiserstadt Hué ist schwer umkämpft. Die Tet-Offensive, die auf beiden Seiten hohe Verluste fordert, markiert den Wendepunkt des Vietnamkrieges.

Nauru/Australien

Die Pazifikinsel Nauru wird von Australien unabhängig (**31.1.1968**). Erster Staatspräsident wird Hammer DeRoburt.

Frankreich

Olympische Spiele

In Grenoble finden die X. Olympischen Winterspiele statt (**6.2.1968**).

Belgien

In Belgien löst ein Sprachenstreit an der Katholischen Universität von Leuven eine Regierungskrise aus.

Premierminister Paul Vanden Boeynants tritt zurück (**7.2.1968**).

Die Hochschule spaltet sich in die niederländischsprachige Katholieke Universiteit Leuven und in die französischsprachige Université catholique de Louvain in Louvain-la-Neuve.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen eine allgemeine Steueramnestie mit 61,9 Prozent Ja-Stimmen gut (**18.2.1968**).

Sowjetunion

Katastrophen/U-Boot-Katastrophen

Das sowjetische U-Boot K-29 sinkt nach einer Explosion vor Hawaii. 98 Besatzungsmitglieder kommen dabei ums Leben (**8.3.1968**).

Mauritius/Grossbritannien

Die britische Kronkolonie Mauritius wird unabhängig (**12.3.1968**). Queen Elizabeth II. bleibt bis zur Gründung der Republik im Jahr 1992 Staatsoberhaupt. Seewoosagur Ramgoolam, seit 1961 Chief Minister, wird Regierungschef. Er bleibt bis zur Wahlniederlage seiner Labour Party im Jahr 1982 im Amt.

Malediven

Die Bevölkerung der Malediven stimmt mit rund 81 Prozent für die Abschaffung des Sultanats und die Umwandlung in eine Republik (**15.3.1968**).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

USA

US-Soldaten verüben im südvietnamesischen Dorf My Lai ein Massaker. 503 von 530 Dorfbewohnern werden ermordet (**16.3.1968**). Das Kriegsverbrechen wird erst nach 18 Monaten öffentlich bekannt.

Philippinen

Soldaten einer philippinischen Sondereinheit (Jabidah) erschossen auf der Insel Corregidor mehr als 20 junge muslimische Rekruten (**18.3.1968**). Sie hatten sich geweigert, an einer geheimen Militäroperation im malaysischen Bundesstaat Sabah teilzunehmen. Die Philippinen erheben Anspruch auf Sabah.

Das Massaker gilt als Auslöser für die Gründung der Organisation Muslim Independence Movement (MIM) – später umbenannt in Mindanao Independence Movement – und 1972 für die Gründung der Moro National Liberation Front (MNLF) unter Führung von Nur Misuari. Angestrebtes Ziel ist ein unabhängiger islamischer Staat im Süden und Südwesten der Philippinen (Mindanao, Sulu-Archipel, Basilan, Palawan).

Jordanien/Israel/Palästinenser

Israelische Truppen dringen mit 15 000 Soldaten auf jordanisches Gebiet ein und greifen den Stützpunkt der palästinensischen Fatah-Milizen im grenznahen Ort Karameh an (**21.3.1968**). Die Fedayin und jordanische Truppen leisten erbitterten Widerstand. Der Stützpunkt wird zerstört, doch die israelischen Truppen müssen empfindliche Verluste (über 20 Tote und Dutzende Verwundete sowie mehrere zerstörte Panzer) in Kauf nehmen. Die Palästinenser bezeichnen die Schlacht um Karameh als ersten militärischen Sieg gegen Israel.

Finnland

Wechsel an der Spitze der finnischen Regierung: Nach dem Rücktritt von Rafael Paasio wird Mauno Koivisto neuer Ministerpräsident (**22.3.1968**). Wie Paasio gehört auch Koivisto der Sozialdemokratischen Partei an.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der sowjetische Kosmonaut Juri Gagarin, der erste Mensch im Weltraum, stirbt im Alter von 34 Jahren (**27.3.1968**).

Tschechoslowakei

Der ehemalige General und Verteidigungsminister Ludvík Svoboda wird neuer tschechoslowakischer Staatspräsident (**30.3.1968**). Er tritt die Nachfolge des zurückgetretenen Antonín Novotný (*Novotny*) an.

USA

US-Präsident Lyndon B. Johnson will sich nicht um eine weitere Amtszeit bemühen (**31.3.1968**).

Belgien

Die Christdemokraten gehen trotz Sitzverlusten erneut als stärkste Partei aus den Parlamentswahlen in Belgien hervor. Die Christelijke Volkspartij (CVP) und der Parti Social Chrétien (PSC) erhalten 69 (minus 8) von 212 Mandaten der Abgeordnetenversammlung. Die Sozialisten – Belgische Socialistische Partij (BSP) und Parti Socialiste Belge (PSB) – gewinnen 59 (minus 5) und die Liberalen (Partij voor Vrijheid en Vooruitgang/PVV bzw. Parti de la Liberté et du Progrès/PLP) 47 (minus 1) Sitze. Die flämische Volksunie ist mit 20 (plus 8) und das vor kurzem gegründete Rassemblement Wallon mit 6 Abgeordneten vertreten (**31.3.1968**).

Der Christdemokrat Gaston Eyskens kehrt auf den Posten des Premierministers zurück (17.6.1968).

USA

Der schwarze Bürgerrechtskämpfer und Friedensnobelpreisträger Martin Luther King fällt in Memphis (US-Staat Tennessee) einem Mordanschlag zum Opfer (**4.4.1968**). Nach der Ermordung von Martin Luther King kommt es in mehr als hundert Städten der USA zu Gewaltausbrüchen, bei denen 36 Menschen sterben und über 2000 verletzt werden.

Tschechoslowakei

Das Zentralkomitee der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei verabschiedet ein Aktionsprogramm (**5.4.1968**) mit Liberalisierungs- und Demokratisierungsmassnahmen. Im Vordergrund stehen die Meinungs- und Informationsfreiheit, Wirtschaftsreformen und eine Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Rudi Dutschke, Vorstandsmitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes und einer der Anführer der Ausserparlamentarischen Opposition (APO), wird in West-Berlin bei einem Attentat schwer verletzt (**11.4.1968**). Danach kommt es in verschiedenen deutschen Städten zu Protestkundgebungen und Ausschreitungen.

Sierra Leone

Sierra Leone erhält wieder eine zivile Regierung. Unter Führung von Oberstleutnant John Amadu Bangura wird der im Vorjahr nach einem Armeeputsch gebildete National Reformation Council abgesetzt (**18.4.1968**) und der 1967 entmachtete Premierminister Siaka Stevens wieder in sein Amt eingesetzt (26.4.1968).

Kanada

Pierre Trudeau wird neuer kanadischer Premierminister (**20.4.1968**). Der bisherige Justizminister und Generalstaatsanwalt ist Nachfolger des zurückgetretenen Regierungschefs Lester B. Pearson. Trudeau ist gleichzeitig Vorsitzender der Liberal Party.

Frankreich

Mai-Unruhen in Paris:

- Ein im März an der Universität des Pariser Vororts Nanterre ausgebrochener Konflikt greift auf Paris über. Studenten besetzen die Sorbonne-Universität (**3.5.1968**).
- Die Erstürmung der Universität durch die Polizei löst schwere Unruhen aus. Ordnungskräfte und Demonstranten liefern sich Strassenschlachten im Quartier Latin.
- In der Nacht auf den 11. Mai beginnen Sicherheitskräfte mit der Räumung der von Studenten errichteten Barrikaden. Dabei werden Hunderte Personen verletzt und Hunderte festgenommen.
- Die Gewerkschaften solidarisieren sich mit den Studenten und rufen – verbunden mit Forderungen nach Lohnerhöhungen und Kürzung der Arbeitszeit – zum Generalstreik auf.
- Eine Streikwelle beginnt (13.5.1968) und lähmt ganz Frankreich. Die Zahl der Streikenden wird auf 8 bis 10 Millionen geschätzt.

Panama

Zum dritten Mal nach 1940 und 1949 wird Arnulfo Arias Staatspräsident von Panama. Er gewinnt die Präsidentenwahl (12.5.1968) mit einem Stimmenanteil von 54,70 Prozent.

Italien

Bei den Parlamentswahlen in Italien bleiben die Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC) stärkste Partei vor den Kommunisten (Partito Comunista Italiano/PCI) und den Sozialisten-Sozialdemokraten (Partito Socialista Unificato/PSU). Die Christlichdemokraten sichern sich mit einem Stimmenanteil von 39,1 Prozent 266 der 630 Mandate des Abgeordnetenhauses, gefolgt von den Kommunisten mit 177 und den Sozialisten-Sozialdemokraten mit 91 Sitzen (**19.5.1968**).

USA

Katastrophen/U-Boot-Katastrophen

Das US-Atom-U-Boot „Scorpion“ sinkt im Nordatlantik. Alle 99 Besatzungsmitglieder kommen ums Leben (**22.5.1968**).

Frankreich

Der französische Premierminister Georges Pompidou handelt mit Gewerkschaften und Unternehmerverbänden eine Erhöhung des Mindestlohnes aus (**27.5.1968**). Trotz der Abkommen von Grenelles gehen die landesweiten Streiks weiter.

Frankreich

Die Krise in Frankreich spitzt sich zu: Mehrere Hunderttausend Menschen beteiligen sich in Paris an einer von der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Gewerkschaft CGT organisierten Kundgebung und fordern eine „Volksregierung“ (**29.5.1968**). Staatspräsident Charles de Gaulle sagt eine geplante Sitzung des Ministerrats ab und trifft sich heimlich in Baden-Baden zu Beratungen mit General Jacques Massu.

Frankreich

Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle wendet sich über das Radio an die Bevölkerung und erklärt: „Ich werde unter den augenblicklichen Umständen nicht abtreten. Ich habe ein Mandat des Volkes inne und werde es erfüllen.“ De Gaulle kündigt die Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen an. Eine Stunde nach der Ansprache versammeln sich hunderttausende Anhänger de Gaulles auf der Pariser Place de la Concorde (**30.5.1968**). In den folgenden Tagen bröckelt die Streikwelle ab.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Das westdeutsche Parlament beschliesst Notstandsgesetze, um die Handlungsfähigkeit der Regierung in Krisensituationen zu stärken (**30.5.1968**). Der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch den Bundestag gehen heftige Auseinandersetzungen und Massenkundgebungen voraus.

Jugoslawien

Studentenunruhen in Jugoslawien: Studenten besetzen die Belgrader Universität (**2.6.1968**). Sie fordern bessere Studienbedingungen und kritisieren die Parteibürokratie. Es kommt zu Strassenschlachten mit Sicherheitskräften. Die Proteste weiten sich auf weitere Hochschulen des Landes aus.

Ecuador

Zum fünften Mal nach 1934, 1944, 1952 und 1960 wird José María Velasco Ibarra Präsident von Ecuador. Er gewinnt die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 32,85 Prozent (**2.6.1968**).

USA

US-Senator Robert Kennedy, Bruder des 1963 ermordeten Präsidenten John F. Kennedy und aussichtsreicher demokratischer Präsidentschaftskandidat, wird in Los Angeles bei einem Attentat (**5.6.1968**) schwer verletzt und stirbt am folgenden Tag (6.6.). Der Palästinenser Sirhan Sihan, der auf Robert Kennedy geschossen hatte, gibt als Motiv die proisraelische Politik des Senators an.

Südwestafrika/Namibia/Südafrika

UNO

Die UNO-Vollversammlung beschliesst, Südwestafrika in Namibia umzubenennen (**12.6.1968**). Die UNO hatte 1966 Südafrika das Mandat über Südwestafrika entzogen.

Brasilien

In Rio de Janeiro werden bei Studentenprotesten gegen Brasiliens Militärregime mehrere Manifestanten getötet, Dutzende verletzt und Hunderte festgenommen (**21.6.1968**). Wenige Tage nach dem „Blutigen Freitag“ (Sexta Feira Sangrenta) nehmen rund 100 000 Menschen in Rio de Janeiro an einer Protestkundgebung (Passeata dos Cem Mil) teil (26.6.1968).

Kanada

In Kanada geht die Liberal Party unter Führung des neuen Premierministers Pierre Trudeau als klare Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 154 (plus 23) der 264 Mandate und damit die absolute Mehrheit. Die Progressive Conservative Party erhält 72 (minus 25) Mandate (**25.6.1968**).

Tschechoslowakei

Der Schriftsteller Ludvík Vaculík (*Vaculík*) und weitere 67 tschechoslowakische Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler veröffentlichen das „Manifest der 2000 Worte“, eine Abrechnung mit 20 Jahren kommunistischer Herrschaft (**27.6.1968**).

Schweiz

In Zürich kommt es zu Strassenschlachten zwischen Jugendlichen und der Polizei. Ausgelöst werden die sogenannten Globus-Krawalle durch die Forderung, das leerstehende Globus-Provisorium als autonomes Jugendzentrum zu nutzen (**29.6.1968**).

Frankreich

Erdrutschsieg für die Gaullisten bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in Frankreich (23.6. und **30.6.1968**). Die Union pour la défense de la République (UDR) gewinnt mit 293 Sitzen mehr als die Hälfte der Mandate. Die Linke Sozialisten (Fédération de la gauche démocrate et socialiste/FGDS) und Kommunisten – muss sich zusammen mit 91 Sitzen begnügen.

Island

Kristján Eldárn (*Kristjan Eldjarn*) wird zum neuen Staatsoberhaupt Island gewählt (**30.6.1968**).

Krankheiten/Seuchen/Epidemien/Hongkong-Grippe

Ausbruch der Hongkong-Grippe (**Anfang Juli 1968**). Die Hongkong-Grippe fordert bis 1970 weltweit rund 800 000 Tote.

Abrüstung/Rüstungskontrolle/Atomwaffensperrvertrag

USA/Grossbritannien/Sowjetunion

Die Atommächte USA, Grossbritannien und Sowjetunion sowie rund 60 andere Staaten unterzeichnen den Atomwaffensperrvertrag – Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons/NPT (**1.7.1968**). Das Abkommen verbietet die Weitergabe bzw. das Erwerben von Atomwaffen und verpflichtet die Atomwaffenstaaten zur nuklearen Abrüstung. Die Vereinbarung tritt am 5. März 1970 in Kraft. Die Schweiz hinterlegt am 9.3.1977 die Ratifikationsurkunde.

EG/EWG

Zollunion

Europäische Zollunion: Zwischen den sechs Mitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) werden die Binnenzölle abgeschafft (**1.7.1968**). Zum ersten Mal ist ein grenzüberschreitender Freihandel möglich. Auf Güter aus Drittländern werden einheitliche Zölle erhoben.

Frankreich

Couve de Murville von der Union pour la défense de la République (UDR) wird neuer französischer Premierminister (**10.7.1968**).

Tschechoslowakei

Sowjetunion/Polen/Ungarn/Bulgarien/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Die Warschauer-Pakt-Staaten Sowjetunion, Polen, Ungarn, Bulgarien und DDR fordern die tschechoslowakische Führung im sogenannten „Warschauer Brief“ zu einer Kursänderung auf. Der Warschauer Pakt warnt vor der „Gefahr der Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft“ (**15.7.1968**).

Irak

Im Irak gelangt die Baath-Partei durch einen Staatsstreich wieder an die Macht (**17.7.1968**). Neuer Machthaber ist Ahmad Hassan al-Bakr. Sein Stellvertreter wird Saddam Hussein.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

PLO

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) proklamiert in einer revidierten Version ihrer Nationalcharta den bewaffneten Kampf „als einzigen Weg zur Befreiung Palästinas“ (**18.7.1968**). Verlangt wird die „Eliminierung des Zionismus in Palästina“.

Flugzeugentführungen

israelisch-palästinensischer Konflikt

Palästinensische Terroristen bringen ein Flugzeug der israelischen Gesellschaft El Al auf dem Flug von Rom nach Algier in ihre Gewalt (**23.7.1968**). Die letzten Passagiere kommen erst am 1. September gegen die Entlassung von 19 in Israel verurteilten Arabern frei. Es handelt sich um die erste Flugzeugentführung im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Die von Papst Paul VI. erlassene Enzyklika Humanae vitae verbietet jede Form der künstlichen Geburtenregelung (**25.7.1968**).

China (Volksrepublik China)

Der chinesische Parteivorsitzende Mao Zedong befiehlt die Auflösung der „Roten Garden“, die zur Durchsetzung der Kulturrevolution eingesetzt worden waren und dabei Gewalt und Terror verbreiteten (**28.7.1968**). Zur Wiederherstellung der Ordnung wird die Armee eingesetzt. Die meisten Rotgardisten werden zur Umerziehung aufs Land geschickt.

Kongo-Brazzaville

In Kongo-Brazzaville übernimmt der Conseil National de la Révolution unter Führung von Hauptmann Marie Ngouabi die Macht (**5.8.1968**). Staatspräsident Alphonse Massamba-Débat legt sein Amt nieder (4.9.1968). Marie Ngouabi wird ab 1. Januar 1969 Staatsoberhaupt.

Indonesien

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben auf der indonesischen Insel Celebes fordert etwa 68 000 Tote (**15.8.1968**).

Tschechoslowakei

Sowjetunion/Polen/Ungarn/Bulgarien

Die Sowjetunion und andere Mitglieder des Warschauer Pakts setzen dem „Prager Frühling“ militärisch ein gewaltsames Ende (**20./21.8.1968**). In der Nacht zum 21. August 1968 marschieren sowjetische, polnische, ungarische und bulgarische Streitkräfte in die Tschechoslowakei ein und besetzen alle strategisch wichtigen Positionen. Die tschechoslowakische Armee leistet keinen Widerstand. Bei Protestaktionen der Zivilbevölkerung kommen etwa 100 Menschen ums Leben. Parteichef Alexander Dubček (Dubcek) und andere Reformpolitiker werden festgenommen und nach Moskau gebracht. Zehntausende Tschechoslowaken verlassen das Land.

Rumänien/Tschechoslowakei

Der rumänische Parteichef und Staatsratsvorsitzende Nicolae Ceaușescu (Ceausescu) verurteilt die Besetzung der Tschechoslowakei durch Truppen des Warschauer Pakts (**21.8.1968**). Er spricht von einem „schweren Fehler“. Damit unterstreicht Ceaușescu sowohl seine Distanzierung von der Sowjetunion als auch seinen aussenpolitischen Emanzipationsprozess.

Tschechoslowakei/Sowjetunion

Unter massivem Druck der Sowjetunion verpflichtet sich die tschechoslowakische Führung im sogenannten „Moskauer Protokoll“ zur Rücknahme der Reformen (**26.8.1968**). In der Tschechoslowakei beginnt die Phase der „Normalisierung“, der Wiederherstellung des Zustands vor dem Beginn des Reformkurses.

USA

Der Parteikonvent der US-Demokraten in Chicago (**26.8. bis 28.8.1968**) wird von Antikriegsprotesten und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten überschattet. Hubert Humphrey, bisher Vizepräsident der Vereinigten Staaten, wird zum Präsidentschaftskandidaten nominiert.

Guatemala/USA

Der US-Botschafter in Guatemala, John Gordon Mein, wird von Guerillas der Fuerzas Armadas Rebeldes (FAR) entführt und bei einem Fluchtversuch erschossen (**28.8.1968**).

Iran

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben im Nordosten Irans fordert etwa 12 000 Tote (**31.8.1968**).

Swasiland/Grossbritannien

Das britische Protektorat Swasiland wird unabhängig (6.9.1968). Staatsoberhaupt ist König Sobhuza II.

Römisch-katholische Kirche/Vatikan

Befreiungstheologie

Die in Medellín (Kolumbien) tagende lateinamerikanische Bischofkonferenz (Consejo Episcopal Latinoamericano/Celam) prangert die sozialen Ungerechtigkeiten an und mahnt eine Kirche für die Armen an (**6.9.1968**). Das Treffen gilt als Geburtsstunde der Befreiungstheologie. Der Vatikan nahm eine ablehnende Haltung gegenüber der Befreiungstheologie ein.

Zu den wichtigsten Vertretern der Befreiungstheologie gehören

- Dom Hélder Câmara (Helder Camara), brasilianischer Bischof,
- Gustavo Gutiérrez, peruanischer Dominikanerpater, Verfasser des Buchs „Teología de la liberación“,
- Leonardo Boff, vom Vatikan gemassregelter brasilianischer Theologe,
- Ernesto Cardenal, von seinem Amt als Priester suspendierter sandinistischer Revolutionär, nicaraguanischer Kulturminister zwischen 1979 und 1987 und
- Óscar Romero, regimekritischer Erzbischof von San Salvador, 1980 von Todesschwadronen erschossen.

Warschauer Pakt

Albanien

Albanien verlässt den Warschauer Pakt (**13.9.1968**).

Schweden

Bei der Reichstagswahl in Schweden erreichen die regierenden Sozialdemokraten erstmals seit 1940 die absolute Mehrheit. Sie gewinnen 125 (plus 12) der 233 Mandate. Zweistärkste Kraft wird erstmals die Zentrumspartei mit 39 Sitzen (plus 6). Es folgen die Volkspartei mit 34 (minus 8) und die Högerpartiet (Rechtspartei) mit unverändert 32 Mandaten (**15.9.1968**).

Portugal

Ende der über 30-jährigen Diktatur Salazar: Der erkrankte portugiesische Regierungschef António de Oliveira Salazar tritt zurück. Salazar war seit 1932 Ministerpräsident, schuf mit der Verfassung von 1933 ein autoritäres Regime: den Estado Novo mit der Einheitspartei União Nacional. Nachfolger von Salazar wird Marcelo Caetano (**26.9.1968**). Die erhofften Liberalisierungen bleiben jedoch aus.

Mexiko

Olympische Spiele

Wenige Tage vor der Eröffnung der Olympischen Sommerspiele werden in der mexikanischen Hauptstadt Studentenproteste von Sicherheitskräften blutig niedergeschlagen (**2.10.1968**). Das „Massaker von Tlatelolco“ fordert über 300 Tote und 700 Verletzte.

Mexiko erlebt bis 1982 unter den Präsidenten Gustavo Díaz Ordaz (*Díaz Ordaz*), Luis Echeverría Álvarez (*Echeverría Álvarez*) und José López Portillo (*López Portillo*) einen „Schmutzigen Krieg“ (*Guerra sucia*) der Sicherheitskräfte gegen linke Aktivisten. Hunderte Menschen fallen dem Terror zum Opfer.

Peru

Der peruanische Staatschef Fernando Belaúnde Terry (*Belaunde Terry*) wird durch einen Militärputsch abgesetzt (**3.10.1968**). Neuer Machthaber ist General Juan Velasco Alvarado. Erst nach zwölf Jahren (28.7.1980) kehrt Peru zu einer zivilen Regierung zurück.

Die neue linksorientierte Regierung – Gobierno Revolucionario de las Fuerzas Armadas – bekennt sich zu einem „dritten Weg“, verstaatlicht die Erdölindustrie, beschliesst eine Landreform und eine Bildungsreform.

Grossbritannien/Nordirland

Nordirland-Konflikt

In der nordirischen Stadt Derry /Londonderry wird eine Kundgebung von Anhängern der Bürgerrechtsbewegung Northern Ireland Civil Rights Association von der Polizei gewaltsam niedergeschlagen, wobei über 100 Menschen verletzt werden (**5.10.1968**). Die von katholischen Gruppen gegründete Northern Ireland Civil Rights Association (NICRA) fordert vor allem ein Ende der Diskriminierung der katholischen Minderheitsbevölkerung in Nordirland. Die Spannungen zwischen den probritischen, protestantischen Unionisten bzw. Loyalisten und den proirischen, katholischen Republikanern nehmen zu.

Panama

Elf Tage nach seiner Vereidigung wird Panamas Staatspräsident Arnulfo Arias von der Nationalgarde abgesetzt (11.10.1968). Eine provisorische Militärjunta unter Führung von José María Pinilla Fábrega und Bolívar Urrutia Parilla übernimmt die Führung. Als Machthaber gilt Omar Torrijos, Stabschef der Nationalgarde.

Äquatorialguinea/Spanien

Die spanische Überseeprovinz Äquatorialguinea wird unabhängig (**12.10.1968**). Erster Staatschef ist Francisco Macías (*Macías Nguema*).

Mexiko

Olympische Spiele

In Mexico City werden die XIX. Olympischen Sommerspiele eröffnet (**12.10.1968**). Wenige Tage vor Beginn der Spiele ist die Hauptstadt Schauplatz eines Massakers an protestierenden Studenten (vgl. 2.10.1968).

Kanada/Quebec

In der kanadischen Provinz Quebec gründen Unabhängigkeitsbefürworter unter Führung von René Lévesque den Parti québécois (**14.10.1968**).

China (Volksrepublik China)

Der chinesische Staatspräsident Liu Shaoqi wird aller Staats- und Parteiämter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen (**31.10.1968**). Die Parteiführung bezeichnet Liu Shaoqi als „Lakai des Revisionismus“.

USA

Der Republikaner Richard Nixon wird zum neuen US-Präsidenten gewählt (**5.11.1968**). Er erhält 301 Elektorenstimmen und 43,4 Prozent der Wählerstimmen. Sein demokratischer Herausforderer Hubert Humphrey muss sich 191 Elektorenstimmen begnügen. Der bisherige Präsident Lyndon B. Johnson verzichtete auf eine Kandidatur. Spiro Agnew wird neuer Vizepräsident.

Bei den Kongresswahlen behaupten die Demokraten trotz Verlusten in beiden Kammern die Mehrheit. Im Senat haben die Demokraten 57 Sitze (minus 7) und die Republikaner 43 (plus 7). Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 243 Abgeordneten (minus 5) und die Republikaner mit 192 (plus 5) vertreten.

Malediven

Die Malediven werden eine Republik (**11.11.1968**) und der bisherige Regierungschef Ibrahim Nasir wird Staatsoberhaupt.

Sowjetunion

Der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew verkündet, dass die Souveränität sozialistischer Staaten beschränkt ist (12.11.1968). Die Breschnew-Doktrin dient als Legitimation der Niederschlagung des „Prager Frühlings“.

Mali

Militärputsch in Mali: Der autoritär herrschende Machthaber Modobi Keita (*Keita*) wird vom Comité militaire de la libération nationale unter Führung von Moussa Traoré gestürzt (**19.11.1968**).

Jugoslawien/Kosovo

In Prishtina (Priština), der Hauptstadt der zu Serbien gehörenden Provinz Kosovo, kommt es zu antiserbischen Ausschreitungen (**29.11.1968**). Die demonstrierenden Kosovo-Albaner fordern, dass Kosovo den Status einer jugoslawischen Teilrepublik erhält.

Venezuela

In Venezuela wird Rafael Caldera von der christdemokratischen Partei Copei mit einem Stimmenanteil von 29,13 Prozent zum neuen Präsidenten gewählt. Venezuela erlebt erstmals einen demokratischen Wechsel an der Spitze des Staates. Calderas Vorgänger Rómulo Betancourt und Raúl Leoni gehörten der sozialdemokratischen Acción Democrática (AD) an. Im Abgeordnetenhaus bleiben die Sozialdemokraten stärkste Kraft (**1.12.1968**). Caldera beschliesst während seiner Amtszeit eine Generalamnestie für Guerillas und die Wiederzulassung der Kommunistischen Partei.

Friedensnobelpreis/Menschenrechte

Frankreich

Der französische Jurist und Diplomat René Cassin, Mitverfasser der 1948 von der UNO verabschiedeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und Vorsitzender des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wird mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1968**).

Literaturnobelpreis

Japan

Der japanische Schriftsteller Kawabata Yasunari wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1968**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Theologe Karl Barth stirbt im Alter von 82 Jahren (**10.12.1968**).

Italien

Der Christdemokrat Mariano Rumor wird neuer italienischer Ministerpräsident (**12.12.1968**). Er bildet eine Koalition aus Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC), Sozialisten-Sozialdemokraten (Partito Socialista Unificato/PSU) und Republikanern (Partito Repubblicano Italiano/PRI).

Brasilien

In Brasilien verschärft das Militärregime mit dem von Staatspräsident Artur Costa e Silva erlassenen Dekret Ato Institucional 5 (AI 5) die Repression (**13.12.1968**). Die meisten demokratischen Grundrechte werden aufgehoben. Das Parlament wird ausgeschaltet. Begründet werden die Massnahmen mit dem „Kampf gegen die subversive Opposition“. Während der folgenden „bleiernen Jahre“ (os anos de chumbo) werden Tausende Oppositionelle festgenommen.

Guayana

In Guyana wird die erste Parlamentswahl nach Erlangung der Unabhängigkeit von Betrugsvorwürfen überschattet. (**16.12.1968**). Der People's National Congress (PNC) von Regierungschef Forbes Burnham gewinnt 30 der 53 Sitze. 19 Mandate gewinnt die Progressive People's Party (PPP) von Cheddi Jagan.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger John Steinbeck stirbt im Alter von 66 Jahren (**20.12.1968**).

Philippinen

Auf den Philippinen entsteht eine neue maoistisch orientierte Kommunistische Partei (Communist Party of the Philippines/CPP) unter Führung von Jose Maria Sison (26.12.1968). Es handelt sich um eine Abspaltung der stalinistisch orientierten Kommunistischen Partei (Partido Komunista ng Pilipinas PKP-1930). Drei Monate später (29.3.1969) entsteht als militärischer Arm der CPP die New People's Army (NPA).

UNO/Norwegen

Der erste UNO-Generalsekretär und norwegische Politiker Trygve Halvdan Lie stirbt im Alter von 72 Jahren (**30.12.1968**).

1969

Tschechoslowakei

Die Tschechoslowakei wird eine Föderation der „Tschechischen Sozialistischen Republik“ und der Slowakischen Sozialistischen Republik“ (**1.1.1969**).

Tschechoslowakei

Aus Protest gegen die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ verbrennt sich der Student Jan Palach auf dem Prager Wenzelsplatz (**16.1.1969**). Drei Tage danach stirbt er an den schweren Verletzungen.

AKW-Störfälle, AKW-Unfälle

Schweiz

Im unterirdischen Versuchsatomkraftwerk in der Waadtländer Gemeinde Lucens ereignet sich ein „ernster Unfall“ (21.1.1969). Das Kühlsystem versagt – es kommt zu einer partiellen Kernschmelze. Radioaktiv kontaminiertes Kühlgas gelangt in die Reaktorkaverne, die versiegelt werden muss. Menschen kommen nicht zu Schaden.

USA

William P. Rogers neuer US-Aussenminister (**22.1.1969**).

Palästinenser/PLO

Yassir Arafat wird zum Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) gewählt (**3.2.1969**).

Thailand

Nach über elfjährigem Unterbruch finden in Thailand Parlamentswahlen statt (10.2.1969). Stärkste Kraft ist die von Ministerpräsident Thanom Kittikachorn gegründete United Thai People's Party. Sie gewinnt 75 der 219 Sitze des Repräsentantenhauses. 72 Mandate sichern sich Unabhängige. Zweistärkste Partei ist die Democrat Party mit 57 Sitzen. Thanom Kittikachorn ernennt sich selbst wieder zum Regierungschef.

Israelisch-palästinensischer Konflikt

Schweiz

Vier palästinensische Terroristen beschiessen auf dem Flughafen Zürich ein Flugzeug der israelischen El Al. Der Pilot wird schwer verletzt (er erliegt fünf Wochen später seinen Verletzungen). Ein Angreifer wird erschossen; drei Attentäter werden verhaftet (**18.2.1969**). Ende Jahr (22.12.1969) werden sie zu je zwölf Jahren Gefängnis verurteilt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Dirigent Ernst Ansermet stirbt im Alt4r von 85 Jahren (**20.2.1969**).

Israel

Der israelische Ministerpräsident und Vorsitzende der Arbeitspartei, Levi Eshkol, stirbt an einem Herzinfarkt (**26.2.1969**). Geschäftsführender Regierungschef wird der Exgeneral Yigal Allon.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsch-schweizerische Psychiater und Philosoph Karl Jaspers stirbt im Alter von 86 Jahren (**26.02.1969**).

China (Volksrepublik China)/Sowjetunion

Chinesische und sowjetische Streitkräfte liefern sich Gefechte um die Insel Damanski/Zhenbao am Grenzfluss Ussuri (**2.3.1969**). Die Scharmützel fordern auf beiden Seiten Gefallene und Verwundete. Sieben Monate später entspannt sich die Situation. China erklärt sich nach einem Treffen zwischen den Ministerpräsidenten beider Länder, Alexej Kossygin und Zhou Enlai, zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über den Grenzverlauf mit der Sowjetunion bereit (7.10.1969).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Justizminister Gustav Heinemann (Sozialdemokratische Partei/SPD) wird zum neuen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt (**5.3.1969**).

Israel

Israel wird erstmals von einer Frau regiert: Die ehemalige Aussenministerin Golda Meir vom linken Maarach wird Ministerpräsidentin (**17.3.1969**).

Zweiter Indochinakrieg/Vietnamkrieg

USA/Kambodscha

Auch Kambodscha gerät in den Strudel des Vietnam- bzw. Zweiten Indochinakrieges. Die US-Luftwaffe beginnt mit der Bombardierung von Nachschubrouten (Ho-Chi-Minh-Pfad) und Rückzugsgebieten des in Südvietnam kämpfenden Vietcong (**18.3.1969**). Bis 1973 werden Hunderttausende Tonnen Bomben auf Ziele in Kambodscha abgeworfen.

Pakistan

Unter dem Druck von Massenprotesten tritt der pakistanische Herrscher Ayub Khan zurück (**25.3.1969**) und übergibt die Macht an General Yahya Khan. Ayub Khan gelangte im Oktober 1958 durch einen Militärputsch an die Macht. General Yahya Khan verhängt das Kriegsrecht und hebt die Verfassung von 1962 auf.

USA

Der ehemalige US-Präsident und General Dwight Eisenhower stirbt im Alter von 78 Jahren (**28.3.1969**).

Tschechoslowakei

Acht Monate nach dem gewaltsamen Ende des „Prager Frühlings“ muss der tschechoslowakische KP-Chef Alexander Dubček (Dubcek) auf Druck Moskaus zurücktreten (**17.4.1969**). Sein Nachfolger wird Gustáv Husák (*Husak*).

China (Volksrepublik China)

Zum Abschluss des IX. Kongresses der Kommunistischen Partei Chinas wird Verteidigungsminister Lin Biao zum Stellvertreter und künftigen Nachfolger des Parteivorsitzenden Mao Zedong bestimmt (**24.4.1969**).

Frankreich

Die Bevölkerung Frankreichs lehnt in einem Referendum die vorgeschlagene Senats- und Regionalreform mit 52,4 Prozent Nein-Stimmen ab (**27.4.1969**).

Belgien

Die gesamtbelgischen Christdemokraten spalten sich (**27.4.1969 und 31.5.1969**): Die Christelijke Volkspartij (CVP) und der Parti Social Chrétien (PSC) beschliessen im Nachgang der politischen Krise von 1968 ihre regionale Spaltung –Flandern und Wallonie. Spaltungsprozesse gibt es auch bei den Sozialisten und Liberalen.

Bolivien

Der bolivianische Machthaber, General René Barrientos, kommt bei einem Helikopterabsturz ums Leben (**27.4.1969**). Barrientos hatte 1964 bei einem Militärputsch die Macht ergriffen und wurde 1966 zum Staatspräsidenten gewählt.

Frankreich

Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle tritt nach der verlorenen Volksabstimmung über eine Senats- und Regionalreform zurück (**28.4.1969**).

Grossbritannien/Nordirland

Nordirland-Konflikt

Der nordirische Premierminister Terence O'Neill erklärt seinen Rücktritt (**28.4.1969**). Er war wegen seiner Reformpolitik und Zugeständnissen an die Bürgerrechtsbewegung Northern Ireland Civil Rights Association (NICRA) unter Druck seiner Ulster Unionist Party (UUP) geraten. Nachfolger wird James Chichester-Clark.

Frankreich

In Frankreich wird die Sozialistische Partei – Parti socialiste – gegründet (**4.5.1969** bzw. 11. /13.7.1969). Aus der Section française de l'Internationale ouvrière (SFIO) und anderen Gruppierungen entsteht der Parti Socialiste (PS).

Malaysia

In der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur entladen sich ethnische Spannungen zwischen der malaiischen Bevölkerungsmehrheit und der chinesischen Minderheit in Unruhen, die Hunderte von Toten fordern (**13.5.1969**). Die Regierung verhängt den Ausnahmezustand (15.5.1969). Ausgelöst werden die Unruhen durch Siegesparaden von Oppositionsparteien der chinesisch-stämmigen Bevölkerung, die bei den Parlamentswahlen (10.5.1969) erfolgreich waren und eine Zweidrittelmehrheit der siegesgewohnten Allianz Party verhinderten.

Sudan

Armeeputsch im Sudan (**25.5.1969**). Neuer Machthaber wird Oberst Jafaar Numeiri.

Andenpakt/Andengemeinschaft

Die fünf südamerikanischen Staaten Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru gründen zur Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation den Pacto Andino – Andenpakt (**26.5.1969**). Aus dem Andenpakt wird später die Andengemeinschaft (Comunidad Andina de Naciones/CAN).

Argentinien

In der argentinischen Provinzhauptstadt Córdoba protestieren Arbeiter und Studenten gegen das Militärregime (**29.5.1969**). Der Aufstand (Cordobazo) wird von der Armee niedergeschlagen. Dabei kommen mindestens 15 Menschen ums Leben, Hunderte werden verletzt.

Gibraltar/Grossbritannien/Spanien

Die britische Kronkolonie Gibraltar erhält mit einer neuen Verfassung die Selbstverwaltung (**30.5.1969**). Spanien reagiert mit der Schliessung der Grenzen (8.6.1969). Auch die telefonischen Verbindungen werden unterbrochen.

Australien/USA

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Im Südchinesischen Meer kollidieren der australische Flugzeugträger „Melbourne“ und der US-Zerstörer „Frank E. Evans“. Dabei kommen 74 Besatzungsmitglieder des US-Kriegsschiffes um Leben (**3.6.1969**).

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

Die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams (Vietcong) gründet eine Provisorische Revolutionsregierung – Provisional Revolutionary Government/PRG (**8.6.1969**).

Vatikan/Schweiz

Internationale Arbeitsorganisation/Ökumenischer Rat der Kirchen

Papst Paul VI. weilt anlässlich des 50jährigen Bestehens der Internationalen Arbeitsorganisation zu einem eintägigen Besuch in Genf. Er stattet auch dem Ökumenischen Rat der Kirchen einen Besuch ab (**10.6.1969**).

Frankreich

Georges Pompidou geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Frankreich hervor (**15.6.1969**). Der Kandidat der gaullistischen Union pour la défense de la République (UDR) erhält in der Stichwahl 58,21 Prozent der Stimmen. Auf Alain Poher vom Centre démocrate entfallen 41,79 Prozent.

Tschad

In Tschad findet die erste Volkswahl des Staatspräsidenten statt (**15.6.1969**). Einziger Kandidat ist der amtierende Staatschef François Tombalbaye. Einzige zugelassene Partei ist der Parti progressiste tchadien.

Frankreich

Jacques Chaban-Delmas von der gaullistischen Union pour la défense de la République (UDR) wird neuer französischer Premierminister (**20.6.1969**).

Rhodesien

Die überwiegend weisse stimmberechtigten Bevölkerung Rhodesiens spricht sich für die Einführung einer Republik und für eine neue Verfassung und folglich für die Trennung von der britischen Krone aus (**20.6.1969**). Von den Weissen (Bevölkerungsanteil rund 250 000) waren rund 80 000, von den Schwarzen (Bevölkerungsanteil etwa 5 Millionen) nur einige Tausend stimmberechtigt. Die weisse Minderheit hatte 1965 einseitig die Unabhängigkeit von Grossbritannien erklärt (11.11.1965).

Marokko/Spanien/Ifni

Die spanische Enklave Ifni wird Teil des Königreichs Marokko (**30.6.1969**).

Kanada

In Kanada werden Englisch und Französisch gleichrangige Amtssprachen. Das Parlament stimmt einem entsprechenden Gesetz zu (**7.7.1969**).

El Salvador/Honduras

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Zwischen El Salvador und Honduras bricht nach einem Fussballländerspiel ein bewaffneter Konflikt aus (**14.7. bis 18.7.1969**). Die kriegerischen Auseinandersetzungen im Grenzgebiet dauern vier Tage (Hundert-Tage-Krieg), fordern rund 2000 Tote und werden durch Intervention der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) beendet. Eigentlicher Grund des sogenannten Fussballkriegs ist der Streit um salvadorianische Migranten in Honduras. Dort haben sich etwa 300 000 Kleinbauern niedergelassen, um der Armut in ihrer überbevölkerten Heimat zu entfliehen. Im Rahmen einer Agrarreform zwingt die honduranische Regierung die Migranten, das Land zu verlassen.

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt/Mond

USA

Erster bemannter Flug zum Mond. Die US-Astronauten Edwin Aldrin und Neil Armstrong setzen am **20. Juli 1969** um 21 Uhr 17 MEZ mit ihrer Landefähre Eagle auf der Mondoberfläche auf. Einige Stunden später, am **21. Juli 1969** um 03 Uhr 56 MEZ, betritt Neil Armstrong als erster Mensch die Mondoberfläche. Er erklärt: «That's one small step for man, one giant leap for mankind.» (Ein kleiner Schritt für einen Menschen, ein riesiger gewaltiger Sprung für die Menschheit). Der Aufenthalt endet nach rund drei Stunden. Die Astronauten kehren mit der Landefähre zum Raumschiff Columbia zurück. Millionen von Fernsehzuschauern verfolgen den erfolgreichen Verlauf der Apollo-11-Mission.

Spanien

Spaniens Machthaber, General Francisco Franco, bestimmt Juan Carlos zu seinem Nachfolger (**22.7.1969**). Juan Carlos wird als Prinz von Spanien vereidigt (23.7.1969). Übergangen wird Juan Carlos Vater: Don Juan de Borbón y Battenberg.

Indonesien/UNO

West-Irian/Irian Jaya

Indonesien erzwingt die Angliederung des ehemaligen Gebiets Niederländisch-Neuguinea. Unter massiver Einschüchterung billigen 1026 Vertreter der Bevölkerung den Anschluss von West-Irian (Irian Barat) an Indonesien (**2.8.1969**). Die als „Act of free Choice“ bezeichnete Abstimmung wird vor der UNO gebilligt. 1973 erhält die Provinz den Namen Irian Jaya.

Mit der Annektierung von West-Irian beginnt eine Umsiedlungspolitik. Die Zuwanderer kommen vor allem aus Java und Bali. Unabhängigkeitsbestrebungen – am 1.7.1971 wird die Republik Westpapua (Papua Barat) proklamiert – werden immer wieder gewaltsam unterdrückt. Dabei kommen Zehntausende Menschen ums Leben.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Philosoph Theodor Adorno stirbt im Alter von 65 Jahren (**6.8.1969**).

Grossbritannien/Nordirland

Nordirland-Konflikt

In Nordirland mündet der Konflikt zwischen probritischen, protestantischen Unionisten und den proirischen, katholischen Republikanern in einen als „The Troubles“ bezeichneten Jahre langen dauernden Bürgerkrieg. In Derry/Londonderry kommt es nach einer Parade des protestantischen Ordens „Apprentice Boys“ entlang der Grenze des katholischen Stadtbezirks Bogside zu mehrtägigen Strassenschlachten (**12.8. bis 14.8.1969**), auch als „Battle of the Bogside“ bezeichnet. Acht Menschen kommen ums Leben und Hunderte werden verletzt. Häuser werden niedergebrannt und über 1000 Familien vertrieben. Auch in anderen Städten Nordirlands kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Unionisten und Republikanern. Der nordirische Premierminister James Chichester-Clark ruft die britische Armee zu Hilfe.

Ghana

In Ghana finden erstmals freie Parlamentswahlen statt (**29.8.1969**). Das seit dem Putsch von 1966 herrschende Militärregime wird durch eine zivile Regierung unter Führung von Kofi Abrefa Busia ersetzt.

Woodstock-Festival

USA

Über 400 000 Menschen nahmen am Woodstock Music and Art Festival im US-Staat New York teil (**Beginn 15.8.1969**). Das Woodstock-Festival wird zum Höhepunkt der Hippie-Bewegung, die sich gegen konservative Werte, Kriege und Freiheitsbeschränkungen richtet.

Libyen

Putsch in Libyen: Oberst Muammar al-Ghadhafi entmachtet König Idris (**1.9.1969**). Höchste Machtinstanz wird der Revolutionäre Kommandorat unter Führung von Ghadhafi.

Schweiz

Das erste Schweizer Atomkraftwerk – Beznau im Kanton Aargau – nimmt seinen kommerziellen Betrieb auf (**1.9.1969**).

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam/Nordvietnam)

Der nordvietnamesische Staatchef Ho Chi Minh, Symbolfigur des Unabhängigkeitskampfes, stirbt im Alter von 79 Jahren (**2.9.1969**).

Organisation der Islamischen Konferenz/Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC)

25 Staaten gründen in Rabat die Organisation der Islamischen Konferenz – OIC (25.9.1969). Hauptanliegen ist die Förderung der islamischen Solidarität. 2011 wird die OIC in Organisation für Islamische Zusammenarbeit umbenannt.

Tunesien

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Tunesien wird nach heftigen Regenfällen von schweren Überschwemmungen heimgesucht. Dabei kommen über 500 Menschen ums Leben. Zehntausende Menschen werden obdachlos (**ab 25.9.1969**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Bei der Bundestagswahl in Deutschland erhalten die regierenden Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – mit 46,1 Prozent (minus 1,5 Prozentpunkte) die meisten Stimmen, doch eigentliche Wahlsieger sind die Sozialdemokraten (SPD), die ihren Stimmenanteil auf 42,7 Prozent (plus 3,4 Prozentpunkte) erhöhen können. Auf die Freien Demokraten (FDP) entfallen 5,8 Prozent (minus 3,7 Prozentpunkte). Die rechtsradikale Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) scheitert mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozenthürde.

Von den 518 Bundestagsmandaten entfallen 250 auf die Unionsparteien CDU/CSU, 237 auf die SPD und 31 auf die FDP. Damit haben SPD und FDP eine Mehrheit im Bundestag (**28.9.1969**). Die Sozialdemokraten entscheiden sich für den Bruch der Grossen Koalition und verbünden sich mit den Freien Demokraten.

Sowjetunion/China (Volksrepublik China)

Entspannungssignale im sowjetisch-chinesischen Konflikt. China erklärt sich nach einem Treffen zwischen den Ministerpräsidenten beider Länder, Alexej Kossygin und Zhou Enlai, zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über den Grenzverlauf mit der Sowjetunion bereit (**7.10.1969**).

Schweden

Wechsel an der Spitze der schwedischen Regierung (**14.10.1969**): Olof Palme ersetzt den aus Altersgründen zurückgetretenen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Tage Erlander. Erlander war seit 1946 Regierungschef.

Botswana

In Botswana finden die ersten Parlamentswahlen seit Erlangung der Unabhängigkeit vor drei Jahren statt (**18.10.1969**). Stärkste Partei ist die Botswana Democratic Party. (BDP). Sie gewinnt 24 der 31 Mandate und bleibt in den kommenden fünf Jahrzehnten die dominierende Kraft.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der deutsche Bundeskanzler Georg Kiesinger, Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union (CDU), tritt zurück (**20.10.1969**). Die Demission erfolgt nach dem Bruch der schwarz-roten Grossen Koalition und dem Beschluss der Sozialdemokraten, ein Regierungsbündnis mit den Freien Demokraten (FDP) zu bilden.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Mit Willy Brandt übernimmt erstmals ein Sozialdemokrat das Amt des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Nach 20 Jahren werden die Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – in die Opposition verwiesen (**21.10.1969**). Willy Brandt – ehemaliger Regierender Bürgermeister Berlins und seit Dezember 1966 Vizekanzler und Aussenminister – steht an der Spitze einer Koalition aus Sozialdemokraten (SPD) und Freien Demokraten (FDP). Walter Scheel (FDP) wird neuer Vizekanzler und Aussenminister.

Somalia

In Somalia übernimmt die Armee unter Führung von Siad Barre die Macht (**21.10.1969**).

Literaturnobelpreis/Irland

Dem irischen Schriftsteller Samuel Beckett wird der Literaturnobelpreis zugesprochen (**23.10.1969**). Beckett erscheint jedoch nicht zur Preisübergabe und verteilt das Preisgeld unter bedürftigen Freunden.

Bundesrepublik Deutschland(BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Der neue deutsche Bundeskanzler Willy Brandt anerkennt in seiner Regierungserklärung (28.10.1969) die Existenz eines zweiten deutschen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik. „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie füreinander nicht Ausland, ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein“, betont Willy Brandt und kündigt an, die Beziehungen nicht nur zur DDR, sondern auch zu anderen Ostblockstaaten zu verbessern. Das Regierungsprogramm ist geprägt von der Leitidee „Mehr Demokratie wagen“.

Brasilien

In Brasilien wird General Emilio Garrastazu Médici Nachfolger des erkrankten Staatspräsidenten Artur Costa e Silva (**30.10.1969**). Am 17. Dezember 1969 stirbt Expräsident Costa e Silva.

Tunesien

In Tunesien wird der Posten des Premierministers nach zwölf Jahren Unterbruch wieder eingeführt. Regierungschef wird Bahi Ladgham (**7.11.1969**).

Philippinen

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos wird mit einem Stimmenanteil von 61,47 Prozent wiedergewählt. Seine Nacionalista Party gewinnt 88 von 110 Mandaten im Abgeordnetenhaus. Die Liberal Party, bisher stärkste Kraft, verfügt nur noch über 18 Sitze (**11.11.1969**).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

USA

Mehrere Hunderttausend Menschen protestieren in Washington gegen den Vietnamkrieg (**15.11.1969**). Es handelt sich um die bisher grösste Antikriegsdemonstration in den USA.

UNO/Kinderrechtskonvention

Die UNO-Vollversammlung verabschiedet die Konvention über die Rechte des Kindes (**20.11.1969**). Mit der UNO-Kinderrechtskonvention erhalten alle Kinder der Welt Rechte auf Schutz, Gleichbehandlung, Gesundheit und Bildung.

Italien/Südtirol/Österreich

Die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei heisst mit knapper Mehrheit das zwischen den Regierungen Italiens und Österreichs ausgehandelte sogenannte Südtirol-Paket gut (**22.11.1969**). Das Südtirol-Paket enthält 137

Massnahmen zum besseren Schutz der Südtiroler und dient als Grundlage für das Zweite Autonomiestatut. Silvius Magnago, der Obmann der Südtiroler Volkspartei, gilt als Vater der Südtiroler Autonomie.

Das zweite Autonomiestatut tritt am 20. Januar 1972 in Kraft. Es regelt die Befugnisse der Region Trentino-Alto Adige (Trentino-Südtirol – ehemals Trentino-Tiroler Etschland) – der Bevölkerung jeder Sprachgruppe wird Gleichheit der Rechte zuerkannt – und sichert den Provinzen Trento (Trient) und Bolzano-Alto Adige (Bozen-Südtirol) eine besondere Autonomie zu. Zahlreiche Zuständigkeiten gehen von der Region auf die Provinzen über.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt zwei neue Bundesräte: den freisinnigen Zürcher Regierungsrat Ernst Brugger als Nachfolger von Bundesrat Hans Schaffner und den sozialdemokratischen Waadtländer Staatsrat und früheren Lausanner Stadtpräsidenten Pierre Graber als Nachfolger von Willy Spühler (**10.12.1969**). Bundesrat Graber bleibt bis zu seinem Rücktritt im Januar 1978 Aussenminister.

Friedensnobelpreis/IAO

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wird mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1969**).

Italien

Bei einem Anschlag neofaschistischer Terroristen auf die Mailänder Landwirtschaftsbank kommen 17 Menschen ums Leben (**12.12.1969**).

Panama

In Panama scheitert ein Putschversuch gegen Machthaber Omar Torrijos während dessen Auslandsaufenthalt (**16.12.1969**). Torrijos wird Oberkommandierender der Nationalgarde und General. Die Führung der bisherigen provisorischen Militärjunta wird abgesetzt. Die Leitung übernimmt Demetrio Basilio Lakas (19.12.1969).

Norwegen

Im norwegischen Teil der Nordsee werden riesige Erdölvorkommen entdeckt (**23.12.1969**). Mit der Erschliessung des Ekofisk-Erdölfelds beginnt der Aufstieg Norwegens zu einem der reichsten Länder Europas.

Kongo-Brazzaville

Aus der Republique congolaise (Kongo-Brazzaville) wird die République populaire du Congo und der erste marxistisch-leninistische Staat Afrikas (**31.12.1969**). An der Spitze der Volksrepublik steht Marien Ngouabi, der sich 1968 an die Macht putschte. Einzig zugelassene Partei ist der Parti Congolais du Travail (PCT). Das Regime unterhält enge Beziehungen zur Sowjetunion.

1970

China (Volksrepublik/China)

Katastrophen/Erdbeben

Bei einem Erdbeben in der chinesischen Provinz Yunnan kommen laut Schätzungen 10 000 Menschen ums Leben (**4.1.1970**).

Nigeria/Biafra

Der Biafra-Krieg geht zu Ende (**15.1.1970**). Der biafranische Generalstabschef Philip Effiong übergibt anstelle des geflüchteten Präsidenten Chukwuemeka Odumegwu Ojukwu dem nigerianischen Präsidenten, General Yakubu Gowon, die Kapitulationsurkunde. Vor 32 Monaten hatte sich die Biafra von Nigeria unabhängig erklärt. Der Krieg forderte über eine Million Tote.

Mexiko

In der mexikanischen Sierra Norte de Puebla kommen bei einem Massaker von Armeee Angehörigen 324 Dorfbewohner, Angehörige der indigenen Totonacos, ums Leben (**28.1.1970**).

Liechtenstein

Bei der Landtagswahl im Fürstentum Liechtenstein wird die Vaterländische Union (VU) erstmals seit ihrer Gründung stärkste Kraft. Sie erobert acht Sitze, die bisher führende Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) sieben (**1.2.1970**). Seit Jahrzehnten bilden beide Parteien eine Regierungskoalition. Den Regierungschef stellt die stärkste Partei. Neuer Regierungschef anstelle von Gerard Batliner (FBP) wird Alfred Hilber (VU).

Costa Rica

In Costa übernimmt José Figueres Ferrer zum dritten Mal nach 1948/1949 und 1953/1958 die Führung des Landes. Er gewinnt die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 54,79 Prozent. Expräsident Mario Enchandi Jiménez vom Partido Unificación Nacional erhält 41,18 Prozent der Stimmen. Im Parlament wird der sozialdemokratische Partido Liberación Nacional (PLN) von José Figueres Ferrer stärkste Kraft mit 32 der 57 Sitze (**1.2.1970**).

Argentinien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Nördlich von Buenos Aires, bei Benavídez, fährt ein Schnellzug auf einen wegen technischer Pannen stehenden Regionalzug. Je nach Quelle ist von 142 bis 236 Toten die Rede. Es handelt sich um die bisher schwerste Zugkatastrophe in Argentinien (**1.2.1970**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Philosoph und Mathematiker Bertrand Russell stirbt im Alter von 97 Jahren (**2.2.1970**).

Frankreich

Katastrophen/Lawinen

Ein Lawinenniedergang im französischen Val d'Isère fordert 39 Tote (**10.2.1970**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Bei einem Brandanschlag auf ein jüdisches Altersheim in München kommen sieben Menschen ums Leben (**13.2.1970**).

Schweiz

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine Coronado der Swissair stürzt nach der Explosion einer Paketbombe im Frachtraum in einem Wald bei Würenlingen (Kanton Aargau) ab. Alle 47 Insassen kommen ums Leben (**21.2.1970**). Die Maschine befand sich auf dem Flug von Zürich nach Tel Aviv. Als Urheber des Anschlags werden Mitglieder der Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP) verdächtigt.

Guyana

Guyana wird zur Kooperativen Republik erklärt, bleibt aber Mitglied im britischen Commonwealth (**23.2.1970**). Erster Staatspräsident der Kooperativen Republik Guyana wird Arthur Chung. Ihm obliegen Repräsentationspflichten. Machthaber ist nach wie vor der Premierminister: Forbes Burnham.

Schweiz

Katastrophen/Lawinen

Eine Lawine reißt in Reckingen im Oberwallis 30 Menschen ins den Tod: sechs Frauen, fünf Kinder und 19 Armeee Angehörige (**24.2.1970**).

Österreich

Politischer Machtwechsel in Österreich nach einem Vierteljahrhundert (**1.3.1970**): Erstmals seit 1945 geht die Sozialistische Volkspartei (SPÖ) als stärkste Partei aus der Parlamentswahl hervor. Die Sozialisten unter Führung von Bruno Kreisky verpassen aber knapp die absolute Mehrheit der Mandate. Bei einem Stimmenanteil von 48,4

Prozent (plus 5,8 Prozentpunkte) gewinnen sie 81 Sitze (plus 7). Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) kommt bei einem Stimmenanteil von 44,7 Prozent (minus 3,3 Prozentpunkte) auf 78 Sitze (minus 7). Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist unverändert mit 6 Abgeordneten vertreten. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: SPÖ: 81 (plus 7), ÖVP: 78 (minus 7), FPÖ: 6 (unv.).

Island/Efta

Island wird Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation/Efta (**1.3.1970**).

Rhodesien/Grossbritannien

Rhodesien erklärt sich zu Republik und vollzieht damit die Trennung von Grossbritannien (**2.3.1970**). Staatspräsident wird Clifford Dupont. Premierminister Ian Smith bleibt Machthaber. Rhodesien hatte sich 1965 (vgl. 11.11.1965) einseitig von Grossbritannien unabhängig erklärt.

Irak

Kurden

Die irakische Regierung gewährt den Kurdengebieten Autonomie (**11.3.1970**). Doch das Abkommen erweist sich als brüchig. 1974 bricht erneut ein bewaffneter Konflikt zwischen dem irakischen Regime und den Kurden aus.

Finnland

Die Sozialdemokraten gehen erneut als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Finnland hervor. Sie gewinnen 52 der 200 Mandate. Zweitstärkste Kraft wird die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK) mit 37 Sitzen (plus 11). Hohe Verluste (minus 13 Sitze) verzeichnet die Zentrumsparterie (KESK). Je 36 Mandate erhalten die Zentrumsparterie und das linke Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes. Die populistische Finnische Landparterie (SMP) ist mit 18 (plus 17) Abgeordneten vertreten (**15.3.** und **16.3.1970**). Neuer Regierungschef wird (ab 15. Juli 1970) Ahti Karjalainen von der Zentrumsparterie (KESK). Er bildet eine Grosse Koalition, der auch die Sozialdemokraten angehören.

Kambodscha

USA

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

Putsch in Kambodscha: Prinz Sihanouk wird während einer Auslandsreise gestürzt. Neuer Machthaber wird der pro-amerikanische General Lon Nol (**18.3.1970**).

Prinz Sihanouk gründet in Peking unter Einschluss der kommunistischen Roten Khmer den Front Uni National du Kampuchea – Funk (**20.4.1970**).

US-amerikanische und südvietnamesische Truppen intervenieren zur Unterstützung von Lon Nol (**30.4.1970**).

Die Roten Khmer organisieren den Widerstand und erobern schon bald zwei Drittel des Territoriums.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Erster innerdeutscher Gipfel: Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerpräsident Willi Stoph treffen sich in Erfurt (**19.3.1970**).

Guatemala

In Guatemala übernehmen wieder Militärs das Präsidentenamt. Oberst Carlos Arana Osorio vom ultrarechten Movimiento de Liberación Nacional wird vom Parlament zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**21.3.1970**). Bei der Volkswahl (1.3.1970) hatte kein Kandidat mehr als 50 Prozent der Stimmen erreicht. Im Parlament ist das Movimiento de Liberación Nacional mit 31 von 50 Mandaten die dominierende Kraft.

Antiguerilla-Einheiten der Armee und Todesschwadronen (Mano Blanca und andere) setzen mit Unterstützung der USA ihren antikommunistischen Kampf fort. Während der Präsidentschaft von Carlos Arana Osorio kommen nach Angaben von Menschenrechtsaktivisten schätzungsweise 20 000 Menschen ums Leben oder verschwinden spurlos. Bis 1986 haben In Guatemala Militärs das Präsidentenamt inne

Libyen/Grossbritannien

Ende der britischen Militärpräsenz in Libyen. Grossbritannien zieht seine letzten Truppen von den Stützpunkten Tobruk und El Adem ab (**28.3.1970**).

Guatemala/Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Guatemala, Karl Graf Sprei, wird von Guerillas der Fuerzas Armadas Rebeldes entführt (**31.3.1970**) und wenige Tage später erschossen, da die Regierung auf die Forderungen der Entführer nicht eingeht.

El Salvador

In El Salvador nimmt der Widerstand gegen das von Oligarchen gestützte Militärregime zu. Angehörige der Kommunistischen Partei gründen die Fuerzas Populares de Liberación Farabundo Martí/FPL (**1.4.1970**). Andere Widerstandsorganisationen folgen, unter anderen der Ejercito Revolucionario del Pueblo (ERP). Farabundo Martí war ein 1932 während des Bauernaufstandes gegen die Oligarchen erschossener marxistischer Revolutionsführer. Die Rebellion war niedergeschlagen worden. Das Gemetzel (matanza) forderte rund 20 000 Tote. Die meisten von ihnen waren Indigene.

Rhodesien

Bei der Parlamentswahl in Rhodesien gewinnt die Rhodesian Front von Premierminister Ian Smith alle für die weisse Bevölkerung reservierten 50 Mandate. Über 8 Mandate kann die schwarze Bevölkerungsmehrheit bestimmen und weitere 8 Mandate sind für Stammesvertreter reserviert (**10.4.1970**).

Frankreich

Katastrophen/Lawinen

Eine Lawinenkatastrophe auf dem Plateau d'Assy in den französischen Savoyer Alpen fordert 71 Tote. Unter den Opfern befinden sich 56 Kinder (**16.4.1970**).

Kolumbien

In Kolumbien gewinnt Misael Pastrana Borrero vom Partido Conservador mit 40,69 Prozent der Stimmen knapp die Präsidentenwahl vor dem ehemaligen Militärmachthaber General Gustavo Rojas Pinilla mit 39,09 Prozent (**19.4.1970**). Rojas Pinilla kandidierte für die Alianza Nacional Popular (Anapo) und erhält 39,09 Prozent. Seine Anhänger erheben Betrugsvorwürfe. Es handelt sich um die letzte Präsidentenwahl im Rahmen des Pacto Nacional (vgl. 20.7.1957). Im 210 Sitze umfassenden Abgeordnetenhaus haben Konservative und Liberale je 105 Mandate.

Österreich

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) und frühere Aussenminister Bruno Kreisky wird neuer österreichischer Bundeskanzler (**21.4.1970**). Er bildet eine SPÖ-Minderheitsregierung.

Trinidad und Tobago

Im karibischen Inselstaat Trinidad und Tobago verhängt Premierminister Eric Williams nach Zusammenstößen zwischen Anhängern der Black-Power-Bewegung und Ordnungskräften den Ausnahmezustand (**21.4.1970**).

Gambia

Gambia wird eine Republik und der bisherige Premierminister Dawda Jawara Staatspräsident (**24.4.1970**).

USA

An der Kent State University im US-Staat Ohio erschossen Nationalgardisten während einer Antikriegsdemonstration vier Studenten (**4.5.1979**). Das sogenannte Kent-State-Massaker löst heftige Proteste aus. An über 450 Hochschulen wird gestreikt.

Tunesien

Ahmed Ben Salah, ehemaliger Gewerkschaftsführer und zwischen 1961 und 1969 Inhaber mehrerer Ministerposten, wird wegen Hochverrats zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt (**25.5.1970**). Er war wegen seiner rigorosen Kollektivierung der Landwirtschaft (25.5.1970) unter massiven Druck geraten.

Ceylon (Sri Lanka)

Linksrutsch bei den Wahlen in Ceylon (**27.5.1970**). Die aus der Sri Lanka Freedom Party, der trotzkistischen Lanka Sama Samaja Party und der Communist Party of Sri Lanka gebildete United Front gewinnt 91 (plus 50) der 151 Sitze. Die bisher regierende konservative United National Party verliert 40 Sitze und ist nur noch mit 17 Abgeordneten vertreten. Sirimavo Bandarnaike, Vorsitzende der linken Sri Lanka Freedom Party, wird zum zweiten Mal nach 1960/1965 Regierungschefin.

Argentinien

Der frühere argentinische Staatspräsident Pedro Eugenio Aramburu wird von Angehörigen der linksperonistischen Bewegung Montonero entführt und ermordet (**29.5.1970**).

Die Montoneros und die Guerillarorganisation Ejército Revolucionario del Pueblo (ERP) destabilisieren mit Entführungen, Lösegelderpressungen, Banküberfällen und Angriffen auf Armee und Sicherheitskräfte das Land.

Peru

Katastrophen/Erdbeben

Bei einem Erdbeben im Norden von Peru kommen etwa 66 000 Menschen ums Leben. Die Stadt Huaraz wird fast völlig zerstört (**31.5.1970**).

Tonga/Grossbritannien

Das südpazifische Königreich Tonga, bisher britisches Protektorat, wird unabhängig (**4.6.1970**). Staatsoberhaupt ist König Tupou IV. Dessen Bruder Fatafehi Tu'ipelehake leitet die Regierung.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die sogenannte Schwarzenbach-Initiative, die eine Beschränkung des Ausländeranteils auf 10 Prozent verlangt, mit 54 Prozent Nein-Stimmen ab (**7.6.1970**).

Argentinien

Die argentinische Armeeführung zwingt Staatspräsident General Juan Carlos Onganía (*Onganía*) zum Rücktritt (**8.6.1970**). Nachfolger werden zunächst Roberto Marcelo Levingston (bis 1971) und anschliessend – bis zu den Präsidentenwahlen 1973 – Alejandro Agustín Lanusse.

Jordanien/Palästinenser

Der jordanische König Hussein entgeht in Amman knapp einem Anschlag von Anhängern der palästinensischen Widerstandsorganisation Popular Front for the Liberation of Palestine/PFLP (**9.6.1970**).

Libyen/USA

Ende der US-Militärpräsenz in Libyen: Die USA übergeben den Stützpunkt Wheelus bei Troplis den libyschen Streitkräften (**11.6.1970**).

Grossbritannien

Klare Niederlage für die regierende Labour Party von Premierminister Harold Wilson bei der Unterhauswahl in Grossbritannien. Die oppositionelle Conservative Party sichert sich dank 80 zusätzlichen Sitzgewinnen 330 Mandate und damit die absolute Mehrheit im 630 Abgeordnete zählenden Unterhaus. Labour stellt noch 288 Parlamentarier (minus 76). Auf die Liberal Party und die übrigen Parteien entfallen je 6 Sitze (**18.6.1970**).

Ecuador

Der ecuadorianische Staatspräsident José María Velasco Ibarra löst den Kongress auf und reisst alle Macht an sich. (**22.6.1970**).

Grossbritannien

Regierungswechsel in Grossbritannien: Edward Heath, Parteivorsitzender der Conservative Party, wird neuer Premierminister (**23.6.1970**).

EG

Der italienische christlichdemokratische Politiker Franco Maria Malfatti wird neuer Kommissionspräsident der Europäischen Gemeinschaften – EG (**1.7.1970**).

Zypern

Erstmals seit zehn Jahren finden in Zypern wieder Parlamentswahlen statt (**5.7.1970**). Stärkste Kraft ist die Einheitspartei (Eniaon). Sie gewinnt 15 der 35 Mandate. An zweiter Stelle folgt die kommunistische Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (Akel) mit 9 Mandaten. Die 15 Sitze für die türkischen Zyprioten bleiben vakant. Wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen griechischen und türkischen Zyprioten Ende 1963 zogen sich die Türkisch-Zyprioten aus dem Parlament zurück.

Mexiko

In Mexiko wird Luis Echeverría Álvarez (*Echeverría Alvarez*) vom regierenden Partido Revolucionario Institucional (PRI) mit einem Stimmenanteil von 86,02 Prozent zum neuen Staatschef gewählt (**5.7.1970**). Als ehemaliger Innenminister war er mitverantwortlich an der Niederschlagung der Studentenproteste von 1968.

Italien

In der süditalienischen Gemeinde Gioia Tora werden bei einem Anschlag auf den Zug Palermo-Turin sieben Menschen getötet und 66 verletzt (**22.7.1970**).

Muscat und Oman

Oman

Der Sultan von Muscat und Oman, Said ibn Taimur, wird von seinem Sohn Qabus bin Said al-Said gestürzt (**23.7.1970**). Sultan Taimur, ein fortschrittsfeindlicher Herrscher, regierte während fast vier Jahrzehnten. Sultan Qabus führt das Land, das in Oman umbenannt wird, in die Moderne.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Sowjetunion

Im Rahmen der Bemühungen der westdeutschen Regierung um eine Normalisierung der Beziehungen zu den kommunistischen Staaten Osteuropas (Ostpolitik) unterzeichnen Bundeskanzler Willy Brandt und der sowjetische Ministerpräsident Alexei Kossygin in Moskau einen Vertrag über Gewaltverzicht und Unverletzlichkeit bestehender Grenzen einschliesslich der Oder-Neisse-Linie (Westgrenze Polens) und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (12.8.1970). Dem Moskauer Vertrag folgt noch im gleichen Jahr ein Normalisierungsvertrag mit Polen (vgl. 7.12.1970).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger François Mauriac stirbt im Alter von 84 Jahren (**1.9.1970**).

Chile

USA

Der Sozialist Salvador Allende geht knapp als Sieger aus der Präsidentenwahl in Chile hervor (**4.9.1970**). Der Kandidat der Linksallianz Unidad Popular (Sozialisten, Kommunisten und andere Linke) erhält 36,61 Prozent der Stimmen. Sein Konkurrent Jorge Alessandri, der zwischen 1958 und 1964 Staatsoberhaupt war, kommt auf 35,27 Prozent Stimmenanteil. Alessandri war vom rechten Lager (Partido Nacional und Democracia Radical) unterstützt worden.

Bei der Wahl durch den Kongress (22.10.1970) erhält Allende nach Absprachen auch die Unterstützung der Christdemokraten.

Salvador Allende, der sich zu marxistischem Gedankengut bekennt, ist weltweit der erste frei gewählte sozialistische Präsident. Allende verstaatlicht nach seiner Machtübernahme den Kupferbergbau, der sich hauptsächlich im Besitz von US-Firmen befindet, ebnet den Weg für Landumverteilungen sowie für Reformen in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Für die USA ist das neue Regime in Chile ein Dorn im Auge. Sie beteiligen sich an der Destabilisierung. Mit Skepsis verfolgen die Sowjetunion und Kuba den „chilenischen Weg zum Sozialismus“.

Flugzeugentführungen

Volksfront für die Befreiung Palästinas /Jordanien/Schweiz/USA/Grossbritannien/Ägypten

Vier Flugzeugentführungen am gleichen Tag durch Angehörige der Volksfront für die Befreiung Palästinas – Popular Front for the Liberation of Palestine/PFLP (**6.9.1970**):

- Eine Boeing 707 der US-Gesellschaft TWA mit 158 und eine DC-8 der Swissair mit 157 Insassen an Bord werden zur Landung bei Zerqa in der jordanischen Wüste gezwungen.
- Eine Boeing 747 der US-Fluggesellschaft Panam mit 169 Passagieren und Besatzungsmitgliedern wird nach Kairo umgeleitet und nach der Evakuierung der Insassen gesprengt.
- Eine weitere Entführung – es handelt sich um eine Boeing 707 der israelischen Fluggesellschaft El Al mit 148 Menschen an Bord – scheitert während des Fluges am Widerstand der Besatzung.
- Drei Tage später (9.9.1970) wird eine VC-10 der britischen Gesellschaft BOAC mit 114 Personen an Bord ebenfalls nach Zerqa entführt.

In der jordanischen Wüste befinden sich rund 400 Menschen in der Gewalt der Entführer. Diese fordern von der Schweiz, Grossbritannien und der Bundesrepublik Deutschland die Freilassung palästinensischer Häftlinge.

- Nachdem die meisten Geiseln nach Amman in Sicherheit gebracht werden, sprengen die Entführer die drei Flugzeuge (12.9.1970). Über 50 Geiseln werden in ein Flüchtlingslager verschleppt.
- Die Forderungen der Terroristen werden erfüllt. Die Schweiz lässt drei im Vorjahr verurteilte El Al-Attentäter (vgl. 18.2.1969) auf freien Fuss.
- Für die Verschleppten endet das Drama erst nach rund die Wochen. Ihre Befreiung wurde durch den Mitte September zwischen der jordanischen Armee und palästinensischen Fedayin ausgebrochenen Krieg verzögert. Am 25. September und 26. September sind auch die Schweizer Geiseln frei.

Jordanien/Palästinenser/Syrien/Libanon

In Jordanien eskaliert der seit langem herrschende Konflikt zwischen palästinensischen Milizen und der Regierung nach einem weiteren Attentatsversuch auf König Hussein (1.9.1970). Die Milizen beherrschen die palästinensischen Flüchtlingslager – Hochburgen der Fedayin. Die radikalen Palästinenser bilden einen Staat im Staat. In Irbid versuchen sie die Macht an sich reißen und rufen eine Volksregierung aus (**16.9.1970**).

- König Hussein reagiert am Tag darauf (17.9.1970) mit der Mobilisierung und dem Einsatz der Armee gegen die Aufständischen. Die jordanischen Streitkräfte greifen die Stützpunkte der Fedayin in der Hauptstadt Amman, in Irbid und anderen Städten an.
- In den Krieg – „Schwarzer September“ – greifen zur Unterstützung der Palästinenser vorübergehend auch syrische Streitkräfte ein.
- Am 27. September unterzeichnen König Hussein und Palästinenserführer Yassir Arafat in Kairo ein Waffenstillstandsabkommen und am 13. Oktober vereinbaren die Konfliktparteien einen Vertrag über die künftige Rolle der Fedayin in Jordanien.
- Die palästinensischen Verluste werden auf über 3000 Gefallene, die jordanischen auf über 500 geschätzt.
- Erst Ende Juli 1972 endet der Konflikt. Die Fedayin werden aus Jordanien vertrieben und verlegen ihre Stützpunkte nach Libanon.
- Eine neue palästinensische Widerstandsgruppe bezeichnet sich mit Bezug auf die kriegesischen Auseinandersetzungen in Jordanien als „Schwarzer September“ und verübt zahlreiche Anschläge (vgl. Attentat auf die Olympischen Spiele in München vom 5.9.1972).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Gitarrist und Sänger Jimi Hendrix stirbt im Alter von 27 Jahren (**18.9.1970**).

Schweden

Die schwedischen Sozialdemokraten verteidigen auch nach der Parlamentsreform ihre Stellung als stärkste Partei. Bei der Reichstagswahl gewinnen sie 163 der 350 Mandate. Zweitstärkste Kraft ist die Zentrumspartei mit 71 Sitzen (**20.9.1970**). Es folgen die Volkspartei mit 58 und die Moderate Sammlungspartei – früher: Högerpartiet (Rechtspartei) – mit 41 Mandaten. Der schwedische Reichstag besteht nach einer Parlamentsreform nur noch aus einer Kammer mit 350 Sitzen.

Malaysia

Der malaysische Premierminister Abdul Rahman (Tunku Abdul Rahman), „Vater der Unabhängigkeit Malaysias“, tritt zurück (**21.9.1970**). Er war wegen der ethnischen Unruhen im Mai 1969 unter massiven Druck geraten. Sein Nachfolger wird Abdul Razak.

Libanon

Suleiman Frangie wird neuer libanesischer Staatspräsident (**23.9.1970**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schriftsteller Erich Maria Remarque stirbt im Alter von 72 Jahren (**25.9.1970**).

Vereinigte Arabische Republik/VAR (Ägypten)

Der seit 1954 regierende ägyptische Staatschef Gamal Abdel Nasser stirbt 52-jährig (**28.9.1970**). Sein Nachfolger wird Anwar as-Sadat.

Kanada/Quebec

Oktoberkrise in der kanadischen Provinz Quebec:

- Der Front de libération du Québec (FLQ) entführt den britischen Diplomaten James Richard Cross (**5.10.1970**) und den stellvertretenden Regierungschef und Arbeitsminister der Provinz, Pierre Laporte (10.10.1970).
- Die Entführer fordern unter anderem die Freilassung von 24 „politischen Häftlingen“, 500 000 Dollar in Gold und die freie Ausreise nach Kuba. Die Provinzregierung lehnt Verhandlungen mit den Entführern ab.
- Die kanadische Regierung verhängt den Ausnahmezustand (16.10.1970). In den folgenden Tagen werden Hunderte Personen, die unter dem Verdacht stehen, Anhänger der Separatisten zu sein, festgenommen.
- Pierre Laporte wird ermordet aufgefunden (17.10.1970).
- Die entführte Geisel James Richard Cross wird nach 60 Tagen freigelassen (3.12.1970). Fünf Mitglieder einer FLQ-Zelle erhalten freies Geleit nach Kuba, noch flüchtige Zellenmitglieder werden festgenommen.
- Der Ausnahmezustand endet am 30. April 1971.

Literaturnobelpreis/Sowjetunion

Dem sowjetischen Schriftsteller Alexander Solschenizyn wird der Literaturnobelpreis zugesprochen (**8.10.1970**). Er bleibt der Preisübergabe in Stockholm fern, da er befürchtet, dass ihm die Rückkehr verweigert wird. Erst 1974 – im Exil – nimmt Solschenizyn den Preis entgegen.

Kambodscha/Khmer-Republik

In Kambodscha wird die Monarchie abgeschafft und die Khmer-Republik ausgerufen (**9.10.1970**).

Fidschi/Grossbritannien

Die Inselgruppe Fidschi, bisher eine britische Kronkolonie, wird unabhängig (**10.10.1970**). Erster Premierminister ist Kamisese Mara.

Chile

Der Oberbefehlshaber chilenischen Armee, General René Schneider, wird bei einem Entführungsversuch schwer verletzt (**22.10.1970**). Er stirbt drei Tage später. Der US-Geheimdienst CIA gilt als Drahtzieher des Komplotts.

EG

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften wollen auch aussenpolitisch kooperieren, dies im Rahmen der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit – EPZ (**27.10.1970**)“.

Priesterbruderschaft St. Pius X./Römisch-katholische Kirche

Schweiz

Der römisch-katholische Erzbischof Marcel Lefebvre gründet in der Schweiz die Priesterbruderschaft St. Pius X. – eine Vereinigung katholischer Traditionalisten, die sich gegen die Neuerungen des Zweiten Vatikanischen Konzils stellen (**1.11.1970**). 1988 wird Marcel Lefebvre von Papst Johannes Paul II. wegen unerlaubter Bischofsweihe exkommuniziert.

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midtermwahlen) behaupten die Demokraten in beiden Kammern die Mehrheit. Im Senat haben die Demokraten 54 Sitze (minus 3) und die Republikaner 44 (plus 1). Die beiden restlichen Sitze gehen an einen Vertreter der Conservative Party of New York und an einen Unabhängigen. Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 255 Abgeordneten (plus 12) und die Republikaner mit 180 (minus 12) vertreten (**3.11.1970**).

Frankreich

Frankreich trauert um den ehemaligen Staatschef und General Charles de Gaulle – eine Symbolfigur der Résistance. Er stirbt im Alter von 79 Jahren (**9.11.70**).

Indien/Pakistan/Ostpakistan

Katastrophen/Unwetter

Ostpakistan und der indische Unionsstaat Westbengalen werden von verheerenden Wirbelstürmen und Flutwellen heimgesucht (**12.11.1970**). Die Zahl der Toten wird auf 300 000 bis 500 000 geschätzt.

Syrien

Putsch in Syrien: Verteidigungsminister Hafez el-Assad übernimmt die Macht (**13.11.1970**). Staatspräsident Nureddin al-Atassi und der bisherige De-facto-Machthaber Salah Jadid werden festgenommen. Jadid bleibt bis zu seinem Tod im Jahr 1993 in Haft.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Änderung der Finanzordnung des Bundes mit 55,4 Prozent Ja-Stimmen gut, doch die Vorlage scheitert am Ständemehr (**15.11.1970**).

Schweiz

Das Schweizer Bundesstrafgericht verurteilt den Industriellen Dieter Bührle, Chef der Werkzeug-Maschinenfabrik Oerlikon-Bührle, wegen illegaler Waffenlieferungen in die Konfliktländer Südafrika und Nigeria zu acht Monaten Gefängnis bedingt und zu einer Geldstrafe von 20 000 Franken (**27.11.1970**).

Jemen/Volksrepublik Südjemen/Demokratische Volksrepublik Jemen

Die Volksrepublik Südjemen wird in Demokratische Volksrepublik Jemen umbenannt (**30.11.1970**).

Polen/ Bundesrepublik Deutschland (BRD)

In Warschau wird der deutsch-polnische Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen unterzeichnet (**7.12.1970**). Im Abkommen wird die Oder-Neisse-Linie als Westgrenze Polens anerkannt und auf gegenseitige Gebietsansprüche verzichtet.

Eine Demutsgeste von Bundeskanzler Willy Brandt sorgt für weltweites Aufsehen. Der Regierungschef kniet vor dem Mahnmahl für die Opfer des Aufstands im Warschauer Ghetto.

Pakistan

In Pakistan finden erstmals seit der Unabhängigkeit allgemeine und freie Wahlen statt (**7.12.1970**). Die nach Autonomie strebende Awami League in Ostpakistan gewinnt die Mehrheit der Sitze der National Assembly. Die Awami League unter Führung von Sheikh Mujibur Rahman gewinnt 167 der 313 Mandate (incl. Frauenmandate). Zweitstärkste Kraft ist die 1967 von Zulfikar Ali Bhutto gegründete Pakistan People's Party (PPP) mit 86 Sitzen. Die politische und militärische Elite im Westteil Pakistans lehnt die Machtübergabe an die Wahlsieger ab. Der Konflikt mündet im März 1971 in einen Krieg, der Hunderttausende Tote fordert und Millionen Menschen in die Flucht treibt (vgl. ab 1.3.1971).

Schweiz/Brasilien

Der Schweizer Botschafter in Brasilien, Giovanni Enrico Bucher, wird in Rio de Janeiro von Angehörigen der linken Stadtguerillagruppe Ação Libertador Nacional entführt (**7.12.1970**). Nach vierzig Tagen (16.1.1971) wird der Diplomat im Austausch gegen 70 politische Gefangene freigelassen.

Von Diplomatenentführungen sind auch die USA (September 1969), Japan (März 1970) und die Bundesrepublik Deutschland (Juni 1970) betroffen.

Friedensnobelpreis/USA

Der US-amerikanische Agrarwissenschaftler Norman Borlaug wird mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1970**).

Polen

Nach drastischen Lebensmittelpreiserhöhungen kommt es in Danzig und anderen polnischen Städten zu Streiks und Massendemonstrationen (**14.12.1970**). Die Proteste werden blutig niedergeschlagen. Nach offiziellen Angaben werden dabei 45 Menschen getötet.

Der Chef der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR), Władysław Gomułka (*Gomulka*), wird abgelöst und durch Edward Gierek ersetzt (20.12.1970).

Belgien

In Belgien werden mit einer Staatsreform drei Kulturgemeinschaften geschaffen: eine französische, eine niederländische und eine deutsche (**24.12.1970**). Mit einer weiteren Staatsreform werden zehn Jahre später die Kulturgemeinschaften in Gemeinschaften umgewandelt. Gleichzeitig werden 1980 auch zwei Regionen gegründet: die Flämische Region (Flandern) und die Wallonische Region (Wallonie). Mit der Staatsreform von 1988/1989 kommt eine dritte Region hinzu: Brüssel-Hauptstadt.

Jemen/Arabische Republik Jemen (Nordjemen)

Mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung (**28.12.1970**) endet der Bürgerkrieg in der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen). Der 1962 ausgebrochene Konflikt forderte zwischen 100 000 und 200 000 Tote.

1971

Haiti

Haitis Machthaber François Duvalier bestimmt seinen 19 Jahre alten Sohn Jean-Claude Duvalier zu seinem Nachfolger (**2.1.1971**). Entsprechende Verfassungsänderungen, zu denen auch eine Herabsetzung des Mindestalters des Staatsoberhauptes (bisher 40 Jahre) gehört, werden in einem Referendum angeblich ohne Gegenstimme gutgeheissen (30.1.1971).

Grossbritannien

Katastrophen/Tribüneneinsturz

Ein Tribüneneinsturz in einem Fussballstadion in Glasgow fordert 66 Tote (**2.1.1971**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die französische Modeschöpferin Coco Chanel stirbt im Alter von 87 Jahren (**10.1.1971**).

Vereinigte Arabische Republik/VAR/(Ägypten)

Sowjetunion

In Ägypten (Vereinigte Arabische Republik/VAR) wird nach elf Jahren Bauzeit der Assuan-Staudamm eingeweiht (**15.1.1971**). Das Projekt war mit sowjetische Unterstützung realisiert worden.

European Management Symposium/World Economic Forum (WEF)

Schweiz

In Davos findet das erste von Wirtschaftsprofessor Klaus Schwab gegründete European Management Symposium statt (**25.1.1971**). 1987 wird das Symposium in World Economic Forum (WEF) – Weltwirtschaftsforum – umbenannt. Das WEF wird zu einer wichtigen Dialogplattform für Verantwortliche aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Religion, Medien und Nichtregierungsorganisationen.

Uganda

Staatsstreich in Uganda: Staatspräsident Milton Obote wird vom Armeekommandierenden Idi Amin abgesetzt (**26.1.1971**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen mit 65,7 Prozent Ja-Stimmen die Einführung des eidgenössischen Stimm- und Wahlrechts für Frauen gut (**7.2.1971**).

Abrüstung/Rüstungskontrolle

USA/Sowjetunion/Grossbritannien

Die USA, die Sowjetunion und Grossbritannien einigen sich auf ein Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund. Der „Meeresbodenvertrag“ wird in Washington, Moskau und London zur Unterschrift aufgelegt (**11.2.1971**).

Bhutan

Das Himalaya-Königreich Bhutan erlangt die völkerrechtliche Anerkennung mit der Aufnahme in die UNO (**12.2.1971**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Schauspieler Fernandel (Fernand Joseph Désiré Contandin) stirbt im Alter von 67 Jahren (**26.2.1971**).

Pakistan/Ostpakistan

Der pakistanische Militärmachthaber Yahya Khan verschiebt die konstituierende Sitzung der im Dezember gewählten National Assembly auf unbestimmte Zeit (**1.3.1971**). Die Awami-League in Ostpakistan, die als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervorgegangen war, ruft zu Streiks und zivilem Ungehorsam auf. Die pakistanische Regierung reagiert mit Gewalt auf die Protestwelle in Ostpakistan.

Norwegen

Der norwegische Ministerpräsident Per Borten tritt wegen Indiskretionen im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) zurück (**2.3.1971**). An die Stelle der bisherigen bürgerlichen Vierparteienkoalition tritt eine Minderheitsregierung der Arbeiterpartei unter Führung von Trygve Bratelli (17.3.1971).

Schweiz

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einer Brandkatastrophe in der Psychiatrischen Universitätsklinik Burghölzli in Zürich kommen 28 männliche Patienten ums Leben (**6.3.1971**).

Pakistan/Ostpakistan

An einer Massenkundgebung auf der Pferderennbahn in Dhaka ruft Sheikh Mujibur Rahman, Führer der Awami League, zum Freiheitskampf in Ostpakistan auf. „Wir kämpfen jetzt für unsere Befreiung. Wir kämpfen jetzt für unsere Unabhängigkeit“, erklärt Sheikh Mujibur Rahman, von seinen Anhängern als Bangabandhu (Friend of Bengal) bezeichnet (7.3.1971).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler und Komiker Harold Lloyd stirbt im Alter von 77 Jahren (8.3.1971).

Australien

Der australische Premierminister John Gorton tritt zurück (10.3.1971). Gorton hatte den Rückhalt in der Parlamentsfraktion seiner Liberalen Partei verloren. Sein Nachfolger wird William McMahon.

Indien

Bei der Parlamentswahl in Indien gelingt der Kongresspartei (Indian National Congress/INC) erneut ein Erdrutschsieg. Die Partei von Premierministerin Indira Gandhi gewinnt 352 der 518 Mandate (1.3.1971 bis 10.3.1971).

Türkei

Die türkische Armeeführung erzwingt als Folge politischer und sozialer Unruhen per Memorandum den Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Süleyman Demirel von der Gerechtigkeitspartei (12.3.1971). Dies sei nötig, um die „anarchische Lage zu neutralisieren“. Über 11 Provinzen wird das Kriegsrecht verhängt. Über 10 000 Personen werden festgenommen. Im Visier sind vor allem linke Kräfte. Die Militärmachthaber setzen eine Technokratenregierung unter Führung von Nihat Erim ein.

Syrien

In Syrien wird Hafez el-Assad zum Staatspräsidenten gewählt (22.3.1971). Einen Gegenkandidaten gibt es nicht. Hafez el-Assad hatte sich 1970 an die Macht geputscht.

Pakistan/Ostpakistan/Bangladesh

Sheikh Mujibur Rahman, der Führer der Awami-League, erklärt Ostpakistan für unabhängig (26.3.1971). Der neue Staat erhält den Namen Bangladesh.

Sheikh Mujibur Rahman wird verhaftet. Die pakistanischen Machthaber reagieren auf die Sezession mit einem Rachefeldzug („Operation Searchlight“). Die pakistanische Armee und mit ihr verbündete islamistische Milizen verüben zahlreiche Massaker an der Zivilbevölkerung. Vor allem Studenten, Intellektuelle und Frauen sind betroffen. Der neun Monate dauernde Unabhängigkeitskrieg fordert mehrere hunderttausend Tote und Millionen Flüchtlinge. Laut Schätzungen kommen zwischen 300 000 und 3 Millionen Menschen ums Leben. Etwa drei Millionen Menschen werden in die Flucht getrieben.

Honduras

Honduras erhält vorübergehend einen Staatspräsidenten, der nicht zur Armeeführung gehört. Ramón Ernesto Cruz, ein ehemaliges Mitglied des Obersten Gerichts, geht mit einem Stimmenanteil von 52,62 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (28.3.1971). Er kandidierte für den konservativen Partido Nacional. Im Parlament haben der Partido Nacional und der Partido Liberal je 32 Sitze.

Ceylon (Sri Lanka)

In Ceylon lanciert die linksradikale People's Liberation Front (Janatha Vimukthi Peramuna/JVP) einen Aufstand gegen die Regierung (5.4.1971), der nach wenigen Wochen niedergeschlagen wird.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der russische Komponist Igor Strawinsky stirbt im Alter von 88 Jahren (6.4.1971).

Bangladesh

Im indischen Exil wird die Regierung der Volksrepublik Bangladesh gebildet (10.4.1971). Sheikh Mujibur Rahman ist der erste Staatschef, Tajuddin Ahmed der erste Ministerpräsident von Bangladesh.

Föderation Arabischer Republiken

Die Vereinigte Arabische Republik/VAR (Ägypten)), Libyen und Syrien beschliessen die Schaffung der Föderation Arabischer Republiken (17.4.1971). Nach Volksentscheiden tritt die Föderation 1972 in Kraft. Erster Vorsitzender ist der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat. Schon 1973 zeigen sich erste Risse. 1977 wird die Föderation aufgelöst.

Sierra Leone

Sierra Leone erhält eine republikanische Verfassung (19.4.1971). Erster Staatspräsident wird Premierminister Siaka Stevens. Er bleibt bis 1985 an der Macht.

Sowjetunion

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt/Raumfahrtkatastrophen

Mit dem Start der Raumstation Saljut 1 setzt die Sowjetunion einen neuen Meilenstein in der bemannten Raumfahrt (**19.4.1971**). Saljut 1 wird in eine Erdumlaufbahn gebracht. Der erste Andockversuch der Mannschaft des Raumschiffs Sojus 10 misslingt, der zweite am 7. Juni 1971 verläuft erfolgreich. Die drei Kosmonauten bleiben 22 Tage an Bord der Raumstation. Doch ihre Rückkehr zur Erde (29.6.1971) endet tödlich. Sie ersticken nach dem Abtrennen der Module, nachdem sich ein Ventil geöffnet hatte und der gesamte Sauerstoff der Kapsel entwich.

Haiti

Haitis Machthaber François Duvalier, auch „Papa Doc“ genannt, stirbt im Alter von 64 Jahren (**21.4.1971**). Jean-Caude Duvalier – „Baby Doc“ – setzt das 14 Jahre dauernde repressive Regime seines Vaters fort. Ab 1972 flüchten Tausende Haitianer vor Armut und Unterdrückung mit Booten nach Florida.

Korea (Südkorea)

Aus der Präsidentenwahl in Südkorea geht Machthaber Park Chung Hee erneut als Sieger mit einem Stimmenanteil von 53,2 Prozent hervor. Oppositionskandidat Kim Dae Jung erhält 45,3 Prozent der Stimmen (**27.4.1971**). Bei der folgenden Parlamentswahl (25.5.1971) behauptet die Demokratische Republikanische Partei von Park Chung Hee mit 113 der 204 Sitze ihre führende Rolle, verliert aber die Zweidrittelmehrheit und wird von der oppositionellen Neuen Demokratischen Partei bedrängt, die 86 Mandate gewinnt (plus 44). Das politische Klima in Südkorea verschärft sich.

Niederlande

Die Sozialdemokraten werden bei der Parlamentswahl in den Niederlanden erstmals nach 1956 wieder stärkste Kraft im Parlament (**28.4.1971**). Die Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) gewinnt 39 (plus 2) der 150 Sitze der Zweiten Kammer. Die Katholische Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) ist mit 35 Mandaten (minus 7) vertreten.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

In der DDR kommt es zu einem Wechsel an der Spitze der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Erich Honecker löst Walter Ulbricht als Generalsekretär ab (**3.5.1971**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Auf der Strecke der Wuppertalbahn kollidiert bei Dahlerau, einem Ortsteil von Radevormwald, ein Güterzug mit einem Schienenbus. 46 Menschen kommen dabei ums Leben, unter ihnen 41 Schülerinnen und Schüler (**27.5.1971**).

Mexiko

In der mexikanischen Hauptstadt überfallen Paramilitärs (Halcones) eine Massenkundgebung von Studenten. Das „Fronleichnamsmassaker“ (auch El Halconazo genannt) fordert nach inoffiziellen Angaben 120 Tote (**10.6.1971**).

Malta

Die Labour Party (Partit Laburista) geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in Malta hervor (12. bis **14.6.1971**). Sie gewinnt 28 der 55 Mandate. Die konservative Nationalist Party (Partit Nazzjonalista), seit 1962 stärkste Kraft im Parlament, muss in die Opposition.

Japan/USA

Okinawa/Senkaku/Diaoyu

Die USA und Japan unterzeichnen ein Abkommen zur Rückgabe der seit Kriegsende unter US Verwaltung stehenden Insel Okinawa (Teil der Ryukyu-Inseln) an Japan (**17.6.1971**). Die USA behalten jedoch das Recht auf Weiterbestehen der Stützpunkte.

Japan interpretiert das Okinawa Reversion Agreement so, dass auch die Senkaku-Inselgruppe darunter fällt. Allerdings erhebt auch China Anspruch auf die Inseln, die von Peking Diaoyu genannt werden.

Namibia/Südafrika

Internationaler Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof bezeichnet Südafrikas fortdauernde Präsenz in Namibia als rechtswidrig (**21.6.1971**).

Malta

Machtwechsel auf Malta. Dom Mintoff von der Labour Party wird neuer Regierungschef anstelle von Giorgio Borg Olivier (**21.6.1971**). Dom Mintoff war schon von 1955 bis 1958 Premierminister, als Malta noch eine britische Kronkolonie war. Unter Dom Mintoff verfolgt Malta einen neutralistischen Kurs und unterhält enge Beziehungen zur Sowjetunion, zur Volksrepublik China und zu Libyen.

Niederlande

Barend Biesheuvel von der protestantischen Antirevolutionären Partei (Anti-Revolutionaire Partij/ARP) wird neuer niederländischer Ministerpräsident (**6.7.1971**). Der Nachfolger von Piet de Jong bildet eine Koalitionsregierung mit der Katholischen Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP), der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und

Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD), der protestantischen Christlich-Historischen Union (Christelijk-Historische Unie/CHU) und den Demokratischen Sozialisten'70 (Democratisch Socialisten'70 (DS70).

Malawi

Im Einparteiensstaat Malawi wird Machthaber Hastings Kamuzu Banda vom Parlament zum Präsidenten auf Lebenszeit ernannt (**6.7.1971**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Jazztrompeter und Sänger Louis Armstrong stirbt im Alter von 69 Jahren (**6.7.1971**).

USA/China (Volksrepublik China)

Die USA bemühen sich um eine Annäherung an die Volksrepublik China. Sicherheitsberater Henry Kissinger trifft sich in Peking mit Ministerpräsident Zhou Enlai (**9.7.1971**). Die Öffentlichkeit erfährt erst später von der Geheimdiplomatie der USA.

Marokko

Der Sommerpalast des marokkanischen Königs Hassan II. in Skhirat ist Schauplatz eines misslungenen Putschversuchs. Bei mehrstündigen Schiessereien kommen fast hundert Menschen ums Leben (**10.7.1971**).

Malaysia

Als Reaktion auf die ethnischen Unruhen von 1969 wird in Malaysia eine wirtschaftliche Reformpolitik in die Wege geleitet. Sie nennt sich New Economic Policy (NEP). Sie will die Armut beseitigen sowie die Malaien und indigenen Volksgruppen (bekannt unter dem Sammelbegriff Bumiputra) in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gegenüber der einflussreichen chinesisch-stämmigen Bevölkerung bevorzugt behandeln (**11.7.1971**).

Liberia

Ende der Ära Tubman in Liberia. Staatspräsident William Tubman stirbt nach 27jähriger Amtszeit (**23.7.1971**). Sein Nachfolger wird der bisherige Vizepräsident William Tolbert.

South Pacific Forum/Pacific Islands Forum

Australien, Neuseeland, Fidschi, die Cook Islands (Cookinseln), Nauru, Tonga und Westsamoa gründen das South Pacific Forum (**7.8.1971**). 1999 wird das Südpazifikforum in Pacific Islands Forum umbenannt.

Bahrain/Grossbritannien

Das britische Protektorat Bahrain am Persischen/Arabischen Golf wird unabhängig (**14.8.1971**). Der Emir von Bahrain, Scheich Isa bin Salman al Khalifa, ist das erste Staatsoberhaupt Bahrains nach Erlangung der Unabhängigkeit.

USA/Währungen/Dollar

US-Präsident Richard Nixon hebt die Goldbindung des Dollars auf (**15.8.1971**).

Bolivien

In Bolivien übernimmt Oberst Hugo Banzer die Macht (**22.8.1971**). Es handelt sich um den 187. Staatsstreich seit der Unabhängigkeit (Quelle: „Die Welt“). Banzer herrscht diktatorisch, schränkt die bürgerlichen Freiheiten ein, verbietet Gewerkschaften und lässt seine Widersacher verfolgen.

Ägypten (Vereinigte Arabische Republik/VAR)

Die Vereinigte Arabische Republik (VAR) nennt sich wieder Ägypten (**2.9.1971**). Die Bevölkerung stimmt am 11.9.1971 einer neuen Verfassung zu.

Berliner-Viermächteabkommen

Die USA, die Sowjetunion, Frankreich und Grossbritannien unterzeichnen ein Abkommen zur Regelung von Fragen in Bezug auf Berlin, die seit 1948/49 strittig waren (**3.9.1971**). Das Berlin-Abkommen stellt fest, dass Berlin (West) kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist, dass jedoch besondere Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland bestehen. Weiterhin regelt es den Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) und die Einreise von Bewohnern des Westteils in den östlichen Teil der Stadt und die DDR.

Katar/Grossbritannien

Das britische Protektorat Katar am Persischen/Arabischen Golf wird unabhängig (**3.9.1971**). Staatsoberhaupt ist Scheich Ahmad bin Ali al-Thani. Er herrscht seit 1960.

Sowjetunion

Der ehemalige sowjetische Parteivorsitzende und Ministerpräsident Nikita Chruschtschow stirbt im Alter von 77 Jahren (**11.9.1971**).

China (Volksrepublik China)

Der Stellvertreter des chinesischen Parteivorsitzenden Mao Zedong, Lin Biao, kommt bei einem Flugzeugabsturz in der Mongolei ums Leben (**13.9.1971**). Lin Biao soll nach einem gescheiterten Putschversuch gegen Mao Zedong versucht haben, in die Sowjetunion zu fliehen.

Greenpeace

USA

Umwelt- und Friedensaktivisten nehmen von Vancouver aus mit einem Fischkutter Kurs auf die Insel Amchitka vor Alaska, um einen unterirdischen Atomtest der USA zu verhindern (**15.9.1971**). Das Schiff wird von der US-Küstenwache zur Rückkehr gezwungen. Die Aktion stösst auf ein grosses internationales Echo. Es entsteht die Umweltschutzorganisation Greenpeace.

Nato

Niederlande

Der langjährige niederländische Aussenminister Joseph Luns wird neuer Nato-Generalsekretär (**1.10.1971**). Er tritt die Nachfolge von Manlio Brosio an.

Österreich

In Österreich wird nach einer Wahlrechtsreform ein neues Parlament gewählt, dem neu 183 statt wie bisher 165 Abgeordnete angehören (**10.10.1971**). Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) gewinnt mit einem Stimmenanteil von 50 Prozent (plus 1,6 Prozentpunkte) 93 Sitze und damit die absolute Mehrheit. Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) kommt auf 43,1 Prozent Stimmenanteil (minus 1,6 Prozentpunkte) und 80 Sitze. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) entsendet 10 Abgeordnete. Der neue Nationalrat (mit 165 Sitzen) setzt sich wie folgt zusammen: SPÖ: 93, ÖVP: 80 und FPÖ: 10

Dänemark

In Dänemark kehren die Sozialdemokraten zurück an die Macht. Ministerpräsident Hilmar Baunsgaard von der radikalen Venstre zieht die Konsequenzen aus Verlusten seiner Koalitionspartner bei der Parlamentswahl (21.9.1971) und übergibt sein Amt an den früheren sozialdemokratischen Regierungschef Jens Otto Krag (**11.10.1971**).

Iran

Vor den Ruinen von Persepolis finden im Beisein von Staatschefs und Monarchen aus aller Welt pompöse Feierlichkeiten zum 2500-Jahr-Jubiläum der persischen Monarchie statt (**12.10. bis 16.10.1971**).

China (Volksrepublik China)

China (Republik China/Taiwan)

UNO

Die Volksrepublik China wird in die UNO aufgenommen – die Republik China (Taiwan) ausgeschlossen (**26.10.1971**). Die Volksrepublik China ist Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates.

Zaire (Kongo-Kinshasa)

Im Rahmen einer Afrikanisierungskampagne wird die Demokratische Republik Kongo (Kongo-Kinshasa) in Zaire umbenannt (**27.10.1971**). Machthaber Joseph Désiré Mobutu nennt sich ab 9. Februar 1972 Mobutu Sese Seko.

Finnland

In Finnland zerbricht die Grosse Koalition unter Führung von Ministerpräsident Ahti Karjalainen von der Zentrumsparterie /KESK (**29.10.1971**).

Schweiz

In der Schweiz werden nach der Einführung des eidgenössischen Stimm- und Wahlrechts für Frauen erstmals zehn Frauen in den Nationalrat gewählt. Die Nationalratswahlen stehen im Zeichen von Sitzverlusten für die Sozialdemokraten und von deutlichen Erfolgen für die Überfremdungsparteien. Die Freisinnigen (FDP) bilden mit 49 Sitzen (minus 1) die stärkste Fraktion. Die Sozialdemokraten (SP) erhalten mit 22,9 Prozent zwar den höchsten Stimmenanteil, müssen aber 4 Sitzverluste hinnehmen und liegen mit 46 Sitzen hinter den Freisinnigen. An dritter Stelle folgen die Christdemokraten (CVP) – die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei/KCVP wurde 1970 in Christlichdemokratische Volkspartei/CVP umbenannt – mit 44 Sitzen (minus 1). Die in Schweizerische Volkspartei (SVP) umbenannte Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) ist mit 23 Abgeordneten vertreten. Der Landesring der Unabhängigen (LdU) gewinnt 13 Sitze (minus 3). Erfolgreich sind die Überfremdungsparteien: Die Schweizerische Republikanische Bewegung zieht auf Anhieb mit 7 Abgeordneten in den Nationalrat ein. Die Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volks und Heimat (NA) gewinnt 4 Sitze (plus 1). Auf die übrigen Parteien entfallen 14 Mandate (**31.10.1971**).

Die 44 Mandate im Ständerat verteilen sich wie folgt: Christdemokraten (CVP): 17, Freisinnige (FDP): 15, Schweizerische Volkspartei (SVP): 5, Sozialdemokraten (SP): 4, Liberale Partei (LPS): 2, Landesring der Unabhängigen (LdU): 1. Erstmals erhält mit der Genfer freisinnigen Politikerin Lise Girardin eine Frau einen Sitz im Ständerat.

Belgien

Die Parlamentswahl in Belgien steht im Zeichen einer regionalen Zersplitterung der Parteienlandschaft. Die Christdemokraten gewinnen 67 Mandate. Stärkste Kraft im Lager der Christdemokraten ist die Christelijke Volkspartij (CVP) mit 40 Sitzen. Die Sozialisten erhalten 57 Sitze: je 25 Mandate gewinnen die Belgische Sozialistische Partei (BSP) und der Parti Socialiste Belge (PSB) sowie sieben die Brüsseler Sozialisten. Die Liberalen (Partij voor Vrijheid en Vooruitgang/PVV und Parti de la Liberté et du Progrès/PLP) gewinnen 34 Sitze. Die nationalistische Volksunie (VU) entsendet 21 Abgeordnete. Mit je 12 Abgeordneten ist das Rassemblement Wallon und der Front démocratique des francophones vertreten (**7.11.1971**).

Thailand

In Thailand verhängt Regierungschef Thanom Kittikachorn das Kriegsrecht, schafft die Verfassung von 1968 ab und löst das Parlament auf (**17.11.1971**). Er begründet seinen Schritt mit der Gefahr durch die kommunistische Guerilla.

Jugoslawien/Kroatien

In der kroatischen Hauptstadt Zagreb streiken Tausende Studenten. Sie unterstützen die Reformbewegung „Kroatischer Frühling“, die eine stärkere Autonomie für Kroatien fordert (**22.11.1971**). Die jugoslawische Führung reagiert mit der Absetzung der kroatischen Reformpolitiker und mit Verhaftungen.

Jordanien

Der jordanische Ministerpräsident Wasfi at-Tall wird in Kairo von Mitgliedern der palästinensischen Terroristengruppe „Schwarzer September“ ermordet (**28.11.1971**).

Uruguay

Juan María Bordaberry vom liberalen Partido Colorado geht knapp als Sieger aus der Präsidentenwahl in Uruguay hervor. (**28.11.1971**). Er setzt den repressiven Kurs seines Vorgängers Jorge Pacheco Areco fort. Im Abgeordnetenhaus ist der Partido Colorado mit 41 Sitzen knapp die stärkste Kraft vor dem konservativen Partido Nacional mit 40 Mandaten. Der erst vor kurzem von linken Parteien gegründete Frente Amplio ist mit 18 Abgeordneten vertreten. Erst 1984 finden in dem Krisen geschüttelten Land wieder Wahlen statt.

Trucial States/Vereinigte Arabische Emirate/Grossbritannien

Grossbritannien entlässt die ehemaligen Trucial States auf der Arabischen Halbinsel in die Unabhängigkeit (**2.12.1971**). Abu Dhabi, Ajman, Dubai, Fujairah, Sharjah und Umm al-Qaiwain bilden die Vereinigten Arabischen Emirate. Abu Dhabi erhält die Führungsrolle. Erstes Staatsoberhaupt wird der Emir von Abu Dhabi, Scheich Zayed bin Sultan Al Nahyan. Im folgenden Jahr (11.2.1972) schliesst sich als siebtes Emirat auch Ras al-Khaimah den Vereinigten Arabischen Emiraten an.

Indien/Pakistan/Bangladesh

Dritter indisch-pakistanischer Krieg

Die indische Armee greift in den Unabhängigkeitskrieg in Bangladesh ein (**3.12.1971**). Der dritte indisch-pakistanische Krieg endet nach knapp zwei Wochen (16.12.1971) mit der Kapitulation Pakistans.

Korea (Südkorea)

Der südkoreanische Machthaber Park Chung Hee verhängt den nationalen Notstand (**6.12.1971**) und begründet die Massnahme unter anderem mit angeblichen Kriegsvorbereitungen Nordkoreas.

Libyen/Grossbritannien

Libyen verstaatlicht die Erdölanlagen von British Petroleum/BP (**7.12.1971**). Schrittweise folgen weitere Verstaatlichungen im Erdölsektor. Nach über dreissig Jahren kehren die ausländischen Erdölfirmen nach Libyen zurück.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den St. Galler Nationalrat Kurt Furgler, Vorsitzender der Fraktion der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP), zum neuen Bundesrat. Er wird Nachfolger von Bundesrat Ludwig von Moos (**8.12.1971**).

Friedensnobelpreis

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt wird mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1971**).

Literaturnobelpreis

Chile

Der chilenische Dichter und Schriftsteller Pablo Neruda wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1971**).

Indien/Pakistan/Bangladesh

Dritter indisch-pakistanischer Krieg

Der dritte indisch-pakistanische Krieg (Indien unterstützt den Unabhängigkeitskampf in Bangladesh) endet nach knapp zwei Wochen mit der Kapitulation der pakistanischen Armee (**16.12.1971**). Damit endet auch der Unabhängigkeitskrieg in Bangladesh. Pakistan verliert seinen östlichen Landesteil: Ostpakistan.

Pakistan

Machtwechsel in Pakistan (**20.12.1971**): Staatschef Yahya Khan tritt zurück und übergibt sein Amt an Zulfikar Ali Bhutto, Vorsitzender der Pakistan People's Party (PPP).

Italien

Der christlichdemokratische Politiker und frühere Ministerpräsident Giovanni Leone wird zum neuen italienischen Staatsoberhaupt gewählt (**24.12.1971**).

1972

UNO

Österreich

Der frühere österreichische Aussenminister Kurt Waldheim wird neuer UNO-Generalsekretär (**1.1.1972**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Schauspieler und Sänger Maurice Chevalier stirbt im Alter von 83 Jahren (**1.1.1972**).

Finnland

In Finnland bleiben die Sozialdemokraten stärkste Kraft im Parlament. Sie gewinnen bei der Parlamentswahl 55 der 200 Sitze. Das linke Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes (SKDL) erobert 37 Mandate. Die Zentrumspartei (KESK) erhält 35 und die konservative Nationale Sammlungspartei 34 Mandate (2.1. und **3.1.1972**). Bis Juni 1975 stehen wieder Sozialdemokraten an der Spitze der Regierung: der frühere Ministerpräsident Rafael Paasio und danach Kalevi Sorsa

Bangladesh

Abu Sayeed Chowdhury wird zum Staatspräsidenten von Bangladesh gewählt (**12.1.1972**). Sein Vorgänger Sheikh Mujibur Rahman übernimmt das Amt des Premierministers.

Ghana

Armeeputsch in Ghana (**13.1.1972**): Die Regierung von Premierminister Kofi Abrefa Busia wird abgesetzt. Ein Nationaler Erlösungsrat (National Redemption Council) unter Führung von Ignatius Acheampong übernimmt die Macht. Bis im September 1979 wird Ghana von Militärs regiert. Auf General Acheampong, der im Juli 1978 abgesetzt wird, folgen General Fred Akuffo und 1979 für rund drei Monate Luftwaffenoffizier Jerry Rawlings.

Dänemark

Der dänische König Frederik IX. stirbt im Alter von 72 Jahren (**14.1.1972**). Mit seiner Tochter Magrethe II. erhält Dänemark eine Königin.

Italien/Südtirol

Für die norditalienische Region Trentino-Alto Adige (Trentino-Südtirol) und die dazu gehörenden Provinzen Trento (Trient) und Bolzano-Alto Adige (Bozen-Südtirol) tritt das Zweite Autonomiestatut in Kraft (**20.1.1972**). Die vollständige Umsetzung dauert länger als vorgesehen — bis 1992.

Grossbritannien/Nordirland

Nordirland-Konflikt

„Bloody Sunday“ in Nordirland (**30.1.1972**): Britische Soldaten schießen in Derry/Londonderry auf Teilnehmer einer unbewilligten Kundgebung, wobei 13 Menschen ums Leben kommen. Die Demonstranten protestierten unter anderem gegen die vorbeugende Internierung mutmasslicher Mitglieder der Untergrundorganisation Irish Republican Army/IRA (Irisch-Republikanische Armee). Die „Internment-Politik“ war im August 1971 beschlossen worden.

Nepal

Nach dem Tod von König Mirendra übernimmt sein Sohn Birendra die Nachfolge (**31.1.1972**).

Japan

Olympische Spiele

In Sapporo (Japan) finden die XI. Olympischen Winterspiele statt (**3.2.1972**).

Nicaragua

In Nicaragua wird eine Verfassunggebende Versammlung gewählt (**6.2.1972**). Der regierende Partido Liberal gewinnt 60, der Partido Conservador 40 Mandate.

Neuseeland

Nach über elfjähriger Amtszeit tritt der neuseeländische Premierminister Keith Holyoak (National Party) zurück (**7.2.1972**). Sein Stellvertreter Jack Marshall übernimmt die Nachfolge.

Ecuador

In Ecuador wird der diktatorisch herrschende Staatspräsident José María Velasco Ibarra von der Armee abgesetzt (15.2.1972). Der Putsch ereignet sich vier Monate vor der nächsten Präsidentenwahl. Velasco hatte seit den 30er Jahren die Politik des Landes mitbestimmt. Nach seiner Entmachtung lebt er in Argentinien im Exil. Eine Militärjunta unter Führung von General Guillermo Rodríguez Lara übernimmt die Macht. Die Armee herrscht bis 1979.

Italien

Der Christdemokrat Giulio Andreotti wird neuer italienischer Ministerpräsident (**17.2.1972**). Seine nur aus Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC) bestehende Regierung ist kurzlebig. Nach den Parlamentswahlen

(7.5.1972) bildet er ein neues Kabinett, dem auch Sozialdemokraten (Partito Socialista Democratico Italiano (PSDI) und Liberale (Partito Liberale Italiano (PLI) angehören. Bis Juni 1992 steht Giulio Andreotti mit Unterbrüchen an der Spitze von sieben Regierungen.

El Salvador

Umstrittene, von Betrugsvorwürfen überschattete Präsidentenwahl in Salvador (**20.2.1972**): Arturo Armando Molina vom regierenden Partido de Concertación Nacional (PCN) geht nach offiziellen Angaben mit einem Stimmenanteil von 43,42 Prozent knapp als Sieger hervor. Sein Konkurrent José Napoleón Duarte vom Bündnis Unión Nacional Opositora (UNO) erhält 42,14 Prozent. Da kein Kandidat die für die Wahl notwendige 50-Prozent-Marke erreicht, fällt der Entscheid im Parlament. Dort hat die Regierungspartei die absolute Mehrheit. Der Wahl von Arturo Armando Molina zum neuen Staatschef steht nichts mehr im Weg. Putschversuche scheitern. José Napoleón Duarte wird ins Exil abgeschoben. Der Druck auf die Regimegegner wächst – Repression und Einschüchterung nehmen zu.

China (Volksrepublik China)

USA

Chinesisch-amerikanisches Tauwetter. US-Präsident Richard Nixon besucht als erster US-Präsident die Volksrepublik China und trifft sich auch mit Parteichef Mao Zedong (**21.2.1972**). Ermöglicht wurde die Annäherung durch die sogenannte Ping-Pong-Diplomatie: 1971 fanden freundschaftliche Wettkämpfe zwischen amerikanischen und chinesischen Tischtennis-Sportlern statt und der US-amerikanische Sicherheitsberater Henry Kissinger reiste zu Geheimgesprächen in die Volksrepublik China.

Katar

Der Emir von Katar, Scheich Ahmad bin Ali al-Thani, wird von seinem Cousin Khalifa bin Hamad al-Thani entmachtet (**22.2.1972**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der ehemalige St. Galler Polizeikommandant Paul Grüniger, der mehrere hundert Flüchtlinge vor der Rückweisung nach Nazi-Deutschland rettete, stirbt im Alter von 80 Jahren (**22.2.1972**). Grüniger war von der St. Galler Regierung fristlos entlassen worden. Erst 1993 wurde er rehabilitiert.

Sudan/Südsudan

Ende des ersten Bürgerkriegs im Sudan: Mit dem zwischen der sudanesischen Regierung und dem Southern Sudan Liberation Movement (SSLM) abgeschlossenen Friedensabkommen von Addis Abeba (**27.2.1972**) endet ein 17 Jahre dauernder bewaffneter Konflikt zwischen der sudanesischen Armee und den südsudanesischen Anya-Nya-Rebellen, die gegen die Vorherrschaft des Nordens kämpften. Der Krieg fordert etwa eine Million Tote. Mit dem Friedensabkommen wird im Südsudan eine autonome Region mit eigener Regierung und eigenem Parlament geschaffen.

Jamaika

Aus der Parlamentswahl im Inselstaat Jamaika geht die oppositionelle linke People's National Party (PNP) als Siegerin hervor (**28.2.1972**). Sie gewinnt 37 (plus 17) der 53 Sitze. Parteichef Michael Manley wird neuer Premierminister. Zu seinen politischen Prioritäten gehören soziale Reformen. Der neue Premier pflegt freundschaftliche Beziehungen zum kubanischen Machthaber Fidel Castro.

Zentralafrikanische Republik

Der Machthaber der Zentralafrikanischen Republik, Jean Bedel Bokassa, ernennt sich zum Präsidenten auf Lebenszeit (**2.3.1972**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen den Bundesbeschluss über Massnahmen zum Schutz der Mieter und über die Allgemeinverbindlichkeit von Mietverträgen mit 85,4 Prozent-Ja-Stimmen gut (**5.3.1972**).

Italien

Enrico Berlinguer wird neuer Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens (**17.3.1972**). Unter seiner Führung emanzipiert sich der Partito Comunista Italiano (PCI) von der sowjetischen Mutterpartei. Berlinguer bemüht sich um einen „historischen Kompromiss“ mit den Christlichdemokraten (Democrazia Christiana/DC), um seinen reformwilligen Kommunisten eine Regierungsbeteiligung zu ermöglichen. Berlinguer gehört zu den Leitfiguren des Eurokommunismus.

EG

Der niederländische sozialdemokratische Politiker Sicco Leendert Mansholt, seit 1958 Landwirtschaftskommissar der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), wird neuer Kommissionspräsident der Europäischen Gemeinschaften – EG (**22.3.1972**).

Grossbritannien/Nordirland

Nordirland-Konflikt

Der britische Premierminister Edward Heath verkündet wegen der Unruhen in Nordirland das Ende der seit 50 Jahren dauernden Selbstverwaltung Nordirlands und beschliesst Nordirland unter Direktverwaltung (direct rule) zu stellen (**24.3.1972**). Das Parlament (Stormont) wird aufgelöst. Der nordirische Premierminister Brian Faulkner wird durch einen Nordirland-Staatssekretär – William Whitelaw – ersetzt.

Abrüstung/Rüstungskontrolle/Biowaffenkonvention

In London, Moskau und Washington unterzeichnen über 110 Staaten die Biowaffenkonvention: das Abkommen über das Verbot, die Entwicklung, Herstellung und Lagerung biologischer Waffen und Toxinwaffen (**10.4.1972**). Die Vereinbarung tritt 1975 in Kraft.

Iran

Katastrophen/Erdbeben

Ein Erdbeben in Iran fordert rund 5000 Tote (**10.4.1972**).

Uruguay

Vor dem Hintergrund zunehmender politischer Gewalt verhängt das uruguayische Parlament den internen Kriegszustand (guerra interna). Alle verfassungsmässig garantierten Grundrechte werden aufgehoben (**15.4.1972**). Armee und Polizeikräfte lancieren eine Grossoffensive gegen die Stadtguerilla Movimiento de Liberación Nacional – Tupamaros. Der Kriegszustand wird nach drei Monaten (11.7.1972) aufgehoben.

EG

Frankreich/Grossbritannien/Irland/Dänemark/Norwegen

Die Bevölkerung Frankreichs stimmt der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften um Grossbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen mit 68,32 Prozent Ja-Stimmen zu (**23.4.1972**). In Norwegen wird der EG-Beitritt fünf Monate später später abgelehnt.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – versuchen den deutschen Bundeskanzler Willy Brandt (Sozialdemokratische Partei/SPD) mit einem konstruktiven Misstrauensvotum im Bundestag zu stürzen und durch Rainer Barzel zu ersetzen. Der Antrag scheitert knapp – zwei Stimmen fehlen (**27.4.1972**).

Burundi

Im Süden von Burundi kommt es zu einem Aufstand der Hutu gegen die Tutsi (**29.4.1972**). Dabei kommen Hunderte Menschen ums Leben.

Die Tutsi-geführte burundische Armee übt grausame Vergeltung. Bei Massakern werden laut Schätzungen zwischen 150 000 und 300 000 Hutu getötet. Die Massenmorde lösen eine Massenflucht von Hutu in die Nachbarstaaten aus.

Nicaragua

In Nicaragua übernimmt nach Absprache zwischen Machthaber Anastasio Somoza Debayle und Oppositionsführer Fernando Agüero Rocha ein Triunvirato de Gobierno bis zu den für 1974 vorgesehenen Wahlen die Führung des Landes (**1.5.1972**). An den Machtverhältnissen ändert sich nichts, da Somoza Kommandant der Nationalgarde bleibt. Grund für die Absprache (Kupia-Kumi-Pakt) war der Umstand, dass die Präsidentschaft Somozas zu Ende ging und eine direkte Wiederwahl laut Verfassung nicht möglich war.

Ceylon (Sri Lanka)

In Ceylon gründen mehrere tamilische Gruppen die Tamil United Front/TUF (**4.5.1972**). Im folgenden Jahr ändert sie ihren Namen in Tamil United Liberation Front (TULF). Die Tamil United Liberation Front fordert einen unabhängigen Staat Tamil Eelam.

Italien

Bei den Parlamentswahlen in Italien bleiben die Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC) stärkste Partei vor den Kommunisten (Partito Comunista Italiano/PCI) und den Sozialisten (Partito Socialista Italiano/PSI). Die Christlichdemokraten sichern sich mit einem Stimmanteil von 38,7 Prozent 266 der 630 Mandate des Abgeordnetenhauses, gefolgt von den Kommunisten mit 179 und den Sozialisten mit 61 Sitzen. An vierter Stelle liegt das neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI) mit 56 Sitzen (**7.5.1972**).

Belgien

Vom Spaltungsprozess gesamtbeltischer Parteien sind auch die Liberalen betroffen: Es kommt zu einer regionalen Spaltung: Partij voor Vrijheid en Vooruitgang (PVV) in Flandern (**7.5.1972**) und Parti de la liberté et progrès (PLP) in der Wallonie (25.5.1972).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

„Blutiger Mai“ in der Bundesrepublik Deutschland: Die linksterroristische „Rote Armee Fraktion“ (RAF) verübt eine Reihe von Bombenanschlägen. Betroffen sind die Hauptquartiere der US-Armee in Frankfurt (**11.5.1972**) und

Heidelberg (24.5.1972) sowie das Hamburger Axel-Springer-Haus (15.5.1972). Vier US-Armeeangehörige kommen bei den Attentaten ums Leben.

Als „Geburtsstunde“ der RAF gilt der 14. Mai 1970, als der wegen Brandstiftungen verurteilte Häftling Andreas Baader gewaltsam aus dem Gefängnis befreit wurde. Er war wegen Warenhausbränden im Jahr 1968 schuldig gesprochen worden. Zunächst wurde die RAF als Baader-Meinhof-Gruppe bekannt. Zur ersten RAF-Führungsriege gehörten Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Mahler und Holger Meins.

Madagaskar

In Madagaskar übernimmt die Armee die Macht. Staatspräsident Philibert Tsiranana übergibt seine Vollmachten an General Gabriel Ramanantsoa (**18.5.1972**). Der Machtwechsel wird bei einer Volksabstimmung (8.10.1972) gutgeheissen.

Ceylon/Sri Lanka/Grossbritannien

Aus Ceylon wird Sri Lanka (**22.5.1972**). Sri Lanka erhält eine republikanische Verfassung und löst die Bindungen zu Grossbritannien. Bisheriges Staatsoberhaupt war die britische Königin Elizabeth II. Erster Staatspräsident wird der bisherige Generalgouverneur William Gopawalla. Die politische Macht liegt bei Premierministerin Sirimavo Bandaranaike.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die britische Schauspielerin Margaret Rutherford stirbt im Alter von 80 Jahren (**22.5.1972**).

Abrüstung/Rüstungskontrolle/SALT-I-Abkommen/ABM-Vertrag

USA/Sowjetunion

US-Präsident Richard Nixon und der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew unterzeichnen in Moskau zwei Rüstungskontrollabkommen (**26.5.1972**): das Abkommen zur Begrenzung strategischer Rüstung (Strategic Arms Limitation Treaty/Salt) sowie den Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (Anti Ballistic Missiles Treaty/ABM). Das Salt-Abkommen (Salt I) sieht vor, dass die Zahl der Interkontinentalraketen für fünf Jahre eingefroren wird. Der ABM-Vertrag begrenzt die Raketenabwehranlagen auf zwei pro Land.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Japan

Japanische Terroristen erschliessen im Flughafen von Tel Aviv 26 Menschen; 72 Personen werden verletzt (**30.5.1972**). Drahtzieherin des Anschlags ist die Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando.

Umwelt/Klima

UNO

In Stockholm tritt die erste UNO-Weltkonferenz zum Thema Umwelt – United Nations Conference on Human Environment (UNCHE) – zusammen (**5.6.1972**). In der „Deklaration von Stockholm“ werden von den Teilnehmern der Konferenz 26 Prinzipien für Umwelt und Entwicklung festgeschrieben.

Frankreich

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Verheerende Zugkollision im Eisenbahntunnel von Vierzy im Departement Aisne. Zuvor war ein Teil des Tunnels eingestürzt. 108 Menschen kommen dabei ums Leben und rund 240 werden verletzt (**16.6.1972**).

USA

Einbruch ins Washingtoner Hauptquartier der Demokratischen Partei (Watergate-Building), um Abhörgeräte zu installieren (**17.6.1972**). Dies mit Billigung des Weissen Hauses. Präsident Richard Nixon versucht den Skandal zu vertuschen.

Indien/Pakistan

Kaschmir/Kaschmir-Konflikt

Indien und Pakistan verpflichten sich, ihre Konflikte künftig auf friedlichem Weg beizulegen. Die Waffenstillstandslinie in Kaschmir wird als „Line of Control“ festgeschrieben. Das Abkommen von Shimla wird von der indischen Premierministerin Indira Gandhi und vom pakistanischen Staatschef Zulfikar Ali Bhutto unterzeichnet (**2.7.1972**).

Rhodesien

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einer Bergbaukatastrophe in Rhodesien kommen 426 Menschen ums Leben (**2.7.1972**).

Korea (Südkorea)

Korea (Nordkorea)

Annäherungsversuche zwischen Nordkorea und Südkorea: Beide Seiten vereinbaren die Schaffung eines „heissen Drahtes“ und die Kooperation bei Einsätzen des Roten Kreuzes (**4.7.1972**).

Frankreich

Pierre Messmer von der gaullistischen Union des démocrates pour la République (UDR) wird neuer französischer Premierminister (**5.7.1972**).

Chile

In Chile distanzieren sich die Christdemokraten von Staatspräsident Salvador Allende und dessen Linksregierung. Mehrere Mitte-rechts Parteien, darunter auch der Partido Demócrata Cristiano, gründen die Confederación de la democracia (Code) als Gegenpol zur Linksallianz Unidad Popular (**6.7.1972**).

Japan

Wechsel an der Spitze der japanischen Regierung (**7.7.1972**). Tanaka Kakuei wird neuer Ministerpräsident und Vorsitzender der regierenden Liberaldemokratischen Partei. Sein Vorgänger Sato Eisaku war über sieben Jahre Ministerpräsident, die längste Amtszeit seit Kriegsende.

Kuba/Comecon

Kuba wird Mitglied des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon), der Wirtschaftsorganisation der Ostblockstaaten (**11.7.1972**).

Schweiz

Katastrophen/Seilbahnkatastrophen

Ein Seilbahnunglück auf der Bettmeralp im Kanton Wallis fordert 12 Tote (**12.7.1972**).

Nordirland-Konflikt

Grossbritannien/Nordirland

Bloody Friday in Nordirland: Bei einer Serie von Bombenanschlägen der Untergrundorganisation Irish Republican Army/IRA (Irish-Republikanische Armee) in der nordirischen Hauptstadt Belfast kommen neun Menschen ums Leben und über hundert werden verletzt (**21.7.1972**).

Bhutan

Bhutan trauert um seinen König. Nach dem Tod von Jigme Dorji Wangchuck (**21.7.1972**) tritt sein Sohn Jigme Singye Wangchuck die Nachfolge an. Die Krönung findet am 2. Juni 1974 statt.

Spanien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Ein Nachtschnellzug von Madrid nach Cádiz kollidiert bei El Cuervo mit einem Schienenbus. Dabei kommen 86 Menschen ums Leben (**21.7.1972**).

EWG

Schweiz(16.8.1972).

Die Schweiz unterzeichnet mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ein Freihandelsabkommen (**22.7.1972**).

Uganda

Der ugandische Machthaber Idi Amin fordert die über 50 000 in Uganda lebenden Asiaten (hauptsächlich Inder und Pakistaner) auf, innerhalb von 90 Tagen das Land zu verlassen (**5.8.1972**).

Marokko

Erneut scheitert ein Putschversuch gegen den marokkanischen König Hassan II. (**16.8.1972**). Eine Boeing 727 mit dem Monarchen an Bord wird von Flugzeugen der marokkanischen Luftwaffe beschossen. Die schwer beschädigte Boeing landet sicher in Rabat. Der Drahtzieher des Putschversuchs, Verteidigungsminister Mohamed Oufkir, wird erschossen.

Deutschland

Olympische Spiele

In München finden die XX. Olympischen Sommerspiele statt (**26.8.1972**). Überschattet werden die Spiele von einem palästinensischen Terroranschlag auf die israelische Mannschaft (vgl. 5.9.1972).

Island/Grossbritannien

Island weitet seine nationale Fischereizone von zwölf auf 50 Meilen aus (**1.9.1972**). Der sogenannte zweite Kabeljaukrieg bricht aus. Isländische Wachtschiffe setzen Netzschneider gegen britische und deutsche Fischtrawler ein. Grossbritannien entsendet 1973 Kriegsschiffe zum Schutz seiner Fischtrawler. Im November 1973 wird der britisch-isländische Streit beigelegt. Beide Seiten einigen sich auf eine Begrenzung der Fangmenge.

Olympische Spiele

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Flugzeugentführungen

Während der Olympischen Sommerspiele in München verüben palästinensische Terroristen der Gruppe „Schwarzer September“ einen Anschlag auf die israelische Mannschaft (**5.9.1972**).

- Die Geiselnnehmer verlangen die Freilassung von 232 Palästinensern aus israelischen Gefängnissen sowie die Freilassung der deutschen Terroristen Andreas Baader und Ulrike Meinhof, Führungsmitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF).
- Die israelische Regierung lehnt Zugeständnisse ab.
- Ein Befreiungsversuch auf dem Militärflugplatz Fürstenfeldbruck scheitert. Insgesamt sterben elf Geiseln, ein deutscher Polizist und fünf Terroristen.
- Die drei überlebenden Attentäter werden bei einer Flugzeugentführung von Beirut nach Zagreb mit Endziel Tripolis freigeschleppt (19.10.1972).
- Erst fünfzig Jahre danach können sich Deutschland und die Angehörigen der Opferfamilien auf Entschädigungen in Höhe von 28 Millionen Euro einigen.

Philippinen

Der philippinische Staatspräsident Ferdinand Marcos verhängt über das ganze Land das Kriegsrecht und etabliert eine diktatorische Herrschaft (**21.9.1972**). Als Vorwand für die Verhängung des Kriegsrechts dient ein angeblicher Attentatsversuch auf Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile. Marcos begründet die Massnahme mit „kommunistischer Subversion“ (New People's Army-NPA) und mit „muslimischem Sezessionismus (Moro National Liberation Front-MNLF).

Marcos regiert per Dekret. Das Parlament wird aufgelöst. Tausende Oppositionelle werden verhaftet. Marcos bezeichnet das Kriegsrecht als Auftakt zur Schaffung einer „neuen Gesellschaft“.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative für vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot knapp mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen ab (**24.9.1972**).

EG

Norwegen

Die norwegische Bevölkerung lehnt den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) mit 53,5 Prozent Nein-Stimmen ab (**25.9.1972**). Ministerpräsident Trygve Brateli, Vorsitzender einer Minderheitsregierung der Arbeiterpartei tritt wegen des Volksentscheids zurück (18.10.1972). Neuer Regierungschef wird Lars Korvald von der Christlichen Volkspartei. Er bildet eine Minderheitsregierung mit der Zentrums- und der liberalen Venstre.

China (Volksrepublik China)

Japan

China (Republik China/Taiwan)

Tauwetter auch in den Beziehungen zwischen Japan und China. Der japanische Ministerpräsident Tanaka Kakuei besucht Peking und vereinbart mit der chinesischen Führung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. In einer gemeinsamen Erklärung werden weitere Verhandlungen über einen Friedens- und Freundschaftsvertrag vereinbart. China verzichtet auf Reparationsforderungen (**27.9.1972**). Japan unterstützt die Ein-China-Politik Chinas und bricht die Beziehungen zur Republik China/Taiwan ab.

EG

Dänemark

Die Bevölkerung Dänemarks stimmt dem Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften mit 63,3 Prozent Ja-Stimmen zu (**2.10.1972**). Am Tag darauf (3.10.1972) erklärt der sozialdemokratische Ministerpräsident Jens Otto Krag überraschend seinen Rücktritt. Er gibt „persönliche Gründe“ für seinen Entscheid an. Sein Nachfolger wird der Gewerkschaftspolitiker Anker Jørgensen (Jørgensen), ebenfalls ein Sozialdemokrat.

Mexiko

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der Nähe der mexikanischen Stadt Saltillo (Bundesstaat Coahuila) entgleist ein mit überhöhter Geschwindigkeit fahrender Pilgerzug (Trenazo de Puente Moreno). Dabei kommen 234 Menschen ums Leben und über 1000 Reisende werden verletzt (**4.10.1972**).

EG

Irland

Die Bevölkerung Irlands stimmt dem Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften mit 70,9 Prozent Ja-Stimmen zu (**5.10.1972**).

Frankreich

In Frankreich wird der extrem rechte Front national gegründet (**5.10.1972**). An der Spitze des Front national steht Jean-Marie Le Pen.

Chile

In Chile verschlechtert sich das politische und wirtschaftliche Klima. Massive Preissteigerungen und Nahrungsmittelengpässe sorgen landesweit für Unmut. Rund 40 000 Camioneros, Mitglieder der Lastwagenfahrergewerkschaften, treten in den Ausstand (**11.10.1972**). Über 18 Provinzen wird der Notstand verhängt.

Panama

Panama erhält eine neue Verfassung (**11.10.1972**). Machthaber Omar Torrijos wird in der Verfassung als Revolutionsführer – Líder Máximo de la Revolución Panameña – bezeichnet. Der Chef der provisorischen Militärjunta, Demetrio Basilio Lakas, wird von der Nationalversammlung zum Staatspräsidenten gewählt.

Korea (Südkorea)

Der südkoreanische Machthaber Park Chung Hee verhängt das Kriegsrecht, löst das Parlament auf und setzt die Verfassung ausser Kraft (**17.10.1972**). Seinen Anspruch auf permanenten Machterhalt lässt er durch eine neue Verfassung (Yushin-Verfassung) absichern, die in einer Volksabstimmung am 21. November 1972 mit 91, 5 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen wird und Ende Jahr in Kraft tritt.

Dahomey (Benin)

In Dahomey putscht die Armee. Major Mathieu Kérékou übernimmt die Macht (**26.10.1972**). Er steuert einen marxistischen Kurs.

Kanada

Bei der Parlamentswahl in Kanada kann sich die regierende Liberal Party von Premierminister Pierre Trudeau nur knapp als stärkste Kraft behaupten. Sie erhält 109 (minus 45) der 264 Sitze. Die Progressive Conservative Party von Robert Stanfield gewinnt 107 (plus 35) Sitze (**30.10.1972**).

Chile

Der Oberkommandierende der chilenischen Armee, General Carlos Prats, wird Innenminister und Stellvertreter von Präsident Salvador Allende (**3.11.1972**).

USA

US-Präsident Richard Nixon wird in seinem Amt bestätigt (**7.11.1972**). Er erhält 520 Elektorenstimmen und 60,7 Prozent der Wählerstimmen. Sein demokratischer Herausforderer George McGovern Humphrey muss sich 17 Elektorenstimmen begnügen. Spiro Agnew bleibt Vizepräsident.

Bei den Kongresswahlen behaupten die Demokraten in beiden Kammern die Mehrheit. Im Senat haben die Demokraten 56 Sitze (plus 2) und die Republikaner 42 (minus 2). Die beiden restlichen Sitze gehen an einen Vertreter der Conservative Party of New York und an einen Unabhängigen. Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 242 Abgeordneten (minus 13) und die Republikaner mit 192 (plus 12) vertreten. Hinzu kommt ein Unabhängiger.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die regierenden Sozialdemokraten (SPD) gehen mit einem Stimmenanteil von 45,8 Prozent (plus 3,1 Prozentpunkte) als stärkste Partei aus der vorgezogenen Bundestagswahl in Deutschland hervor und bilden erstmals die stärkste Fraktion vor den Unionsparteien – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union CDU/CSU –, die auf einen Stimmanteil von 44,9 Prozent (minus 1,2 Prozentpunkte) kommen. Die Freien Demokraten (FDP) gehören mit einem Stimmenanteil von 8,4 Prozent (plus 2,6 Prozentpunkte) ebenfalls zu den Wahlgewinnern. Von 518 Bundestagsmandaten entfallen 242 auf die Sozialdemokraten, 234 auf die Unionsparteien CDU/CSU und 42 auf die Freien Demokraten (**19.11.1972**). Beherrschendes Wahlkampfthema war die Ostpolitik der Regierung von Bundeskanzler Willy Brandt.

Marokko

Ahmed Osman vom Rassemblement national des indépendants wird neuer marokkanischer Premierminister (**20.11.1972**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Liedermacher Mani Matter stirbt im Alter von 36 Jahren (**24.11.1972**).

Neuseeland

In Neuseeland verliert die National Party nach zwölf Jahren die Macht an die Labour Party. 88 (plus 16) der 87 Mandate gegen an die Labour Party, 32 (minus 13) an die National Party (**25.11.1972**).

Australien

Machtwechsel in Australien: Die Labor Party gewinnt die Parlamentswahlen (**2.12.1972**). Sie erobert 67 (plus 8) der 127 Sitze des Repräsentantenhauses. Die bisher regierende Liberal-Country-Coalition ist mit 58 Abgeordneten (minus 8) vertreten. Die Labor Party stellt mit Gough Whitlam erstmals seit Ende 1949 wieder den Premierminister (**5.12.1972**).

Schweiz

EWG

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen den Ausbau der Altersvorsorge im Rahmen eines Drei-Säulen-Modell (AHV, obligatorische berufliche Vorsorge sowie private Vorsorge) mit 74 Prozent Ja-Stimmen und verwerfen die Volksinitiative der Partei der Arbeit „für eine Volkspension“ mit 78,6 Prozent Nein-Stimmen.

Das Freihandelsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wird mit 72,5 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**3.12.1972**).

Honduras

Armeeputsch in Honduras (**4.12.1972**): Nach eineinhalb Jahren wird Staatspräsident Ramón Ernesto Cruz abgesetzt. Der frühere Machthaber Oswaldo López Arellano (*Lopez Arellano*) kehrt zurück an die Macht.

Neuseeland

Der Labour-Politiker Norman Kirk wird neuer neuseeländischer Premierminister (**8.12.1972**).

Literaturnobelpreis/Deutschland

Der deutsche Schriftsteller Heinrich Böll erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.1972**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR unterzeichnen ein Abkommen über die Grundlagen ihrer Beziehungen (**21.12.1972**). Beide Vertragspartner verpflichteten sich, zueinander normale gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung aufzubauen, gegenseitig auf Gewaltanwendung zu verzichten und bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenzen. Beide Seiten beschliessen die Einrichtung von Ständigen Vertretungen.

Nicaragua

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben verwüstet die nicaraguanische Hauptstadt Managua (**23.12.1972**). Über 10 000 Menschen kommen dabei ums Leben. Schätzungsweise 300 000 Menschen werden obdachlos. Internationale Wiederaufbaugelder werden vom Somoza-Regime veruntreut.

Korea (Südkorea)

In Südkorea tritt eine neue Verfassung in Kraft (**27.12.1972**). Die Yushin-Verfassung räumt Machthaber Park Chung Hee mit dem Recht auf Erlass von Notverordnungen diktatorische Vollmachten ein. Jegliche Kritik an Präsident und Verfassung wird verboten und streng bestraft. Forderungen nach demokratischen Rechten gelten als Aufwiegelung zum Umsturz. Die Beschränkung der Amtszeit des Staatspräsidenten wird aufgehoben. Eine Nationalkonferenz für Wiedervereinigung mit über 2000 Mitgliedern ist für die Wahl des Präsidenten zuständig. Park Chung Hee wird ohne Gegenstimme zum Präsidenten gewählt. Die Rechte des Parlaments (Nationalversammlung) werden eingeschränkt. Ein Drittel der Parlamentsmitglieder wird vom Präsidenten bestimmt.

Korea (Nordkorea)

Nordkorea erhält eine neue Verfassung (**27.12.1972**). Artikel 4 bezeichnet die Chuche-Ideologie, eine eigene Interpretation des Marxismus-Leninismus, als Leitidee das für das politische, wirtschaftliche (autarke Wirtschaft) und militärische Handeln. Mit der neuen Verfassung wird das Amt des Staatspräsidenten eingeführt. Machthaber Kim Il Sung erhält damit den Titel eines Staatspräsidenten.

China (Volksrepublik China)

Japan

China und Japan nehmen diplomatische Beziehungen auf (**29.12.1972**).

1973

EG

Grossbritannien/Irland/Dänemark

Grossbritannien, Irland und Dänemark werden Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften. Die Europäischen Gemeinschaften zählen damit neun Mitgliedstaaten (**1.1.1973**).

Malaysia

In Malaysia wird die herrschende Alliance Party in Barisan Nasional (Nationale Front) umbenannt und gleichzeitig um weitere Parteien erweitert (**1.1.1973**). Dominierende Kraft bleibt die als „Grand Old Party“ bezeichnete United Malays National Organisation (UMNO).

EG

Frankreich

Der französische Politiker François-Xavier Ortoli wird neuer Kommissionspräsident der Europäischen Gemeinschaften (**6.1.1973**).

Philippinen

Die Philippinen erhalten eine neue Verfassung. Mit ihr soll die Macht von Staatspräsident Ferdinand Marcos abgesichert werden (**17.1.1973**).

USA

Das Oberste Gericht der USA beschliesst, dass Frauen ein grundlegendes Recht auf Abtreibung haben (**22.1.1973**).

Island

Vulkanausbruch

Auf der isländischen Insel Heimaey bricht ein neu entstandener Vulkan – Eldfell – aus (**23.1.1973**). Über 5000 Menschen müssen evakuiert werden. Etwa ein Drittel der Wohnhäuser wird zerstört. Der Vulkanausbruch fordert keine Opfer.

Belgien

Der Sozialist Edmond Leburton wird neuer belgischer Premierminister (**26.1.1973**). Er ist Nachfolger des zurückgetretenen christdemokratischen Regierungschefs Gaston Eyskens. Leburton bildet ein Regierungsbündnis aus Sozialisten, Christdemokraten und Liberalen.

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

USA

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam/Nordvietnam)

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

Die USA, die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam), die Republik Vietnam (Südvietnam) und die Provisorische Revolutionsregierung Südvietnams unterzeichnen in Paris das „Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam“ (**27.1.1973**). Für ganz Südvietnam wird ein Waffenstillstand vereinbart. Die USA verpflichten sich zum Abzug ihrer Streitkräfte innerhalb von 60 Tagen. Das Recht auf Selbstbestimmung des südvietnamesischen Volkes soll respektiert werden. Das südvietnamesische Volk soll in freien Wahlen über die politische Zukunft entscheiden. Vorgesehen ist die Bildung einer Rates der nationalen Aussöhnung.

Trotz des Waffenstillstandsabkommens gehen die Kämpfe zwischen südvietnamesischen Regierungstruppen und der von nordvietnamesischen Streitkräften unterstützten Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams (Vietcong) weiter.

Tschad/Libyen

Libysche Truppen besetzen den Aouzou-Streifen im Norden von Tschad (**Januar 1973**). Als Gegenleistung stellt Libyen die Unterstützung für die Befreiungsbewegung Front de Libération Nationale du Tschad (Frolinat) ein.

Pakistan/Belutschistan

Der pakistanische Machthaber Zulfikar Ali Bhutto löst die Regionalregierung von Belutschistan auf (**12.2.1973**). Dies führt zu Unruhen und zu massiven Einsätzen der pakistanischen Armee. Bis 1977 kommen bei den Unruhen in Belutschistan schätzungsweise 12 000 Menschen ums Leben, darunter über 5000 Rebellen und über 3300 Soldaten. Die Belutschistan-Krise wird zu einem Dauerkonflikt.

Uruguay

In Uruguay übernimmt die Armee de facto die Macht. Im Pacto de Boiso Lanza wird mit der Zustimmung von Staatspräsident Juan María Bordaberry ein mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteter Consejo de Seguridad Nacional (Cosena) eingesetzt. Dem zivil-militärischen Gremium gehören neben dem Staatschef mehrere Minister (Verteidigung, Inneres, Äusseres) und die Kommandanten der Teilstreitkräfte an (**13.2.1973**).

Laos

Die Konfliktparteien in Laos – die Regierung und die kommunistische Befreiungsorganisation Pathet Lao – unterzeichnen in der Hauptstadt Vientiane ein „Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und die Herbeiführung der nationalen Einheit“ (**21.2.1973**). Das Abkommen sieht einen Waffenstillstand auf dem gesamten laotischen Territorium vor.

Israel/Libyen

Die israelische Luftwaffe schießt über der Sinai-Halbinsel ein libysches Passagierflugzeug ab. Nur 5 der 113 Insassen überleben (**21.2.1973**).

USA

China (Volksrepublik China)

Die USA und die Volksrepublik China vereinbaren die Schaffung von Verbindungsbüros in Peking und Washington (**22.2.1973**).

USA

Angehörige der militanten Bürgerrechtsbewegung American Indian Movement besetzen die Ortschaft Wounded Knee, wo 1890 bei einem Massaker der US-Armee über 300 Indianer getötet wurden (**27.2.1973**). Nach 71 Tagen geben die Besatzer auf, ohne dass ihre Forderungen erfüllt wurden.

Irland

Bei der Parlamentswahl in Irland behauptet Fianna Fáil zwar ihre Position als stärkste Kraft, muss jedoch Verluste hinnehmen (**28.2.1973**). Es kommt zu einem Regierungswechsel. Ministerpräsident Jack Lynch (Fianna Fáil) tritt zurück. Fianna Fáil stellte seit 13 Jahren ununterbrochen den Ministerpräsidenten. Neuer Regierungschef (Taoiseach) wird Lian Cosgrave von der Partei Finae Gael (14.3.1973). Lian Cosgrave ist der Sohn von William Thomas Cosgrave, des ersten Präsidenten des Exekutivrates des Irischen Freistaates.

Sudan/Saudiarabien/USA/Belgien

Palästinensische Terroristen überfallen im Namen der Gruppe „Schwarzer September“ die Botschaft Saudiarabiens in der sudanesischen Hauptstadt Khartum und erschossen zwei US-Diplomaten sowie einen belgischen Diplomaten (**1.3.1973**).

Chile

Bei der Parlamentswahl in Chile gewinnt das oppositionelle Mitte-rechts-Bündnis Confederación de la democracia (Code) 87 der 150 Sitze im Abgeordnetenhaus. Die angestrebte Zweidrittelmehrheit (notwendig für Verfassungsänderungen oder für die Absetzung des Präsidenten) wird verpasst. 63 Mandate erhält die regierende Linksallianz Unidad Popular (**4.3.1973**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen die Neuordnung des Bildungswesens in der Bundesverfassung mit 52,8 Prozent Ja-Stimmen, doch die Vorlage scheitert am Ständemehr (**4.3.1973**).

Bangladesh

In Bangladesh finden die ersten Parlamentswahlen seit Erlangung der Unabhängigkeit statt (**7.3.1973**). 293 der 300 Sitze gewinnt die Awami League von Sheikh Mujibur Rahman.

Grossbritannien/Nordirland/Irland

Nordirland-Konflikt

Mit 98,9 Prozent Stimmenanteil spricht sich die Bevölkerung Nordirlands für einen Verbleib im Vereinigten Königreich und gegen einen Anschluss an die Republik Irland aus. Die Volksabstimmung wird von der katholischen Bevölkerung boykottiert (**8.3.1973**).

Israel

Der Biophysiker Aphaïm Katzir, Politiker vom linken Maarach, wird zum neuen israelischen Staatspräsidenten gewählt (**10.3.1973**).

Frankreich

Die gaullistische Union des démocrates pour la République (UDR) muss bei den Parlamentswahlen massive Verluste hinnehmen und verliert die absolute Mehrheit. Sie gewinnt 184 Mandate. Nur mit Unterstützung anderer bürgerlicher Parteien bleibt sie an der Macht. Die Linke (Sozialisten, Kommunisten und Verbündete) ist mit 177 Mandaten in der 490 Mitglieder zählenden Nationalversammlung vertreten (4.3. und **11.3.1973**).

Argentinien

Héctor Cámpora (*Campora*) vom peronistischen Frente Justicialista de Liberación (Frejuli) geht mit einem Stimmenanteil von 49,53 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Argentinien hervor. Es sind die ersten Präsidentenwahlen seit zehn Jahren. Das geschwächte Militärregime hatte den Weg für die Wahlen freigemacht. Der Frejuli ist im Abgeordnetenhaus stärkste Kraft mit 146 der 243 Sitze (**11.3.1973**).

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

USA

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

Die letzten US-Kampftrouppen verlassen Südvietnam (**29.3.1973**).

Türkei

Admiral Fahri Korutürk wird neuer türkischer Staatspräsident (**6.4.1973**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der spanische Maler, Grafiker und Bildhauer Pablo Picasso stirbt im Alter von 91 Jahren (**8.4.1973**).

Schweiz

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Beim Absturz eines britischen Charterflugzeuges bei Hochwald unweit von Basel kommen 108 Menschen ums Leben (**10.4.1973**). Es handelt sich um die bisher schwerste Flugzeugkatastrophe in der Schweiz.

Libyen

Der libysche Machthaber Muammar al-Ghaddafi verkündet eine Kulturrevolution (**15.4.1973**): Zum Fünf-Punkte-Programm gehören die Abschaffung der bestehenden Gesetze, die Einführung der Scharia als einzige Rechtsordnung, der Kampf gegen „politisch Kranke“, eine Verwaltungsrevolution durch die Schaffung von Volkskomitees und die Durchführung einer Kulturrevolution.

Niederlande

Erstmals seit 1958 erhalten die Niederlande wieder einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten (**11.5.1973**). Neuer Regierungschef wird Joop den Uyl von der Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA). Seiner Koalitionsregierung gehören auch die Katholische Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP), die protestantische Anti-Revolutionäre Partei (Anti-Revolutionaire Partij/ARP), die sozialliberalen Democraten 66 (D66) sowie die links-grüne Radikale Partei (Politieke Partij Radicalen/PPR) an.

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

USA

Nach der Sowjetunion starten auch die USA eine bemannte Raumstation: Skylab (**14.5.1973**). Die Skylab-Station wird beim Start beschädigt. Am 25. Mai 1973 docken die drei Astronauten mit ihrer Apollo-Kapsel an die Weltraumstation an. Die erste Crew bleibt 28 Tage an Bord.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Aufhebung des Jesuiten- und des Klosterartikels in der Bundesverfassung mit 54,9 Prozent Ja-Stimmen gut (**20.5.1973**).

Irland

Erskine H. Childers von der Partei Fianna Fáil geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Irland hervor (**30.5.1973**). Childers ist Nachfolger des 90-jährigen Éamon de Valera.

Griechenland

In Griechenland wird die Monarchie abgeschafft. Machthaber Georgios Papadopoulos ruft die Republik aus und erklärt den im römischen Exil lebenden König Konstantin II. aller Rechte für verlustig (**1.6.1973**).

Britisch-Honduras/Belize/Grossbritannien

Die Kronkolonie Britisch-Honduras wird in Belize umbenannt (**1.6.1973**).

Argentinien

Nach fast 18-jährigem Exil kehrt der frühere argentinische Machthaber Juan Perón in seine Heimat zurück (**20.6.1973**). Hunderttausende Menschen strömen zum Flughafen Ezeiza, um Perón einen begeisterten Empfang zu bereiten. Überschattet wird Peróns Rückkehr von Machtkämpfen zwischen dem rechten und linken Flügel der Peronisten. Rechtsgerichtete Peronisten schiessen auf linke Gegner, wobei mindestens 13 Menschen ums Leben kommen.

USA/Sowjetunion

US-Präsident Richard Nixon und der sowjetische Parteichef Leonid Breschnew unterzeichnen in Washington das Abkommen zur Verhinderung eines Atomkrieges (**22.6.1973**).

Uruguay

Uruguay wird eine zivil-militärische Diktatur (dictadura cívico-militar). Staatspräsident Juan María Bordaberry löst das Parlament auf. An seine Stelle tritt der Consejo de Estado, ein Gremium mit legislativen Funktionen (**27.6.1973**). Die Diktatur dauert bis 1985. In dieser Zeit werden rund 40 000 Menschen verhaftet, die meisten gefoltert und viele ermordet. Uruguay – einst als Schweiz Südamerikas bezeichnet – gilt als „Folterkammer Lateinamerikas“. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung von rund drei Millionen Menschen befinden sich 1976 mehr politische Häftlinge in Gefängnissen als irgendwo sonst. Uruguay beteiligt sich auch an der Operación Cóndor, der Zusammenarbeit

lateinamerikanischer Geheimdienste bei der Verfolgung von Oppositionellen (vgl. 25.11.1975). Zehntausende Menschen verlassen ihre Heimat.

Chile

In Chile wird der Putschversuch eines Panzerregiments (Tanquetazo) von regierungstreuen Truppen niedergeschlagen (**29.6.1973**).

KSZE

In Helsinki beginnt die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – KSZE (**3.7.1973**). Vertreten sind 33 europäische Staaten sowie die USA und Kanada. Drei Themenkreise („Körbe“) werden behandelt: 1. Sicherheit in Europa, 2. wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, 3. Zusammenarbeit auf humanitären und anderen Gebieten.

Caribbean Community and Common Market (Caricom)/Karibische Gemeinschaft

Babados, Jamaika, Guyana, Trinidad und Tobago gründen die Organisation Caribbean Community and Common Market/Caricom (**4.7.1973**).

Ruanda

Armeeputsch in Ruanda: Staatschef Grégoire Kayibanda, der erste Präsident seit Erlangung der Unabhängigkeit, wird von General Juvénal Habyarimana entmachtet (**5.7.1973**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Sozialphilosoph Max Horkheimer stirbt im Alter von 78 Jahren (**7.7.1973**).

Bahamas/Grossbritannien

Die Bahamas werden von Grossbritannien in die Unabhängigkeit entlassen mit Queen Elizabeth II. als Staatsoberhaupt. (**10.7.1973**). Premierminister ist Lynden Pindling von der Progressive Liberal Party. Er gilt als „Vater der Nation“.

Afghanistan

Putsch in Afghanistan: König Mohammed Zahir Shah wird nach vier Jahrzehnten von seinem Schwager General Mohammed Daoud Khan gestürzt (**17.7.1973**). Der neue Machthaber ruft die Republik aus.

Korea (Südkorea)

Der südkoreanische Oppositionspolitiker Kim Dae Jung wird in Tokio von Agenten des südkoreanischen Geheimdienstes entführt (**8.8.1973**). Die USA intervenieren und verhindern damit die Ermordung von Kim Dae Jung.

Pakistan

Pakistan erhält eine neue Verfassung (**14.8.1973**). Die Regierungsgewalt liegt beim Premierminister. Alle Gesetze müssen im Einklang mit islamischen Prinzipien sein. Der bisherige Staatschef Zulfikar Ali Bhutto wird Regierungschef.

Chile

Das chilenische Abgeordnetenhaus erhebt schwere Vorwürfe gegen die Regierung von Präsident Salvador Allende. Sie strebe ein totalitäres Regime an. In der mit 81 zu 47 Stimmen verabschiedeten Resolution wird der Regierung vorgeworfen, sie habe in zwanzig Fällen die Verfassung verletzt (**22.8.1973**). Die in der Regierung vertretenen Militärs treten zurück, unter ihnen General Carlos Prats. Neuer Chef des Heeres wird General Augusto Pinochet. Streiks und Massenkundgebungen von Anhängern und Gegnern der Regierung verschärfen das Klima. Präsident Allende plant für den 11. September eine Volksabstimmung über eine Verfassungsreform.

Norwegen

Bei der Parlamentswahl in Norwegen erobern die Linksparteien knapp die Mehrheit (**10.9.1973**). Allerdings muss die Arbeiterpartei mit einem Stimmenanteil von 35,3 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit Kriegsende in Kauf nehmen. Neu vertreten ist die Protestpartei von Anders Lange, die nach dessen Tod in Fortschrittspartei umbenannt wird. Auf die Wahl folgt ein Regierungswechsel (16.10.1973). Nach nur einem Jahr wird die bürgerliche Regierung abgelöst; die Arbeiterpartei kehrt unter Führung von Trygve Bratelli an die Macht zurück. Er ist auf die Unterstützung des Sozialistischen Wahlverbands (Anmerkung: ab 1975 Sozialistische Linkspartei) und anderen linken Gruppierungen angewiesen.

Chile

USA

Militärputsch in Chile: Eine Militärjunta unter Führung von General Augusto Pinochet ergreift die Macht. Bei der Erstürmung des Präsidentenpalastes La Moneda erschießt sich Präsident Salvador Allende (**11.9.1973**).

- Es kommt zu Massenverhaftungen. Das Estadio Nacional in der Hauptstadt Santiago wird ein Gefangenenlager für Tausende Polithäftlinge. Über das Land wird der Belagerungszustand verhängt. Der Kongress wird aufgelöst und die Verfassung aufgehoben. Politische Parteien und Gewerkschaften werden verboten.
- Die USA, die dem Kampf gegen den Kommunismus hohe Priorität einräumen, unterstützen den Putsch in Chile.

- Mit dem Militärputsch beginnt eine 17 Jahre dauernde Diktatur, begleitet von Repression, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Zu den berüchtigten Haft- und Folterzentren gehört auch die von Deutschen gegründete Siedlung Colonia Dignidad.
- Wichtigster Vollstrecker der Repression ist der Geheimdienst Dirección de Inteligencia Nacional (DINA). Während der Diktatur werden schätzungsweise 3000 Regimegegner ermordet. Zehntausende werden gefoltert. Zehntausende flüchten ins Ausland.

Schweden

Schweden trauert um seinen König Gustav VI. Adolf, der nach 23-jähriger Herrschaft im Alter von 90 Jahren stirbt (**15.9.1973**). Sein Nachfolger wird sein Enkel Carl XVI. Gustaf.

Schweden

Bei der Reichstagswahl in Schweden kommen linke und rechte Parteien auf je 175 Mandate. Die Sozialdemokraten bleiben mit 156 Sitzen (minus 7) stärkste Partei, müssen jedoch mit 43,6 Prozent den tiefsten Stimmenanteil seit 1932 hinnehmen. Die Zentrumsparterie wird zweitstärkste Kraft mit 90 Mandaten (plus 19). Die Moderate Sammlungspartei entsendet 51 Abgeordnete (plus 10). Die Volkspartei verliert 24 Sitze und hat noch 34 Mandate (**16.9.1973**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

UNO

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) werden in die UNO aufgenommen (**18.9.1973**).

USA

Der Nationale Sicherheitsberater Henry Kissinger wird neuer US-Aussenminister (**22.9.1973**).

Argentinien

Politisches Comeback des früheren argentinischen Machthabers Juan Domingo Perón (Peron). Er geht mit 61,86 Prozent der Stimmen als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**23.9.1973**). Seine Frau Isabel Martínez de Perón wird Vizepräsidentin. Der vor einem halben Jahr gewählte Staatschef Héctor Cámpora (Campora) hatte auf die Fortsetzung seiner Amtszeit verzichtet, um Perón die Rückkehr an die Macht zu ermöglichen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der chilenische Dichter und Schriftsteller sowie Literaturnobelpreisträger Pablo Neruda stirbt im Alter von 69 Jahren (**23.9.1973**).

Guinea-Bissau/Portugiesisch-Guinea/Portugal

Portugiesisch-Guinea erklärt sich nach jahrelangem bewaffnetem Widerstand einseitig für unabhängig (**24.9.1973**). Erster Staatspräsident von Guinea-Bissau wird Luís Cabral, ein Halbbruder des am 20. Januar 1973 ermordeten Unabhängigkeitskämpfers Amílcar Cabral. Einzig zugelassene Partei ist der Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde (PAIGC).

Portugal anerkennt die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau am 10. September 1974.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die italienische Schauspielerin Anna Magnani stirbt im Alter von 65 Jahren (**26.9.1973**).

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

DDR-Ministerpräsident Willi Stoph wird neuer Staatsratsvorsitzender (**3.10.1973**). Er ist Nachfolger der am 1.8.1973 verstorbenen Walter Ulbricht.

Nahost-Konflikt/(Vierter israelisch-arabischer Krieg)

Yom-Kippur-Krieg (6.10.1973 bis 25.10.1973).

USA/Sowjetunion

Der vierte israelisch-arabische Krieg beginnt am jüdischen Feiertag Yom Kippur mit ägyptischen und syrischen Überraschungsangriffen auf die Sinai-Halbinsel und auf die Golan-Höhen, die im Sechstagekrieg (1967) von Israel erobert worden waren. Israel gerät unter Druck. Ministerpräsidentin Golda Meir bewilligt am 9. Oktober die Bereitstellung taktischer Atomwaffen.

Doch das Blatt wendet sich.

- An der Nordfront dringen israelische Truppen tief in syrischen Gebiet vor und stehen Mitte Oktober rund 30 Kilometer vor Damaskus.
- Israelische Truppen überqueren am 16. Oktober nach heftigen Panzerschlachten mit der ägyptischen Armee den Suezkanal und rücken bis 70 Kilometer vor Kairo vor. Bis zum 24. Oktober wird bei Suez die 3. Ägyptische Armee eingekesselt.
- Israel erhält massive Waffenhilfe von den USA. Am 12. Oktober ordnet US-Präsident Richard Nixon eine Luftbrücke für Waffenhilfe an Israel an (Operation Nickel Grass). Ägypten und Syrien werden von der Sowjetunion mit Waffen unterstützt.
- Der UNO-Sicherheitsrat fordert am 22. Oktober mit der Resolution 338 die sofortige Einstellung der Kämpfe. Gleichzeitig sollen Verhandlungen über einen gerechten und dauerhaften Frieden aufgenommen werden.

- Die Sowjetunion droht am 24. Oktober mit einer Intervention zugunsten ihrer arabischen Verbündeten. Die USA erhöhen den Bereitschaftsgrad ihrer Streitkräfte auf die Alarmstufe Defcon 3.
- Der UNO-Sicherheitsrat fordert am 25. Oktober mit der Resolution 340 nochmals die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen. Nach massivem Druck aus Washington (Interventionsdrohungen der Sowjetunion) stellt Israel die Gegenoffensiven ein. Der Yom-Kippur-Krieg wird beendet.
- Der Krieg hat auf israelischer Seite über 2600 Tote gefordert. Verlässliche Angaben über die Gefallenen auf ägyptischer und syrischer Seite liegen nicht vor. Geschätzt werden 15 000 getötete Ägypter und 3500 gefallene Syrer.

USA

US-Vizepräsident Spiro Agnew tritt wegen Bestechungsvorwürfen zurück (**10.10.1973**). Sein Nachfolger wird Gerald Ford.

Libyen

Libyen erklärt einen Grossteil der Grossen Syrte, den Bereich südlich des 32. Breitengrades, zu seinen Hoheitsgewässern und erweitert damit eigenmächtig die völkerrechtlich gültige 3-Meilen-Zone auf 200 Meilen (**11.10.1973**). Der Entscheid stösst international auf Ablehnung.

Türkei

Die Republikanische Volkspartei (CHP) unter Führung von Bülent Ecevit geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in der Türkei hervor. Sie gewinnt 185 der 450 Sitze. Die liberal-konservative Gerechtigkeitspartei (AP) des 1971 von der Armee entmachteten Regierungschefs Süleyman Demirel verliert 107 Mandate und entsendet 149 Abgeordnete. Drittstärkste Kraft in der Nationalversammlung ist die islamistische Nationale Heilspartei (MSP) mit 48 Sitzen (**14.10.1973**).

Thailand

Nach Massenprotesten, an denen sich Hunderttausende Menschen beteiligen, tritt der thailändische Regierungschef Thanon Kittikachorn zurück (**14.10.1973**). Sein autoritäres Regime dauerte über neun Jahre. Ausgelöst wurde der Volksaufstand durch Massenproteste von Studenten, begleitet vom Ruf nach mehr Demokratie. Das Militärregime versuchte, den Aufstand gewaltsam niederzuschlagen. Dabei kamen laut offiziellen Angaben 77 Menschen ums Leben und Hunderte wurden verletzt. Der Universitätsrektor Sanya Dharmasakti wird neuer Ministerpräsident. Ein Jahr nach dem Volksaufstand erhält Thailand eine neue Verfassung. Thailand erlebt eine kurze demokratische Phase unter Sanya Dharmasakti und den Regierungschefs Seni und dessen Bruder Kukrit Pramoj. Aus den Parlamentswahlen 1975 und 1976 geht die Democrat Party als stärkste Kraft hervor.

Friedensnobelpreis

USA

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam/Nordvietnam)

Dem US-Aussenminister Henry Kissinger und dem nordvietnamesischen Politiker Le Duc Tho wird der Friedensnobelpreis zugesprochen (**16.10.1973**). Le Duc Tho lehnt ab.

Erdölkrise/Wirtschaftskrisen/Opec

Nahost-Konflikt/Yom-Kippur-Krieg (Vierter israelisch-arabischer Krieg)

Wegen des Yom-Kippur-Krieges drosseln die erdölexportierenden Länder (Opec) die Fördermengen (**17.10.1973**) um fünf Prozent, was zu massiven Ölpreiserhöhungen führt. Der Ölpreis steigt innerhalb kürzester Zeit um fast 70 Prozent von 3 auf 5 Dollar pro Barrel. Sonntagsfahrverbote und andere rigorose Sparmassnahmen sind die Folge. Der Ölpreisschock stürzt die westliche Welt in die schwerste Wirtschaftskrise seit Kriegsende. Es kommt zu einem Konjunktureinbruch und zu einer drastischen Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die österreichische Schriftstellerin Ingeborg Bachmann stirbt im Alter von 47 Jahren (**17.10.1973**).

Erdölkrise

Schweiz

Wegen der Erdölkrise beschliesst die Schweizer Regierung ein Fahrverbot an drei aufeinanderfolgenden Sonntagen (**21.11.1973**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der spanische Cellist und Dirigent Pablo Casals stirbt im Alter von 96 Jahren (**22.10.1973**).

Griechenland

Spezialeinheiten der Armee und der Polizei schlagen im Athener Polytechnikum eine Studentenrevolte gegen das griechische Militärregime blutig nieder (**17.11.1973**). Wenige Tage später (25.11.1973) wird Machthaber Georgios Papadopoulos durch einen Militärputsch unter Führung von Brigadegeneral Dimitrios Ioannidis gestürzt.

Israel

Israel trauert um seinen ersten Ministerpräsidenten David Ben-Gurion. Er stirbt im Alter von 87 Jahren (**1.12.1973**). Ben Gurion hatte am 14. Mai 1948 kurz vor Ablauf des britischen Mandats über Palästina den Staat Israel proklamiert.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen die Einführung einer Preisüberwachung mit 59,8 Prozent-Ja-Stimmen (**2.12.1973**). Erster Preisüberwacher wird Leo Schürmann.

Dänemark

Erdrutschwahl in Dänemark (**4.12.1973**): Die 1972 gegründete populistische Fortschrittspartei des Steuerrebellens Mogens Glistrup gewinnt auf Anhieb 15,9 Prozent der Stimmen und wird mit 28 Sitzen zweitstärkste Kraft im Folketing hinter den Sozialdemokraten, die 24 Mandate verlieren und noch 46 Abgeordnete entsenden. Die Fortschrittspartei verspricht, die Steuerlast zu senken. Auch die liberale Venstre, die radikale Venstre und die Konservative Volkspartei müssen Verluste in Kauf nehmen. Neu vertreten sind auch die Zentrumsdemokraten mit 14 Mandaten. Poul Hartling von der liberalen Venstre bildet eine Minderheitsregierung (17.12.1973) und übernimmt vom Sozialdemokraten Anker Jørgensen (Jørgensen) das Amt des Regierungschefs.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt drei neue Mitglieder der Landesregierung: den sozialdemokratischen Solothurner Regierung Willi Ritschard als Nachfolger von Bundesrat Hans-Peter Tschudi, den christdemokratischen Zuger Regierungsrat Hans Hürlimann als Nachfolger von Roger Bonvin sowie den Waadtländer freisinnigen Nationalrat Georges-André Chevallaz – Lausanner Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) – als Nachfolger von Nello Celio (**5.12.1973**).

Venezuela

In Venezuela kehrt die sozialdemokratische Partei Acción Democrática (AD) an die Macht zurück. Ihr Kandidat. Carlos Andrés Pérez (*Perez*) gewinnt die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 48,7 Prozent. Im Abgeordnetenhaus gewinnt seine Partei die absolute Mehrheit mit 102 der 200 Mandate (**9.12.1973**).

Literaturnobelpreis

Australien

Der australische Schriftsteller Patrick White wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1973**).

Italien

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Palästinensische Terroristen greifen im Römer Flughafen Fiumicino ein Passagierflugzeug der US-Fluggesellschaft PanAm an, wobei 32 Menschen ums Leben kommen. Die Attentäter entführen auf ihrer Flucht ein Flugzeug der Lufthansa und landen in Kuwait (**17.12.1973**).

Spanien

Der spanische Ministerpräsident, Admiral Luis Carrero Blanco, kommt bei einem Bombenanschlag ums Leben (**20.12.1973**). Zur Tat bekennt sich die baskische Untergrundorganisation ETA. Neuer Ministerpräsident wird Carlos Arias Navarro.

Nahost-Konflikt

USA/Sowjetunion/Ägypten/Israel/Jordanien/Syrien

Initiiert von US-Aussenminister Henry Kissinger findet in Genf auf der Grundlage der Resolution 338 des UNO-Sicherheitsrates eine Nahost-Friedenskonferenz statt (**21.12.1973**). Den gemeinsamen Vorsitz haben die USA und die Sowjetunion. Vertreten sind Ägypten, Israel und Jordanien. Syrien lehnt die Teilnahme ab. Die Konferenz wird nach der Eröffnung vertagt.

1974

Tunesien/Libyen

Arabische Islamische Republik

Der tunesische Präsident Habib Bourguiba und der libysche Machthaber Muammar al-Ghadhafi beschliessen den Zusammenschluss beider Länder zur Arabischen Islamischen Republik (**12.1.1974**). Das in der Erklärung von Djerba vereinbarte Projekt scheitert jedoch.

Kolumbien

In Kolumbien gelingt dem Movimiento 19 de Abril ein spektakulärer Coup (**17.1.1974**). Mitglieder der Stadtguerilla M-19 rauben aus einem Museum in Bogotá ein Schwert des 1830 verstorbenen südamerikanischen Unabhängigkeitskämpfers Simón Bolívar (*Simon Bolivar*). Mit der Bezeichnung M-19 – Movimiento 19 de Abril – nimmt die Organisation Bezug auf die umstrittenen Wahlen vom 19. April 1970.

Nahost-Konflikt

Ägypten Israel/USA/UNO

Rund drei Monate nach Ende des Yom-Kippur-Krieges einigen sich Israel und Ägypten unter Mitwirkung von US-Aussenminister Henry Kissinger auf ein Truppenentflechtungsabkommen auf der Sinai-Halbinsel (**18.1.1974**). Die vereinbarte Pufferzone wird von der UNO überwacht.

Türkei

Bülent Ecevit, Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei, wird neuer türkischer Ministerpräsident (**26.1.1974**). Er bildet eine Koalition mit der islamistischen Nationalen Heilspartei (MSP). Dessen Vorsitzender Necmettin Erbakan wird stellvertretender Regierungschef. In Ecevits erster kurzer Amtszeit als Regierungschef (bis 2002 steht er vier Mal an der Spitze der Regierung) fällt die türkische Invasion auf der Mittelmeerinsel Zypern (vgl. 15.7.1974).

Grenada/Grossbritannien

Die britische Kronkolonie Grenada wird unabhängig mit Queen Elizabeth II. als Staatsoberhaupt (**7.2.1974**). Erster Premierminister ist Eric Gairy von der Grenada United Labour Party, der stärksten Partei im Abgeordnetenhaus.

Sowjetunion/Schweiz

Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn wird verhaftet (**13.2.1974**) und aus der UdSSR ausgewiesen (14.2.1974). Danach lebt er zwei Jahre lang in der Schweiz.

Jugoslawien

Jugoslawien erhält eine neue Verfassung (**21.2.1974**). Kosovo und Vojvodina werden autonome Provinzen der Teilrepublik Serbien.

Grossbritannien

Bei der Unterhauswahl in Grossbritannien erreicht keine Partei die absolute Mehrheit der insgesamt 635 Mandate: weder die bisher regierenden Konservativen (Conservative Party) mit 297 (minus 33), noch die oppositionelle Labour Party mit 301 (plus 13) Sitzen. Beim Stimmenanteil liegen die Tories mit 37,9 Prozent vor Labour mit 37,2 Prozent. Auf die Liberal Party entfallen 14 Mandate. Die übrigen Parteien sind mit 23 Abgeordneten vertreten (**28.2.1974**).

Türkei/Frankreich

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Beim Absturz einer DC-10 der Turkish Airlines kurz nach dem Start vom Pariser Flughafen Orly kommen 346 Menschen ums Leben (**3.3.1974**).

Grossbritannien

Labour-Führer Harold Wilson, britischer Premierminister zwischen Oktober 1964 und Juni 1970, wird erneut Regierungschef (**6.3.1974**). Die Labour Party hatte bei der Unterhauswahl vom 28. Februar die meisten Mandate erhalten, die absolute Mehrheit jedoch verfehlt.

Belgien

In Belgien gehen die Sozialisten – Belgische Socialistische Partij (BSP) und Parti Socialiste Belge (PSB) – als gesamtbelgische Partei mit 59 Sitzen als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor. Die Christdemokraten gehen getrennte Wege. Die Christelijke Volkspartij (CVP) erhält 50 und der frankophone Parti Social Chrétien (PSC) 22 Mandate. Die Liberalen (Partij voor Vrijheid en Vooruitgang/PVV und Parti de la Liberté et du Progrès/PLP) gewinnen 30 Mandate. Das Rassemblement Wallon und der Front démocratique des francophones sind mit 25 und die Volksunie mit 22 Abgeordneten vertreten (**10.3.1974**).

Brasilien

In Brasilien wird General Ernesto Geisel neuer Staatspräsident (**15.3.1974**).

Liechtenstein

Walter Kieber wird neuer liechtensteinischer Regierungschef (**27.3.1974**). Seine Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) war als stärkste Kraft aus der Landtagswahl (3.2.1974) hervorgegangen und stellt nach vierjährigem Unterbruch wieder den Regierungschef.

Israel

Die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir kündigt ihren Rücktritt an (**11.4.1974**).

Niger

Militärputsch in Niger: Staatschef Hamani Diori, der erste Präsident seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960, wird gestürzt (**15.4.1974**). Neuer Machthaber wird Generalstabschef Seyni Kountché.

Kolumbien

In Kolumbien gewinnt Alfonso López Michelsen (*Lopez Michelsen*) vom Partido Liberal die Präsidentenwahl mit 56,35 Prozent der Stimmen. Im Abgeordnetenhaus erobert der Partido Liberal 113 der 199 Sitze. Zweistärkste Kraft ist der Partido Conservador mit 66 Mandaten (**21.4.1974**).

Tschad/Frankreich

Im Norden von Tschad entführen Rebellen drei Europäer, unter ihnen die französische Ethnologin Françoise Claustre (**21.4.1974**). Françoise Claustre wird erst nach 33 Monaten (31.1.1977) freigelassen.

Portugal

Putsch des Movimento de Forças Armadas (MFA) in Portugal (**25.4.1974**). Die „Revolução das Cravos“ („Nelkenrevolution“) beendet das jahrzehntelange autoritäre Regime des Estado Novo und ebnet den Weg für eine demokratische Neugestaltung Portugals. Militärischer Anführer und „Revolutionsheld“ ist Major Otelo Saraiva de Carvalho. Staatspräsident Américo Tomás (*Tomas*) und Ministerpräsident Marcelo Caetano werden zum Rücktritt gezwungen. Eine „Junta de Salvação Nacional“ mit General António Ribeiro de Spínola (*Spinola*) an der Spitze übernimmt die Macht. Carvalho wird Befehlshaber der militärischen Sondereinheit Copcon, die für die Einhaltung der öffentlichen Ordnung zuständig ist.

Belgien

Belgien erhält mit dem christdemokratischen Politiker Leo Tindemans einen neuen Premierminister (**25.4.1974**). Bis 1978 regiert er mit verschiedenen Bündnispartnern.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Eine Spionageaffäre erschüttert die Bundesrepublik Deutschland: Bundeskanzler Willy Brandt (Sozialdemokratische Partei/SPD) tritt nach der Enttarnung seines Referenten Günter Guillaume als DDR-Spion zurück (**6.5.1974**). 18 Jahre lang hatte der Agent Günter Guillaume unerkannt in der Bundesrepublik gelebt und sich bis zum Referenten von Willy Brandt hochgearbeitet.

China

Katastrophen/Erdbeben

Rund 20 000 Menschen kommen bei einem Erdbeben in den chinesischen Provinzen Yunnan und Sichuan ums Leben (**10.5.1974**).

Italien

Das 1970 vom Parlament verabschiedete Ehescheidungsgesetz wird in einer Volksabstimmung mit 60 Prozent Ja-Stimmen gutgeheißen (**12.5.1974**). Dies bedeutet eine schwere Niederlage für die katholische Kirche und die Christlichdemokratische Partei.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Walter Scheel, bisher Außenminister und Vorsitzender der Freien Demokraten (FDP), wird zum neuen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt (**15.5.1974**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Palästinensische Terroristen überfallen in der nordisraelischen Stadt Maalot eine Schule und nehmen rund 100 Schüler und Lehrer als Geiseln. Bei einem misslungenen Befreiungsversuch kommen 31 Geiseln ums Leben (**15.5.1974**).

Bundesrepublik Deutschland/BRD

Die Bundesrepublik Deutschland hat einen neuen Bundeskanzler: Der bisherige Finanzminister Helmut Schmidt (Sozialdemokratische Partei/SPD) übernimmt die Nachfolge von Willy Brandt (**16.5.1974**). Er setzt das sozialliberale Regierungsbündnis (Sozialdemokraten und Freie Demokraten SPD/FDP) seines Vorgängers fort. Neuer Vizekanzler und Außenminister wird Hans-Dietrich Genscher (FDP)

Indien/Atomwaffen

Indien führt in der Wüste von Rajasthan den ersten Atomwaffentest durch (**18.5.1974**).

Frankreich

Knapper Ausgang der Präsidentenwahl in Frankreich: Valéry Giscard d'Estaing, Kandidat der Républicains indépendants, wird mit 50,81 Prozent der Stimmen zum Nachfolger des im Amt verstorbenen Staatsschefs Georges Pompidou gewählt (**19.5.1974**). Der Sozialist François Mitterrand, Sieger der ersten Wahlrunde (5.5.1974), erhält in der Stichwahl 49,19 Prozent der Stimmen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Pianist und Komponist Duke Ellington stirbt im Alter von 75 Jahren (**24.5.1974**).

Luxemburg

Bei der Parlamentswahl in Luxemburg erzielt die bisher regierende Christlich Soziale Volkspartei (CSV) mit 29,9 Prozent Stimmenanteil das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte. Sie gewinnt 18 der 59 Sitze und damit nur ein Mandat mehr als die Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP). Drittstärkste Kraft ist die Demokratische Partei (DP) mit 14 Mandaten. Es folgen die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei mit je 5 Sitzen (**26.5.1974**).

Frankreich

Jacques Chirac von der gaullistischen Union des démocrates pour la République (UDR) wird neuer französischer Premierminister (**27.5.1974**).

Italien

In der italienischen Stadt Brescia kommen bei einem Sprengstoffanschlag während einer Kundgebung gegen neofaschistischen Terror acht Menschen ums Leben und über hundert werden verletzt (**28.5.1974**).

Nahost-Konflikt

Syrien/Israel/UNO

Als Folge des Yom-Kippur-Krieges einigen sich Israel und Syrien auf ein Truppenentflechtungsabkommen (**31.5.1974**). Dieses wird auf der Grundlage der Resolution 350 des UNO-Sicherheitsrates von der United Nations Disengagement Force (Undof) überwacht.

Israel

Der frühere israelische Generalstabschef Yitzhak Rabin, Vorsitzender der Arbeitspartei, wird neuer Ministerpräsident (**3.6.1974**).

Jemen/Arabische Republik Jemen (Nordjemen)

Militärputsch in der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen). Staatspräsident Abdul Rahman al-Iryani wird abgesetzt. Neuer Machthaber ist Oberstleutnant Ibrahim al-Hamdi (**13.6.1974**).

Luxemburg

Regierungswechsel in Luxemburg (**15.6.1974**): Die bisher regierende Christlich Soziale Volkspartei (CSV) geht erstmals seit Kriegsende in die Opposition. Nach 15 Amtsjahren tritt Ministerpräsident Pierre Werner zurück. Luxemburg erhält eine sozial-liberale Regierung unter Führung von Gaston Thorn von der Demokratischen Partei (DP). Er bildet eine Koalition mit der Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei (LSAP).

Österreich

Der österreichische Außenminister Rudolf Kirchschläger wird zum Nachfolger des im Amt verstorbenen Bundespräsidenten Franz Jonas gewählt (**23.6.1974**). Der parteilose Kirchschläger kandidiert für die Sozialistische Partei (SPÖ). Er erhält 51,7 Prozent der Stimmen.

Kolumbien

Katastrophen/Erdrutsch-, Bergsturz-, Felssturzkatastrophen

In Kolumbien kommen bei einer Erdrutschkatastrophe im Gebiet Quebrada Blanca zwischen Bogotá und Villavicencio rund 500 Menschen ums Leben (**28.6.1974**).

Argentinien

Der argentinische Präsident Juan Domingo Perón (*Peron*) stirbt wenige Monate nach seiner erneuten Wahl zum Staatsschef (**1.7.1974**). Das höchste Staatsamt übernimmt seine Frau, Vizepräsidentin Isabel Martínez de Perón.

Kanada

Bei der Parlamentswahl in Kanada holt sich die Liberal Party von Premierminister Pierre Trudeau nach erheblichen Einbußen bei der letzten Wahl im Jahr 1972 wieder die absolute Mehrheit. Sie gewinnt 141 (plus 32) Sitze. Die Progressive Conservative Party von Robert Stanfield erhält 95 (minus 12) Mandate (**8.7.1974**).

Zypern/Zypern-Konflikt

Griechenland/Türkei

Die griechische Militärjunta inszeniert einen Putsch gegen den zyprischen Präsidenten Erzbischof Makarios (**15.7.1974**). Bei den Putschisten handelt es sich um Anhänger der radikalen paramilitärischen Untergrundorganisation Eoka-B und um griechische Offiziere der zyprischen Nationalgarde. Ihr Ziel ist der Anschluss an Griechenland (Enosis). Die Putschisten setzen Nikos Sampson zum neuen Machthaber ein. Makarios

gelingt die Flucht. Der Putsch scheitert. Nach dem Sturz des Militärregimes in Griechenland (23.7.1974) – ausgelöst durch die Invasion türkischer Truppen auf der Mittelmeerinsel Zypern – verliert Sampson den Athener Rückhalt. Bis zur Rückkehr von Erzbischof Makarios aus dem Exil (7.12.1974) übernimmt Glafkos Klerides das Amt des Staatsschefs.

Portugal

Vasco Gonçalves (*Goncalves*), einer der Anführer der „Nelkenrevolution“ in Portugal, wird Regierungschef (18.7.1974). Ihm werden enge Verbindungen zur Kommunistischen Partei nachgesagt. Unter seiner Regie werden die Arbeitsbedingungen verbessert, Banken und Versicherungen verstaatlicht, Grossgrundbesitzer enteignet und Überseegebiete in die Unabhängigkeit entlassen.

Zypern/Zypern-Konflikt

Türkei/Griechenland/UNO

Fünf Tage nach dem Putsch gegen den zyprischen Präsidenten Erzbischof Makarios landen türkische Truppen auf der Insel Zypern (20.7.1974) und besetzen in zwei Phasen (Operation Attila 1 und Attila 2) bis zum 18. August den Nordteil der Insel: 37 Prozent des Territoriums. Seither ist Zypern geteilt (auch die Hauptstadt Nikosia – türkisch Lefkoşa). Die Türkei pocht auf ihre Rolle als Schutzmacht und auf das Interventionsrecht gemäss dem Dreimächtevertrag von 1959. Nach der Invasion werden über 170 000 Griechisch-Zyprer vertrieben. Etwa 40 000 türkische Zyprer verlassen ihre angestammte Heimat und flüchten in den Nordteil der Insel. UNO-Blauhelme der 1964 gebildeten United Nations Peacekeeping Force in Cyprus (UNFICYP) überwachen die Waffenstillstandslinie und Pufferzone.

Griechenland

Das Militärregime in Griechenland bricht zusammen (23.7.1974), ausgelöst durch den fehlgeschlagenen Versuch der griechischen Junta zu einer Vereinigung Zyperns mit Griechenland und der Invasion türkischer Truppen auf der Mittelmeerinsel Zypern. Der frühere Ministerpräsident Konstantinos Karamanlis kehrt aus dem Exil zurück, bildet eine Regierung der nationalen Einheit und leitet die Rückkehr zur Demokratie ein. Er gründet die liberal-konservative Partei Nea Dimokratia.

USA

Gegen US-Präsident Richard Nixon wird im Zusammenhang mit der Watergate-Affäre ein Amtsenthebungsverfahren wegen Falschaussage, Zeugenbestechung und Missbrauch von Bundesbehörden eingeleitet (27.7.1974).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schriftsteller Erich Kästner stirbt im Alter von 75 Jahren (29.7.1974).

Kanada/Quebec

Französisch wird zur alleinigen Amtssprache in der kanadischen Provinz Quebec erklärt (31.7.1974).

Italien

Bei einem Sprengstoffanschlag rechtsextremer Terroristen auf den Italicus-Schnellzug zwischen Bologna und Florenz kommen 12 Menschen ums Leben (4.8.1974).

USA

US-Präsident Richard Nixon tritt zurück, um einer Amtsenthebung wegen der Watergate-Affäre zu entgehen (9.8.1974). Es handelt sich um den ersten Rücktritt eines US-Präsidenten.

Nixons Nachfolger wird Vizepräsident Gerald Ford. Der Kongress wählt Nelson Rockefeller, ehemaliger Gouverneur des US-Staates New York, im Dezember zum neuen Vizepräsidenten. Rockefeller tritt sein Amt am 19.12.1974 an.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Pilot Charles Lindbergh stirbt im Alter von 72 Jahren (26.8.1974). Lindbergh hatte 1927 den ersten Nonstopflug von New York nach Paris durchgeführt.

Jugoslawien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Bei der Einfahrt in den Bahnhof von Zagreb (Jugoslawien/Kroatien) entgleist ein Sonderzug für Gastarbeiter, die von Belgrad nach Dortmund reisen wollten. Dabei kommen 153 Menschen ums Leben (30.8.1974).

Nicaragua

In Nicaragua wird Staatspräsident Anastasio Somoza Debayle bei niedriger Wahlbeteiligung mit rund 93 Prozent Stimmenanteil in seinem Amt bestätigt (1.9.1974). Es ist die letzte Wahl eines Präsidenten des Somoza-Clans.

Griechenland

Nach dem Sturz des Militärregimes in Griechenland gründet Andreas Papandreu, Sohn des früheren Ministerpräsidenten Georgios Papandreu, die Panhellenische Sozialistische Bewegung – Pasok (3.9.1974).

Neuseeland

Der Labour-Politiker Bill Rowling wird Nachfolger des nach schwerer Krankheit verstorbenen neuseeländischen Premierministers Norman Kirk (**6.9.1974**).

USA

US-Präsident Gerald Ford begnadigt seinen wegen der Watergate-Affäre zurückgetretenen Vorgänger Richard Nixon. Ihm wird eine „vollständige Begnadigung für alle Straftaten gegen die Vereinigten Staaten während der Präsidentschaft“ gewährt (**8.9.1974**).

Äthiopien

Der äthiopische Kaiser Haile Selassie wird entmachtet (**12.9.1974**). Ein Militärrat (Derg) übernimmt die Macht. Die Monarchie wird durch ein kommunistisches Regime abgelöst. Haile Selassie stirbt im folgenden Jahr (27.8.1975) im Alter von 83 Jahren.

Malaysia

In Malaysia gewinnt die neue Parteienallianz Barisan Nasional (Nationale Front), Nachfolgerin der Alliance Party, 135 der 154 Sitze. Stärkste Partei innerhalb des Bündnisses ist die als „Grand Old Party“ bezeichnete United Malays National Organisation (UMNO) mit 62 Mandaten (**14.9.1974**).

Frankreich

„Carlos“

Bei einem Handgranatenanschlag auf den Pariser Drugstore Publicis kommen zwei Menschen ums Leben und 34 werden verletzt (**15.9.1974**). Als Urheber des Attentats gilt der aus Venezuela stammende Terrorist Ilich Ramírez Sánchez alias „Carlos“. Über 40 Jahre später (28.3.2017) wird „Carlos“ wegen des Anschlags zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Honduras

Katastrophen/Unwetter

in Honduras fordert ein Hurrikan rund 8000 Tote. Über 100 000 Menschen verlieren ihr Obdach (**18.9.1974**).

Portugal

Politisches Gerangel nach der „Nelkenrevolution“ in Portugal: General António Ribeiro de Spínola (*Spinola*), Vorsitzender der „Junta de Salvação Nacional“, tritt bereits nach fünf Monaten (**30.9.1974**) wegen Konflikten mit linken Kräften des Movimento de Forças Armadas (MFA) zurück. Sein Nachfolger wird der frühere Generalstabschef Francisco da Costa Gomes.

Chile/Argentinien

General Carlos Prats, der frühere Oberkommandierende der chilenischen Armee, wird in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires von Agenten des chilenischen Geheimdienstes ermordet (**30.9.1974**).

Grossbritannien

Gilbert- und Ellice-Inseln/Tuvalu

Die britische Kronkolonie Gilbert- und Ellice-Inseln soll geteilt werden: Die Bevölkerung der Ellice-Inseln stimmt mit der überwältigenden Mehrheit von 93 Prozent für die Trennung von den Gilbert-Inseln (Abstimmung zwischen Juli und **September 1974**). Ethnische Spannungen zwischen der mehrheitlich polynesischen Bevölkerung der Ellice-Inseln und der mikronesischen Mehrheit der Gilbert-Inseln sind der Auslöser des Trennungswillens. Die rechtliche Trennung folgt im Oktober 1975. Die Ellice-Inseln nennen sich Tuvalu.

Grossbritannien

Zum zweiten Mal innert acht Monaten findet in Grossbritannien eine Unterhauswahl statt. Die Labour Party von Premierminister Harold Wilson erobert dank 18 zusätzlichen Sitzen 319 der 630 Mandate und damit knapp die absolute Mehrheit. Die Conservative Party kommt auf 277 Sitze (minus 20), die Liberal Party auf 13 und die Scottish National Party auf 11. Die übrigen Parteien sind mit 15 Abgeordneten vertreten (**10.10.1974**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz“ mit 65,8 Prozent Nein-Stimmen ab (**20.10.1974**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der sowjetische Geiger David Oistrach stirbt im Alter von 66 Jahren (**24.10.1974**).

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midtermwahlen) erleiden die Republikaner schwere Verluste wegen des Watergate-Skandals und des Rücktritts von Präsident Richard Nixon (**5.11.1974**). Die Demokraten erobern im Repräsentantenhaus die Zweidrittelmehrheit.

Im Senat haben die Demokraten 60 Sitze (plus 4) und die Republikaner 38 (minus 4). Die beiden restlichen Sitze gehen an einen Vertreter der Conservative Party of New York und an einen Unabhängigen. Im Repräsentantenhaus

sind die Demokraten mit 291 Abgeordneten (plus 49) und die Republikaner mit 144 (minus 48) vertreten. Die Unabhängigen verlieren ihr Mandat.

Griechenland

Bei den ersten freien Parlamentswahlen in Griechenland seit dem Sturz der Militärdiktatur gewinnt die konservative Partei Nea Dimokratia von Ministerpräsident Konstantinos Karamanlis mit 220 der 300 Sitze eine Zweidrittelmehrheit der Mandate (**17.11.1974**).

Irland

Der irische Staatspräsident Erskine H. Childers stirbt im Alter von 68 Jahren (**17.11.1974**). Er war nur ein Jahr und knapp fünf Monate im Amt.

Italien

Sechs Jahre nach seinem Rücktritt wird der christdemokratische Politiker Aldo Moro erneut Italiens Ministerpräsident (**23.11.1974**). Er bildet eine Regierung aus Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC) und Republikanern (Partito Repubblicano Italiano/PRI).

Japan

Der wegen Korruptionsaffären unter Druck geratene japanische Ministerpräsident Tanaka Kakuei gibt seinen Rücktritt bekannt. Zum Verhängnis wird ihm vor allem der Lockheed-Bestechungsskandal (**26.11.1974**). Neuer Regierungschef wird Miki Takeo.

Europäische Menschenrechtskonvention

Schweiz

Die Schweiz tritt der Europäischen Menschenrechtskonvention bei (**28.11.1974**).

EG/Europäischer Rat

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften (EG) beschliessen in Paris, sich regelmässig als „Europäischer Rat“ zu treffen (**10.12.1974**).

Friedensnobelpreis

Irland/Japan

Der frühere irische Aussenminister Politiker Seán MacBride, Mitbegründer von Amnesty International und Präsident des International Peace Bureau, und der frühere japanische Ministerpräsident **Sato** Eisaku, erhalten den Friedensnobelpreis (**10.12.1974**). Sato, der erste asiatische Friedensnobelpreisträger, wird für seinen Einsatz gegen atomare Aufrüstung geehrt.

Literaturnobelpreis

Schweden

Die schwedischen Schriftsteller Eyvind Johnson und Harry Martinson werden mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1974**).

Malta

Malta wird eine Republik. Erster Staatspräsident der Republik Malta ist Anthony Mamo, bisher Generalgouverneur (**13.12.1974**).

Chile

Die Militärjunta in Chile ernennt ihren Vorsitzenden Augusto Pinochet zum Staatspräsidenten (**17.12.1974**).

Irland

Cearbhall Ó Dáileigh (Cearbhall O Daleigh) wird Nachfolger des verstorbenen irischen Staatspräsidenten Erskine H. Childers (**19.12.1974**). Der ehemalige Oberste Richter am Supreme Court und Richter am Europäischen Gerichtshof war mit Unterstützung aller Parteien nominiert worden. Einen Gegenkandidaten gab es nicht.

Pakistan

Katastrophen/Erdbeben

Über 5000 Menschen kommen bei einem Erdbeben in Pakistan ums Leben (**28.12.1974**).

1975

Schweden

In Schweden tritt eine neue Verfassung (Regierungsform) in Kraft. Der König oder die Königin hat keine Machtbefugnisse mehr. Seine bzw. ihre Rolle ist nur noch repräsentativ und zeremoniell (**1.1.1975**).

Dänemark

Bei der Parlamentswahl in Dänemark kann die liberale Venstre, die Partei von Ministerpräsident Poul Hartling, ihre Mandate um 20 auf 42 erhöhen. Die Sozialdemokraten sind stärkste Kraft mit 53 (plus 7) Sitzen. Die bei der letzten Parlamentswahl im Dezember 1973 überraschend zweitplatzierte Fortschrittspartei verzeichnet einen Stimmenrückgang. Sie erreicht den dritten Platz und ist neu mit 24 (minus 4) Abgeordneten vertreten (**9.1.1975**).

Bangladesh

Der Machthaber in Bangladesh, Sheikh Mujibur Rahman, verkündet für sein Land eine „zweite Revolution“. Mit einer Verfassungsänderung wird ein Präsidialsystem eingeführt. Sheikh Mujibur Rahman übernimmt das Staatspräsidium (**25.1.1975**). Einen Monat später (24.1975) wird Bangladesh ein Einparteiensstaat. Die einzig zugelassene Partei heisst Bangladesh Krisak Srami Awami League (BaKSL).

Peru

Die peruanische Hauptstadt Lima ist Schauplatz schwerer Unruhen (**5.2.1975**). Die Armee schlägt eine Revolte protestierender Polizeikräfte nieder, die eine Solderhöhung fordern. Auch Studenten protestieren und Slumbewohner lassen ihrem Ärger über massive Preiserhöhungen mit Plünderungen freien Lauf. Die Unruhen (Limazo) fordern über 80 Tote und Hunderte Verletzte.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Carl Lutz, der als Schweizer Vizekonsul in Budapest während des Zweiten Weltkrieges mit einem Schutzbriefsystem zehntausende Jüdinnen und Juden rettete, stirbt im Alter von 79 Jahren (**12.2.1975**).

Dänemark

Wechsel an der Spitze der dänischen Regierung (**13.2.1975**): Trotz ihres Erfolgs bei der Parlamentswahl kann die liberale Venstre des bisherigen Ministerpräsidenten Poul Hartling nicht weiterregieren. Der Sozialdemokrat Anker Jørgensen (Jørgensen) wird nach 1973 erneut Regierungschef.

EU/AKP-Staaten

Die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften (EG) unterzeichnen in Lomé, der Hauptstadt von Togo, mit 46 Entwicklungsländern Afrikas, der Karibik und des Pazifikraums (AKP-Staaten) ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Zollpräferenzen (**28.2.1975**). Weitere Abkommen auf der Grundlage des Lomé-Abkommens folgen.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen den Konjunkturartikel in der Bundesverfassung mit 52,8 Prozent Ja-Stimmen, doch scheitert die Vorlage am Ständemehr (**2.3.1975**).

Portugal

In Portugal scheitert ein Putschversuch konservativer Offiziere unter Führung General António Ribeiro de Spínola (Spinola). Spinola, der nach der „Nelkenrevolution“ am 25. April 1974 die „Junta de Salvação Nacional“ leitete, nach fünf Monaten jedoch zurücktrat, flüchtet ins Ausland (**11.3.1975**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der griechische Reeder Aristoteles Onassis stirbt im Alter 69 Jahren (**15.3.1975**).

Tunesien

Der tunesische Staatschef Habib Bourguiba wird vom Parlament zum Präsident auf Lebenszeit erkoren (**19.3.1975**).

Saudiarabien

Der saudische König Faisal fällt einem Mordanschlag zum Opfer (**25.3.1975**). Sein Nachfolger wird Kronprinz Khalid.

China (Republik China/Taiwan)

Taiwans Machthaber Chiang Kai-shek stirbt im Alter von 87 Jahren (**5.4.1975**). Chiang Kai-shek leitete ab 1925 in der Republik China als Nachfolger von Sun Yet-sen die nationalistische Kuomintang, war im chinesischen Bürgerkrieg Rivale des Kommunistenführers Mao Zedong, flüchtete nach der Gründung der Volksrepublik China mit seinen Getreuen auf die Insel Taiwan und wurde Präsident der Republik China/Taiwan. Sein Nachfolger wird zunächst der bisherige Vizepräsident Yen Chia-kann.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die US-amerikanische Tänzerin und Sängerin Josephine Baker stirbt im Alter von 68 Jahren (**12.4.1975**).

Libanon

Nach dem Überfall von christlichen Milizen auf einen mit Bus mit palästinensischen Insassen (**13.4.1975**) bricht in Libanon ein Bürgerkrieg aus. Mit aller Wucht entlädt sich der Dauerkonflikt zwischen Glaubensgemeinschaften, politischen Strömungen und sozialen Schichten des Landes. Hauptkontrahenten sind der Mouvement national libanais aus muslimischen, palästinensischen und linken Kräften und der Front libanais aus vorwiegend christlich-maronitischen Gruppen.

Tschad

Armeeputsch in Tschad: Staatspräsident François Tombalbaye wird ermordet (**13.4.1975**). Neuer Machthaber wird General Félix Malloum.

Kambodscha/Kampuchea

Die Roten Khmer übernehmen die Macht in Kambodscha. Nach der Eroberung von Phnom Penh (**17.4.1975**) wird die Bevölkerung der Hauptstadt sowie aller anderen Städte aufs Land zwangsdeportiert. Die Roten Khmer wollen – angeführt von Pol Pot, Bruder Nummer Eins – einen in ländliche Kollektiven organisierten Agrarstaat schaffen. Beinahe die gesamte intellektuelle Elite wird ermordet. Privateigentum, Geld, Schulen und Religion werden abgeschafft. Kambodscha erhält den neuen Staatsnamen Demokratisches Kampuchea. Die fast vierjährige Schreckensherrschaft der Roten Khmer fordert etwa 2 Millionen Tote. Prinz Norodom Sihanouk kehrt aus dem Exil in seine Heimat zurück und wird vorübergehend Vorsitzender des Staatspräsidiums. Im folgenden Jahr wird er jedoch abgesetzt und durch Khieu Samphan ersetzt.

Honduras

Der langjährige Machthaber von Honduras, Oswaldo López Arellano (*Lopez Arellano*), wird durch die Armee gestürzt (**22.4.1975**). Korruptionsvorwürfe (Bananagate) hatten ihn schwer belastet. Oswaldo López Arellano soll als Gegenleistung für Steuersenkungen vom US-Konzern United Brands Company (ehemals United Fruit Company) Schmiergelder in Millionenhöhe erhalten haben. Neuer Machthaber wird General Juan Alberto Melgar.

Portugal

In Portugal wird ein Jahr nach der „Nelkenrevolution“ eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt (**25.4.1975**). Die Sozialisten (Partido Socialista/PS) unter Führung von Mário Soares gewinnen 116 der 250 Mandate. Der liberal-konservative Partido Popular erhält 81 Sitze. Drittstärkste Kraft ist die Kommunistische Partei (Partido Comunista Português/PCP) mit 30 Mandaten.

Vietnamkrieg/Zweiter Indochinakrieg

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam/Nordvietnam)

Vietnam (Republik Südvietnam)

USA

Die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams Befreiungsfront (Vietcong) und nordvietnamesische Truppen erobern die südvietnamesische Hauptstadt Saigon (**30.4.1975**). Die südvietnamesische Armee kapituliert. Fluchtartig verlassen die letzten US-Bürger die Hauptstadt.

Der Vietnamkrieg (Zweiter Indochinakrieg) ist zu Ende.

Die Opfer (Quelle Encyclopædia Britannica): Schätzungsweise zwei Millionen vietnamesische Zivilisten kamen ums Leben. Rund 1,1 Millionen Gefallene gab es in der nordvietnamesischen Armee und bei den Vietcong-Guerillas und 250 000 in der südvietnamesischen Armee. Die US-Streitkräfte verzeichneten rund 58 000 Gefallene.

Nach der Kapitulation übernimmt die Provisorische Revolutionsregierung (Provisional Revolutionary Government/PRG) die Macht. Es entsteht die (kurzlebige) Republik Südvietnam.

Saigon wird in Ho-Chi-Minh-Stadt umbenannt. Die neuen Machthaber gehen repressiv gegen bisherige Beamte und Armeeangehörige vor. Zehntausende Menschen kommen in Umerziehungs- und Arbeitslager. Hunderttausende Menschen flüchten aus Vietnam, die meisten auf dem Seeweg (boat people).

Sri Lanka

Die 1972 gegründete tamilische Untergrundorganisation Tamil New Tigers (TNT) wird in Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) umbenannt (**5.5.1975**). Ihr Anführer ist Velupillai Prabhakaran. Die Tamil Tigers kämpfen für einen eigenen tamilischen Staat.

Indien/Sikkim

Das frühere Himalaya-Königreich Sikkim wird 22. Unionsstaat Indiens (**16.5.1975**).

Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas)

15 Staaten – Dahomey, Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste), Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Obervolta, Senegal, Sierra Leone und Togo – gründen die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft: Economic Community of West African States/Ecowas (**28.5.1975**).

Tschechoslowakei

Der tschechoslowakische Staatspräsident Ludvík Svoboda wird abgesetzt (**29.5.1975**). Seine Nachfolge tritt Parteichef Gustáv Husák (Husak) an.

EG

Grossbritannien

Die Bevölkerung Grossbritanniens stimmt mit 67,2 Prozent Ja-Stimmen für den Verbleib in den Europäischen Gemeinschaften – EG (**5.6.1975**).

Madagaskar

Der bisherige Aussenminister Didier Ratsiraka wird neuer Machthaber in Madagaskar (**15.6.1975**). Mit einer neuen Verfassung strebt Ratsiraka, wegen seiner militärischen Karriere in der Marine auch „roter Admiral“ genannt, einen Sozialismus madagassischer Prägung an. 1993 wird Ratsiraka abgewählt, doch gelingt ihm 1997 ein Comeback. Seine zweite Präsidentschaft endet 2002.

Griechenland

Der Jurist und Schriftsteller Konstantinos Tsatsos wird neuer griechischer Staatspräsident (**20.6.1975**).

Indien

Über Indien wird der Ausnahmezustand verhängt, die Grundrechte werden ausser Kraft gesetzt (**25.6.1975**). Tausende von Oppositionellen werden inhaftiert. Premierministerin Indira Gandhi reagiert mit drastischen Massnahmen auf die innenpolitischen Auseinandersetzungen nach ihrer gerichtlichen Verurteilung wegen illegaler Wahlkampfpraktiken (12.6.1975).

Moçambique/Portugal/

Das bisherige portugiesische Überseegebiet Moçambique wird unabhängig (**25.6.1975**). Erster Staatspräsident der Volksrepublik Moçambique wird Samora Machel. Einzige zugelassene Partei ist die Frente de Libertação de Moçambique (Frelimo).

Nach der Machtübernahme durch das kommunistische Regime kommt es zu einer massiven Abwanderung von Portugiesen.

Widerstand leistet die antikommunistische Bewegung Resistência Nacional Moçambicana (Renamo) mit Unterstützung von Rhodesien und später von Südafrika. Zwei Jahre nach der Unabhängigkeit beginnt ein Bürgerkrieg, der bis 1992 dauert und Hunderttausende Tote fordert.

Kap Verde/Portugal/Guinea-Bissau

Das portugiesische Überseegebiet der Kapverdischen Inseln erklärt sich für unabhängig (**5.7.1975**). Erster Staatspräsident von Kap Verde (Cabo Verde) wird Aristides Pereira. Einzige zugelassene Partei ist der Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde (PAIGC). Nach dem Putsch in Guinea-Bissau im November 1980 wird der Plan für einen gemeinsamen Staat mit Guinea-Bissau aufgegeben. Die Einheitspartei nennt sich nun Partido Africano para a Independência de Cabo Verde (PAICV).

Komoren/Mayotte/Frankreich

Die Komoren erklären sich einseitig von Frankreich unabhängig (**6.7.1975**). Die Inselgruppe Mayotte bleibt jedoch bei Frankreich. Die Bevölkerung von Mayotte hatte sich in einer Volksabstimmung (22.12.1974) für den Verbleib bei Frankreich ausgesprochen, die Stimmberechtigten von Grande Comore, Anjouan und Mohéli befürworteten mit grosser Mehrheit die Unabhängigkeit. Erster Staatspräsident der Komoren wird Ahmed Abdallah. Er wird knapp einen Monat später entmachtet. Zu den Hintermännern des Putsches gehört der französische Söldner Bon Denard.

Portugal/Portugiesisch-Timor

Das portugiesische Parlament ebnet den Weg für die Unabhängigkeit der autonomen Region und ehemaligen Überseeprovinz Portugiesisch-Timor (**11.7.1975**). Vorgesehen sind die Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung und eine dreijährige Übergangszeit bis zur Unabhängigkeit. Die Umsetzung scheitert an Machtkämpfen unter den Parteien Osttimors und der Einflussnahme Indonesiens.

São Tomé und Príncipe/Portugal

Die Inseln São Tomé und Príncipe (*Sao Tomé und Principe*) werden von Portugal unabhängig (**12.7.1975**). Erster Staatspräsident wird Manuel Pinto da Costa und erster Regierungschef Miguel Trovoadá. Einheitspartei ist der sozialistisch orientierte Movimento de Libertação de São Tomé e Príncipe (MLSTP).

Nigeria

Der nigerianische Staatspräsident, General Yakubu Gowon, wird von der Armee abgesetzt (**26.7.1975**). Gowon war seit August 1966 an der Macht. Sein Nachfolger wird Murtala Mohammed.

KSZE

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) verabschiedet in Helsinki die sogenannte Schlussakte (1.8.1975). 35 Staats- und Regierungschefs unterzeichnen die Schlussakte. Kernpunkte sind: Prinzipien zur Regelung des Zusammenlebens in Europa, Gewaltverzicht, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die KSZE-Schlussakte enthält auch Vereinbarungen über militärische Massnahmen der Vertrauensbildung.

China

Katastrophen/Unwetter/Dammbruch/Hungersnot

In der chinesischen Provinz Henan brechen nach einem Taifun und sintflutartigen Regenfällen 62 Staudämme, unter ihnen der Banqiao-Staudamm. Etwa 25 000 Menschen kommen in den Fluten ums Leben (**8.8.1975**). Durch die Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen kommt es zu einer Hungersnot, die über 140 000 Tote fordert.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der russische (sowjetische) Komponist Dmitri Schostakowitsch stirbt im Alter von 68 Jahren (**9.8.1975**).

Portugiesisch-Timor/Portugal

Machtkampf in Portugiesisch-Timor: Die konservative Partei União Democrática Timorense (UDT) versucht, die Macht zu ergreifen (**11.8.1975**), scheitert aber am bewaffneten Widerstand der linksgerichteten Frente Revolucionária de Timor-Leste Independente (Fretilin). Der Machtkampf mündet in einen mehrwöchigen Bürgerkrieg, der nach Schätzungen 1500 bis 3000 Tote fordert. Portugal zieht sich aus seiner ehemaligen Überseekolonie zurück. Der portugiesische Gouverneur verlässt die Hauptstadt Dili Ende August (26.8.1975).

Bangladesh

Der Präsident und Staatsgründer von Bangladesh, Sheikh Mujibur Rahman wird ermordet (**15.8.1975**). Die Armee übernimmt die Macht und verhängt das Kriegsrecht.

Peru

In Peru wird Machthaber General Juan Velasco Alvarado zum Rücktritt gezwungen (**29.8.1975**). Das Land bleibt unter Militärrherrschaft. Die Macht übernimmt General Francisco Morales Bermúdez.

Papua-Neuguinea/Australien

Bougainville/Republic of North Solomons

UNO

Papua-Neuguinea, das bisher von Australien verwaltete UNO-Treuhandgebiet im östlichen Teil der Insel Neuguinea wird unabhängig im Rahmen des britischen Commonwealth und mit Queen Elizabeth II, als Staatsoberhaupt (**16.9.1975**). Der Westteil der Insel (ehemals Niederländisch-Guinea) gehört zu Indonesien. Erster Premierminister wird der bisherige Chief Minister Michael Somare von der Pangu Party. Somare gilt als „Vater der Nation“. Er regiert das Land auch in den Jahren 1982 bis 1985 und 2002 bis 2011.

Separatisten erklären die zu Papua-Neuguinea gehörende Insel Bougainville unter dem Namen Republic of North Solomons für unabhängig (1.9.1975).

Portugal

Der wegen seiner radikalen Reformen unter Druck geratene portugiesische Ministerpräsident Vasco Gonçalves (*Goncalves*), dem enge Verbindungen zur Kommunistischen Partei nachgesagt werden, wird von gemässigt geltenden Offizieren und Politikern zum Rücktritt gezwungen (**19.9.1975**). Sein Nachfolger wird Vizeadmiral José Baptista Pinheiro de Azevedo.

Finnland

Die populistische Finnische Landpartei (SMP) muss bei der Parlamentswahl hohe Verluste in Kauf nehmen. Sie hat nur noch 2 Mandate (minus 16). Die Sozialdemokratische Partei (SDP) wird wie bei den letzten drei Wahlen stärkste Partei. Sie gewinnt 54 der 200 Mandate. Es folgen das linke Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes (SKDL) mit 40, die Zentrums Partei (KESK) mit 39 und die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK) mit 35 Mandaten (21. und **22.9.1975**).

Die neue Regierung – eine Grosse Koalition – wird vom früheren Regierungschef Martti Miettunen von der Zentrums Partei (KESK) gebildet. 1977 übernimmt der Sozialdemokrat Kalevi Sorsa die Leitung des Kabinetts.

Österreich

Die Parlamentswahl in Österreich bringt keine Sitzverschiebungen (**5.10.1975**). 93 Sitze gewinnt die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), 80 die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) und 10 die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Der Stimmenanteil der Sozialisten beträgt 50,4 Prozent (plus 0,4 Prozentpunkte), jener der Konservativen 42,9 (minus 0,2 Prozentpunkte) und die Freiheitlichen kommen auf 5,4 Prozent (minus 0,1 Prozentpunkte).

Inland/Grossbritannien

Island weitet seine nationale Fischereizone von 50 auf 200 Meilen aus (**15.10.1975**). Der sogenannte dritte Kabeljaukrieg bricht aus. Die britische Marine entsendet Kriegsschiffe zum Schutz der britischen Fischtrawler. Isländische Wachtschiffe setzen Netzschneider ein. Es kommt zu mehreren Schiffsrammungen. Vorübergehend bricht Island im Februar 1976 die diplomatischen Beziehungen zu Grossbritannien ab. Am 1. Juni 1976 wird der Konflikt beigelegt.

Spanisch-Sahara (Westsahara)

Spanien/Marokko/Mauretanien

Internationaler Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof weist Gebietsansprüche Marokkos und Mauretaniens auf Spanisch-Sahara zurück und bestätigt das Recht der sahrauischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung (**16.10.1975**).

Lateinamerikanisches Wirtschaftssystem/Sistema Económico Latinoamericano y del Caribe (Sela)

25 lateinamerikanische und karibische Staaten gründen das Lateinamerikanische Wirtschaftssystem: Sistema Económico Latinoamericano y del Caribe/Sela (**17.10.1975**).

Schweiz

Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz erreichen die Sozialdemokraten (SP) einen Stimmenanteil von fast 25 Prozent und gewinnen 9 Sitze hinzu. Sie bilden mit 55 Mandaten die stärkste Fraktion vor den Freisinnigen mit 47 Sitzen (minus 2) und den Christlichdemokraten (Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) mit 46 Sitzen (plus 2). Es folgen die Schweizerische Volkspartei (SVP) mit 21 (minus 2) und der Landesring der Unabhängigen (LdU) mit 11 Sitzen (minus 2). Die Republikanische Bewegung hat noch 4 (minus 3) und die Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat (NA) noch 2 Mandate (minus 2). Auf die übrigen Parteien entfallen 14 Mandate (**26.10.1975**).

Die 44 Mandate im Ständerat verteilen sich wie folgt: Christlichdemokraten (CVP): 17, Freisinnige (FDP): 15, Schweizerische Volkspartei (SVP): 5, Sozialdemokraten (SP): 5, Liberale Partei (LPS): 1, Landesring der Unabhängigen (LdU): 1.

Kuba/Angola

Kuba entsendet Kampftruppen nach Angola zur Unterstützung der kommunistischen Befreiungsbewegung Movimento Popular de Libertação de Angola /MPLA (**5.11.1975**).

Spanisch-Sahara (Westsahara)

Spanien/Marokko/Mauretanien/Algerien

Der marokkanische König Hassan II. lässt mit einem „Grünen Marsch“ mehrere hunderttausend Zivilisten die Grenze zu Spanisch-Sahara überschreiten, um seinen Anspruch auf das Gebiet zu untermauern (**6.11.1975**). Wenige Tage später (14.11.1975) erklärt sich Spanien zum Rückzug aus seiner Kolonie bis Ende Februar 1976 bereit. Marokko und Mauretanien sollen für eine Übergangszeit die Verwaltung der Westsahara übertragen werden. Marokkanische und mauretanische Truppen schaffen Fakten und besetzen die Westsahara. Der 1973 gegründete Frente Polisario (Frente Popular para la Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro) leistet bewaffneten Widerstand gegen die Besatzer. Zehntausende Sahrauis fliehen nach Algerien.

UNO/Israel

Die UNO-Vollversammlung bezeichnet auf Initiative arabischer Staaten in der Resolution 3379 den Zionismus als „eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung“ (**10.11.1975**). Die Entschliessung wird mit 72:35 Stimmen und 32 Enthaltungen angenommen. 1991 wird sie widerrufen.

Angola/Portugal/Südafrika/Kuba

Das bisherige portugiesische Überseegebiet Angola wird unabhängig (**11.11.1975**). Erster Staatspräsident wird Agostinho Neto, Vorsitzender der Befreiungsbewegung Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA). Die Rivalitäten der Befreiungsbewegungen MPLA, der antikommunistischen União Nacional da Independência Total de Angola (Unita) und der Frente Nacional de Libertação de Angola (FNLA) münden in einen jahrelangen Bürgerkrieg, in den auch Südafrika und Kuba direkt militärisch eingreifen.

Australien

Der australische Premierminister Gough Whitlam (Labor Party) wird vom Generalgouverneur wegen einer Verfassungskrise des Amtes enthoben (**11.11.1975**). Der Generalgouverneur beauftragt Malcolm Fraser von der oppositionellen Liberal Party mit der Führung der Regierung.

G-6/G-7

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Frankreich/Grossbritannien/Italien/Japan/Kanada/USA

Erster Weltwirtschaftsgipfel im Schloss Rambouillet bei Paris (**15.11.1975**). Teilnehmer sind: die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan und die USA. Im folgenden Jahr stösst Kanada zum Kreis der Teilnehmerstaaten. Aus G-6 (Group of Six) wird G-7.

Spanien

Der spanische Machthaber, General Francisco Franco, stirbt im Alter von 82 Jahren (**20.11.1975**). Franco herrschte fast vier Jahrzehnte über das Land.

Spanien

Spanien hat wieder einen König: Zwei Tage nach dem Tod von General Francisco Franco wird Prinz Juan Carlos als König vereidigt (**22.11.1975**). Es beginnt die Ära des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie (transición). Der Monarch ebnet den Weg für eine demokratische Entwicklung des Landes.

Portugal

In Portugal wird ein Aufstand linker Offiziere niedergeschlagen (**25.11.1975**). Moderate Offiziere unter Führung von Oberstleutnant António Ramalho Eanes vereiteln den Putsch. Die radikalen linken Kräfte müssen sich geschlagen geben. Die revolutionäre Phase der „Nelkenrevolution“ geht zu Ende.

Operación Cóndor (Operation Condor)

Die sechs lateinamerikanischen Staaten Argentinien, Chile, Paraguay, Uruguay, Bolivien und Brasilien beschliessen eine enge Zusammenarbeit ihrer Geheimdienste bei der Verfolgung von Regimekritikern (**25.11.1975**). Die Operación Cóndor (Operation Condor) wird von den USA unterstützt.

Suriname/Niederlande

Die Niederlande entlassen Suriname in die Unabhängigkeit (**25.11.1975**). Erster Staatspräsident wird der bisherige Generalgouverneur Johan Ferrier von der National Party (NPS). Die Regierung wird von Henck Arron geleitet.

Portugiesisch-Timor/Osttimor (Timor-Leste)/Indonesien/Portugal

Nach dem Rückzug der portugiesischen Kolonialverwaltung aus Osttimor proklamiert die linksgerichtete Frente Revolucionária de Timor-Leste Independente (Fretilin) die Unabhängigkeit (**28.11.1975**). Als erster Präsident der Demokratischen Republik Osttimor (Timor-Leste) wird Francisco Xavier do Amaral vereidigt. Neun Tage später (7.12.1975) interveniert die indonesische Armee in Osttimor und besetzt den Ostteil der Insel Timor (der Westteil der Insel gehört zu Indonesien).

Neuseeland

In Neuseeland kehrt die National Party nach dreijährigem Unterbruch an die Macht zurück. Bei der Parlamentswahl gewinnt sie 55 (plus 23) der 87 Mandate. Die Labour Party erhält 32 Sitze (**29.11.1975**).

Dahomey/Benin

Dahomey wird in Benin umbenannt (**30.11.1975**).

Laos

In Laos übernimmt die aus der kommunistischen Bewegung Pathet Lao hervorgegangene Revolutionäre Volkspartei die Macht. Die Monarchie wird abgeschafft und die Volksrepublik Laos proklamiert. Laos wird ein Einparteistaat. Erster Staatspräsident der Volksrepublik wird Souvanna Vong, als „Roter Prinz“ bekannt. Die Macht liegt in den Händen der Revolutionären Volkspartei mit Generalsekretär Kaysone Phomvihane an der Spitze (**2.12.1975**).

Niederlande/Südmolukken/Molukker

In den Niederlanden bringen molukkische Jugendliche einen Regionalzug in ihre Gewalt (**2.12.1975**). Sie fordern unter anderem Gespräche zwischen der südmolukkischen Exilregierung und der Regierung der Niederlande über die Anerkennung der 1950 von Sezessionisten ausgerufenen Republik der Südmolukken (Republik Maluku Selatan). Die Geiselnahme endet nach 13 Tagen. Der Lokführer und zwei weitere Geiseln werden ermordet.

In den Niederlanden leben rund 30 000 Molukker. Die indonesische Armee hatte 1950 die Rebellion der nach Unabhängigkeit strebenden Molukker gewaltsam niedergeschlagen. Tausende Molukker, die in der niederländischen Kolonialarmee gedient hatten, emigrierten mit ihren Familien in die Niederlande. Ihre Integration erwies sich als schwierig.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die deutsch-US-amerikanische Publizisten und politische Theoretikerin Hannah Arendt stirbt im Alter von 69 Jahren (**4.12.1975**).

Osttimor/Indonesien

Die indonesische Armee interveniert in Osttimor und besetzt den Ostteil der Insel (der Westteil der Insel gehört zu Indonesien). Indonesien rechtfertigt das Vorgehen mit der Bedrohung der regionalen Stabilität (**7.12.1975**). Als Vorwand gilt die Machtergreifung in Osttimor durch die als kommunistisch eingestufte Partei Frente Revolucionária de Timor-Leste Independente (Fretilin). Der UNO-Sicherheitsrat fordert Indonesien zum Rückzug aus Osttimor aus. Die Besetzung Osttimors dauert 24 Jahre. Die bis 1999 dauernde Besatzungszeit ist geprägt durch massive Repression und Menschenrechtsverletzungen des indonesischen Militärs und pro-indonesischer Milizen. Dabei starben insgesamt etwa 200 000 Menschen.

Friedensnobelpreis

Sowjetunion

Der sowjetische Menschenrechtskämpfer Andrei Sacharow, ehemals Atomphysiker und „Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe“, wird mit den Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1975**). Sacharow darf die Sowjetunion nicht verlassen. Seine Frau Jelena Bonner nimmt den Preis entgegen.

Literaturnobelpreis

Italien

Der italienische Schriftsteller Eugenio Montale wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1975**).

Oman

Der Sultan von Oman, Qabus bin Said al-Said, erklärt den vor mehr als zehn Jahren ausgebrochenen Aufstand in der Region Dhofar für beendet (**11.12.1975**). In einem im März 1975 unterzeichneten Friedensabkommen hatte der Sultan den Kämpfern der Popular Front for the Liberation of Oman and the Arabian Gulf/PFLOAG Amnestie versprochen.

Neuseeland

David Muldoon von der National Party wird neuer neuseeländischer Premierminister (**12.12.1975**).

Australien

Erdrutschsieg für die Liberal Party bei der Parlamentswahl in Australien. Die Liberal Party von Malcolm Fraser – am 11. November vom Generalgouverneur als Nachfolger von Gough Whitlam eingesetzt – gewinnt 91 (plus 30) der 127 Mandate des Repräsentantenhauses. Die Labor Party verliert 30 Sitze und ist nur noch mit 36 Abgeordneten vertreten (**13.12.1975**).

Österreich

Opec/„Carlos“

Terroristen überfallen in Wien eine Konferenz der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec) und bringen Dutzende Personen, unter ihnen elf Minister, in ihre Gewalt (**21.12.1975**). Drei Menschen kommen bei dem Überfall ums Leben. Angeführt wird das Terrorkommando, das sich „Arm der arabischen Revolution nennt“, vom Venezolaner Ilich Ramírez Sánchez alias „Carlos“. Die Terroristen erzwingen die Verlesung eines Communiqués im Radio. Am Tag fliegen sie in Begleitung von 33 Geiseln mit einem österreichischen Flugzeug nach Algerien und Libyen. Die Geiseln werden freigelassen; die Terroristen können unbehelligt untertauchen.

Indien

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einer Bergbaukatastrophe im indischen Unionsstaat Jharkhand kommen 372 Menschen ums Leben (**27.12.1975**).

1976

Venezuela

In Venezuela wird die Erdölindustrie verstaatlicht (1.1.1976).

China

Der langjährige chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai stirbt im Alter von 77 Jahren (8.1.1976). Sein Nachfolger wird Hua Guofeng.

Norwegen

Der norwegische Ministerpräsident Trygve Bratelli tritt zurück (9.1.1976). Sein Nachfolger wird Odvar Nordli. Wie sein Vorgänger leitet er eine Regierung der Arbeiterpartei.

Ecuador

Militärputsch in Ecuador: General Guillermo Rodríguez Lara, der 1972 an die Macht gelangte, wird von den Kommandanten der drei Waffengattungen Heer, Marine und Luftwaffe abgesetzt (11.1.1976). An der Spitze des bis 1979 regierenden Consejo Supremo de Gobierno steht Admiral Alfredo Poveda. Die neuen Machthaber versprechen die Rückkehr zur Demokratie.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die britische Schriftstellerin Agatha Christie stirbt im Alter von 85 Jahren (12.1.1976).

Malaysia

Hussein Onn wird Nachfolger des verstorbenen malaysischen Premierministers Abdul Razak (15.1.1976).

Algerien/Marokko/Westsahara

Marokkanische und algerische Streitkräfte liefern sich Gefechte um die in Westsahara gelegene Oase Amgala (27.1.1976). Algerien unterstützt die für die Unabhängigkeit des ehemaligen Gebiet Spanisch-Sahara kämpfende Befreiungsfront Polisario. Die algerischen Streitkräfte müssen sich zurückziehen. Wenige Wochen später (7.3.1976) brechen Algerien und Marokko ihre diplomatischen Beziehungen ab. Erst 1988 werden die Beziehungen wieder aufgenommen.

Guatemala

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben in Guatemala fordert rund 23 000 Tote (4.2.1976).

Österreich

Olympische Spiele

In Innsbruck finden die XII. Olympischen Winterspiele statt (4.2.1976).

Nigeria

Nur ein halbes Jahr nach seiner Machtergreifung durch einen Armeeputsch kommt der nigerianische Präsident Murtala Mohammed bei einem Putschversuch ums Leben. Neuer militärischer Machthaber wird Olusegun Obasanjo (13.2.1976).

Kuba

Kuba erhält eine neue Verfassung. Sie wird in einer Volksabstimmung mit 99 Prozent Ja-Stimmen gutgeheißen (15.2.1976).

Island/Grossbritannien

Island bricht wegen des Fischereikonflikts mit London die diplomatischen Beziehungen zu Grossbritannien vorübergehend ab (19.2.1976).

Demokratische Arabische Republik Sahara

Westsahara

Marokko/Mauretanien/Algerien

Nach dem Rückzug Spaniens aus der Westsahara (Spanisch-Sahara) und der Annektierung durch Marokko (nördliche zwei Drittel) und Mauretanien (südliches Drittel) ruft die Befreiungsfront Polisario die Demokratische Arabische Republik Sahara aus und bildet eine Exilregierung im algerischen Tindouf (27.2.1976).

Italien

Katastrophen/Seilbahnkatastrophen

In den italienischen Dolomiten, zwischen der Alpe di Cermis und Cavalese, stürzt eine vollbesetzte Seilbahnkabine ab. 42 Menschen kommen dabei ums Leben (9.3.1976).

Grossbritannien

Der britische Premierminister Harold Wilson (Labour Party) tritt zurück (16.3.1976).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der italienische Filmregisseur Luchino Visconti stirbt im Alter von 69 Jahren (**17.3.1976**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer“ mit 66,3 Prozent sowie die Volksinitiative für gerechtere Besteuerung und Abschaffung der Steuerprivilegien mit 57,8 Prozent Nein-Stimmen ab (**21.3.1976**).

Argentinien

Putsch in Argentinien: Eine Militärjunta unter Führung von General Jorge Rafael Videla übernimmt die Macht (**24.3.1976**). Die Militärmachthaber lösen das Parlament auf, verbieten Parteien und Gewerkschaften und führen einen sieben Jahre dauernden „schmutzigen Krieg“ gegen Oppositionelle und Kritiker. Schätzungsweise 30 000 Menschen werden in dieser Zeit entführt, ermordet oder verschwinden spurlos (desaparecidos). „Es müssen so viele Menschen wie nötig in Argentinien sterben, damit das Land wieder sicher wird“, erklärte Videla vor dem Putsch. Ab Ende April 1977 demonstrieren in Buenos Aires jeden Donnerstag die „Madres de Plaza de Mayo“ gegen den Terror des Regimes.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der deutsche Maler, Bildhauer und Lyriker Max Ernst stirbt im Alter von 84 Jahren (**1.4.1976**).

Portugal

Portugal erhält zwei Jahre nach der „Nelkenrevolution“ eine neue Verfassung (**2.4.1976**).

Kambodscha/Kampuchea

Khieu Samphan, einer der Anführer der Roten Khmer, wird neuer Vorsitzender des Staatspräsidiums von Kampuchea (Kambodscha) anstelle von Prinz Norodom Sihanouk (**4.4.1976**).

Grossbritannien

Der britische Aussenminister James Callaghan wird neuer Premierminister (**5.4.1976**).

Portugal

In Portugal finden die ersten freien Parlamentswahlen seit rund 50 Jahren statt. Die Sozialistische Partei (Partido Socialista/PS) wird mit einem Stimmenanteil von 34,89 Prozent und 107 von 263 Mandaten die stärkste politische Kraft. Die Demokratische Volkspartei (Partido Popular Democrata/PPD), Vorgängerin der Sozialdemokratischen Partei (Partido Social Democrata – PSD), erhält 73 Sitze. Es folgen das konservative Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) mit 42 und die Kommunistische Partei (Partido Comunista Português/PCP) mit 40 Mandaten (**25.4.1976**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der deutsche Dichter Eugen Roth stirbt im Alter von 81 Jahren (**28.4.1976**).

Italien

Katastrophen/Erdbeben

Bei einem schweren Erdbeben in der italienischen Region Friaul-Julisch-Venetien kommen nahezu 1000 Menschen ums Leben (**6.5.1976**).

Spanien

Katastrophen/Schiffskatastrophen/Umweltkatastrophen

Vor der nordspanischen Hafenstadt La Coruña zerschellt der spanische Tanker „Urquillo“. Mehr als 100 000 Tonnen Öl werden an die Küste gespült (**12.5.1976**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der deutsche Philosoph Martin Heidegger stirbt im Alter von 86 Jahren (**26.5.1976**).

Libanon/Syrien

Syrien greift zugunsten christlicher Milizen in den Bürgerkrieg in Libanon ein und entsendet Truppen – zunächst 12 000 Mann – in das Nachbarland (**1.6.1976**). Die Arabische Liga legitimiert an einer Gipfelkonferenz in Riad (17.10.1976) die syrische Armeepräsenz im Rahmen einer Arab Defence Force.

Uruguay

Der uruguayische Staatspräsident Juan María Bordaberry wird von der Armeeführung zum Rücktritt gezwungen (**12.6.1976**). Sein Nachfolger Alberto Demichelli wird nach wenigen Wochen ebenfalls abgesetzt. Danach folgen bis Ende der Diktatur im Jahr 1985 Aparicio Méndez und Gregorio Alvarez (*Alvarez*).

Südafrika

In Soweto, einer Township von Johannesburg, protestieren Tausende von Schülern und Studenten gegen die Einführung von Afrikaans als Unterrichtssprache (**16.6.1976**). Die Polizei geht mit Gewalt gegen die Jugendlichen

vor. Die darauf folgenden Unruhen fordern Hunderte von Toten. Soweto wird zum Symbol im Kampf gegen die Apartheid.

Jamaika

In Jamaika verhängt die Regierung nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der regierenden linken People's National Party und der oppositionellen konservativen Jamaica Labour Party den Ausnahmezustand (**19.6.1976**).

Italien

Eurokommunismus

Bei der Parlamentswahl in Italien erhält die Kommunistische Partei Partito Comunista Italiano (PCI) mit 34,37 Prozent den bisher höchsten Stimmenanteil und liegt an zweiter Stelle hinter der führenden Democrazia Cristiana (DC), die auf 38,71 Prozent kommt. Die Christlichdemokraten gewinnen 263 der 630 Sitze im Abgeordnetenhaus und die Kommunisten 227. Es folgen die Sozialisten (Partito Socialista Italiano (PSI) mit 57 Mandaten (**20.6.1976**). PCI-Generalsekretär Enrico Berlinguer, Protagonist des Eurokommunismus (Bekenntnis zu Demokratie und Parteienpluralismus), sucht den „historischen Kompromiss“ mit den Christlichdemokraten und stützt die Minderheitsregierung der Democrazia Cristiana. Eine von den Kommunisten erhoffte direkte Regierungsbeteiligung kommt nicht zustande.

Uganda

Der ugandische Machthaber Idi Amin lässt sich zum Präsidenten auf Lebenszeit ernennen (**25.6.1976**).

Portugal

Der parteilose General António Ramalho Eanes geht mit einem Stimmanteil von 61,59 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Portugal hervor (**27.6.1976**). Otelo Saraiva de Carvalho, der „Revolutionsheld“ von 1974, erhält 16,46 Prozent der Stimmen.

Seychellen/Grossbritannien

Die im Indischen Ozean gelegene Inselgruppe der Seychellen, bisher britische Kronkolonie, wird unabhängig (**29.6.1976**). Erster Staatspräsident wird James Mancham.

Eurokommunismus

Italien/Frankreich/Spanien/Sowjetunion

An der Konferenz europäischer Kommunistischer Parteien in Ostberlin lehnen die Eurokommunisten (Italien, Frankreich, Spanien) den Führungsanspruch der Sowjetunion ab und bekennen sich zu den Grundsätzen der bürgerlichen Demokratie (**30.6.1976**).

Vietnam (Sozialistische Republik Vietnam)

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam/Nordvietnam)

Vietnam (Republik Südvietnam)

Südvietnam und Nordvietnam – die Republik Südvietnam und die Demokratische Republik Vietnam – werden zur Sozialistischen Republik Vietnam vereinigt (**2.7.1976**). Die Macht liegt in den Händen der Kommunistischen Partei, angeführt von Le Duan.

Erster Staatschef der Sozialistischen Republik Vietnam wird Ton Duc Thang. Die Regierung leitet der bisherige nordvietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong.

Spanien

Der spanische König Juan Carlos beauftragt Adolfo Suárez (*Suarez*) mit der Bildung einer Übergangsregierung und mit der Durchführung demokratischer Reformen (**4.7.1976**). Suárez ersetzt den zurückgetretenen Regierungschef Carlos Arias Navarro.

Flugzeugentführungen

israelisch-palästinensischer Konflikt

Uganda

Ein israelisches Sonderkommando befreit auf dem Flughafen von Entebbe in Uganda über 100 Geiseln – vor allem Israeli und französische Juden – aus der Gewalt von Luftpiraten (**4.7.1976**). Palästinensische und deutsche Terroristen hatten die Air-France-Maschine auf dem Flug von Tel Aviv nach Paris nach einem Zwischenhalt in Athen entführt.

Mexiko

In Mexiko wird José López Portillo (*Lopez Portillo*) vom regierenden Partido Revolucionario Institucional (PRI) ohne Gegenkandidatur zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**4.7.1976**).

Italien

Katastrophen/Umweltkatastrophen/Chemiekatastrophen

Nach einer Explosion in einer Chemiefabrik der Firma Icmesa nahe der norditalienischen Gemeinde Seveso gelangen grosse Mengen Dioxin in die Umwelt (**10.7.1976**). Etwa 200 Menschen, vor allem Kinder, erkrankten an Chlorakne. Seveso gilt als einer der folgenschwersten Chemieunfälle des 20. Jahrhunderts. Icmesa ist ein Tochterunternehmen des Chemie- und Pharmakonzerns Hoffmann-LaRoche.

Am 24.9.1983 verurteilt ein Gericht in Monza fünf Mitarbeiter zu Freiheitsstrafen von zweieinhalb bis zu fünf Jahren. Die Strafen werden zur Bewährung ausgesetzt. In aussergerichtlichen Verfahren erhalten die betroffenen Gemeinden von Icemsa Entschädigungen.

Osttimor/Indonesien

Indonesien annektiert das ehemalige portugiesische Überseegebiet Osttimor als 27. Provinz. Die Provinz heisst Timor Timur (**17.7.1976**).

Kanada/Neuseeland/Südafrika

Olympische Spiele

In Montreal finden die XXI. Olympischen Sommerspiele statt (**17.7.1976**). 30 Länder boykottieren die Spiele, da Neuseeland mit der Tour seiner Rugby-Mannschaft in Südafrika den Sportbann gegen das Apartheidregime gebrochen hatte. Das Internationale Olympische Komitee lehnt eine Sperre Neuseelands ab. Südafrika war ab 1964 von den Olympischen Spielen ausgeschlossen worden.

Portugal

Mário Soares, Gründer des Partido Socialista (PS), wird neuer portugiesischer Ministerpräsident (**23.7.1976**).

China

Katastrophen/Erdbeben

Ein Erdbeben verwüstet die chinesische Stadt Tangshan. Nach amtlichen Angaben kommen über 240 000 Menschen ums Leben. Nach anderen Schätzungen sind es bis zu 650 000 Tote (**28.7.1976**). Es handelt sich um das folgenschwerste Erdbeben des 20. Jahrhunderts.

Italien

Der Christdemokrat Giulio Andreotti wird drei Jahre nach seinem Rücktritt erneut Italiens Ministerpräsident (**29.7.1976**). Seine Minderheitsregierung wird von der Kommunistischen Partei (Partito Comunista Italiano/PCI) geduldet. Die auf Reformkurs befindlichen Kommunisten hatten sich eine direkte Regierungsbeteiligung erhofft („historischen Kompromiss“).

Spanien

In Spanien wird eine Teilamnestie für politische Häftlinge proklamiert. Unter die Amnestie fallen alle politischen Vergehen mit Ausnahme jener, die Menschenleben in Gefahr gebracht haben (**30.7.1976**).

Trinidad und Tobago/Grossbritannien

Der Karibikstaat Trinidad und Tobago trennt sich von der britischen Monarchie und wird eine Republik (**1.8.1976**). Erster Staatspräsident wird der bisherige Generalgouverneur Ellis Clark. Die politische Macht übt der Premierminister bzw. die Premierministerin aus.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichisch-deutsch-US-amerikanische Filmregisseur Fritz Lang stirbt im Alter von 85 Jahren (**2.8.1976**).

Schweiz/Sowjetunion

Spionageaffäre in der Schweiz: Brigadier Jean-Louis Jeanmaire wird von der Bundespolizei in Lausanne verhaftet. Er soll militärische Geheimnisse an die Sowjetunion verraten haben (**9.8.1976**).

Philippinen

Katastrophen/Erdbeben/Tsunami

Bei einem Erdbeben und Tsunami auf der philippinischen Insel Mindanao kommen rund 8000 Menschen ums Leben (**16.8.1976**).

Korea (Nordkorea)

USA

„Axt-Zwischenfall“: Nordkoreanische Armeeeingeborene töten in der entmilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südkorea mit der Axt zwei US-Soldaten, die einen Baum zurückschneiden wollten (**18.8.1976**).

Frankreich

Der parteilose Wirtschaftswissenschaftler Raymond Barre wird neuer französischer Premierminister (**25.8.1976**).

Zypern

Bei der Parlamentswahl in Zypern gewinnt die vor wenigen Monaten von Spyros Kyprianou gegründete Demokratische Partei (Diko) auf Anhieb 21 de 35 Sitze. Die Einheitspartei (Eniaon), Siegerin der Wahlen von 1970, wurde aufgelöst. Zweitstärkste Kraft ist die kommunistische Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (Akel) mit 9 Mandaten (**5.9.1976**).

China

Der chinesische Revolutionsführer und Parteivorsitzende Mao Zedong stirbt im Alter von 82 Jahren (**9.9.1976**). Mit dem Tod des Gründers der Volksrepublik China endet eine politische Ära. An die Spitze der Kommunistischen Partei tritt Hua Guofeng.

Schweden

In Schweden verdrängen die Mitte-rechts-Parteien die Sozialdemokraten von der Macht (**19.9.1976**). Die Sozialdemokraten bilden zwar nach der Reichstagswahl mit 152 Sitzen (minus 4) nach wie vor die stärkste Fraktion, doch die Zentrumsparter mit 86 (minus 4), die Moderate Sammlungsparter mit 55 (plus 4) und die Volksparter mit 39 (plus 5) Mandaten erobern zusammen 180 der 349 Sitze und damit die Mehrheit.

Chile/USA

Der im Exil in den USA lebende frühere chilenische Aussenminister Orlando Letelier kommt bei einem Bombenanschlag in Washington ums Leben (**21.9.1976**). Verübt wird der Anschlag durch Agenten des chilenischen Geheimdienstes.

Libanon

Élias Sarkis wird neuer libanesischer Staatspräsident (**23.9.1976**).

Schweiz

Zum zweiten Mal nach 1957 lehnen die Schweizer Stimmberechtigten einen Verfassungsartikel über Radio und Fernsehen ab. Diesmal mit 56,7 Prozent Nein-Stimmen (**26.9.1976**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Trotz Stimmenverlusten behaupten sich bei der Bundestagswahl in Deutschland die bisher regierenden Sozialdemokraten (SPD) und Freien Demokraten (FDP). Sie erhalten 42,6 bzw. 7,9 Prozent der Stimmen (minus 3,2 bzw. 0,5 Prozentpunkte). Die Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – erhalten 48,6 Prozent (plus 3,7 Prozentpunkte) und bilden mit 254 von 518 Mandaten wieder die stärkste Fraktion. 224 Sitze erobern die Sozialdemokraten und 40 die Freien Demokraten (**3.10.1976**).

China

In China wird die „Viererbande“, die Fraktion mächtiger linksradikaler Kommunisten und die Speerspitze der Kulturrevolution, zerschlagen (**6.10.1976**). Ihre Mitglieder – Jiang Qing, (Witwe des verstorbenen Parteivorsitzenden Mao Zedong), Yao Wenyuan (Politbüromitglied), Zhang Chunqiao (stellvertretender Ministerpräsident) und Wang Hongwen (stellvertretender Parteivorsitzender) – werden verhaftet. Die Zerschlagung der „Viererbande“ markiert das Ende der „Grossen Proletarischen Kulturrevolution“.

Thailand

Bei einem Massaker auf dem Campus der Thammasat-Universität in Bangkok kommen nach offiziellen Angaben über 40 Menschen ums Leben. Vermutlich liegt die Anzahl der Toten bei über hundert. Sicherheitskräfte und radikale paramilitärische Gruppen wie die „Roten Büffel“ attackieren Studenten, die gegen die Rückkehr des gestürzten ehemaligen Regierungschefs Thanon Kittikachorn aus dem Exil protestieren (**6.10.1976**). Tausende Studenten werden verhaftet.

Noch am gleichen Tag übernimmt in Thailand das Militär die Macht und beendet eine dreijährige demokratische Phase. Erst 1988 kommt wieder eine Zivilregierung ans Ruder.

Schweden

Schweden erhält die erste nicht-sozialdemokratische Regierung seit 40 Jahren. Thorbjörn Fälldin von der Zentrumsparter wird neuer Ministerpräsident. Der Dreierkoalition gehören neben der Zentrumsparter auch die Moderate Sammlungsparter und die Volksparter an (**8.10.1976**).

Spanien

In Spanien schliessen sich mehrere rechtskonservative Gruppierungen zur Alianza Popular (AP) zusammen (**9.10.1976**). Erster Generalsekretär (nach der Parteigründung am 5. Mai 1977) wird Manuel Fraga Iribarne, Informations- und Tourismusminister in der Franco-Ära sowie Vizeministerpräsident und Innenminister vom Dezember 1975 bis Juli 1976. Die Alianza Popular gilt als Sammelbecken ehemaliger Eliten des Franco-Regimes.

Irland

Der irische Staatspräsident Cearbhall Ó Dáileigh (*Cearbhall O Daleigh*) tritt nach innenpolitischen Auseinandersetzungen nach erst knapp zweijähriger Amtszeit zurück (**22.10.1976**). Sein Nachfolger wird der ehemalige Aussenminister Patrick Hillary von der Partei Fianna Fáil.

Südafrika/Transkei/Bophutatswana/Venda/Ciskei

Das südafrikanische Homeland Transkei wird formell unabhängig (**26.10.1976**). Drei weitere Homeland erhalten bis 1981 die Unabhängigkeit: Bophutatswana (6.12.1977), Venda (13.9.1979) und Ciskei (4.12.1981). Sie werden international jedoch nicht anerkannt. Nach dem Ende des Apartheidregimes werden die Homeland in die Republik eingegliedert.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Der DDR-Staatsratsvorsitzende Willi Stoph tritt zurück (**29.10.1976**). Sein Nachfolger wird SED-Chef Erich Honecker, der damit gleichzeitig Staats- und Parteichef ist. Willi Stoph übernimmt ab 1. November 1976 zum zweiten Mal das Amt des Ministerpräsidenten.

Burundi

Der burundische Staatschef Michel Micombero wird von der Armee gestürzt (**1.11.1976**). Neuer Machthaber wird Oberst Jean-Baptiste Bagaza.

USA

Der Demokrat Jimmy Carter, ehemaliger Gouverneur von Georgia, wird zum neuen US-Präsidenten gewählt (**2.11.1976**). Das Nachsehen hat der bisher amtierende Präsident Gerald Ford, Nachfolger des 1974 wegen der Watergate-Affäre zurückgetretenen Präsidenten Richard Nixon. Jimmy Carter erhält 297 Elektorenstimmen und 50,1 Prozent der Wählerstimmen, Gerald Ford 240 Elektorenstimmen und 48 Prozent der Wählerstimmen. Neuer Vizepräsident an der Seite von Carter wird Walter Mondale.

Bei den Kongresswahlen kommt es nur zu kleinen Verschiebungen. Die Demokraten verteidigen in beiden Häusern ihre Mehrheit. Im Senat haben die Demokraten 61 und die Republikaner 38 Mandate. Hinzu kommt ein Unabhängiger. Die Conservative Party of New New York ist nicht mehr vertreten. Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 292 Abgeordneten (plus 1) und die Republikaner mit 143 (minus 1) vertreten.

Nicaragua

Carlos Fonseca, Gründer der nicaraguanischen Widerstandsbewegung Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN), kommt bei einem Zusammenstoß mit der Nationalgarde ums Leben (**8.11.1976**).

Kanada/Quebec

Bei der Parlamentswahl in der kanadischen Provinz Quebec verdrängt der secessionistische Parti québécois den Parti libéral von der Macht. Die Partei von René Lévesque gewinnt 71 (plus 65) der 110 Mandate. Der Parti libéral von Robert Bourassa muss sich mit 26 Mandaten (minus 76) begnügen (**15.11.1976**). René Lévesque bleibt bis 1985 Regierungschef von Quebec.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Schauspieler Jean Gabin stirbt im Alter von 72 Jahren (**15.11.1976**).

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Der Liedermacher und Lyriker Wolf Biermann wird von der DDR ausgebürgert. Die Behörden verweigern ihm nach einem Auftritt in Köln die Wiedereinreise in die Deutsche Demokratische Republik (**16.11.1976**).

Spanien

In Spanien kommen die von der neuen Regierung angekündigten Reformen in Gang. Das Ständeparlament – die Cortes – verabschiedet das Gesetz über die politische Reform und besiegelt damit das Ende des Franquismus (**18.11.1976**). Das Ständeparlament wird durch ein Zweikammerparlament ersetzt: Congreso de los Diputados (Abgeordnetenhaus) und Senado (Senat).

Kuba

In Kuba wird das Amt des Ministerpräsidenten abgeschafft. Revolutionsführer Fidel Castro wird Vorsitzender des Staatsrates – presidente de los Consejos de Estado y de ministros de la Republica de Cuba (**2.12.1976**).

Zentralafrikanische Republik/Zentralafrikanisches Kaiserreich

Der Präsident der Zentralafrikanischen Republik, Jean Bedel Bokassa, verfügt die Umbenennung seines Landes in Zentralafrikanisches Kaiserreich und ernennt sich zum Kaiser (**4.12.1976**). Die Krönungsfeierlichkeit findet ein Jahr später (4.12.1977) statt.

Indonesien/Aceh

In der indonesischen Provinz Aceh an der Nordwestspitze Sumatras rufen Sezessionisten unter Führung von Hasan di Tuto die Unabhängigkeit und damit die Abspaltung von Indonesien aus (**4.12.1976**). Die Bewegung Freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka) führt einen jahrzehntelangen Guerillakrieg gegen die indonesischen Streitkräfte. Zwischen 1989 und 1998 ist Aceh offiziell militärisches Operationsgebiet. Tausende Menschen kommen ums Leben.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Komponist und Dirigent Benjamin Britten stirbt im Alter von 63 Jahren (**4.12.1976**).

Frankreich

Der französische Ex-Premierminister Jacques Chirac gründet das Rassemblement pour la République (RPR), eine bürgerliche Partei, in der die gaullistische Union des démocrates pour la République (UDR) aufgeht (**5.12.1976**).

Japan

Wegen der Lockheed-Affäre verliert die in Japan seit 1955 regierende Liberaldemokratische Partei erstmals ihre Mehrheit im Unterhaus, bleibt aber stärkste Kraft. Sie gewinnt 249 (minus 22) der 511 Sitze im Unterhaus (**5.12.1976**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative zur Einführung der 40-Stunden-Woche mit 78 Prozent Nein-Stimmen ab (**5.12.1976**).

Literaturnobelpreis

USA

Der US-amerikanische Schriftsteller Saul Bellow wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1976**).

Schweiz/Atomwaffensperrvertrag

Das Schweizer Parlament stimmt dem Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag – Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons/NPT – von 1968 zu (**14.12.1976**). Die Ratifikationsurkunde wird 9. März 1977 hinterlegt.

Spanien

Die Bevölkerung Spaniens stimmt dem Gesetz über die politische Reform mit 94 Prozent Ja-Stimmen zu (**15.12.1976**).

Philippinen

Die philippinische Regierung und die Moro National Liberation Front (MNLF) unter Führung von Nur Misuari unterzeichnen in der libyschen Hauptstadt Tripolis ein Abkommen, das 13 muslimischen Provinzen im Süden der Philippinen Teilautonomie gewähren soll (**23.12.1976**). Einen Monat später tritt ein Waffenstillstand in Kraft. Die MNLF verzichtet auf ihre Forderung nach einer unabhängigen Bangsa Moro Republik. Enttäuschte Anhänger spalten sich von der MNLF ab, gründen die New Moro National Liberation Front und 1984 unter Führung von Salamat Hashim die Moro Islamic Liberation Front (MILF). Die Umsetzung des Tripolis-Abkommens scheitert.

Japan

Wechsel an der Regierungsspitze in Japan: Fukuda Takeo wird neuer Vorsitzender der regierenden Liberaldemokratischen Partei und neuer Ministerpräsident (**24.12.1976**).

1977

Tschechoslowakei

Bürgerrechtler veröffentlichen die „Charta 77“, ein Manifest, das die Einhaltung der in der KSZE-Schlussakte verankerten Grund- und Menschenrechte verlangt (**1.1.1977**). Unter der Bezeichnung „Charta 77“ entsteht die bekannteste Oppositionsbewegung der Tschechoslowakei.

EG

Der britische Politiker Roy Jenkins wird neuer Kommissionspräsident der Europäischen Gemeinschaften – EG (**6.1.1977**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schriftsteller Carl Zuckmayer stirbt im Alter von 80 Jahren (**18.1.1977**).

USA

Cyrus Vance wird neuer US-Aussenminister (**23.1.1977**).

Spanien

Der Partido Socialista Obrero Español (PSOE) wird legalisiert (**10.2.1977**). Vorsitzender ist Felipe González (*Gonzalez*). An einem Sonderparteitag im September 1979 streicht der PSOE den Marxismus aus seinem Parteiprogramm und definiert sich als demokratische, föderalistische Partei.

Dänemark

In Dänemark bauen die Sozialdemokraten bei der Parlamentswahl ihre Position als führende Kraft aus. Sie gewinnen 65 (plus 12) Mandate. Den zweiten Platz sichert sich die Fortschrittspartei mit 26 (plus 2) Sitzen. Wahlverliererin ist die liberale Venstre. Sie hat nur noch 21 (minus 21) Sitze (**15.2.1977**).

Äthiopien

Mengistu Haile Mariam wird Vorsitzender des Militärrates in Äthiopien (Derg) und damit neuer Machthaber (**11.2.1977**). Mengistu errichtet ein kommunistisch-totalitäres Regime. Dem „roten Terror“ fallen Tausende von Regimegegnern zum Opfer. Mengistu wird von der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten unterstützt.

El Salvador

Carlos Humberto Romero vom regierenden Partido de Concertación Nacional (PCN) geht laut offiziellen Angaben mit einem Stimmenanteil von 67,30 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in El Salvador hervor (**20.2.1977**). Die Opposition fühlt sich betrogen. Zehntausende Menschen demonstrieren. Mehrere Menschen kommen ums Leben.

Eurokommunismus

Spanien/Italien/Frankreich

In Madrid findet das erste eurokommunistische Gipfeltreffen statt. Teilnehmer sind der Spanier Santiago Carrillo, der Italiener Enrico Berlinguer und der Franzose Georges Marchais (**2.3.1977**).

Libyen

Die Arabische Republik Libyen wird in Grosse Sozialistische Libysch-Arabische Volksjamahirya umbenannt (**2.3.1977**). Der nach dem Umsturz im Jahr 1969 gebildete Revolutionäre Kommandorat wird abgeschafft. Libyen ist ein Staat mit direkter Volksherrschaft. Oberstes Organ der basisdemokratischen Institutionen ist der Allgemeine Volkskongress, das von einem Generalsekretariat mit Muammar al-Ghadhafi an der Spitze geführt wird. Ideologischer Leitfaden ist das von Muammar al-Ghadhafi verfasste Grüne Buch mit der Dritten Universaltheorie (neben Kapitalismus und Kommunismus).

Rumänien

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben in Rumänien, im Kreis Vrancea, (Region Moldau) fordert über 1500 Tote (**4.3.1977**).

Pakistan

Bei der Parlamentswahl in Pakistan gewinnt die Pakistan People's Party (PPP) von Machthaber Zulfikar Ali Bhutto 155 der 216 Mandate. Die zweitstärkste Kraft, die Pakistan National Alliance (PNA) erhält nur 36 Sitze (**7.3.1977**). Die Opposition wirft der Regierungspartei Wahlbetrug vor und ruft zu Massenkundgebungen auf.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen zwei Überfremdungsinitiativen ab: das Volksbegehren „zum Schutz der Schweiz“ mit 70,5 und das Volksbegehren „zur Beschränkung der Einbürgerung“ mit 66,2 Prozent Nein-Stimmen (**13.3.1977**).

Kuba/Äthiopien/Somalia/Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)

Der kubanische Machthaber Fidel Castro schlägt bei einem Treffen in Aden eine sozialistische Föderation zwischen Äthiopien, Somalia und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vor (**16.3.1977**). Die Idee stösst auf Ablehnung

Kongo-Brazzaville

Der Staatspräsident der Volksrepublik Kongo, Marien Ngouabi, wird ermordet (**18.3.1977**). Kurz darauf werden Expräsident Alphonse Massamba-Débat hingerichtet und der Erzbischof von Brazzaville, Kardinal Émile Biayenda, entführt und umgebracht. Nachfolger von Marien Ngouabi wird Joachim Yhombi-Opango.

Indien

Machtwechsel in Indien: Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit verliert die Kongresspartei (Indian National Congress/INC) die Parlamentswahlen (16.3.1977 bis **20.3.1977**). Premierministerin Indira Gandhi erhält von den Wählerinnen und Wählern die Quittung für ihren autoritären Führungsstil seit Verhängung des Ausnahmezustands im Juni 1975 (vgl. 25.6.1975). Die Janata-Allianz unter Führung von Moraji Desai gewinnt 345 der 542 Mandate. Die Allianz der Kongresspartei muss sich mit 188 Mandaten begnügen. Indira Gandhi tritt zurück. Ihr Nachfolger wird Moraji Desai von der Janata-Partei (24.3.1977).

Spanien/Niederlande/USA

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Auf der Kanareninsel Teneriffa stossen auf der Startbahn zwei Jumbojets – der KLM und der Pan American World Airways – zusammen (**27.3.1977**). Dabei kommen 583 Menschen ums Leben. Es handelt sich um die bisher schwerste Katastrophe der zivilen Luftfahrt.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die deutsche Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion“ (RAF) startet eine blutige Anschlagserie. Zu den ersten Opfern gehören Generalbundesanwalt Siegfried Buback (**7.4.1977**) und der Dresdner-Bank-Chef Jürgen Ponto (30.7.1977).

Spanien

Die Kommunistische Partei Spaniens (Partido Comunista de España/PCE) wird legalisiert (**9.4.1977**). Die Partei unter Führung von Santiago Carrillo bekennt sich zum Eurokommunismus. Die legendäre Kommunistenführerin Dolores Ibárruri – La Pasionaria – kehrt im folgenden Monat aus dem sowjetischen Exil zurück.

Belgien

Die Christelijke Volkspartij (CVP) wird bei den Parlamentswahlen in Belgien mit 56 von 212 Mandaten stärkste Einzelpartei in der Abgeordnetenversammlung. Zusammen haben die Sozialisten – Parti Socialiste Belge (PSB) und Belgische Socialistische Partij (BSP) – 62 Mandate. Der frankophone Parti Social Chrétien (PSC) gewinnt 24 Sitze. Die Volksunie erhält 20 Sitze. 17 Abgeordnete entsendet die Partij voor Vrijheid en Vooruitgang/PVV und 16 der Parti des réformes et de la liberté de Wallonie/PRLW sowie 11 das Rassemblement Wallon und der Front démocratique des francophones (**17.4.1977**).

Bangladesh

In Bangladesh übernimmt General Ziaur-Rahman, der oberste Kriegsrechtsverwalter, das Präsidentenamt (**21.4.1977**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Drei Führungsmitglieder der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) – Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe – werden im sogenannten Stammheim-Prozess wegen vierfachen Mordes und anderer Delikte zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt (**28.4.1977**). Die Mitangeklagte Ulrike Meinhof hatte sich im Jahr zuvor (9.5.1976) das Leben genommen.

Schweiz

Mit Elisabeth Blunschy-Steiner von der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) präsidiert erstmals eine Frau den Schweizer Nationalrat (**2.5.1977**).

Spanien

In Spanien schliessen sich mehrere Parteien des Mitte-rechts-Spektrums zum Bündnis Unión de Centro Democrático (UCD) unter Führung von Adolfo Suárez (Suarez) zusammen (**3.5.1977**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die US-amerikanische Filmschauspielerinnen Joan Crawford stirbt im Alter von 72 Jahren (**10.5.1977**).

Niederlande/Südmolukken/Molukken

Erneut bringen in den Niederlanden molukkische Extremisten einen Zug in ihre Gewalt (**23.5.1977**). Sie kapern einen Schnellzug zwischen Utrecht und Groningen. Zu selben Zeit wird von Gesinnungsgenossen in Bovensmilde eine Grundschule besetzt. Über 100 Kinder werden als Geiseln genommen. Die Geiselnnehmer fordern die Freilassung inhaftierter Gesinnungsgenossen und Unterstützung beim Kampf für eine unabhängige Republik der Südmolukken. Bei der Befreiungsaktion nach rund drei Wochen (11.6.1977) sterben im Zug zwei Geiseln und sechs Geiselnnehmer.

Die Geiselnahme in der Schule endet ohne Opfer. Bereits im Dezember 1975 hatten molukkische Extremisten in den Niederlanden einen Zug entführt (vgl. 2.12.1975).

Belgien

Der belgische Premierminister Leo Tindemans und die Vorsitzenden der Regierungsparteien (Christdemokraten, Sozialisten, Volksunie und Front démocratique de francophones) vereinbaren eine umfassende Staatsreform, den Egmont-Pakt (**24.5.1977**). Doch dieser wird nicht umgesetzt.

Sowjetunion

Nikolai Podgorny, Vorsitzender des Obersten Sowjets der Sowjetunion und Politbüro-Mitglied, wird entmachtet (**16.6.1977**). Partei-Generalsekretär Leonid Breschnew übernimmt Podgornys Amt und ist somit Staats- und Parteichef.

Irland

Erdrutschsieg für die oppositionelle Partei Fianna Fáil bei der Parlamentswahl in Irland (**16.6.1977**): Fianna Fáil gewinnt 84 Mandate (plus 15). Die Regierungspartei Fine Gael erhält 43 Sitze (minus 11). Ministerpräsident Liam Cosgrave (Fine Gael) tritt zurück. Jack Lynch (Fianna Fáil) wird zum zweiten Mal Ministerpräsident (5.7.1977).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsch-US-amerikanische Raketenentwickler Wernher von Braun stirbt im Alter von 65 Jahren (**16.6.1977**).

Djibouti/Frankreich

Das Territoire français des Afars et de Issas (früher Côte française des Somalis) wird unter dem Namen Djibouti unabhängig (**27.6.1977**). Erster Staatspräsident wird Hassan Gouled Aptidon.

Libyen/Ägypten

Im libysch-ägyptischen Grenzgebiet kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Truppen beider Staaten (**21.7.1977**). Nach vier Tagen werden die Kampfhandlungen beendet.

China

Der mehrmals abgesetzte und in Ungnade gefallene chinesische Spitzenpolitiker Deng Xiaoping wird rehabilitiert und wieder in seine Ämter – Stellvertretender Parteivorsitzender und Stellvertretender Regierungschef – eingesetzt (**22.7.1977**). Deng Xiaoping steigt zum neuen „starken Mann“ der Volksrepublik China auf.

Israel

In Israel verliert die seit rund 30 Jahren regierende Linke die Macht. Sieger der Parlamentswahl ist der konservative Likud (**17.5.1977**). Die Likud-Partei von Menachem Begin gewinnt 43 der 120 Sitze in der Knesset. Das Linksbündnis Maarach, bestehend aus der Arbeitspartei (früher Mapai) und der linkssozialistischen Mapam, verliert 19 Mandate und hat noch 32 Sitze. Drittstärkste Kraft ist die zentristische Demokratische Bewegung für Veränderung (Dash). Sie erhält auf Anhieb 15 Mandate.

Seychellen

Putsch in der im Indischen Ozean gelegenen Inselrepublik Seychellen. Staatspräsident James Mancham wird abgesetzt und durch Premierminister France-Albert René ersetzt (**5.6.1977**). Dessen sozialistische Seychelles People's Progressive Front wird ab 1979 Einheitspartei.

Spanien

In Spanien findet die erste freie Parlamentswahl seit rund 40 Jahren statt (**15.6.1977**). Die Unión de Centro Democrático (UCD) mit Regierungschef Adolfo Suárez (*Suarez*) an der Spitze geht als Siegerin aus dem Urnengang hervor. Die UCD gewinnt 165 der 350 Sitze des Abgeordnetenhauses. Zweitstärkste Kraft sind die Sozialisten (Partido Socialista Obrero Español/PSOE) mit 118 Mandaten. Es folgen der Partido Comunista de España (PCE) mit 20 und die konservative Alianza Popular (AP) von Manuel Fraga Iribarne mit 16 Mandaten. Das Parlament fungiert gleichzeitig als Verfassungsgebende Versammlung.

Schweiz

Urteil in der Schweizer Spionageaffäre Jeanmaire: Brigadier Jean-Louis Jeanmaire wird wegen Landesverrats zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ausserdem wird er degradiert und aus der Armee ausgeschlossen (**17.6.1977**). Jeanmaire war 1976 wegen Verrats militärischer Geheimnisse an die Sowjetunion verhaftet worden.

Israel

Menachem Begin von der konservativen Likud-Partei wird neuer israelischer Ministerpräsident (**20.6.1977**).

Pakistan

Militärputsch in Pakistan (**5.7.1977**): General Muhammad Zia-ul-Haq setzt den bisherigen Machthaber Zulfikar Ali Bhutto ab und verhängt das Kriegsrecht. Zia-ul-Haq setzt eine Islamisierung der Gesellschaft in Gang.

Papua-Neuguinea

In Papua-Neuguinea findet die erste Parlamentswahl seit Erlangung der Unabhängigkeit statt (18.6. bis **9.7.1977**). Die Pangu Party von Premierminister Michael Somare erobert als stärkste Kraft 30 der 109 Mandate. An zweiter Stelle folgt die United Party mit 23 Sitzen.

Sri Lanka

Bei der Parlamentswahl in Sri Lanka erringt die oppositionelle Mitte-rechts-Partei United National Party (UNP) von Junius Richard Jayewardene einen Erdrutschsieg. Sie gewinnt 140 (plus 123) der 168 Mandate. Die linke Sri Lanka Freedom Party von Premierministerin Sirimavo Bandaranaike muss sich mit 8 Mandaten (minus 83) begnügen (**21.7.1977**). Die Tamil United Liberation Front erhält 18 Sitze. Jayewardene wird neuer Regierungschef.

Äthiopien/Somalia/Kuba/Sowjetunion

Ogadenkrieg

Zwischen Somalia und Äthiopien bricht ein bewaffneter Konflikt aus (**23.7.1977**). Einheiten der Westsomalischen Befreiungsfront dringen mit Unterstützung der somalischen Armee in die äthiopische Region Ogaden vor. Somalia erhebt Anspruch auf die vorwiegend von Somali bewohnte Region. Die Sowjetunion unterstützt das kommunistische Regime in Äthiopien mit Waffen und Militärberatern. Für Äthiopien kämpfen über 10 000 kubanische Armeeangehörige. Der Ogadenkrieg endet im März 1978 mit der Niederlage Somalias und dem Rückzug aus Äthiopien.

Rumänien

Im rumänischen Schil-Tal streiken über 30 000 Bergarbeiter. Sie fordern bessere Arbeitsbedingungen und die Rücknahme eines umstrittenen neuen Rentengesetzes (**1.8.1977**).

Zypern

Die Griechisch-Zyprer trauern um den „Vater der Nation“, Erzbischof Makarios III. Der zyprische Staatspräsident stirbt im Alter von 63 Jahren (**3.8.1977**). Sein Nachfolger wird der Parlamentsvorsitzende und ehemalige Aussenminister Spyros Kyprianou.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Philosoph Ernst Bloch stirbt im Alter von 92 Jahren (**4.8.1977**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Sänger Elvis Presley, der King of Rock'n'Roll, stirbt im Alter von 42 Jahren (**16.8.1977**).

Flugzeugentführungen

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Somalia

Der Terror der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) eskaliert mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer (**5.9.1977**) und der Entführung einer Lufthansa-Maschine nach Mogadiscio (13.10.1977).

- Ein deutsches Sonderkommando befreit die Flugzeuggeiseln in Somalia (18.10.1977).
 - Als Reaktion wird Hanns Martin Schleyer von seinen Entführern erschossen (18.10.1977).
 - Drei zu lebenslanger Haft verurteilte RAF-Terroristen (Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe), deren Freilassung mit der Flugzeugentführung erpresst werden sollten, begehen Selbstmord (18.10.1977).
- Die dramatischen Ereignisse gehen als „Deutscher Herbst“ in die Geschichte ein.

Panama/Panamakanal/USA

US-Präsident Jimmy Carter und Panamas Machthaber Omar Torrijos unterzeichnen in Washington zwei Verträge über den Panamakanal (**7.9.1977**). Im ersten Abkommen wird die Neutralität des Panamakanals festgeschrieben. Das zweite Abkommen legt die Übertragung der Hoheitsgewalt an Panama für den 31. Dezember 1999 fest. Die Torrijos-Carter-Verträge werden von der Bevölkerung Panamas mit 67,4 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (23.10.1977). 1903 waren den USA nach der Unabhängigkeit Panamas die unbegrenzten Nutzungsrechte für den noch zu bauenden Panamakanal zugesprochen worden.

Südafrika

Der südafrikanische Bürgerrechtlers Steve Biko, Gründer der Organisation Black Consciousness Movement, stirbt in Polizeigewahrsam an den Folgen von Misshandlungen (**12.9.1977**) und wird damit zum Märtyrer des Widerstandes gegen das Apartheidsystem.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die griechische Opernsängerin Maria Callas stirbt im Alter von 53 Jahren (**16.9.1977**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative für eine Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch mit 51,7 Prozent Nein-Stimmen ab (**25.9.1977**).

Friedensnobelpreis

Nordirland-Konflikt

Amnesty International

Die Gründerinnen der nordirischen Friedensbewegung Community of Peace, Mairead Corrigan-Maguire und Betty Williams, werden rückwirkend mit dem Friedensnobelpreis für das Jahr 1976 geehrt (**10.10.1977**).

Den Friedensnobelpreis für das Jahr 1977 erhält die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (**10.10.1977**).

Jemen/Arabische Republik Jemen (Nordjemen)

Der Machthaber der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen), Ibrahim al-Hamdi, wird ermordet (**11.10.1977**).

Oberstleutnant Ahmad al-Ghashmi tritt seine Nachfolge an. Nach acht Monaten fällt auch er einem Mordanschlag zum Opfer (24.6.1978).

Nicaragua

In Nicaragua beginnt mit der „Ofensiva de octubre“ der bewaffnete Kampf der Sandinisten gegen das Somoza-Regime (**12.10.1977**). Attackiert werden Stellungen der Nationalgarde in Ocotal im Norden des Landes, in San Carlos im Süden und in Masaya nahe der Hauptstadt Managua.

Spanien

Neues Amnestiegesetz in Spanien (**15.10.1977**): Während sich das erste Amnestiegesetz von 1976 als Geste der Versöhnung auf die vom Regime Inhaftierten bezog, schliesst das Amnestiegesetz von 1977 auch die Eliten des Franquismus – und insbesondere den Polizeiapparat – mit ein und garantiert ihnen Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung der während der Franco-Herrschaft begangenen Verbrechen.

Nahost-Konflikt

Ägypten/Israel

Der ägyptische Staatspräsident Anwar as-Sadat weilt zu einem überraschenden Besuch in Jerusalem (**19.11.1977**). In einer Rede vor der Knesset erkennt er als erster arabischer Staatschef das Existenzrecht Israels an.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Reichtumssteuer-Initiative mit 55,6 und die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes mit 62,4 Prozent Nein-Stimmen ab (**4.12.1977**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt zwei neue Mitglieder der Landesregierung: den freisinnigen Zürcher Ständerat und Vorsitzenden der Freisinnig-Demokratischen Partei FDP Fritz Honegger als Nachfolger von Bundesrat Ernst Brugger sowie den sozialdemokratischen Neuenburger Ständerat Pierre Aubert als Nachfolger von Bundesrat Pierre Graber (**7.12.1977**). Bundesrat Aubert leitet bis zu seinem Rücktritt Ende 1987 das Aussenministerium (Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten/EDA).

Literaturnobelpreis

Spanien

Der spanische Schriftsteller und Dichter Vicente Aleixandre wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1977**).

Chile /UNO

Die UNO-Vollversammlung verurteilt die Menschenrechtsverletzungen in Chile (**16.12.1977**).

Niederlande

Erst nach über 200 Tagen nach der Parlamentswahl erhalten die Niederlande eine neue Regierung (**19.12.1977**). Die Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) von Ministerpräsident Joop den Uyl war zwar als stärkste Kraft aus der Wahl (25.5.1977) hervorgegangen, doch Joop de Uyl scheitert mit dem Versuch, eine neue Regierung zu bilden. Sein Nachfolger wird Dries van Agt von der Wahlliste Christlich-Demokratischer Appell (Christen Democratisch Appèl/CDA). In der Wahlliste schlossen sich die Katholische Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) und die beiden protestantischen Parteien Anti-Revolutionäre Partei (Anti-Revolutionaire Partij/ARP) und Christlich-Historische Union (Christlijk-Historische Unie/CHU) zusammen. Regierungspartner von Ministerpräsident Dries van Agt ist die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Komiker und Schauspieler Charlie Chaplin stirbt im Alter von 88 Jahren (**25.12.1977**).

Kuwait

Scheich Jaber al-Ahmad al-Sabah (Jaber III) wird neuer Emir von Kuwait (**31.12.1977**). Er ist Nachfolger des verstorbenen Emirs Sabah (Sabah III).

1978

Indien

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine Boeing-747 der Air India stürzt nach dem Start in Mumbai ins Meer ab. Dabei kommen 213 Menschen ums Leben (**1.1.1978**).

Chile

Die Bevölkerung Chiles unterstützt in einer nationalen Konsultation (consulta nacional) das Regime von Machthaber Augusto Pinochet mit 75 Prozent Ja-Stimmen (**4.1.1978**). Die Konsultation folgt auf die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in Chile durch die UNO-Vollversammlung (vgl. 16.12.1977).

Italien

In Rom erschossen Linksterroristen zwei Mitglieder der neofaschistischen Jugendorganisation Fronte della Gioventù. Ein drittes Mitglied der Jugendorganisation kommt bei einem Polizeieinsatz ums Leben (**7.1.1978**).

Nicaragua

Der nicaraguanische Oppositionspolitiker Pedro Joaquín Chamorro, Vorsitzender der 1974 gegründeten Union Democrática de Liberación (UDEL) und Herausgeber der einflussreichen Zeitung „La Prensa“, wird ermordet (**10.1.1978**). Der gewaltsame Tod von Chamorro beschleunigt den Widerstand gegen das Somoza-Regime.

Ecuador

Ecuador erhält eine neue Verfassung (**15.1.1978**). In der ersten Volksabstimmung seit 1869 wird die neue Verfassung, mit der die Rückkehr zur Demokratie geebnet wird, mit 58,09 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen.

Argentinien/Chile/Beagle-Kanal/Vatikan

Konflikt zwischen Chile und Argentinien um Inseln im Beagle-Kanal: Argentinien erklärt das Urteil des Internationalen Gerichtshofs, das Chiles Souveränität über die Inseln Picton, Nueva und Lennox bestätigt, für null und nichtig (**25.1.1978**). Nur durch Vermittlung von Papst Johannes Paul II. kann eine bewaffnete Auseinandersetzung verhindert werden (vgl. 22.12.1978).

Tunesien

„Jeudi noir“ in Tunesien: Der erste Generalstreik seit der Unabhängigkeit wird von schweren Unruhen begleitet (**26.1.1978**). Die Regierung verhängt den Ausnahmezustand. Mindestens 46 Menschen (laut inoffiziellen Angaben etwa 200) kommen bei den Unruhen ums Leben.

Frankreich

Zur Unterstützung des französischen Staatspräsidenten Valérie Giscard d'Estaing wird die Union pour la démocratie française (UDF) gegründet. Dem nicht-gaullistischen Mitte-rechts-Bündnis gehören das Centre des démocrates sociaux (CDS), der Parti radical und der Parti républicain an (**1.2.1978**).

Sri Lanka

Sri Lankas Premierminister Junius Richard Jayewardene von der United National Party (UNP) wird Staatspräsident (**4.2.1978**). Das Amt des Regierungschefs übernimmt Ranasinghe Premadasa. Die UNP, die bei der Parlamentswahl 1977 (vgl. 21.7.1977) einen Erdrutschsieg errungen hatte, stellt sowohl den Staats- als auch den Regierungschef.

Rhodesien

Der rhodesische Regierungschef Ian Smith schliesst mit gemässigten schwarzen Führern, unter ihnen Bischof Abel Muzorewa, ein Abkommen, das die Bildung der ersten multirassischen Regierung des Landes vorsieht (**3.3.1978**). Weitere Schritte zur Machtübergabe an die schwarze Bevölkerung sind die Verabschiedung einer neuen Verfassung (30.1.1979), die Wahl eines neuen Parlaments (April 1979) und die Umbenennung des Staates in Simbabwe-Rhodesien (1.6.1979). Die Befreiungsbewegungen lehnen die Vereinbarungen (Salisbury Agreement) jedoch ab.

Ogadenkrieg/SomaliaÄthiopien

Der Ogadenkrieg zwischen Somalia und Äthiopien (vgl. 23.7.1977) endet mit der Niederlage Somalias. Der somalische Machthaber Siad Barre ordnet den Rückzug an (**9.3.1978**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Palästinensische Terroristen überfallen auf der Küstenstrasse zwischen Tel Aviv und Haifa zwei Autobusse. Dabei kommen 37 Menschen ums Leben (**11.3.1978**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Konflikt Israel-Libanon

UNO

„Operation Litani“: Israelische Streitkräfte rücken auf südlibanesisches Gebiet bis zum Fluss Litani vor, um eine Pufferzone gegen Angriffe palästinensischer Widerstandsorganisationen zu schaffen (**14.3.1978**). Der UNO-Sicherheitsrat fordert Israel zum Rückzug auf und beschliesst die Bildung einer Interimstruppe (Unifil), die den Abzug

überwachen und Frieden und Sicherheit gewährleisten soll. Die israelische Armee zieht sich nach drei Monaten zurück und überlässt die Kontrolle der Sicherheitszone der pro-israelischen Südlibanesischen Armee (SLA).

Italien

Politdrama in Italien: Der christlichdemokratische Spitzenpolitiker und frühere Ministerpräsident Aldo Moro wird von Mitgliedern der Roten Brigaden entführt (**16.3.1978**). Moro gilt als Befürworter des vom kommunistischen Parteiführer Enrico Berlinguer angeregten „historischen Kompromisses“. Nach 55 Tagen Geiselhaft wird Aldo Moro ermordet aufgefunden (9.5.1978).

Frankreich

Katastrophen/Schiffskatastrophen/Umweltkatastrophen

Vor der bretonischen Küste kollidiert der Öltanker „Amoco Cadiz“ mit einem Felsen und bricht auseinander (**17.3.1978**). 223 000 Tonnen Erdöl fließen ins Meer. 360 Kilometer Küste werden verschmutzt.

Frankreich

Bei der Parlamentswahl in Frankreich sichern sich die bürgerlichen Parteien die Mehrheit der Mandate. Das neogaullistische Rassemblement pour la République (RPR) gewinnt 154 und die neu gegründete giscardistische Union pour la démocratie française (UDF) 123 Mandate. Die Sozialisten erhalten 113 und die Kommunisten 86 Sitze (12.3. und **19.3.1978**). Der Parti socialiste hatte in der ersten Wahlrunde (12.3.1978) mit 22,82 Prozent den höchsten Stimmenanteil erhalten, was Hoffnungen auf einen linken Wahlsieg weckte.

China (Republik China/Taiwan)

Chiang Ching-kuo, Sohn des ehemaligen Machthabers Chiang Kai-shek, wird zum neuen taiwanesischen Präsidenten gewählt (**21.3.1978**).

Philippinen

Auf den Philippinen lässt Machthaber Ferdinand Marcos ein Übergangsparlament – Interim Batasang Pambansa – wählen (**7.4.1978**). Die Marcos-Partei, die vor wenigen Wochen gegründete Bewegung für eine neue Gesellschaft – Kilusan Bagong Lipunan – sichert sich 150 der 165 Sitze. Auch die First Lady Imelda Marcos, seit 1975 Gouverneurin von Metro Manila, wird gewählt.

Israel

Yitzhak Navon wird zum neuen israelischen Staatspräsidenten gewählt (**19.4.1978**). Navon, ein Politiker vom linken Maarach, ist der erste Staatschef sephardischer Herkunft.

Chile

In Chile wird ein Amnestiegesetz verabschiedet, das für Menschenrechtsverletzungen zwischen 1973 und 1978 Straffreiheit gewährt (**19.4.1978**).

Liechtenstein

Hans Brunhart wird neuer Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein (**26.4.1978**). Seine Vaterländische Union (VU) war als stärkste Kraft aus der Landtagswahl (3.2.1978) hervorgegangen. Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) stellte in den letzten vier Jahren den Regierungschef.

Afghanistan

Der afghanische Machthaber Mohammed Daoud Khan wird von der Armee entmachtet und hingerichtet (**27.4.1978**). Die kommunistische Demokratische Volkspartei unter Führung von Nur Mohammad Taraki übernimmt die Macht.

Italien

Der Mitte März von Mitgliedern der Roten Brigaden entführte frühere italienische Ministerpräsident Aldo Moro wird nach 55 Tagen Geiselhaft ermordet aufgefunden (**9.5.1978**).

Dominikanische Republik

Der autoritär herrschende Staatspräsident der Dominikanischen Republik, Joaquín Balaguer, wird nach zwölfjähriger Amtszeit abgewählt. Wahlsieger ist mit einem Stimmenanteil von 52,36 Prozent Antonio Guzmán (Antonio Guzman) vom Partido Revolucionario Dominicano (PRD). Auf den bisherigen konservativen Machthaber entfallen 42,99 Prozent der Stimmen. Die Armee hatte versucht, die Stimmenausschüttung zu behindern. Im Abgeordnetenhaus ist der Mitte-links orientierte Partido Revolucionario Dominicano mit 48, der Partido Reformista von Balaguer mit 43 Abgeordneten vertreten (**16.5.1978**).

Komoren

Der kurz nach der Unabhängigkeit der Komoren gestürzte Staatspräsident, Ahmed Abdallah, kehrt mit Hilfe des französischen Söldners Bon Denard an die Macht zurück (**23.5.1978**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Einführung der Sommerzeit mit 52,1 Prozent Nein-Stimmen ab (**28.5.1978**). Die Schweiz wird vorübergehend zu einer Zeitinsel in Europa. Im Frühjahr 1981 führt auch die Schweiz auf der Grundlage eines parlamentarischen Beschlusses die Sommerzeit ein.

Kolumbien

In Kolumbien geht Julio César Turbay Ayala vom Partido Liberal knapp als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er erhält 49,50 Prozent der Stimmen; sein Konkurrent Belisario Betancur vom Partido Conservador 46,59 Prozent (**4.6.1978**).

Jemen/Arabische Republik Jemen (Nordjemen)

Der Machthaber der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen), Ahmad al-Ghashmi, fällt einem Mordanschlag zum Opfer (**24.6.1978**). Er war nur während rund acht Monaten Staatsoberhaupt.

Jemen/Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)

Blutiger Machtwechsel in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen). Staatspräsident Salim Rubai Ali wird abgesetzt und hingerichtet (**26.6.1978**). Neuer Machthaber ist zunächst Ali Nasir Muhammad, der nach einem halben Jahr von Abdul Fattah Ismail abgelöst wird, aber im April 1980 nach dem Rücktritt von Abdul Fattah Ismail wieder die Staatsführung übernimmt.

Andenpakt

Tratado de Cooperación Amazónica (TCA)

Organización del Tratado de Cooperación Amazónica (OTCA)

Acht südamerikanische Staaten – Bolivien, Brasilien, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Peru, Suriname und Venezuela – gründen den Andenpakt: Tratado de Cooperación Amazónica/TCA (**3.7.1978**).

1995 entsteht die Organización del Tratado de Cooperación Amazónica/OTCA.

Italien

Der sozialistische Politiker und antifaschistische Widerstandskämpfer Sandro Pertini wird zum neuen italienischen Staatsoberhaupt gewählt (**8.7.1978**).

Salomonen/Grossbritannien

Die südpazifische Inselgruppe der Salomonen (Solomon Islands), bisher britisches Protektorat, wird unabhängig im Rahmen des Commonwealth (**10.7.1978**). Erster Premierminister nach Erlangung der Unabhängigkeit wird Peter Kenilorea von der United Party (SIUP).

Mauretanien

Der mauretanische Machthaber Moktar Ould Daddah wird von der Armee gestürzt (10.7.1978). Er war der erste Präsident nach Erlangung der Unabhängigkeit Mauretaniens im Jahr 1960. Ein Comité militaire de salut national übernimmt die Macht. In den kommenden dreissig Jahren erlebt das Land instabile Verhältnisse mit zahlreichen Machtkämpfen und Staatsstreichen.

Spanien

Katastrophen/Explosionskatastrophen

Auf dem Campingplatz Los Alfaques an der spanischen Costa Dorada explodiert ein mit Flüssiggas beladener Lastwagen. Dabei kommen über 200 Menschen ums Leben (**11.7.1978**).

Albanien/China

Bruch zwischen China und Albanien (**14.7.1978**). China, ein langjähriger Verbündeter Albaniens, stellt sämtliche Hilfeleistungen ein. Grund des Zerwürfnisses ist der neue politische Kurs Chinas. Das nach wie vor stalinistisch geprägte Regime Albaniens gerät nach dem Bruch mit China in völlige Isolierung.

Jemen/Arabische Republik Jemen (Nordjemen)

Das Parlament der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) wählt Ali Abdullah Saleh, bisher Militärgouverneur von Taiz, zum Staatsoberhaupt (**17.7.1978**). Ali Abdullah Saleh wird nach der Vereinigung von Nord- und Südjemen im Jahr 1990 Präsident der Republik Jemen.

Bolivien

Der bolivianische Machthaber Hugo Banzer wird zum Rücktritt gezwungen (**21.7.1978**). In kurzen Abständen wechselt die Führung des Landes.

Portugal

Regierungskrise in Portugal: Staatspräsident António Ramalho Eanes entlässt den sozialistischen Regierungschef Mário Soares, da dessen Koalitionsregierung nach dem Rückzug des konservativen Demokratischen und Sozialen Zentrums (Centro Democrático e Social/CDS) keine parlamentarische Mehrheit mehr hat (**25.7.1978**). Es folgen kurzlebige Regierungen bis zu den Parlamentswahlen von Ende 1979. Zunächst übernimmt Alfredo Jorge Nobre da Costa die Spitze der Regierung. Auf ihn folgen Carlos Alberto da Monta Pinto und Maia Lourdes da Pintasilgo.

Malediven

Maumoon Abdul Gayoom wird zum neuen Staatspräsidenten der Malediven gewählt (**28.7.1978**). Er bleibt dreissig Jahre im Amt.

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Papst Paul VI. stirbt nach 15-jährigem Pontifikat im Alter von 80 Jahren (**6.8.1978**).

Honduras

In Honduras wird Staatspräsident Juan Alberto Melgar von der Armee gestürzt (**7.8.1978**). General Policarpo Paz García (*Paz Garcia*) wird sein Nachfolger. Er plant die Machtübergabe an eine zivile Regierung.

China/Japan

Nach sechsjährigen Verhandlungen unterzeichnen die Volksrepublik China und Japan einen Friedens- und Freundschaftsvertrag (**12.8.1978**).

Iran

Bei einem Brandanschlag auf das Cinema Rex in der iranischen Stadt Abadan kommen über 400 Menschen ums Leben (**19.8.1978**).

Nicaragua

In der nicaraguanischen Hauptstadt Managua besetzen Rebellen während einer Parlamentssitzung den Palacio Nacional (**22.8.1978**), nehmen über 1000 Geiseln, erpressen eine halbe Million Dollar Lösgeld und erzwingen die Freilassung von 50 politischen Häftlingen. Anführer der spektakulären Aktion des Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) sind Edén Pastora (Comandante Cero), Hugo Torres (Comandante Uno) und Dora María Torres (Comandante Dos).

Die Befreiungsfront ruft zum nationalen Aufstand auf (9.9.1978). Das Somoza-Regime setzt die Nationalgarde gegen die Aufständischen ein. Dabei kommen nach Schätzungen etwa 5000 Menschen ums Leben.

Kenia

Kenia trauert um sein erstes Staatsoberhaupt: Jomo Kenyatta stirbt im Alter von 83 Jahren. Sein Nachfolger wird Daniel arap Moi (22.8.1978).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Nachfolger des verstorbenen Papstes Paul VI. wird Kardinal Albino Luciani, Patriarch von Venedig. Er nennt sich Johannes Paul I. (**26.8.1978**).

Sri Lanka

In Sri Lanka tritt eine neue Verfassung in Kraft (**7.9.1978**). Das Präsidentenamt wird mit exekutiver Gewalt ausgestattet. Die neue Verfassung räumt dem Buddhismus eine führende Stellung ein.

Iran

Schwarzer Freitag in der iranischen Hauptstadt Teheran: Bei Kundgebungen gegen den Schah werden Dutzende Menschen erschossen. Laut Oppositionskreisen kommen Hunderte Menschen ums Leben (**8.9.1978**).

Bulgarien

Der bulgarische Schriftsteller und Regimekritiker Georgi Markow wird in London das Opfer eines tödlichen Regenschirmattentats. Die Schirmspitze war mit hochgiftigem Rizin präpariert (**11.9.1978**).

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

An einer von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) organisierten Konferenz in Alma-Ata (Kasachische Sowjetrepublik) wird eine Deklaration verabschiedet, in der Gesundheit als grundlegendes Menschenrecht bezeichnet wird (**12.9.1978**).

Iran

Katastrophen/Erdbeben

Bei einem schweren Erdbeben in Iran, in der Region Tabas, kommen rund 25 000 Menschen ums Leben (**16.9.1978**).

Nahost-Konflikt

Ägypten/Israel/USA

Unter Vermittlung von US-Präsident Jimmy Carter unterzeichnen der israelische Ministerpräsident Menachem Begin und der ägyptische Staatschef Anwar as-Sadat in Camp David zwei Rahmenvereinbarungen: für den Frieden im Nahen Osten und für den Abschluss eines israelisch-ägyptischen Friedensvertrages (**17.9.1978**). In der Rahmenvereinbarung für Frieden im Nahen Osten bekunden Begin und Sadat ihren Willen, eine „gerechte, umfassende und dauerhafte Lösung des Nahost-Konflikts“ zu erreichen. Sie wollen Verhandlungen über die Gewährung voller Autonomie an die Bewohner der von Israel besetzten Gebiete (Westjordanland und Gazastreifen) führen.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen mit 82,3 Prozent Ja-Stimmen die Gründung des Kantons Jura, des 23. Kantons der Eidgenossenschaft, gut (**24.9.1978**).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Nach einem nur 33 Tage dauernden Pontifikat stirbt Papst Johannes Paul I. im Alter von 66 Jahren (**28.9.1978**).

Namibia/Südafrika

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat fordert Südafrika zum Rückzug aus Namibia auf (**29.9.1978**).

Tuvalu/Grossbritannien

Die bisher britische Kronkolonie Tuvalu (früher Ellice-Inseln) wird unabhängig mit Queen Elizabeth II. als Staatsoberhaupt (**1.10.1978**). Erster Premierminister wird der bisherige Chefminister Toaripi Lauti.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der belgische Chansonnier Jacques Brel stirbt im Alter von 49 Jahren (**9.10.1978**).

Belgien

Der belgische Premierminister Leo Tindemans (Christelijke Volkspartij/CVP) tritt nach dem Scheitern des Egmont-Pakts über eine umfassende Staatsreform zurück (**11.10.1978**). Sein Nachfolger wird der frühere Regierungschef Paul Vanden Boeynants vom Parti Social Chrétien (PSC).

Belgien

In Belgien sind auch die Sozialisten von den Spaltungsprozessen betroffen: Es kommt zu einer regionalen Spaltung: Socialistische Partij (SP) in Flandern und Parti Socialiste (PS) in der Wallonie (**13.10.1978**).

Vatikan/Polen

Römisch-katholische Kirche

Neues Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche wird der der polnische Kardinal Karol Wojtyła (*Wojtila*), Erzbischof von Krakau (**16.10.1978**). Er nennt sich Johannes Paul II. und ist der erste nicht-italienische Papst seit 1523.

Schweden

Wegen Uneinigkeit in der Atomenergiepolitik zerbricht das Mitte-rechts-Regierungsbündnis in Schweden. Ola Ullsten, Chef der liberalen Volkspartei, bildet eine Minderheitsregierung (**18.10.1978**).

Uganda/Tansania

Kriegerischer Konflikt zwischen Uganda und Tansania: Ugandische Streitkräfte rücken auf tansanisches Gebiet (Kagera-Region) vor (**31.10.1978**). Tansanische Truppen drängen mit Unterstützung von Rebellen der Uganda National Liberation Army (UNLA) die Angreifer zurück.

Dominica/Grossbritannien

Die britische karibische Kronkolonie Dominica wird unabhängig (**3.11.1978**). Seit 1975 ist Patrick John Regierungschef. Er bleibt Premierminister bis zu seinem erzwungenen Rücktritt im Juni 1979. Interimistisch übernimmt der letzte britische Gouverneur, Louis Cools-Lartigue, das vor vor allem repräsentative Amt des Staatsoberhauptes. Erster vom House of Assembly gewählter Präsident ist ab 16. Januar 1979 Fred Degazon.

Österreich

Kein Atomkraftwerk in Österreich: In einer Volksabstimmung lehnt eine knappe Mehrheit (50,47 Prozent) die Inbetriebnahme des bereits fertig gestellten Atomkraftwerks Zwentendorf ab (**5.11.1978**). Wenige Wochen später (15.12.1978) verabschiedet das Parlament ein Atomsperrgesetz, das die Erzeugung von Atomstrom in Österreich verbietet.

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midtermwahlen) verteidigen die Demokraten in beiden Häusern trotz Verlusten ihre Mehrheit. Im Senat haben die Demokraten 58 (minus 3) und die Republikaner 41 Mandate (plus 3). Hinzu kommt ein Unabhängiger. Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 277 Abgeordneten (minus 15) und die Republikaner mit 158 (plus 15) vertreten (**7.11.1978**).

Sektendrama

Guayana

In Guyana begehen rund 900 Mitglieder einer US-amerikanischen Sekte Massenselbstmord (**18.11.1978**).

Türkei

Kurden

Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans – Partiya Karkeren Kurdistan – PKK (**27.11.1978**). Abdullah Öcalan und seine Mitstreiter streben die Loslösung der von Kurden bewohnten Teile der Türkei und die Gründung eines kurdischen Staates an.

Venezuela

In Venezuela geht Luis Herrra Campins von der christdemokratischen Partei Copei mit einem Stimmenanteil von 46,64 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**3.12.1978**). Im Abgeordnetenhaus behält die sozialdemokratische Partei Acción Democrática (AD) die Mehrheit der Sitze.

Afghanistan/Sowjetunion

Afghanistan und die Sowjetunion schliessen einen Freundschaftsvertrag (**5.12.1978**).

Spanien

Mit 88,54 Prozent Ja-Stimmen billigt die Bevölkerung Spaniens eine neue Verfassung (**6.12.1978**). Spanien wird eine konstitutionelle Monarchie. Die Verfassung garantiert den Nationalitäten und Regionen das Recht auf Autonomie.

Japan

Neuer Regierungschef in Japan: Ministerpräsident Fukuda Takeo muss sein Amt nach verlorener Vorwahl um den Posten des liberaldemokratischen Parteichefs auch als Ministerpräsident zurücktreten. Neuer Vorsitzender der regierenden Liberaldemokratischen Partei und Regierungschef wird Ohira Masayoshi (**7.12.1978**).

Friedensnobelpreis

Ägypten/Israel

Der ägyptische Präsident Anwar es-Sadat und der israelische Ministerpräsident Menachem Begin erhalten den Friedensnobelpreis (**10.12.1978**).

Literaturnobelpreis

USA/Polen

Der polnisch-US-amerikanische Schriftsteller Isaac Bashevis Singer wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt. Er ist der bisher einzige jiddische Literaturnobelpreisträger (**10.12.1978**).

Belgien

Aus den vorgezogenen Parlamentswahlen in Belgien, verursacht durch den Rücktritt von Premierminister Leo Tindemans, gehen die Christdemokraten als klare Sieger hervor. Die Christelijke Volkspartij (CVP) gewinnt 57 der 212 Sitze der Abgeordnetenkammer. Im Lager der Sozialisten erhält der Parti Socialiste 31, die Socialistische Partij 26 Mandate. Der frankophone Parti Social Chrétien (PSC) gewinnt 25 und die Partij voor Vrijheid en Vooruitgang (PVV) 22 Sitze. Der Parti des réformes et de la liberté de Wallonie (PRLW) entsendet 15, die Volksunie 14 und das Rassemblement Wallon und der Front démocratique des francophones 11 Abgeordnete. Erstmals vertreten ist – mit einem Mandat – der rechtspopulistische Vlaams Blok (**17.12.1978**).

China

Der chinesische Spitzenpolitiker Deng Xiaoping proklamiert vor dem Zentralkomitees der Kommunistischen Partei den Beginn einer neuen Ära (**18.12.1978**): Künftig werde der Aufbau der Wirtschaft wichtiger sein als der Klassenkampf. An Stelle des bisherigen Personenkults soll die sozialistische Demokratie sowie das sozialistische Rechtssystem ausgebaut werden. Deng räumt den „Vier Modernisierungen“ (Industrie, Landwirtschaft, Verteidigung sowie Wissenschaft und Technik) höchste Priorität ein.

Argentinien/Chile/Beagle-Kanal/Vatikan

Nur durch Vermittlung von Papst Johannes Paul II. kann eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Chile und Argentinien um drei Inseln im Beagle-Kanal verhindert werden (vgl. 25.1.1978). Argentinien bricht die Militäroperation Soberanía zur Eroberung der Inseln ab (**22.12.1978**).

Kampuchea/Kambodscha

Vietnam

Vietnam greift militärisch in den Konflikt in Kampuchea/Kambodscha ein, mit dem Ziel, die Roten Khmer von der Macht zu vertreiben. Vietnamesische Truppen beginnen mit der Besetzung des Nachbarstaates (**25.12.1978**).

Algerien

Der algerische Staatschef Houari Boumedienne stirbt 13 Jahre nach seiner Machtergreifung im Alter von 46 Jahren (**27.12.1978**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Katastrophen/Schnee/Kälte

Jahrhundertwinter 1978/79: Der Norden der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird von einer Schneekatastrophe und Kältewelle heimgesucht, die Ende Dezember 1978 beginnt und bis Anfang Januar 1979 andauert. Mitte Februar 1979 folgt ein erneut Temperatursturz. Dutzende Dörfer sind von der Aussenwelt abgeschnitten.

1979

USA

China (Volksrepublik China)/

China (Republik China/Taiwan)

Die USA und die Volksrepublik China nehmen diplomatische Beziehungen auf. Gleichzeitig werden die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan (Republik China) abgebrochen (**1.1.1979**). Die Beziehungen zwischen den USA und Taiwan werden durch die Eröffnung eines American Institute aufrechterhalten und durch den vom Kongress verabschiedeten Taiwan Relations Act geregelt (10.4.1979).

Peking verfolgt eine strikte Ein-China-Politik. Die Volksrepublik China betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz. Mit Staaten, die die Republik China/Taiwan anerkennen, will Peking keine diplomatischen Beziehungen aufnehmen.

Kambodscha/Kampuchea/Vietnam

Vietnamesische Truppen besetzen die kambodschanische Hauptstadt Phnom sowie weite Teile des Landes und beenden damit die Schreckensherrschaft der Roten Khmer (**7.1.1979**). An der Spitze der von den vietnamesischen Besatzern eingesetzten Regierung steht der ehemalige Rote Khmer Heng Samrin. Das Land wird in Volksrepublik Kampuchea umbenannt. Die Anhänger von Pol Pot – „Bruder Nummer Eins“ der Roten Khmer – setzen sich in die Grenzregion zu Thailand ab und kämpfen im Untergrund weiter.

Iran

Ende des Schah-Regimes in Iran: Schah Mohammed Reza Pahlevi verlässt das Land (**16.1.1979**). Ayatollah Ruhollah Khomeiny kehrt triumphal aus dem Exil nach Teheran zurück (1.2.1979). Er ernennt Mehdi Bazargan zum Chef einer Übergangsregierung

China

Die Volksrepublik China will das Bevölkerungswachstum mit einer Ein-Kind-Politik bremsen. Familien, die ein zweites Kind bekommen, werden mit Geldbussen bestraft (**27.1.1979**).

Iran

Ayatollah Ruhollah Khomeiny kehrt nach dem Ende des Schah-Regimes in Iran triumphal aus dem Exil nach Teheran zurück (**1.2.1979**). Er ernennt Mehdi Bazargan zum Chef einer Übergangsregierung

Kongo-Brazzaville

Umsturz in der Volksrepublik Kongo (**5.2.1979**). Neuer Machthaber in Kongo-Brazzaville ist Denis Sassou Nguesso, Verteidigungsminister und Mitgründer des Parti Congolais du Travail (PCT). Denis Sassou Nguesso wird zum Langzeitpräsidenten.

Algerien

Chadli Bendjedid wird zum neuen algerischen Staatsoberhaupt gewählt. Der Kandidat der Einheitspartei Front de Libération Nationale (FLN) erhält 99,4 Prozent der Stimmen (**7.2.1979**).

Nicaragua/USA

Die USA stellen ihre militärische Unterstützung für das von Aufständischen unter Druck geratene Somoza-Regime in Nicaragua ein (**8.2.1979**).

China/Vietnam

Der jahrelange Grenzstreit zwischen China und Vietnam mündet in einen Krieg (**17.2.1979**). Chinesische Bodentruppen rücken rund 40 Kilometer tief auf vietnamesisches Gebiet vor und besetzten mehrere Grenzorte. Peking spricht von einer „Strafaktion“. Nach einem Monat verlustreicher Kämpfe ziehen sich die chinesischen Streitkräfte zurück. Die chinesische Armee verzeichnet rund 20 000 Gefallene. Vietnam beklagt 10 000 zivile Opfer.

Saint Lucia/Grossbritannien

Die Karibikinsel Saint Lucia (St. Lucia), bisher britische Kolonie, wird unabhängig mit Queen Elizabeth II. als Staatsoberhaupt (**22.2.1979**). Erster Premierminister wird John Compton von der konservativen United Workers Party. Dreimal steht er an der Spitze der Regierung, am längsten zwischen 1982 und 1996.

Spanien

In Spanien findet die erste Parlamentswahl seit Inkrafttreten der neuen Verfassung statt (**1.3.1979**). Stärkste Kraft bleibt die Unión de Centro Democrático (UCD) von Regierungschef Adolfo Suárez (Suarez). Die UCD gewinnt 168 der 350 Sitze des Abgeordnetenhauses. Zweitstärkste Kraft ist Partido Socialista Obrero Español/PSOE mit 121 Mandaten. Es folgen der Partido Comunista de España (PCE) mit 23 und die Coalición Democrática (CD) mit 9 Mandaten.

Grossbritannien/Schottland

Die Stimmberechtigten Schottlands befürworten die Schaffung eines eigenen Regionalparlaments mit 51,6 Prozent Ja-Stimmen, doch scheitert das Anliegen an einer zu geringen Stimmbeteiligung (**1.3.1979**).

Libyen

Der libysche Machthaber Muammar al-Ghadhafi legt formell alle politischen Ämter nieder. Als Revolutionsführer bleibt er aber Herrscher des Landes (**2.3.1979**).

Iran

Der neue iranische Machthaber, Ayatollah Ruhollah Khomeiny, verkündet, dass Frauen ein Kopftuch tragen müssen (**7.3.1979**). Gegen die Kleiderverordnung regt sich Widerstand. Zehntausende Frauen protestieren dagegen. 1983 wird die islamische Kleiderverordnung durch Strafmassnahmen wie Auspeitschung verschärft (9.8.1983).

EG/Europäisches Währungssystem (EWS)

Die Europäischen Gemeinschaften (EG) führen das Europäische Währungssystem (EWS) ein (**13.3.1979**). Mit dem EWS sollen Wechselkursschwankungen verringert und begrenzt werden. Die EWS-Mitglieder verpflichten sich zur Stabilisierung ihrer Wechselkurse innerhalb festgelegter Bandbreiten. Als Recheneinheit dient die European Currency Unit (ECU). Das Europäische Wechselkurssystem tritt an die Stelle des 1972 geschaffenen Europäischen Wechselkursverbundes (Europäische Währungsschlange).

Grenada

Putsch auf der Karibikinsel Grenada (**13.3.1979**). Der zu einem Besuch in den USA weilende Premierminister Eric Gairy wird von Anhängern des linken New Jewel Movement entmachteter. Jewel ist die Abkürzung für Joint Endeavor for Welfare, Education and Liberation. Eric Gairy hatte den Ruf eines Exzentrikers und Diktators. Seine Schlägertruppe Mongoose Gang war für ihr brutales Vorgehen gegen Oppositionelle berüchtigt. Der neue Regierungschef Maurice Bishop verkündet die Bildung einer revolutionären Volksregierung (People's Revolutionary Government) und knüpft enge Beziehungen zu Kuba und zu anderen sozialistisch regierten Ländern.

Nicaragua

Die nicaraguanischen Widerstandskräfte vereinigen sich. Die drei tendencias des Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) – Guerra Popular Prolongada, Proletaria und Tercerista – schliessen sich zusammen und bilden ein Direktorium (**13.3.1979**).

Brasilien

General João Baptista de Oliveira Figueiredo wird neuer brasilianischer Staatschef (**15.3.1979**). Er ist der letzte „Generalpräsident“ seit der Machtübernahme durch das Militär im Jahr 1964. Er setzt die von seinem Vorgänger Ernesto Geisel in die Wege geleitete politische Öffnung fort. Anfang 1979 war das berüchtigte Dekret AI-5 (Ato Institucional), das die demokratischen Rechte weitgehend einschränkte, aufgehoben worden. Die Habeas Corpus-Garantie wurde wieder eingeführt.

Frankreich

Der französische Unternehmer Jean Monnet, zusammen mit Robert Schumann ein Wegbereiter der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg, stirbt im Alter von 90 Jahren (**16.3.1979**).

Finnland

Die Sozialdemokraten bleiben stärkste Kraft im finnischen Parlament. Bei der Parlamentswahl gewinnen sie 52 der 200 Sitze. Zweistärkste Kraft ist die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK) mit 47 Sitzen. Danach folgen die Zentrumsleute (KESK) mit 36 und das linke Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes (SKDL) mit 35 Mandaten (18.3. und **19.3.1979**).

Nahost-Konflikt

Ägypten/Israel

Der israelische Ministerpräsident Menachem Begin und der ägyptische Staatschef Anwar es-Sadat unterzeichnen in Washington ein Friedensabkommen (26.3.1979). Ägypten anerkennt als erster arabischer Staat Israel.

AKW-Störfälle/Atomunfälle

USA

Im Atomkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg (Pennsylvania) ereignet sich ein schwerer Störfall (**28.3.1979**). Technische Fehler und menschliches Versagen führen zu einer teilweisen Kernschmelze. Grössere Mengen radioaktiver Gase und verseuchten Wassers treten aus.

Malta/Grossbritannien

Ende der britischen Militärpräsenz in Malta. Die letzten britischen Soldaten verlassen die einstige Kronkolonie (**31.3.1979**).

Iran

Juden

Erdölkrise/Erdölpreis

In Iran wird die Islamische Republik ausgerufen (**1.4.1979**). Am Vortag hatte das Volk die Umwandlung des Landes in eine Islamische Republik mit 98,57 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen.

• Die islamische Revolution löst einen neuen Exodus jüdischer Gemeindemitglieder aus. Von rund 80 000 Jüdinnen und Juden verbleiben im Jahr 2023 noch rund 8500. Dennoch ist die jüdische Gemeinde in Iran die grösste in

einem islamischen Land. Bereits zwischen 1948 und 1966 hatten etwa 45 000 Jüdinnen und Juden das Land verlassen.

- Die islamische Revolution in Iran löst eine neue Ölpreiskrise aus(1979/1980). Der Ölpreis steigt auf fast 40 Dollar (April 1980) pro Barrel.

Belgien

Neuer Premierminister in Belgien: Wilfried Martens (Christelijke Volkspartij/CVP) wird Nachfolger des zurückgetretenen Regierungschefs Paul Vanden Boeynants (**3.4.1979**).

Pakistan

Der frühere pakistanische Staatschef und Premierminister Zulfikar Ali Bhutto wird hingerichtet (**4.4.1979**). Bhutto (zunächst Staatschef, dann Premierminister) war am 5. Juli 1977 nach einem Militärputsch unter Führung von General Muhammad Zia ul-Haq entmachtet und wegen angeblicher Anstiftung zum Mord an einem Oppositionellen zum Tode verurteilt worden.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Komponist Nino Rota stirbt im Alter von 67 Jahren (**10.4.1979**).

Uganda/Tansania

Ende der Ära Idi Amin in Uganda: Tansanische Streitkräfte rücken mit Unterstützung von Rebellen der Uganda National Liberation Army (UNLA) in die Hauptstadt Kampala ein (**11.4.1979**). Idi Amin, wegen seiner Brutalität als „Schlächter von Afrika“ bezeichnet, flüchtet nach Libyen. Der acht Jahre dauernden Gewaltherrschaft Amins sind schätzungsweise 300 000 Menschen zum Opfer gefallen.

Nachfolger von Idi Amin wird zunächst Yusuf Lule. Er wird nach wenigen Wochen (20.6.1979) wieder abgesetzt. Auf Lule folgt Godfrey Binaisa. Nach elf Monaten (12.5.1980) wird Binaisa von der Armee gestürzt.

Thailand

Die Social Action Party geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Thailand und verdrängt die Democrat Party vom Spitzenplatz. Die Social Action Party gewinnt 82 (plus 37) der 301 Sitze. Die Democrat Party verliert 81 Sitze und stellt noch 33 Abgeordnete (**22.4.1979**).

Ecuador

Rückkehr zur Demokratie: In Ecuador wird nach jahrelanger Militärherrschaft ein neues Staatsoberhaupt und ein Parlament gewählt (**29.4.1979**). Sieger der Präsidentenwahl ist Jaime Roldós (*Roldos*) Aguilera von der Mitte-Links Partei Concentración de Fuerzas Populares (CFP). Er erhält 68,49 Prozent der Stimmen. Im Parlament ist die CFP stärkste Kraft mit 29 der 69 Sitze.

Grönland/Dänemark

Grönland erhält innere Autonomie, bleibt aber Bestandteil Dänemarks (**1.5.1979**). Die Selbstverwaltung war am 17. Januar 1979 mit grosser Mehrheit von der Bevölkerung Grönlands gutgeheissen worden. Erster Chef der Regionalregierung wird Jonathan Motzfeldt, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei Siumut.

Marshallinseln/USA/Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI)

Die von den USA als UNO-Treuhandgebiet verwalteten, zum Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI) gehörenden Marshallinseln werden autonom. Erster Präsident wird Amata Kabua (**1.5.1979**).

Grossbritannien

Erdbebensieg für die Conservative Party bei der Unterhauswahl in Grossbritannien: Die von Margaret Thatcher geführten Tories gewinnen 62 Sitze hinzu und stellen 339 der 635 Abgeordneten. Die bisher regierende Labour Party muss sich mit 269 Mandaten (minus 50) begnügen. Die Liberal Party erhält Mandate. Die übrigen Parteien sind mit 16 Abgeordneten vertreten (**3.5.1979**).

Grossbritannien

Mit Margaret Thatcher, Chefin der Conservative Party, erhält Grossbritannien erstmals eine Premierministerin (**4.5.1979**).

Österreich

Die Österreichische Sozialistische Partei (SPÖ) von Bundeskanzler Bruno Kreisky baut bei der Parlamentswahl ihre absolute Mehrheit aus (**6.5.1979**). Sie erobert mit einem Stimmenanteil von 51 Prozent (plus 0,6 Prozentpunkte) zwei zusätzliche Mandate und ist neu mit 95 Abgeordneten vertreten. Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) kommt auf einen Stimmenanteil von 41,9 Prozent (minus 1,0 Prozentpunkte) und entsendet 77 Abgeordnete (minus 3). Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) gewinnt 11 Mandate (plus 1). Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: SPÖ: 95 (plus 2), ÖVP: 77 (minus 3), FPÖ: 11 (plus 1).

Mikronesien (Föderierte Staaten von Mikronesien)

USA/Palau/Marshallinseln

Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI)

Die zu dem von den USA verwalteten UNO-Treuhandgebiet Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI) gehörenden Inseln Chuuk, Yap, Pohnpei und Kosrae schlossen sich zu den Föderierten Staaten von Mikronesien zusammen (**10.5.1979**). Die Marshallinseln und Palau hatten in einem Referendum im Juli 1978 den Anschluss an die Föderierten Staaten von Mikronesien abgelehnt. Erster Präsident von Mikronesien wird Tosiwo Nakayama. Im folgenden Jahr beginnen Verhandlungen mit den USA über einen freien Assoziierungsvertrag.

Kanada

In Kanada muss die Liberal Party nach 16 Jahren in die Opposition. Bei der Parlamentswahl wird die Partei von Premierminister Pierre Trudeau mit 114 Mandaten (minus 27) zweitstärkste Kraft hinter der führenden Progressive Conservative Party, die 136 (plus 41) der 282 Sitze gewinnt (**22.5.1979**). Joe Clark wird neuer Regierungschef.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der bisherige Bundestagspräsident Karl Carstens (Christlich Demokratische Union/CDU) wird zum neuen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt (**23.5.1979**).

USA

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine DC-10 der American Airlines stürzt kurz nach dem Start in Chicago ab. Dabei kommen 273 Menschen ums Leben (**25.5.1979**).

Finnland

Der Sozialdemokrat Mauno Koivisto wird zum zweiten Mal finnischer Ministerpräsident (**26.5.1979**). Seine erste Amtsperiode dauerte vom März 1968 bis Mai 1970.

Die Sozialdemokraten waren als Sieger aus der letzten Parlamentswahl (18. und 19.3.1979) hervorgegangen.

Nicaragua

In Nicaragua beginnt, unterstützt von einem Volksaufstand, die Schlussoffensive des Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) gegen das Somoza-Regime (**28.5.1979**).

El Salvador/Schweiz

Der Schweizer Geschäftsträger in El Salvador, Hugo Wey, wird auf dem Weg zur Arbeit erschossen (**30.5.1979**).

Simbabwe-Rhodesien

Rhodesien erhält eine neue Verfassung und wird in Simbabwe-Rhodesien umbenannt (**1.6.1979**). Regierungschef ist Bischof Abel Muzorewa. Josiah Zion Gumedze übernimmt das Präsidentenamt. Die internationale Anerkennung bleibt jedoch aus. Die Befreiungsbewegungen bleiben bei ihrer Ablehnung der vom langjährigen Machthaber Ian Smith im Salisbury Agreement von 1978 eingeleiteten „internen Lösung“ des Rhodesien-Konflikts.

Vatikan/Polen

Römisch-katholische Kirche

Papst Johannes Paul II. besucht sein Heimatland Polen (**2.6.1979**) – eine Reise von grosser politischer Tragweite. Hunderttausende Menschen bereiten ihm einen begeisterten Empfang. Es handelt sich um den ersten Papst-Besuch in einem kommunistischen Staat.

Italien

Bei der Parlamentswahl in Italien bleibt die Christlichdemokratische Partei (Democrazia Cristiana/DC) klar stärkste Partei vor den Kommunisten (Partito Comunista Italiano/PCI) und den Sozialisten (Partito Socialista Italiano/PSI). Mit einem Stimmenanteil von 38,3 Prozent gewinnen die Christlichdemokraten 262 der 630 Sitze im Abgeordnetenhaus. Es folgen die Kommunisten mit 201 und die Sozialisten mit 62 Sitzen (**3.6.1979**).

EG/Europäisches Parlament

Erstmals wird das Europäische Parlament direkt gewählt (7. bis **10.6.1979**). Die Sozialisten gehen als stärkste Fraktion aus der Wahl des Parlaments der Europäischen Gemeinschaften hervor. Sie gewinnen 113 der 410 Mandate. Die Europäische Volkspartei (Christlichdemokraten) ist als zweitstärkste Fraktion mit 107 Abgeordneten vertreten. Die Europäischen Demokraten (Konservative) erhalten 64, die Kommunisten 44, die Liberalen 40, die Europäischen Demokraten für den Fortschritt 22 und die Unabhängigen 11 Mandate. Hinzu kommen 9 Fraktionslose.

Luxemburg

Bei der Parlamentswahl in Luxemburg gewinnt die Christlich Soziale Volkspartei (CSV) 6 Mandate hinzu und ist mit 24 Sitzen nach fünf Jahren wieder klar die stärkste Kraft. Die Demokratische Partei (DP) erhält 15 und die Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP) 14 Mandate. Je zwei Sitze gewinnen die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei (**10.6.1979**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler John Wayne stirbt im Alter von 72 Jahren (**11.6.1979**).

Abrüstung/Rüstungskontrolle/Salt II

USA/Sowjetunion

US-Präsident Jimmy Carter und der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew unterzeichnen in Wien ein weiteres Abkommen zur Begrenzung strategischer Rüstung (Strategic Arms Limitation Treaty): Salt II (**18.6.1979**). Der Salt-II-Vertrag ist bis 1985 befristet. Er sieht eine Begrenzung auf jeweils 2250 atomar gestützte 2250 Trägersysteme (Raketen etc.) vor, davon 1350 mit Mehrfachsprengköpfen. Das Abkommen wird vom US-Kongress nicht ratifiziert, doch halten sich die Vertragspartner an die Abmachungen.

Dominica

Unruhen und Generalstreik auf der Karibikinsel Dominica. Premierminister Patrick John muss zurücktreten. Sein Nachfolger wird Oliver Seraphin (**20.6.1979**). Staatspräsident Fred Degazon setzt sich nach Grossbritannien ab. Sein Nachfolger wird Jenner Armour.

Ghana

Ghana erhält nach siebeneinhalb Jahren wieder eine zivile Führung. Hilla Limann von der People's National Party geht als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**9.7.1979**).

Kiribati/Gilbert-Inseln/Grossbritannien

Die Gilbert-Inseln im Pazifik, bisher britische Kronkolonie, werden unabhängig innerhalb des Commonwealth. Der neue unabhängige Staat nennt sich Kiribati (**12.7.1979**). Erster Staats- und Regierungschef wird Ieremia Tabai von der National Progressive Party.

Peru

Peru erhält eine neue Verfassung (**12.7.1979**). Sie ebnet den Weg für eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen nach 12 Jahren Militärherrschaft.

Irak

Im Irak tritt der bisherige Machthaber Ahmad Hassan al-Bark zurück. Saddam Hussein wird Staats- und Regierungschef (**16.7.1979**).

Luxemburg

Comeback für den vor fünf Jahren zurückgetretenen luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner (**16.7.1979**). Nach dem erfolgreichen Abschneiden seiner Christlich Sozialen Volkspartei (CSV) bei der Parlamentswahl (10.6.1979) kehrt er an die Spitze der Regierung zurück und bildet eine Koalition mit der Demokratischen Partei (DP). Bis 2013 stellt die Christlich-Soziale Volkspartei den Ministerpräsidenten: Nach Pierre Werner folgen Jacques Santer und Jean-Claude Juncker.

Nicaragua

Nach über 42 Jahren endet in Nicaragua das Somoza-Regime: Der landesweite Volksaufstand und der erfolgreiche Vormarsch des Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) veranlassen Präsident Anastasio Somoza Debayle das Land zu verlassen und in die USA zu flüchten (**17.7.1979**).

Nicaragua

Kuba/Sowjetunion

In Nicaragua übernimmt der linke Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) die Macht (**19.7.1979**). Der rund zwei Jahre dauernde Aufstand der Sandinisten gegen das Somoza-Regime hat schätzungsweise zwischen 20 000 und 30 000 Tote gefordert.

- Als Übergangsregierung wird eine aus fünf Mitgliedern bestehende Junta de Gobierno de Reconstrucción eingesetzt. Ihr gehören neben den Sandinisten Daniel Ortega, Moisés Hassan und Sergio Ramírez (*Ramirez*) auch der sozialdemokratische Geschäftsmann Alfonso Robelo vom Movimiento Democrático Nicaragüense und Violeta Chamorro, Witwe des 1978 ermordeten Verlegers Pedro Joaquín Chamorro, an.
- Die Macht im Lande übt die aus neun Mitgliedern bestehende Führung (Dirección Nacional Conjunta) des FSLN aus. Zum Führungsgremium gehören neben Daniel Ortega als Koordinator auch dessen Bruder Humberto Ortega als Verteidigungs- und Tomas Borge als Innenminister an. Ein Staatsrat (Consejo de Estado) vertritt die Interessen von Parteien und Organisationen.
- Zu den wichtigsten Symbolfiguren der Revolution gehört auch der Befreiungstheologe Ernesto Cardenal, Kulturminister von 1979 bis 1987.
- Im Mittelpunkt des Reformprogramms der neuen Machthaber steht eine Alphabetisierungskampagne.
- Die sandinistische Revolution löst in europäischen linksorientierten Kreisen grosse Anziehungskraft aus. Tausende ausländische Freiwillige engagieren sich als Brigadisten beim Aufbau des Landes.
- Die Sandinisten werden von der Sowjetunion und Kuba unterstützt.

Indien

Der indische Premierminister Morarji Desai erklärt als Folge einer Spaltung der regierenden Janata-Partei den Verlust der Mehrheit im Parlament und tritt zurück (**28.7.1979**). Sein Nachfolger wird Charan Singh.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsch-US-amerikanische Philosoph Herbert Marcuse stirbt im Alter von 81 Jahren (**29.7.1979**).

Äquatorialguinea

Putsch in Äquatorialguinea: Staatschef Francisco Macías Nguema wird von seinem Neffen Teodoro Obiang entmachtet (**3.8.1979**). Unter dem Terrorregime von Francisco Macías Nguema waren schätzungsweise 80 000 Menschen umgebracht worden. Der gestürzte Präsident wird nach einem Schauprozess hingerichtet (29.9.1979).

Italien

Der christlichdemokratische Politiker Francesco Cossiga wird neuer italienischer Ministerpräsident (**4.8.1979**). Er bildet ein Regierungsbündnis aus Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC), Sozialdemokraten (Partito Socialista Democratico Italiano/PSDI) und Liberalen (Partito Liberale Italiano/PLI).

Westsahara/Mauretanien/Marokko

Mauretanien zieht sich aus dem von ihm besetzten südlichen Teil der Westsahara zurück (**5.8.1979**). Marokko annektiert das Gebiet und somit die ganze Westsahara.

Tschad

Elf in den Tschad-Konflikt involvierte Gruppen einigen sich in Lagos auf die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit (**21.8.1979**). Goukouni Oueddei wird Staatspräsident; sein Rivale Hissène Habré Verteidigungsminister.

Grossbritannien/Nordirland

Nordirland-Konflikt

Louis Mountbatten (Earl Mountbatten of Burma), Onkel von Queen Elizabeth II. und letzter Vizekönig von Indien, wird bei einem Bombenanschlag auf einer Yacht vor der irischen Küsten getötet. Zur Tat bekennt sich die Provisional Irish Republican Army (**27.8.1979**). Am gleichen Tag werden in Nordirland 18 britische Soldaten Opfer eines Sprengstoffanschlags. .

Brasilien

In Brasilien billigt das Parlament ein Amnestiegesetz (**28.8.1979**). Das Gesetz erlaubt den ins Ausland geflüchteten Gegnern des Regimes die Rückkehr aus dem Exil, verhindert aber gleichzeitig die juristische Aufarbeitung von Straftaten während der Militärdiktatur.

Dominikanische Republik

Katastrophen/Unwetter

Der Hurrikan „David“ richtet in der Dominikanischen Republik verheerende Schäden an. Über 2000 Menschen kommen ums Leben. Der bisher stärkste Hurrikan in der Geschichte des Landes hinterlässt etwa 600 000 zerstörte Häuser (**31.8.1979**).

Schweden

Bei der Reichstagswahl in Schweden überflügeln erneut die drei Mitte-rechts-Parteien – Zentrumspariei, Moderate Sammlungspartei und Volkspartei – mit zusammen 175 Mandaten die Sozialdemokraten, die 154 Mandate (plus 2) erringen. Zweitstärkste Kraft ist die Moderate Sammlungspartei mit 73 Mandaten (plus 18). Die drittplatzierte Zentrumspariei verliert 22 Sitze und entsendet 64 Abgeordnete ins Parlament. Die Volkspartei erhält 38 Sitze (minus 1). 20 Abgeordnete (plus 3) entsendet die Linkspartei-Kommunisten (**16.9.1979**).

Angola

José Eduardo dos Santos wird Nachfolger des verstorbenen angolanischen Präsidenten Agostinho Neto (**20.9.1979**). José Eduardo dos Santos bleibt 38 Jahre lang Staatspräsident.

Zentralafrikanisches Kaiserreich/Zentralafrikanische Republik

Putsch im Zentralafrikanischen Kaiserreich: Kaiser Bokassa wird entmachtet und das Zentralafrikanische Kaiserreich wird wieder eine Republik. Die Macht übernimmt der 1966 gestürzte frühere Präsident David Dacko (**21.9.1979**). Bokassa herrschte seit 1966 und war berüchtigt für sein grausames Vorgehen gegen Oppositionelle und für seinen verschwenderischen Luxus. Ihm wird Kannibalismus nachgesagt.

Nigeria

Ende der 13 Jahre dauernden Militärherrschaft in Nigeria. Neuer Staatschef wird Shehu Shagari (**1.10.1979**), der als Sieger aus der Präsidentenwahl (11.8.1979) hervorging.

Schweden

Nach einjährigem Unterbruch wird Thorbjörn Fälldin erneut schwedischer Ministerpräsident (**12.10.1979**). Ministerpräsident Ola Ullsten, während eines Jahres an der Spitze eines liberalen Minderheitskabinetts, überlässt die Führung der Regierung seinem Vorgänger Thorbjörn Fälldin von der Zentrumspariei.

El Salvador

Militärputsch in El Salvador: Eine Junta Revolucionario übernimmt die Macht (**15.10.1979**). Staatspräsident Carlos Humberto Romero muss ins Exil. Erster Junta-Vorsitzender ist Adolfo Arnaldo Majano. Der bis Mai 1982 regierenden Junta gehören neben Militärs auch Zivilisten an. José Napoleón Duarte, Gründer des Partido Demócrata Cristiano (PDC), wird ab 13.12.1980 Junta-Vorsitzender. Bemühungen um eine Landreform scheitern am Widerstand der Grossgrundbesitzer.

Schweiz

Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz müssen die Sozialdemokraten (SP) vier Sitzverluste in Kauf nehmen, bleiben aber mit einem Wähleranteil von 24,4 Prozent stärkste Partei. Die Freisinnigen (FDP) gewinnen vier Mandate hinzu. Auf die SP und die FDP entfallen je 51 Sitze. Es folgen die Christdemokraten (Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) mit 44 Sitzen (minus 2), die Schweizerische Volkspartei (SVP) mit 23 (plus 2), der Landesring der Unabhängigen (LdU) und die Liberalen (LPS) mit je 8 Sitzen. Der LdU verliert drei Mandate, die LPS gewinnt zwei Sitze hinzu. Erstmals vertreten sind die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) mit zwei Mandaten. Mit dem Waadtländer Daniel Brélaz zieht erstmals ein grüner Abgeordneter ins Parlament ein.. Auf die übrigen Parteien entfallen 12 Sitze (**21.10.1979**).

Ständeratswahlen: Nach der Gründung des Kantons Jura zählt der Ständerat neu 46 Mitglieder. Die 46 Mandate verteilen sich wie folgt: Christdemokraten (CVP): 18, Freisinnige (FDP): 11, Sozialdemokraten (SP): 9, Schweizerische Volkspartei (SVP): 5, Liberale Partei (LPS): 3

Spanien/Baskenland/Katalonien

Das Baskenland und Katalonien werden autonome Gemeinschaften. Das Autonomiestatut wird in Volksabstimmungen mit überwältigenden Mehrheiten (90 bzw. 88 Prozent) gutgeheissen. Die Stimmbeteiligung liegt nur bei rund 60 Prozent (**25.10.1979**).

Erster baskischer Regierungspräsident (Lehendakari) seit dem Ende der Franco-Ära wird Carlos Garaikoetxea. In Katalonien präsidiert der aus dem Exil heimgekehrte Josep Taradellas die Generalitat. Sein Nachfolger ab 1980 ist Jordi Pujol.

Korea (Südkorea)

Der südkoreanische Präsident Park Chung Hee, der 1961 durch einen Militärputsch an die Macht gelangte, wird von seinem Geheimdienstchef ermordet (**26.10.1979**).

Saint Vincent und die Grenadinen/Grossbritannien

Die Karibikinseln Saint Vincent und die Grenadinen, bisher britische Kronkolonie, werden unabhängig mit Queen Elizabeth II. als Staatsoberhaupt (**27.10.1979**). Erster Premierminister ist Milton Cato von der Saint Vincent Labour Party (SVLP). Bei der ersten Parlamentswahl nach Erlangung der Unabhängigkeit gewinnt die SVLP 11 der 13 Mandate (5.12.1979).

Iran/USA

Iranische Studenten besetzen die US-Botschaft in Teheran und nehmen 52 Amerikaner als Geiseln (**4.11.1979**). Als Reaktion verhängen die USA Sanktionen gegen Iran. Erst nach 444 Tagen werden die Geiseln freigelassen (20.1.1981). Ein amerikanischer Befreiungsversuch (25.4.1980) scheitert.

Saudiarabien

Rund 500 radikale Moslems besetzen die Grosse Moschee in Mekka (**20.11.1979**). Sie rufen zum Sturz des saudischen Königshauses auf und fordern die Einstellung der Erdöllieferungen an die USA. Erst nach zwei Wochen wird die Revolte niedergeschlagen. Hunderte Menschen kommen dabei ums Leben.

Neuseeland/Antarktis

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine DC-10 der Air New Zealand stürzt während eines Rundflugs über der Antarktis ab. Dabei kommen 257 Menschen ums Leben (**28.11.1979**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schriftsteller Walter Matthias Diggelmann stirbt im Alter von 52 Jahren (**29.11.1979**).

Portugal

Das Mitte-rechts-Bündnis Aliança Democrática (AD) geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in Portugal hervor (**2.12.1979**). Die Demokratische Allianz gewinnt 128 der 250 Sitze. Dem Bündnis gehören die konservativ-liberale Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD), das konservative Centro Democrático e Social/CDS und die monarchistische Volkspartei (Partido Popular Monárquico/PPM) an. Die Sozialisten verlieren 33 Mandate und müssen sich als zweitstärkste Kraft mit 74 Sitzen begnügen. An dritter Stelle folgt die Linksallianz Vereintes Volk (Aliança Povo Unido/APU) mit 47 Sitzen. Zu ihr gehören die Kommunistische Partei (Partido Comunista Português/PCP) und die Demokratische Bewegung (Movimento Democrático Português/Comissão Democrática Eleitoral – MDP/CDE).

Iran

Die Bevölkerung der Islamischen Republik Iran stimmt einer neuen Verfassung zu (**3.12.1979**). Die höchste Autorität der Islamischen Republik ist der oberste geistliche Führer: Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeiny. Er hat das letzte Sagen in allen Bereichen.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Bündner Ständerat Leon Schlumpf (Schweizerischen Volkspartei/SVP) und Preisüberwacher Leon Schlumpf zum neuen Bundesrat. Er ist Nachfolger von Bundesrat Rudolf Gnägi (**5.12.1979**).

Friedensnobelpreis

Indien

Die katholische Ordensschwester Mutter Teresa, „Engel der Armen“ in den Slums der indischen Stadt Kalkutta (Kolkata), erhält den Friedensnobelpreis (**10.12.1979**).

Literaturnobelpreis

Griechenland

Der griechische Dichter Odysseas Elytis wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1979**).

Irland

Nach dem Rücktritt des irischen Regierungschefs Jack Lynch wird Charles Haughey neuer Ministerpräsident (**11.12.1979**). Haughey ist gleichzeitig neuer Vorsitzender der Partei Fianna Fáil.

Nato

Sowjetunion/USA

Die Stationierung neuer sowjetischer Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 beunruhigt die Nato. Sie bietet der Sowjetunion Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen in Europa an (**12.12.1979**). Sollten die Gespräche scheitern, wollen die USA vier Jahre später mit der Stationierung von 108 Pershing-2-Raketen und 464 bodengestützten Cruise Missiles beginnen. Der sogenannte Nato-Doppelbeschluss löst massive Proteste von Friedensbewegungen aus.

Korea (Südkorea)

Militärputsch in Südkorea; General Chun Doo Hwan übernimmt die Macht. Südkorea bleibt ein autoritär regiertes Land. (**12.12.1979**).

Brasilien

In Brasilien beschliesst der Kongress im Rahmen der demokratischen Öffnung (abertura) eine Parteienreform (**20.12.1979**). Das 1965 vom Militärregime eingeführte Zweiparteiensystem mit einer Regierungspartei (Aliança Renovadora Nacional/ARENA) und einer Oppositionspartei (Movimento Democrático Brasileiro/MDB) wird abgeschafft. Aus ARENA wird der Partido Democrático Social (PDS) und aus MDB der Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB). Weitere Parteigründungen bzw. Neuregistrierungen folgen.

Rhodesien/Simbabwe-Rhodesien/Grossbritannien

Erfolgreiche Gespräche zur Beendigung des Rhodesien-Konflikts. Die Konfliktparteien einigen sich im sogenannten Lancaster-House-Agreement auf einen Waffenstillstand, auf die Unabhängigkeitsmodalitäten und die künftige Verfassung (**21.12.1979**). Vorübergehend wird Rhodesien wieder eine britische Kolonie: bis zur formellen Entlassung in die auch international anerkannte Unabhängigkeit am 18. April 1980. Unterzeichnet wird das Abkommen vom britischen Aussenminister Lord Carrington, von Robert Mugabe, Vorsitzender der Zimbabwe African National Union (Zanu), von Joshua Nkomo, Vorsitzender der Zimbabwe African People's Union (Zapu) sowie von Bischof Abel Muzorewa, Ministerpräsident von Simbabwe-Rhodesien. Der Waffenstillstand tritt am 28.12.1979 in Kraft. Der in den 60er Jahren ausgebrochene bewaffnete Widerstand forderte fast 20 000 Tote.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die US-amerikanische Kunstmäzenin und Galeristin Peggy Guggenheim stirbt im Alter von 81 Jahren (**23.12.1979**).

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt/Sowjetunion

Sowjetischer Einmarsch in Afghanistan (**25.12.1979**). Dies geschieht unter Berufung auf den Freundschaftsvertrag zwischen Moskau und Kabul.

- Zunächst besetzen sowjetische Fallschirmjäger den Flughafen von Kabul.
- Präsident Hafizullah Amin, erst seit wenigen Wochen – nach dem gewaltsamen Tod von Nur Mohammad Taraki – im Amt, wird ermordet (27.12.1979) und durch Babrak Karmal ersetzt.
- Die sowjetische Armee interveniert mit rund 85 000 Soldaten.
- Die sowjetische Invasion löst eine massive Fluchtwelle aus. Hunderttausende Menschen flüchten in die Nachbarstaaten Pakistan und Iran.
- Trotz militärischer Überlegenheit gelingt es den Invasoren nicht, den Widerstand der islamischen Untergrundkämpfer (Mujahedin) zu brechen, die auch von den USA unterstützt werden.